

# **Arbeitspapiere**

zu Problemen  
der Internationalen Politik  
und der Entwicklungsländerforschung

---



**Erik Mohns**

**Die Hizbollah – Chancen und Hindernisse bei der  
Transformation einer Guerilla in eine politische  
Bewegung in der libanesischen  
Nachkriegsgesellschaft**

**Nr. 38/2005**

---

**FORSCHUNGSSTELLE DRITTE WELT**

am Geschwister-Scholl-Institut  
für Politische Wissenschaft der  
Ludwig-Maximilians-Universität München

**Herausgeber: Mir A. Ferdowsi und Peter J. Opitz**

**Erik Mohns**

**Die Hizbollah – Chancen und Hindernisse bei der Transformation  
einer Guerilla in eine politische Bewegung in der libanesischen  
Nachkriegsgesellschaft**

**Nr. 38/2005**

**ISSN 1430-6794**

Oettingenstraße 67, 80538 München, Telefon (089) 2180-9094/9099

## Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	S. 4
1.1.	Problemstellung	S. 8
1.2.	Methode der Fallstudie	S. 9
1.3.	Inhalt der Fallstudie	S. 13
1.4.	Quellen und Materialbasis	S. 20
2.	Vom Bürgerkrieg zur Zweiten Libanesischen Republik: Die Hizbollah als Gewaltakteur in einer sich transformierenden politischen Ordnung	S. 21
2.1.	Die Radikalisierung der Schiiten im libanesischen Bürgerkrieg: Der Entstehungskontext der Hizbollah	S. 21
2.2.	Der „verhandelte Frieden“ von Ta'if: Wiederherstellung des Etablierten und Installation der <i>pax syriana</i> im Libanon	S. 37
2.3.	Der Prozess der Öffnung ( <i>al-intifah</i> ) – Integration der Hizbollah in das politische System	S. 47
2.3.1.	Vom islamischen Widerstand zum Widerstand im Dienste des Staates	S. 47
2.3.2.	Signal der Entradikalisierung und politischen Anpassung: Die Teilnahme an den Parlamentswahlen von 1992	S. 53
2.4.	Zwischenfazit: Transformation oder Anpassung?	S. 61
3.	Das Spannungsverhältnis zwischen „intellektueller Struktur“ und politischem Diskurs	S. 63
3.1.	Zwischen islamischem Staatsideal und pluralistischer Demokratie	S. 63
3.2.	Islamischer Universalismus und libanesischer Nationalismus	S. 74
3.3.	Die Priorität des Widerstands	S. 78
3.4.	Zwischenfazit: Die Strategie der Zweideutigkeit	S. 82
4.	Die „drei Gesichter“ der Hizbollah – Der strukturelle Aufbau der Organisation	S. 84
4.1.	Analyse der Organisationsstruktur	S. 85
4.2.	Die Hizbollah als politische Partei im Parlament und im elektoralen Prozess	S. 90
4.3.	Der „Anwalt der Vernachlässigten“ – Die Wohlfahrts- und Dienstleistungsorganisationen	S. 102
4.4.	Die „Waffe des Widerstands“ – Der militärische Arm der Hizbollah	S. 112
4.5.	Zwischenfazit: Eine Partei wie jede andere?	S. 116
5.	Gratwanderung zwischen <i>Jihad</i> und Mandat	S. 117
5.1.	Herausforderungen nationaler Tragweite	S. 117
5.1.1.	Die Operation „Früchte des Zorns“: Versuch der Delegitimierung von außen	S. 118
5.1.2.	Die „Revolte der Hungernden“: Herausforderung der Partei Gottes von innen	S. 125
5.1.3.	Israelischer Rückzug aus dem Südlibanon und Eröffnung eines neuen Konfliktfeldes	S. 130
5.2.	Neue regionale Herausforderungen	S. 141
5.2.1.	Die US-Kampagne gegen den Terrorismus und die „Palestinianisation“ der Hizbollah	S. 142
5.2.2.	Der Krieg im Irak und neue geopolitische Konstellationen im Nahen Osten	S. 150
6.	Fazit und Ausblick	S. 156
7.	Bibliographie	S. 169

Die vorliegende Untersuchung ist die überarbeitete Fassung einer im September 2004 bei PD Dr. Mir A. Ferdowsi am GSI eingereichten Magisterarbeit.

## 1. Einleitung

Die Analyse der Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften, deren ökonomische und gesellschaftliche Strukturen, politische Systeme und Institutionen wie auch Formen der politischen Mobilisierung durch langjährig gewalttätig ausgetragene innerstaatliche Konflikte und Gewaltstrukturen gekennzeichnet sind, hat in der politikwissenschaftlichen Forschung seit Mitte der 90er Jahre an Relevanz gewonnen.<sup>1</sup> Die Ansätze gewinnen immer mehr an Bedeutung, vergegenwärtigt man sich die Tatsache, dass Konfliktkonsolidierung gleichzeitig auch immer Krisenprävention, d.h. die Verhinderung eines erneuten Ausbruchs gewalttätiger Auseinandersetzungen, bedeutet und Lehren aus der Konsolidierung damit gewissermaßen prognostische Wirkungen entfalten können.<sup>2</sup> Besonders nach innerstaatlichen Konflikten<sup>3</sup> langer Dauer ist man in der politikwissenschaftlichen Forschung angesichts einer Vielzahl empirischer Beispiele zu dem Schluss gekommen, dass nach dem Abflauen von Gewalt oder dem Abschluss formaler Friedensübereinkünfte – wie auch immer geartet –, es bestimmter Konfliktbearbeitungsmuster im Verbund mit begleitenden ökonomischen sowie weiterer Maßnahmen bedarf, welche die Entstehung eines Zustands nachhaltiger Stabilität wahrscheinlich werden lassen und der „zerbrechliche Frieden“<sup>4</sup> damit eine Chance hat, ein dauerhafter zu werden. Der Konsolidierungsprozess erweist sich als ein lange andauernder und beschwerlicher – häufig verknüpft mit dem Prozess eines *nation building* oder Postkonflikt-Nationenbildung<sup>5</sup> –, da es einer Fortführung und Verstetigung im Zuge der Implementierung und Ausgestaltung getroffener Vereinbarungen, einer Kriegsfolgenbewältigung und einem Aufbau politischen, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen bedarf.

Auch in der politischen Praxis wurden nach Einsicht der Verzahnung von sicherheits- mit entwicklungspolitischen Fragen, – angesichts der Zunahme innerstaatlicher bewaffneter Konflikte<sup>6</sup> –, die gezielte und systematische Unterstützung von regionalen und lokalen Anstrengungen der Friedenskonsolidierung und Kriegsfolgenbewältigung als Aufgabe immenser Wichtigkeit angesehen. Der Agenda für den Frieden der Vereinten Nationen

<sup>1</sup> Matthies (1995)

<sup>2</sup> Matthies (2002)

<sup>3</sup> Die Termini für die innerstaatlichen Konflikte sind zahlreich. Es lassen sich in der Literatur „neue Kriege“ (Münkler, 2004 und Kaldor, 1999), „Privatkriege“ (Hobsbawm, 2000), „Netzwerkkriege“ (Duffield, 2001), „postnationale Kriege“ (Beck, 1999) und „low intensity war“ (van Crefeld, 2001) finden. Sie verweisen zwar auf die Charakteristika der innerstaatlichen Gewaltkonflikte, bezeichnen aber nicht deren Ursachen.

<sup>4</sup> Debiel (2002)

<sup>5</sup> Innerstaatliche Kriege finden häufig nicht nur ihre Ursachen in „verspäteter“ Nationenbildung, so Ferdowsi/Matthies (2003), S. 20-24, sondern nach ihrem Ende muss nicht selten ein erneuter Nationenbildungsprozess in Gang gesetzt werden, welcher eine kollektive Identifikation mit dem neuen staatlichen Gebilde erlaubt. Dies ist u.a. abhängig von den Konfliktursachen, der Konfliktlinien und der Art der Konfliktakteure. Ferdowsi/Matthies (2003) a, S. 322

<sup>6</sup> „Von den 101 bewaffneten Konflikten, die zwischen 1989 und 1996 weltweit stattgefunden haben, waren 95 interne Auseinandersetzungen“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit/DGVN (2001), S. 9. Einen verlässlichen Überblick über die Kriegsgeschehen der letzten Jahre bieten die von der Hamburger Kriegsursachenforschung herausgegebenen Bände *Das Kriegsgeschehen 1999. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte* (2000) sowie *Das Kriegsgeschehen 2000. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte* (2001)

versteht Friedenskonsolidierung als „nachholende Prävention“ oder „Tertiärprävention“<sup>7</sup> und damit als langfristige Fähigkeit der Nachkriegsgesellschaften im friedlichen Umgang mit zukünftigen neuen Konflikten. Ihr folgten weitere internationale Organisationen wie die OSZE und die Europäische Union sowie auch nationale Regierungen, die eigene Strategien der Friedenskonsolidierung ausarbeiteten. Das *post-conflict-peacebuilding* der Vereinten Nationen besteht in seinen Kernelementen in der Demobilisierung der Gewaltakteure und der Abhaltung demokratischer Wahlen.<sup>8</sup> Als friedenskonsolidierende Elemente längerfristiger Tragweite - im Sinne der erweiterten Prävention -, gelten die Bewältigung der destruktiven Folgen von Kriegen, die Verhütung eines neuen Kriegsausbruchs und der Aufbau langfristig friedensfähiger Strukturen. Damit soll ein zielgerichteter Prozess zur Bearbeitung der tieferen Konfliktursachen und zum Aufbau geeigneter Rahmenbedingungen, Institutionen und Normen strukturell friedensfähiger Gesellschaften angestoßen werden.<sup>9</sup>

Ein Teil der sich diesem Themenkomplex widmenden politikwissenschaftlichen Analysen betrachtet die Friedenskonsolidierung als einen komplexen, mehrdimensionalen, im Kern genuin politischen Prozess der Transformation vom Krieg zum Frieden und stellt Bedingungen, Konfliktbearbeitungsmechanismen und Konsolidierungsmaßnahmen in den Fokus ihrer Analyse.<sup>10</sup> Als wichtigste Dimensionen der Friedenskonsolidierung werden sicherheitspolitische, ökonomische, soziale und psycho-soziale Prozesse und Dynamiken in der politischen und gesellschaftlichen Ordnung benannt, die nicht weniger als folgende sind:

- Formen der Kriegsbeendigung<sup>11</sup>
- Demilitarisierung, Demobilisierung und Reintegration von Kombattanten<sup>12</sup>
- Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols
- Aufbau staatlicher Institutionen
- Reform der staatlichen Sicherheitskräfte
- Umgang mit Kriegsverbrechern

<sup>7</sup> Die Agenda für den Frieden (1992) des ehemaligen UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali thematisiert die schwierigen entwicklungs- und friedenspolitischen Herausforderungen gegenüber gewaltsamen Konflikten. Im Unterschied zu bis dahin entstandenen Entwürfen des Konfliktmanagements legte die Agenda für den Frieden ihren Fokus auf den Prozess- und Strukturcharakter innerstaatlicher gewaltsamer Konflikte. Der Agenda folgten weitere UN-Konzeptionen nach, wie der *Agenda für Entwicklung* (1997), der *Report of the Panel on United Nations Peace-Operations* (1999), auch „Brahimi-Report“ genannt, und der Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Verhütung bewaffneter Konflikte (2001). vgl. dazu Kühne (2000), S. 450-457

<sup>8</sup> Miall et al. (1999), S. 186 ff.

<sup>9</sup> Der Gedanke der Prävention besitzt in den Konzepten der Vereinten Nationen eine zentrale Stellung. Sie wird als ein Phasenmodell verstanden, welches mit der Konfliktverhütung beginnt, aber Friedenserzwingung und -erhaltung ebenso einschließt wie das *post-conflict-peacebuilding* (Friedenskonsolidierung). Unter Friedenskonsolidierung werden Maßnahmen verstanden, die am Ende eines Konflikts ergriffen werden, um den Frieden nachhaltig zu stabilisieren und ein erneutes Aufflammen des Konflikts zu unterbinden. Die Schaffung struktureller Stabilität, d.h. die Fähigkeit der Nachkriegsgesellschaft zum friedlichen Umgang mit dem Ausbruch künftiger Konflikte, betont die Langfristigkeit der Friedenskonsolidierung, die so unter den weitgefaßten Präventionsbegriff fällt. vgl. Stiftung Entwicklung und Frieden (1992)

<sup>10</sup> Einen Überblick über die verschiedenen Aufgaben des *post-conflict-peacebuilding* bietet Matthies (2002).

<sup>11</sup> Licklider (1993), Zartman (1997)

<sup>12</sup> Kumar (1997), Kreidler (1995)

- Transformation der Kriegsökonomie in eine wohlfahrtsorientierte Friedenswirtschaft<sup>13</sup>
- Rehabilitation von Kriegsoptionen und Traumatisierten
- Rückkehrmaßnahmen für Flüchtlinge und *Internal Displaced Persons*<sup>14</sup>

Leit- und Kerngedanke des Konzeptes der Friedenskonsolidierung ist das Paradigma der „strukturellen Stabilität“ im Sinne eines sich selbst tragenden Prozesses, in dem gelingt, die obengenannten Dimensionen zu verzahnen. Die Abfolge der Schritte und die Prioritätensetzung innerhalb dieses Prozesses stehen weiterhin in der Diskussion,<sup>15</sup> da sich zwischen den verschiedenen Dimensionen sowie ihren kurz- und langfristigen Zielsetzungen eine Reihe von Zielkonflikten und Dilemmata auf den Ebenen der Sicherheit, der Partizipation, der Legitimität und der Vertrauensbildung ableiten lassen, wie beispielsweise die Wechselwirkung zwischen dem Erreichen politischer Stabilität durch Betonung der sicherheitspolitischen Dimension und einem Demokratisierungsdruck, die Integration ehemaliger Gewaltakteure und die Herstellung einer Ordnung, die politische Partizipation jenseits von Gewalt ermöglicht.<sup>16</sup>

Aus der divergierenden Prioritätensetzung entwickelten sich unterschiedliche Ansätze, von denen der staatszentrierte und der institutionalistisch-prozessuale Ansatz als die wichtigsten gelten können. Der erstgenannte konzentriert sich vorrangig auf die Bearbeitung des Sicherheitsproblems und stellt sich hauptsächlich die Frage, wie die Rekonstruktion von Staatlichkeit bewerkstelligt werden kann, da der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols mit einer ökonomischen Krise und gesellschaftlicher Fragmentierung einhergehen, was den Aufbau regierungsfähiger Institutionen im Konsolidierungsprozeß bedeutend erschwert.<sup>17</sup> Der institutionalistisch-prozessuale Ansatz widmet sich dem Entwurf eines Gesamtrahmens, in dem sich ein genuin politischer Prozess entfalten kann, der zunehmend an gesellschaftlicher Legitimation gewinnt, den anderen oben aufgeführten Dimensionen der Friedenskonsolidierung die Richtung weist und sich schließlich mit vereinbarten Regeln, Normen und Mechanismen zu einem friedlichen Konfliktlösungsaustrag konstituiert.<sup>18</sup>

Das Ziel der Ansatzes von Mir Ferdowsi und Volker Matthies,<sup>19</sup> - der für Teile der vorliegenden Fallstudie das konzeptionelle Rahmenwerk bilden soll -, eine Konzeptualisierung der Maßnahmen zur erfolgreichen Konfliktkonsolidierung, die es weithin traumatisierten Nachkriegsgesellschaften erlaubt, eine gewisse Nachhaltigkeit in dem

<sup>13</sup> Debiel (1995), Lock (2003)

<sup>14</sup> Richter (1995)

<sup>15</sup> Wimmer/Schetter (2002), Ottaway/Lieven (2002)

<sup>16</sup> Ferdowsi/Matthies (2003), S. 35 und (2003) a, S. 344

<sup>17</sup> Tetzlaff (2003), Perthes (2000) a

<sup>18</sup> Senghaas (1995)

<sup>19</sup> Ferdowsi/Matthies (2003) und (2003) a

Friedensprozess erzielen zu können, zu erarbeiten, stellt sich angesichts der teilweise hochgradigen Unterschiede der komplexen Konflikte in Bezug auf die Konfliktursachen und -gegenstände, die Konfliktmuster, die Konstellationen und Anzahl der beteiligten internen Konfliktakteure wie auch eventuell externen Akteure, das Zustandekommen und die Art des Friedensschlusses und die damit verbundenen Bedingungen der Implementierungen und Durchführung der Konsolidierungsmaßnahmen als ein sehr komplexes Unterfangen dar, welches einer Formalisierung zu trotzen scheint. Wie sich durch den Vergleich von Fallstudien aus den Regionen Afrika, Asien, Südpazifik und Naher Osten herausgestellt hat, lässt sich kein einheitliches Muster von Erfolgsbedingungen zur Friedenskonsolidierung erkennen, nicht einmal in Ländern mit ähnlichen historischen Erfahrungen, dem gleichen Muster der den Konflikt auslösenden Ursachen oder sich entsprechender Formen der Kriegsbeendigung, was folgenden Grundsatz zu bestätigen scheint: eine einfache, einheitliche Formel für den Frieden existiert nicht.<sup>20</sup> Die beiden Autoren können aber Schlüsselfaktoren und Erfolgsbedingungen als Erfahrung aus den Fallstudien benennen, die sie trotz der vielseitigen Unterschiede und Voraussetzungen als essentiell herausstellen und deren Unterlassung, bzw. „Nichtbearbeitung“ durch entsprechende Maßnahmen eine Konsolidierung im Sinne eines nachhaltigen Friedenszustands unwahrscheinlich, einen erneuten Ausbruch von Gewalttätigkeiten entlang der Konfliktlinien des Bürgerkriegs aber wahrscheinlich erscheinen lässt. Als Erfolgsbedingungen für einen Friedensprozess nennen die Autoren (1) das Prinzip der Inklusivität, d.h. die Integration möglichst aller relevanten politischen und militärischen Kräfte konkurrierender Eliten in den Prozess der Friedenskonsolidierung, (2) die Lösung des Sicherheitsdilemmas, d.h. die Reduzierung und Reformierung von bewaffneten Kräften und Sicherheitsorganen und die Wiederherstellung des Primats der Politik, (3) die Wiederherstellung, bzw. Erneuerung oder Reformierung funktionaler Staatlichkeit, (4) die Bereitschaft der Akteure, sich auf einen schwierigen, politisch auszuhandelnden, längerfristigen Reform- und Transformationsprozess einzulassen, (5) die Eröffnung für Entfaltungschancen zivilgesellschaftlicher Kräfte und damit die Ausweitung des Friedensprozesses auf die mittleren und unteren Ebenen von Gesellschaft und Staat; (6) die soziale und ökonomische Fundierung des Friedensprozesses durch die Reintegration und Rehabilitation der Kriegsoffer sowie zukunftsorientierte Investitionen in das Human- und Sozialkapital der kriegszerrütteten Gesellschaft und (7) die Berücksichtigung von Prinzipien, Normen und Konzepten, Strukturen, Institutionen, Mechanismen und Verfahrensweisen, die in der Geschichte und Kultur der jeweiligen Gesellschaft verankert sind und als weit gehend konsensfähig und legitimierbar gelten.<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Ferdowski/Matthies (2003) a, S. 347

<sup>21</sup> Ferdowski/Matthies (2003) a, S. 350-351

## 1.1. Problemstellung

Auf der Akteursebene, d.h. der Analyseebene, welche sich der Transformation von ehemaligen Bürgerkriegsakteuren in politisch-zivile Akteure unter Betrachtung der Wechselwirkungen mit friedenskonsolidierenden Maßnahmen widmet, steht eine Konzeptualisierung in der politikwissenschaftlichen friedenskonsolidierenden Forschung noch aus.<sup>22</sup> Eingedenk der Tatsache, dass die Transformation ehemaliger substaatlicher Gewaltakteure fundamental mit den Problemdimensionen der politischen und gesellschaftlichen Konsolidierungsprozesse in Verbindung steht, - wie u.a. der Demilitarisierung der Konfliktakteure, der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols und der Eindämmung erneuter Gewaltausbrüche, der Inklusion und Beteiligung der ehemaligen Bürgerkriegsparteien am politischen Prozess, der Umwandlung der Strukturen der Gewaltökonomien in wohlfahrtsorientierte Ökonomien, der Reintegration von Kämpfern und Prozessen der Aussöhnung - , lässt eine wissenschaftliche Beschäftigung mit diesen militärisch-politischen Akteuren anhand von Kriterien und Schemata, die vergleichende Analysen zulassen, als unbedingt notwendig erscheinen.<sup>23</sup>

Es erscheint hierbei sinnvoll, die Gewaltakteure in dem Modell des kollektiven rationalen Akteurs zu analysieren, der auf der Grundlage eines Kosten-Nutzen-Kalküls wohlüberlegte Entscheidungen trifft. Irrationale Elemente, wie z.B. Ideologien, Nationalismen, Ethnizität und Religion wie auch Gier können bedingt Entscheidungen beeinflussen, aber hebeln das Kosten-Nutzen-Kalkül letztendlich nicht aus. Auch wenn es sich bei den Akteuren, wie in der vorliegenden Fallanalyse der Hizbollah, um eine sich auf religiöse Normen berufende politische Bewegung handelt, scheint es angebracht, das Modell des rationalen Akteurs, der durch taktische und strategische Abwägungen geleitet wird, zur Anwendung zu bringen, anstatt die Bewegung als dogmatisch geleitet, durch strikte Gebundenheit an eine Ideologie zu betrachten, denn es gilt erst zu analysieren, inwieweit diese Normen und Wertvorstellungen bei dem internen Entscheidungsprozess in der neuen politischen Ordnung eine Rolle spielen oder ob sie überhaupt eine Rolle spielen.

Mehrere Gründe ließen sich für die Abwesenheit empirischer Studien zu Transformationsprozessen ehemaliger Gewaltakteure in politisch-zivile Akteure in staatlichen Konsolidierungsprozessen anführen: die friedenskonsolidierenden Maßnahmen nach Bürgerkriegen waren nicht erfolgreich und es kam zu einem erneuten Ausbruch von

---

<sup>22</sup> Wantchekon nähert sich dem Problem auf Basis der politischen Theorie und entwirft eine Theorie der „*Warlord Democracy*“, Wantchekon (2004)

<sup>23</sup> Aus der Transformationsforschung lässt sich entnehmen: „Die Konsolidierung der Demokratie entsteht aus der Summe konsolidierter, untereinander interdependenter Teilregime, wie der nationalen und territorialen Integration, der Exekutive, der rechtsstaatlichen Ordnung, der sozioökonomischen und soziopolitischen Interessenvermittlung, der sozialen Inklusion und des Produktions- und Wirtschaftsregimes. Parteien und Parteiensysteme wirken also direkt oder indirekt in alle diese Teilregime hinein und prägen deren Konsolidierungschancen ebenso, wie sie ihrerseits in der eigenen Konsolidierung von diesen funktionalen Teilregimen beeinflusst werden.“ Merkel (1997), S. 13

Kampfhandlungen entlang der Konfliktlinien des Bürgerkriegs, wodurch die Akteure sich notwendigerweise nicht transformierten; bei der Konfliktaustragung zwischen einer nur geringen Anzahl von Akteuren wird die militärisch unterlegene Konfliktpartei nicht in die neue politische Ordnung integriert und damit marginalisiert, was nicht unwahrscheinlich ist im Fall eines „Siegfriedens“; Abspaltungen der Gewaltakteure greifen erneut zu den Waffen, um sich als systemfeindliche Fundamentalopposition gegen die Nachkriegsordnung zur Wehr zu setzen. Dennoch ist die Anzahl ehemaliger Bürgerkriegsgewaltakteure, denen ein Platz in der neuen politischen Ordnung ermöglicht wurde, als legitimer Mitspieler am System teilzunehmen, nicht allzu gering.

Die Anzahl der Studien, die sich den prominentesten Vertretern der ehemaligen Gewaltakteure wie dem African National Congress (ANC) oder der libanesischen Hizbollah widmen, nähern sich ihren Objekten aus Blickwinkeln, die nur Teilaspekte möglicher Chancen, Herausforderungen und Hindernisse der Transformation eines Gewaltakteurs in einen politisch-zivilen Akteur streifen, setzen sie aber selten in den gesellschaftlichen, in einer Transformationssituation befindlichen Gesamtkontext. Jenseits eines kulturalistischen Blickwinkels, in dem kulturelle, ethnische oder religiöse Charakteristika der Akteure emphatisch erhöht werden, könnten akteurspezifische Studien dazu dienen, ein Instrumentarium zur Systematisierung und Konzeptionalisierung für die Transformation von Gewaltakteuren zu entwerfen, ohne Entstehungsvoraussetzungen der Akteure und den jeweiligen Kontext der Prozess der Friedenskonsolidierung zu vernachlässigen. Idealerweise ließen sich Wechselwirkungen zwischen den jeweiligen Friedenskonsolidierungs- und den Transformationsprozessen der Akteure beobachten, die dann letztlich Rückschlüsse zuließen über eine Erfolg versprechende Einbindung ehemaliger Gewaltakteure in politische Konsolidierungsprozesse, was mit der folgenden Fallstudie versucht wird.

## 1.2. Methode der Fallstudie

Die vorliegende Fallstudie fragt nach den Chancen und Hindernissen der Transformation der im Kontext des libanesischen Bürgerkriegs (1975-1990) entstandenen islamistischen Guerillabewegung, der Hizbollah,<sup>24</sup> in eine politische Bewegung.<sup>25</sup> Thematisiert wird damit der Transformationsprozess eines Gewaltakteurs in einen politisch-zivilen Akteur im Prozess der Friedenskonsolidierung der Nachbürgerkriegsgesellschaft des Libanon. Der Autor hat,

<sup>24</sup> Der Name, übersetzt aus dem Arabischen, bedeutet „Partei Gottes“ und bezieht sich auf Sure 5, Vers 56 des Korans, der da lautet: „Wahrlich, [die Anhänger der, E.M.] Partei Gottes sind die Obsiegenden [Siegreichen, E.M.]“ (fa inna Hizb Allah hum al-ghalibun - siehe auch die Suren 5, Verse 54-56 und 58, Vers 22). Dieser Vers findet sich auch im Parteilogo (siehe im Anhang Seite 174). - Der Autor hat sich für die Transkription „Hizbollah“ entschieden, da ihm diese die in der wissenschaftlichen Literatur am häufigsten verwendete erschien. In der wissenschaftlichen Literatur englischer, französischer und deutscher Sprache lassen sich aber auch die Transkriptionen Hizbullah, Hizballah, Hezbollah, Hizb 'allah und Hizb Allah finden.

<sup>25</sup> Aufgrund des weitreichenden Spektrums der Aktivitäten der verschiedenen Arme der Hizbollah wurde der recht vage anmutende Terminus „politische Bewegung“ gewählt, da dem Autor der Begriff „Partei“ als zu eingeschränkt erschien.

anstatt des Begriffs Miliz, den Terminus Guerilla in Anlehnung an die von Waldmann Gewaltakteuren zugeschriebenen Eigenschaften gewählt, da der Entstehungskontext der Hizbollah, neben weiteren Faktoren, die in der Analyse erläutert werden, mit der Intervention einer externen Macht und einer sich daran anschließenden Besetzung primär in Verbindung steht, weswegen die Darstellung auch mit den beiden israelischen Invasionen in den Libanon in den Jahren 1978 und 1982 einsetzt. Andererseits strebten die Führungskader und bewaffneten Kämpfer der Hizbollah während des Bürgerkriegs die Installation einer alternativen Gesellschaftsordnung im Libanon an,<sup>26</sup> waren also nicht nur angetrieben durch „Gier und Missstand“.<sup>27</sup> Der Übergang von Milizen zu Guerillabewegungen ist, besonders in der Konfliktodynamik eines Bürgerkriegs, ein fließender und eine strikte kategorische Trennung zwischen diesen beiden Formen von Gewaltakteuren lässt sich nur schwer vorzunehmen.<sup>28</sup> Die meisten Autoren ordnen die Hizbollah auch während des Bürgerkriegs in die Kategorie Miliz ein. Aber die für Milizen und Warlords typischen Merkmale, dass der Krieg nicht Mittel für einen spezifischen Zweck, sondern Selbstzweck darstellt, und das Interesse an der Fortdauer des Kriegszustands dem Anlass individuellen Interesses entspringt, scheinen auf die Hizbollah nicht unbedingt zuzutreffen.<sup>29</sup> Selbstverständlich entspringt die Wahl des Terminus, insbesondere nach dem israelischen Rückzug von libanesischem Territorium im Mai 2000, nicht einer Parteinahme für die Hizbollah in dem bewaffneten Konflikt mit Israel und soll auch nicht ihre Gewaltstrategie legitimieren.

Das dieser Fallstudie zugrunde liegende Rahmenkonzept versucht den Bedingungen zu genügen, konkrete Aussagen über den Transformationsprozess der Hizbollah zuzulassen, gleichzeitig aber auch allgemeine Aussagen für Transformationsprozesse von Gewaltakteuren im Hinblick auf eine vergleichende Perspektive zu ermöglichen, ohne die spezifischen Konsolidierungsprozesse im Libanon außer acht zu lassen. Folglich wird die Prämisse vorausgesetzt, dass sich trotz individuell alternierender Voraussetzungen und Bedingungen der Gewaltakteure, falls das notwendige Kriterium der Inklusivität, d.h. der Einbeziehung des Akteurs als legitimierter politischer Mitspieler der Nachkriegsordnung erfüllt ist, allgemeine Problemdimensionen formulieren lassen, mit denen sich ehemalige Gewaltakteure in einem Transformationsprozess konfrontiert sehen. Eingeleitet werden soll die Analyse mit der Darstellung des Rahmenkonzepts unter Formulierung zweier Dilemmata,

---

<sup>26</sup> „Nicht durch Zwang von außen, sondern aus eigener Motivation zum Kämpfer geworden, betrachtete er [der Guerillero, E.M.] sich zugleich als Lehrmeister und Führer der breiten Masse, der durch sein aufopferungsvolles Agieren bereits die allgemeine Verhaltensmaxime der anzustrebenden Gesellschaftsordnung vorlebt.“ Waldmann (1998), S. 31-32..

<sup>27</sup> Collier, Paul/ Hoeffler, Anke (2001) - *Greed and Grievance in Civil War*, (<http://www.worldbank.org/research/conflict/papers/greedandgrievance.htm>)

<sup>28</sup> Kreidler (1995), S. 84 ff.

<sup>29</sup> Mair weist in seiner Studie über substaatliche Gewaltakteure darauf hin, dass es wichtig sei, Motive, Zielgruppen der Gewaltanwendung und deren geographische Reichweite sowie das Verhältnis der Gewaltakteure zum staatlichen Gewaltmonopol zu untersuchen, besonders aber ihre Integration in einen staatlichen Rahmen. Er merkt aber auch an, dass die meisten Gewaltakteure über multiple Identitäten verfügen. Mair (2002)

mit denen sich alle Gewaltakteure konfrontiert sehen, denen die Einbindung in die politische Nachkriegsordnung ermöglicht wird und die einem Transformationsprozess ausgesetzt sind, bzw. diesen anstreben.

Das Ausgangsdilemma der Gewaltakteure lässt sich als internes Legitimationsdilemma oder Transformationsdilemma I bezeichnen und soll die Situation beschreiben, wie eine Transformation eines Gewaltakteurs in einen vorrangig zivilen-politischen Akteur durchgeführt werden kann, ohne dass die Bindung zu den Kernanhängern verloren geht, die eine Entspannung der Doktrin und der Ziele als gleich bedeutend mit einem Vertrauensbruch ansehen könnten, der einen Legitimitätsverlust zur Folge hätte und Spaltungstendenzen Vorschub leisten würde. Dieses Dilemma betrifft aber nicht nur ideologische Dimensionen, sondern berührt auch die materiellen, denn *Warlords* wie auch Milizionäre gehören im Regelfall, - und besonders in einem langen Bürgerkrieg wie der libanesische -, zu den Kriegsgewinnlern, die an einer Weiterführung des Konflikts aus rein materieller Nachfrage interessiert sind und sich von dessen Befriedung einen Macht-, Prestige- bzw. materiellen Verlust erwarten.<sup>30</sup> Einer Herausforderung in besonderem Maße werden die Gewaltakteure ausgesetzt, bei denen es sich um eine ideologisch oder religiös definierende Gruppe handelt, die, wie im hier vorliegenden Fall der Hizbollah, als islamistische Bewegung ihre Legitimität auf religiöse Normen und Dogmen gründet und denen die Führungsebene wie auch die Anhängerschaft verpflichtet scheinen.<sup>31</sup> Es ist damit eine organisationsinterne, oppositionelle und unter Umständen radikale Gegenreaktion von Teilen der Führung oder auch von Mitgliedern zu erwarten, die sich von der Weiterführung der Gewaltstrategie einen größeren politischen und/oder auch materiellen Vorteil versprechen als von einem möglichen Arrangement mit der Nachkriegsordnung. Folglich gilt es, die Positionen der internen Debatte des kollektiven Akteurs darzustellen und die Natur des Konsenses zu definieren, der erreicht wird und letztlich die Beteiligung an der politischen Ordnung ermöglicht. Die Faktoren, die sich als Erleichterung gegen eine interne oppositionelle Reaktion, welche sich gegen die Transformation und die damit verbundene „Mäßigung“ in Strategie und Zielen wendet,

---

<sup>30</sup> „Der *Warlord* geht aus dem Krieg hervor und lebt vom Krieg, d.h. Kriege stellen aus seiner Warte nicht ein Mittel für einen spezifischen Zweck dar, sondern sind Selbstzweck. Durch kriegerische Gewalt behauptet er seine Führungsposition, kann er den militärischen Machtapparat erhalten, auf den er sich stützt, und die jeweilige Bevölkerung, auf deren freiwillige, teils unfreiwillige Abgaben er angewiesen ist, kontrollieren und schützen. [...] Man könnte sagen, *Warlords* seien die Experten für die Verlängerung von Bürgerkriegen, [...]“. Waldmann (1998), S. 32 ff.

<sup>31</sup> Die Hizbollah wird als „islamistische Bewegung“ definiert, da sie in ihrer Doktrin eine islamische politische und gesellschaftliche Ordnung anstrebt, aber ihre politischen Ziele und Programmatik davon differieren. Als äquivalente Begriffe ließen sich „integristisch“ oder „Bewegung mit politisch islamischer Agenda“ verwenden vgl. Krämer (1994). Auf den Begriff „Fundamentalismus“, der u.a. die ausschließliche Orientierung an religiösen Texten bezeichnet, soll hier verzichtet werden, nicht weil er falsch wäre, sondern weil er sich aufgrund seiner Ursprünge eher für vergleichende Untersuchungen religiös-politischer Phänomene eignet, die den christlichen Kulturkreis mit einbeziehen. vgl. Reissner (1993). Solche Vergleiche können allerdings sinnvoll sein, weil sie verdeutlichen, dass der „Islam“ wie auch das Christentum oder andere Religionen nie als solcher ein Akteur ist: Er „macht“ keine Geschichte, und er determiniert auch nicht eine bestimmte Politik. Perthes (2002), S. 114-127

erweisen, – und sich damit als Chancen und Hindernisse der Transformation darstellen lassen -, müssen dabei herausgearbeitet werden.

Das Transformationsdilemma II oder das externe Legitimationsdilemma, welchem der Gewaltakteur in dem Transformationsprozess ausgesetzt ist, bezieht sich auf die Wirkung der Transformation nach außen. Der Gewaltakteur muss sich gegen das Misstrauen anderer politischer und gesellschaftlicher Kräfte wie auch der Bevölkerung wehren, und der Vermutung Vorschub leisten, dass es sich bei der angestrebten Transformation nicht nur um einen rein taktischen und opportunistischen Wandel handelt, sondern dass eine tatsächliche Loslösung von der ehemaligen Gewaltstrategie oder eine Ausweitung der politischen Ziele angestrebt wird, was sich vor dem Hintergrund eines über mehrere Jahre geführten Bürgerkriegs wie dem libanesischen als ein schwieriges Unternehmen darstellen kann. Als erschwerend dürfte im vorliegenden Fall hinzukommen, dass der Bürgerkrieg partiell entlang ethnisch-konfessioneller Konfliktlinien geführt wurde und die auf konfessioneller Grundlage konstituierten substaatlichen Akteure Gewalt gegen Zivilpersonen der anderen konfessionellen Gemeinschaften instrumentell einsetzten. Die Performanz des Gewaltakteurs während eines Bürgerkriegs, quasi als Ausgangssituation der Transformation, scheint damit einen bedeutenden Einfluss zu haben für die Wiedergewinnung des Vertrauens in der Nachkriegsordnung, eingedenk der für Bürgerkriege charakteristischen, oft willkürlich wirkenden, eingesetzten Gewalt von Milizen gegen die Zivilbevölkerung.<sup>32</sup> Auch hier scheint sich die Herstellung einer Vertrauensgrundlage für einen sich auf der Basis einer ideologischen oder religiösen Doktrin definierenden Akteur erschwert darzustellen, da selbst in Friedenszeiten politischen Gruppierungen mit islamischer Agenda eine Adaptations- und Reformfähigkeit durch einen nicht unwesentlichen Teil von Politik- und Islamwissenschaftlern abgesprochen wird und man hinter der Partizipation islamischer Parteien oder Bewegungen an einem pluralistischen System ausschließlich taktische Maßnahmen vermutet, um letztendlich die Gesellschaft und das politische System zu islamisieren.<sup>33</sup>

---

<sup>32</sup> „Das Attribut „willkürlich“ darf in diesem Zusammenhang nicht überinterpretiert werden, denn die Tötungsakte stehen teilweise mit einer archaischen Moral im Einklang, nach der sich der Einzelne dem Handeln der gesamten eigenen Gemeinschaft, einschließlich ihrer militanten und militärischen Gruppen, zurechnen lassen“. Waldmann (1998) a, S. 117

<sup>33</sup> Die Positionen von Politikwissenschaftlern bezüglich islamischer Gruppierungen und politischer Partizipation lassen sich in zwei Gruppen einteilen: Die erste Gruppe geht davon aus, dass islamistische Parteien/Gruppierungen weder fähig sind, eine klare Parteistruktur zu entwickeln, noch politische Funktionen ausführen zu können, die für Parteien der westlichen Demokratien typisch sind. Die Vertreter dieser „Schule“ verweisen darauf, dass islamistische Gruppen von Natur aus extremistisch sind, trotz der gewaltigen Unterschiede zwischen ihnen. Für diese „Schule“ gibt es keinen Grund, einen Unterschied zu treffen zwischen Extremisten und Moderaten aufgrund der Annahme, dass die Gruppen alle das gleiche Ziel besäßen: die Errichtung eines islamischen Staates (durch gewalttätige Mittel). Nur aus taktischen Gründen würden die Islamisten ihre Bestrebungen modifizieren oder auch unterdrücken, sie aber letztendlich nicht ablegen. Islamistische Gruppen könnten auch keine loyalen Oppositionsparteien sein, weil an den Kontrollstellen Menschen säßen, die nicht an politische Regeln, sondern an religiöse Prinzipien glauben, welche die Ausübung von Demokratie verhinderten. Zu Vertreter dieser Position lassen sich u.a. Zartman (1997), Lewis (1993) und Roy (1994) zählen. Eine davon alternierende Position geht davon aus, dass eine Trennung von moderaten und extremistischen Gruppen vorgenommen werden muss, da genügend empirische Beispiele für erfolgreich am politischen System

In der folgenden Analyse sollen wiederholt Rückbezüge zu diesen beiden Dilemmata und den sich aus ihnen ergebenden Problemkomplexen angestellt werden, um die Chancen und Hindernisse bei der Transformation der Hizbollah von einer Guerilla in eine politische Bewegung in der Nachkriegsgesellschaft des Libanons aufzuzeigen.

### **1.3. Inhalt der Fallstudie**

Das erste Kapitel richtet seinen Fokus auf die Anpassungs- und Adaptationsfähigkeit und Flexibilität der Hizbollah in ihrer Organisationsstruktur, ihrer „intellektuellen Struktur“, d.h. dem Normenkonzept, auf das sie sich beruft, ihrer politischen Programmatik wie auch die Mitarbeit in den politischen Institutionen und im elektoralen Prozess in Bezug zu dem sich wandelnden Kontext des staatlichen Konsolidierungsprozesses im Libanon wie des Konfliktsystems Nahost. Die Zwänge und Mechanismen, denen die Hizbollah in dem staatlichen Transformationsprozess ausgesetzt war und ist, werden in das konzeptuelle Rahmenwerk eingebettet, um Aussagen treffen zu können über Chancen und Hindernisse ihres eigenen Transformationsprozess.

Die Fallstudie setzt ein mit einer Darstellung des Entstehungskontexts der schiitischen Widerstandsbewegung Hizbollah während des Bürgerkriegs. Dabei werden einige Konfliktmuster des libanesischen Bürgerkriegs und die Radikalisierung der schiitischen Konfessionsgruppe, als dessen organisatorisch-politischer Kumulationspunkt sich die Hizbollah beschreiben lässt, erörtert und in Beziehung zu den Entstehungsfaktoren der islamistischen Guerilla gesetzt. Dabei wird aufgezeigt, dass die Hizbollah einerseits „lokalen“ Wurzeln entspringt, bzw. der Prozess der Bildung durch die Eigendynamik der gesellschaftlichen Polarisierung im anomischen Zustand des Bürgerkriegs beschleunigt wurde, andererseits aber auch ein Produkt externer militärischer wie auch ideologischer Einflussfaktoren ist und damit ein organisatorisches Spiegelbild des „internationalisierten Bürgerkriegs“ im Libanon darstellt. Auch die Beziehungen der Hizbollah zur Amal-Bewegung, der historisch ersten politischen, organisierten Plattform der Schiiten im Libanon, die im Rahmen der Konflikteskalation des Bürgerkriegs mehr und mehr zu einer Miliz degenerierte und gegenwärtig die zweitstärkste politische Kraft der Schiiten in der libanesischen Nachkriegsordnung darstellt, werden erörtert.

Die Beschreibung der Organisationsstruktur und der politischen und militärischen Ziele der Hizbollah während des libanesischen Bürgerkriegs sowie eine Herausarbeitung der Unterschiede zu den anderen zahlreichen, in der Mehrzahl auf konfessioneller Basis

---

teilnehmende islamistischen Oppositionsparteien, - wie im Libanon, Tunesien, Jordanien, Jemen, Kuwait und Pakistan - vorhanden seien. Die Islamisten könnten nur die Wahlurne benutzen, um an die Macht zu gelangen und dort angekommen, nicht-demokratische Praktiken benutzen, um daran festzuhalten, aber solange sie am politischen Wettbewerb mit anderen islamistischen Gruppen und säkularen Parteien, teilnehmen, seien sie gezwungen, ihre Ideologie zu überdenken und sich zu transformieren. Vertreter dieser Gruppe sind u.a. Esposito (1997), Anderson (1997), Krämer (1994) und Perthes (2002), S. 114-127.

rekrutierten libanesischen Milizen scheint im Hinblick auf die folgenden Kapitel notwendig, um einerseits die Evolution oder Transformation der Ziele und Organisationsstrukturen darstellen zu können, andererseits um Rückschlüsse auf den Umgang der Hizbollah mit dem internen wie externen Legitimationsdilemma im Nachkriegslibanon ziehen zu können. Das erste Kapitel thematisiert damit die Ausgangssituation der Hizbollah vor dem Eintritt in die Nachkriegsordnung.

Daran schließt sich eine für die weitere Entwicklung der Hizbollah relevante Darstellung der Entstehungsfaktoren des „verhandelten Friedens“ von Ta'if sowie der Eckpfeiler des dort vereinbarten Abkommens, dem „Dokument nationaler Versöhnung“, unter Nennung der Implikationen für das politische System der libanesischen Nachkriegsordnung an. Der Fokus der Analyse soll dabei auf die im Ta'if-Abkommen ausgehandelten, den Gewaltakteur Hizbollah betreffenden „Inklusionsmaßnahmen“ gelegt werden, ohne die im Libanon tatsächlich herrschenden Machtverhältnisse zu Ende des Bürgerkriegs außer Acht lassen.

Das (organisatorische) Problem der Demobilisierung der Kombattanten, auf das politikwissenschaftliche Ansätze der Transformation von ehemaligen Gewaltakteuren in politisch-zivile Organisationen ihren Analysefokus legen und dabei von der Annahme ausgehen, dass eine tatsächliche Entwaffnung in Verbindung mit der Zivilisierung und der Reintegration von Ex-Kombattanten den Schlüssel für ein notwendiges Umfeld der Versöhnung sowie eine Voraussetzung für die Herstellung des staatlichen Gewaltmonopols darstellt,<sup>34</sup> stellte sich für die Hizbollah, wie auch für den libanesischen Staat, wie im weiteren Verlauf der Analyse deutlich wird, nur bedingt. Die „Waffe des Widerstands“, deren hauptsächliche Aktivität während der gewaltsamen Auseinandersetzungen des Bürgerkriegs in militärischen Widerstandsaktionen gegen die israelische Armee in der „Sicherheitszone“ im Südlibanon bestand, blieb von den allgemeinen Demobilisierungsmaßnahmen der libanesischen Milizen ausgenommen. Die Exklusion von den Demilitarisierungsmaßnahmen lässt sich auf syrische Interessen im Nahostkonflikt zurückführen und verweist auf die zukünftige militärisch-politische Rolle der Hizbollah in der libanesischen Nachkriegsordnung. Die weiterhin bewaffnete Organisation nimmt damit eine Sonderstellung unter den ehemaligen Gewaltakteuren des Bürgerkriegs in der Nachkriegsordnung ein, was es im Hinblick auf das externe Legitimationsdilemma zu analysieren gilt. Ebenso soll auf die sich hier bereits andeutende Etablierung der Dominanz Syriens im Nachkriegslibanon eingegangen werden, welche, abgesichert durch die Anwesenheit der syrischen Armee und

---

<sup>34</sup> „The demobilization and reintegration process involves a wide range of sequential activities: identifying and discharging ex-combatants; assembling them in cantonment areas for limited duration, transporting them to the communities of their origin or the sites market for resettlement; providing benefit packages, usually in installements; providing training; and facilitating transition to civilian life.“ Kumar (1997), S. 12. Vgl. auch Schulze (2001) und Kühne (1998), S. 104-105

eines umfangreichen Sicherheitsapparates, durch das Ta'if-Abkommen sowie weiterer bilateraler Abkommen legitimiert und legalisiert wurde.

Nach der Darlegung der institutionellen Voraussetzungen wie der machtpolitischen Verhältnisse zu Beginn des staatlichen Rekonstruktionsprozesses thematisiert das folgende Kapitel die Integration der Hizbollah in das politische System der Nachkriegsordnung, welche Hizbollah-intern mit dem Terminus *al-intifah* (Öffnung) und in der wissenschaftlichen Diskussion als „Lebanonisation“ bezeichnet wird. Hierbei sollen folgende Prozesse in das Zentrum der Analyse gestellt werden: die Teilnahme der Hizbollah an den ersten Parlamentswahlen der zweiten libanesischen Republik 1992 und die Redefinition des islamischen Widerstands als einen nationalen im Dienste des Staates. Die Modifikation der politischen Ziele und organisationsinterne Prozesse der ehemals systemfeindlichen Organisation werden vor dem Hintergrund des „Mechanismus der Inklusion“,<sup>35</sup> dem systemfeindliche Akteure, - zu denen sich die Hizbollah zu Ende des Bürgerkriegs zweifelsohne noch zählen lässt -, im Prozess der Transformation in eine systemimmanente Opposition ausgesetzt sind, betrachtet.

Es lässt sich vermuten, dass die Hizbollah durch die Transformation der politischen Ordnung, der Existenz eines transparenten, institutionellen Rahmens, welcher eine legale politische Opposition ermöglichte, der Konstellation der herrschenden politischen Kräfte zu Ende des Bürgerkriegs und der Aufstellung eines Kosten-Nutzen-Kalküls der eigenen Interessen einen Vorteil darin sah, sich von einer systemfeindlichen Opposition in eine loyale Kraft zu transformieren. Hier lässt sich der von Giovanni Sartori formulierte Prozess der „reziproken Re-Legitimation“<sup>36</sup> zwischen einer sich transformierenden radikalen Partei und der staatlichen Autorität anführen, der sich als gegenseitiger Vertrauensbeweis darstellt. Die systemfeindliche Opposition schwört der Feindschaft zum Staat ab und der Staat stellt dem Akteur als Gegenleistung Prärogativen und Schutz, die jeder staatlich legitimierten Organisation zustehen, zu Verfügung, wobei sich dieses Arrangement durch gegenseitiges Interesse stützt. Die Erleichterung in diesem Aushandlungsprozess durch die Ordnungsmacht Syrien in der Funktion eines Mediators, unter Ausnutzung des Interessenkonfliktes der verschiedenen konfessionellen politischen Kräfte des Libanons, soll

---

<sup>35</sup> Der „Mechanismus der Inklusion“ beschreibt den Aushandlungsprozess zwischen der Hizbollah und der staatlichen Autorität über die Beteiligung an der staatlichen Ordnung. Diese Konzeption lehnt sich an einen Mechanismus an, den Anderson (1997) in einem Aufsatz zu Integrationschancen islamistischer Oppositionsgruppierungen in politische Systeme beschreibt. Sie stellt die Hypothese auf, dass je intensiver sich politische, soziale und ökonomische Krisen, - als die sich die Situation im Libanon in den ersten Nachkriegsjahren zweifelsohne beschreiben lässt -, in Verbindung mit einer Unterdrückung gegenüber systemfeindlichen Kräften darstellen, diese umso wahrscheinlicher darauf zurückgreifen, Regime gewaltsam stürzen zu wollen. Der Gegenthese, welche besagt, dass je näher eine Lösung der Krisen in Verbindung mit einer Politik der Kooptierung der systemfeindlichen Gruppen stattfindet, diese um so wahrscheinlicher auf eine pragmatische Strategie der Anpassung an das politische System zurückgreifen, wurde durch das in Ta'if vereinbarte Prinzip der Inklusivität, d.h. der Einbeziehung möglichst aller relevanten politischen und militärischen Kräfte in den Friedenskonsolidierungsprozess sowie der Neutralisierung kontraproduktiver Störenfriede (*spoilers*), entsprochen.

<sup>36</sup> Sartori (1977), S. 144-145

hier nicht vernachlässigt werden. Seinen Abschluss findet das zweite Kapitel in einem Zwischenfazit, in dem versucht wird zu bewerten, welche der beiden Legitimationsdilemmata die Hizbollah zu Beginn des Prozess der Transformation in der neuen staatlichen Ordnung vor größere Hindernisse stellte und wie diese beiden miteinander interagierten.

Das dritte Kapitel widmet sich dem Spannungsverhältnis zwischen der „intellektuellen Struktur“<sup>37</sup> und dem politischen Diskurs der Hizbollah. Eingangs werden die Grundzüge dieser „intellektuellen Struktur“, - ein Konglomerat aus religiösen und moralischen Normen und politischen Zielen -, erörtert, welche den verschiedenen Aktivitäten und Tätigkeiten der einzelnen Organisationen der Bewegung auf theoretischer Ebene zugrunde liegen. Es gilt aufzuzeigen, wie die religiösen und moralischen Normen mit der politischen Programmatik in der sich transformierenden politischen Ordnung und in einer sich wandelnden soziopolitischen Realität interagieren. Es ist zu erwarten, dass die Normen wie auch die politischen Ziele eingedenk des transformierenden politischen Umfelds sowohl auf nationaler wie auch regionaler Ebene Reformulierungen und Wandlungen unterworfen wurden.

Durch die Analyse des komplexen Zusammenspiels zwischen der sich wandelnden „intellektuellen Struktur“ und den politischen Entwicklungen wird also versucht, Probleme, die sich bei der Transformation einer sich auf einen islamischen Wertekanon stützenden und in einem Gewaltkontext entstandenen Bewegung ergeben, unter Berücksichtigung der Ergebnisse des vorausgegangenen Kapitels herauszuarbeiten. Hindernisse und Chancen für die Hizbollah, die sich aus dem Ideologiespagat zwischen islamischem Staatsideal und der Anerkennung des pluralistischen Systems, der Verbindung von dem *wilayat al-faqih* (Führerschaft des obersten Rechtsgelehrten) als oberster Schiedsautorität der Bewegung und der Unterordnung unter die Autorität des libanesischen Staates, sowie dem Arrangement zwischen der islamischen und der Aufnahme der nationalen libanesischen Identität ergeben, sollen kenntlich gemacht werden. Unter dem Blickwinkel der Beibehaltung wie auch Ausweitung der Anhängerschaft und der Konformität zum politischen System des Libanons sollen folgende Einflussfaktoren für die Transformation auf der Ebene der „intellektuellen Struktur“ Erwähnung finden: der *jihad* gegen die Besatzungsmacht Israel als von der Hizbollah eingeforderten Pflicht jedes Muslims, die oberste Priorität des Widerstands gegen die israelische Besatzung und die Unterordnung unter die staatliche Autorität. Ein Zwischenfazit soll das Kapitel abschließen, welches versucht, zu beantworten, ob sich die intellektuelle Struktur insoweit modifiziert hat, dass sich von einer pragmatischen Anpassung, Erweiterung oder Transformation derselben sprechen lässt. Dies soll in Verbindung gesetzt

---

<sup>37</sup> Angelehnt an die Autorin Saad-Ghorayeb wird der Terminus „intellektuelle Struktur“ anstatt dem der Ideologie verwendet, da der Terminus der Ideologie ein Konzept voraussetzt, welches neben einer politischen und sozialen Vorstellung auch eine ökonomische beinhaltet. Aufgrund dessen kann der Terminus für die Hizbollah keine Anwendung finden, da sie bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein umfassendes ökonomisches Programm ausgearbeitet hat. Die Hizbollah selbst nennt ihr theoretisches Grundgerüst „unsere politische Theorie“, „unser intellektueller Diskurs“ oder „unsere intellektuelle Struktur“. vgl. Saad-Ghorayeb (2002), S. 3

werden zu den politischen Zielen der Hizbollah unter Berücksichtigung einer angestrebten Ausweitung des Elektorats und den beiden formulierten Ausgangsdilemmata.

Das folgende Kapitel schließt thematisch an das vorangegangene an, in dem die „Säulen“ der „intellektuellen Struktur“ in ihren organisatorischen Ausprägungen analysiert werden, unter Berücksichtigung der Ausweitung der Legitimität der Partei auf politischer und gesellschaftlicher Ebene, wovon sich der Autor verspricht, Rückschlüsse über den Umgang der Hizbollah mit dem externen und internen Legitimationsdilemma ziehen zu können. Eingangs sollen die Struktur der Bewegung sowie die Entscheidungsfindungsprozesse in einem schematischen Überblick erörtert werden, um dann in einem weiteren Analyseschritt ein Profil der Führungsebene und politischen Kader, der Anhängerschaft, des Elektorats und Adressaten der politischen Programmatik zu erstellen. Es ist zu erwarten, dass der in Kapitel 2 dargestellte Prozess der Öffnung sowohl in der organisatorischen Struktur als auch in den internen Entscheidungsfindungsprozeduren seinen Niederschlag gefunden hat.

Daran schließt sich eine Aufschlüsselung der Bewegung anhand der verschiedenen Aktivitätsfelder der Unterorganisationen der Hizbollah an, wobei dabei der schematischen Einteilung vieler Analysten gefolgt wird, welche die Hizbollah als eine Organisation mit „drei Gesichtern“ darstellen.<sup>38</sup> Zuerst wird der politische Arm der Bewegung analysiert, indem die politische Programmatik anhand der Interventionen der Mandatsträger der Hizbollah in der ersten Legislaturperiode (1992-1996) des libanesischen Parlaments dargestellt wird, welche in Bezug gesetzt werden soll zu der Regierungspolitik des Kabinetts unter Ministerpräsident Rafiq Hariri, um die Oppositionsstrategie der Hizbollah bestimmen zu können. Daran schließt sich eine Darstellung des Verhaltens des politischen Arms im elektoralen Prozess, d.h. der Allianz- und Listenbildung in den Parlamentswahlen 1996 und den Kommunalwahlen 1998, an.

Im Anschluss daran werden die Tätigkeiten und organisatorischen Strukturen der Dienstleistungs- und Wohlfahrtsunternehmen erörtert. Der *al-Shahid*-Stiftung (Märtyrer-Stiftung), die neben der *Jihad al-Bina* (Wiederaufbau-Kampagne) die größte Unterorganisation der Hizbollah darstellt, wird eine kurze Fallanalyse gewidmet, da sie eine wichtige Mobilisierungs- und Rekrutierungsfunktion für die gesamte Bewegung besitzt. Folgende Fragen sollen dabei im Zentrum der Analyse stehen: Wie hält die Hizbollah-Führung das hohe Maß an Engagement und Mobilisierung innerhalb ihrer Anhängerschaft aufrecht? Was sind die Gründe der Effizienz auf der Mobilisierungsebene und inwieweit

---

<sup>38</sup> u.a. Norton (1999), el-Khazen (2004). Die Autoren weichen insofern von der hier vorgenommenen Einteilung in eine politische Partei im Parlament, eine Wohltätigkeits- und Dienstleistungsorganisation und eine militärische Organisation ab, in dem sie den politischen und den militärischen Arm in die Kategorie einteilen und als dritten Arm einen terroristischen Arm feststellen. Auf die Darstellung der Hizbollah als terroristische Organisation, dem sich ein großer Anteil der wissenschaftlichen Arbeiten über die Organisation widmen, soll hier verzichtet werden, da sich der Autor von den weit gehend auf Annahmen basierenden Analysen keine Erkenntnisse für die Fallstudie verspricht.

dienen diese zur Schaffung einer gemeinsamen Identität? Ist die konfessionelle Zugehörigkeit zur schiitischen Gemeinschaft ein entscheidender Faktor in der Mobilisierungsstrategie und wenn ja, wie hoch ist sein Gewicht einzuschätzen im Vergleich zu materiellen Anreizen, welche die Dienstleistungsorganisationen bereitstellen? In diesem Kapitel soll aufgezeigt werden, wie die Hizbollah ihre Legitimität als politische Bewegung auszuweiten versucht, fußend auf der Annahme, dass der Bereitstellung der Dienstleistungen und der politischen Mobilisierung eine kohärente Strategie zugrunde liegt, welche sich nicht nur auf die Ausweitung des Elektorats, sondern auch auf die Ausweitung der Legitimität auf gesellschaftlicher Ebene abzielt. Damit soll die von Analysten aufgestellte These überprüft werden, ob die Dynamik des Wachstums der Hizbollah zu großen Teilen dem Engagement auf dem Gebiet der sozialen Dienstleistungen geschuldet ist.

Der militärische Arm der Hizbollah besitzt 15 Jahre nach Ende des libanesischen Bürgerkriegs auch weiterhin eine überaus wichtige Funktion für die politische Legitimität und Strategie der Bewegung und streift damit direkt die beschriebenen Dilemmata. Die militärischen Widerstandsaktivitäten gegen die israelische Armee und die von Israel unterhaltene Miliz *South Lebanese Army* (SLA) in den Bürgerkriegsjahren stellen nicht nur die Entstehungsursache der Hizbollah dar, sondern sind auch Ursache für die Exklusion von den allgemeinen Demobilisierungsmaßnahmen nach Ende des Bürgerkriegs und damit der Etablierung der Sonderrolle unter den libanesischen politischen Akteuren der Nachkriegsordnung. Der Status der Hizbollah lässt sich als einzigartig bezeichnen, denn in der gesamten arabischen Welt lässt sich kein weiterer nicht-staatlicher Akteur mit autonomer Militär- und Sicherheitsstruktur finden, der die Duldung, bzw. Unterstützung von Teilen der eigenen nationalen Regierung genießt. Ferner haben die militärischen Aktivitäten im Rahmen der Widerstandskampagne hohe Bedeutung für die Finanzierung der Organisation und ihre Beziehung zu den externen „Alliierten“ Syrien und Iran, bringen aber gleichzeitig politische Kosten auf nationaler Ebene wie auch Hindernisse für den Transformationsprozess der Bewegung mit sich. Die sich bei Wissenschaftlern weiten Zuspruchs erfreuende These, dass die Partei der Fortsetzung der Widerstandsaktivitäten zur internen Legitimation bedarf und sich damit als existenziell herausstellt, soll im Zusammenhang der Darstellung der Gesamtstrategie der Bewegung auf seine Plausibilität überprüft werden. In einem Zwischenfazit, welches das Kapitel abschließt, werden die gewonnenen Erkenntnisse über die verschiedenen Arme der Organisation in Beziehung zueinander gesetzt werden unter Berücksichtigung der Wechselwirkung zwischen dem staatlichen und dem organisatorischen Transformationsprozess sowie der beiden formulierten Transformationsdilemmata.

Das letzte Kapitel wendet sich der Hizbollah als politischem Akteur in einer weitgehend als stabil geltenden politischen Ordnung zu, was nicht heißt, dass alle sicherheitspolitischen,

ökonomischen, sozialen und psycho-sozialen Probleme, mit denen sich die libanesische Bürgerkriegsgesellschaft nach Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen konfrontiert sieht, aus dem Weg geräumt sind. Diesen „Zustand“ gilt es so zu verstehen, dass ein erneuter Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen entlang ehemaliger Konfliktlinien des Bürgerkriegs unwahrscheinlich erscheint, sieht man einmal von intra-konfessionellen, zum Teil gewaltsam geführten Auseinandersetzungen zwischen Hizbollah- und Amal-Mitgliedern im Südlibanon sowie der Anwesenheit externer Truppen ab. Einen Zustand, der sich als „strukturell stabil“ beschreiben ließe, was implizieren würde, dass der Prozess der Friedenskonsolidierung als erfolgreich gelten kann, hat der Libanon auch 15 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs noch nicht erreicht.

Der Prozess der Integration der Hizbollah in das politische System kann Mitte der 90er Jahre als weitestgehend abgeschlossen gelten, zieht man beispielsweise als Indikator die Konsolidierung der Stimmenanteile bei den zweiten Parlamentswahlen 1996 heran. Erscheint es aber legitim, die Hizbollah als „durchschnittlichen“ politischen Akteur in der politischen Ordnung zu bezeichnen, was bedeuten würde, dass die Transformation der ehemaligen Guerilla-Bewegung in eine ausschließlich politische Bewegung abgeschlossen ist? Es wird versucht, diese Frage über Reaktionsmuster der Hizbollah auf Herausforderungen, die von innen, d.h. durch Mitglieder der Organisation, wie von außen, d.h. durch regionale Akteure, an sie herangetragen wurden, zu beantworten. Als Herausforderungen auf nationaler Ebene sollen folgende Ereignisse und ihre Implikationen für die Akteurstransformation dargestellt werden: die im April 1996 großflächig lancierte israelische Militäroffensive „Früchte des Zorns“ im Libanon, die sich als Delegitimierungsversuch der Hizbollah durch einen externen Akteur werten lässt; die durch Sheikh Subhi al-Tufayli, einem ehemaligen Hizbollah-Generalsekretär und Mitglied der obersten politischen Führungs- und Entscheidungsebene, initiierte und sieben Monate lang anhaltende „Revolte der Hungernden“, welche sich nicht nur als Herausforderung des libanesischen Staates, sondern auch als Herausforderung der Partei Gottes von islamistischer Seite interpretieren lässt. Als weitere Herausforderung auf nationaler Ebene werden der israelische Rückzug und die damit endende Besatzung des Südlibanons in ihren Auswirkungen auf die Hizbollah sowie auf die Wiederherstellung der staatlichen Integrität des Libanon analysiert. Das damit verbundene Schwinden der Legitimationsgrundlage für die Beibehaltung des bewaffneten Arms und der Weiterführung des bewaffneten Kampfes gegen Israel wird eingehend thematisiert, denn die Hizbollah sah sich der Situation ausgesetzt, die Beibehaltung der Gewaltstrategie organisationsintern wie auch extern erneut legitimieren zu müssen. Die politische Dominanz Syriens im Libanon und die nahöstliche Konfliktdynamik sollten ihr dabei, wie darzustellen ist, die Herstellung der Legitimation erleichtern, wodurch

sie erneut das Problem der Transformation in eine ausschließlich politisch-zivile Organisation hinausschieben konnte.

Die Analyse der Herausforderungen regionalen Ausmaßes hebt ab auf Entwicklungen jüngerer Datums wie die *al-Aqsa-Intifada*, die Maßnahmen der Antiterrorkampagne der USA und ihrer Implikationen für den Libanon und die Hizbollah sowie dem Krieg im Irak und sich daraus neu ergebender geopolitischer Konstellationen in der Nahostregion. Es wird versucht, die Dynamiken in Bezug zu setzen zu den Reaktionsmuster der Hizbollah unter Berücksichtigung der internen und externen Zwänge, denen sie ausgesetzt ist, sowie einer Evaluierung möglicher Kosten und Gewinne vorzunehmen, die sich in Bezug zu der Transformation herstellen lassen.

Den Abschluss der Arbeit bildet ein Fazit, indem die Analyseergebnisse noch einmal zusammengefasst werden und die Chancen und Hindernisse in dem Transformationsprozess der Hizbollah validiert werden, sowie ein Ausblick gewagt, in dem Prognosen über die Zukunft der Bewegung auf nationaler wie regionaler Ebene gestellt werden. Angesichts der Dynamik, welche der Nahe Osten und damit auch der Libanon gegenwärtig ausgesetzt sind, müssen diese aber mit Vorbehalt betrachtet werden.

#### **1.4. Quellen und Materialbasis**

In arabischer, englischer und französischer Sprache existieren in zahlreicher Form wissenschaftliche Publikationen über die Hizbollah, die mehrheitlich von an der *American University of Beirut* und der *Université Libanaise* lehrenden Politologen und Soziologen verfasst wurden, aber auch europäische Wissenschaftler widmen sich dem Thema. Der Hizbollah als wissenschaftlichem Untersuchungsgegenstand wurde mit ihrem Prozess der Öffnung wie auch durch den „islamischen Terrorismus“ zunehmend Aufmerksamkeit zuteil, was wohl auch der Tatsache geschuldet ist, dass sie sich gegenüber Wissenschaftlern und Journalisten aus dem Libanon wie aus dem Ausland im Vergleich zu ihrer Gründungsphase nicht mehr verschließt. Teile ihrer Führungsebene und ihrer unterschiedlichen Organisationen haben Kontakt zu ausländischen Instituten und Wissenschaftlern und eine Zusammenarbeit mit libanesischen Universitäten wird von der Hizbollah forciert.

Da der Autor der arabischen Sprache nicht in dem Grad mächtig ist, der benötigt würde, um wissenschaftliche Texte lesen zu können, hat er größtenteils auf Publikationen in englischer und französischer Sprache zurückgegriffen. Da dessen Autoren aber mehrheitlich Libanesen sind und an den dortigen Universitäten lehren, ist davon auszugehen, dass sie mit der Bewegung und ihrer Entwicklung in ausreichendem Maße vertraut sind. Auf Publikationen israelischer Autoren wurde nicht aus ideologischen Gründen verzichtet, sondern es hat sich bei der Einsicht ihrer Texte herausgestellt, dass sie sich der Hizbollah aus militärisch-

strategischer Sicht oder unter dem Aspekt des Terrorismus annähern, was für die vorliegende Analyse kaum Relevanz besitzt.

Zeitschriften und Publikationen in englischer und französischer Sprache der zahlreichen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute in Beirut, wie auch Zeitungen libanesischer Verlage, die sich über das Internet einsehen lassen, wurden bei der Abfassung der Arbeit verwendet. Die Internetauftritte der verschiedenen Hizbollah-Institute und –organisationen und die darauf erschienenen Texte wurden bei der vorliegenden Analyse nicht berücksichtigt, um nicht den Rahmen zu sprengen.

Ferner hatte der Autor die Möglichkeit, während eines kurzen Aufenthaltes in Beirut im Februar 2004 an der von dem sHizbollah-Institut *The Consulting Centre for Studies & Documentation* in Kooperation mit der Friedrich Ebert-Stiftung Beirut sowie weiteren Instituten veranstalteten Konferenz „The Islamic World & Europe: from dialogue towards Understanding“ teilzunehmen, auf der er mit einzelnen Mitgliedern der Hizbollah Gespräche über die Bewegung und ihre Ziele austauschen konnte, was ihm einen Einblick in die politische Programmatik der Organisation verschaffte.

## **2. Vom Bürgerkrieg zur Zweiten Libanesischen Republik: Die Hizbollah als Gewaltakteur in einer sich transformierenden politischen Ordnung**

Im Folgenden wird die Entwicklung der islamischen Widerstandsbewegung Hizbollah im Kontext des libanesischen Bürgerkriegs unter Nennung ihrer Entstehungsursachen sowie ihrer politisch-militärischen Agenda und Ziele dargestellt. Dieser Illustration folgt eine Erörterung des Ta'if-Prozesses und den daraus resultierenden Implikationen für das politische System und den im Zentrum der Analyse stehenden Akteur. Ihren Fortlauf nimmt die Untersuchung mit der Darstellung der Einbettung der Hizbollah in die neue politische Ordnung und daraus resultierender organisationsinterner Modifikationen.

### **2.1. Die Radikalisierung der Schiiten im libanesischen Bürgerkrieg:**

#### **Der Entstehungskontext der Hizbollah**

Der Bürgerkrieg im Libanon (1975-1990) stellte sich als ein hoch-komplexer Konflikt mit diversen Konfliktakteuren, vielseitiger internationaler Einmischung und sozialen, ethnisch-kulturellen, konfessionellen und territorialen sowie machtpolitisch geprägten Konfliktgegenständen dar.<sup>39</sup> Die Ursachen für den Ausbruch des gewaltsamen Konflikts

---

<sup>39</sup> Nach der Einteilung der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Universität Hamburg handelte es sich bei dem libanesischen Bürgerkrieg um den Kriegstyp ACE-1, also eine Mischform aus Antiregime-Krieg, zwischenstaatlichem Krieg und Krieg mit Fremdbeteiligung (siehe [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/120\\_libanon.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/120_libanon.htm), Abruf am 14.08.2004).

waren multidimensional, ein Zusammenwirken interner und externer Faktoren sorgte für den Ausbruch und leistete einer Verlängerung Vorschub. Unter der außerordentlich umfangreichen Literatur über den libanesischen Bürgerkrieg kristallisieren sich fünf Determinanten als Konfliktursachen heraus, wobei die unterschiedlichen Autoren jeweils einen Erklärungsansatz favorisieren, die kombinierte Wirksamkeit aller genannten Faktoren aber nicht leugnen, die sich als folgende darstellen lassen: der Fortbestand primordialer Bindungen, insbesondere konfessioneller, klientelistischer, regionaler und familialer Loyalitäts- und Identitätsmuster; eine nationale, staatliche Politik, die keine integrative Wirkung entfalten konnte und damit außerstande war, die desintegrativen Dynamiken abzuschwächen; das Festhalten an dem soziopolitischen System des Konfessionalismus; die sprengende Wirkung extremer sozioökonomischer Gegensätze und die Beteiligung zahlreicher externer Konfliktparteien.<sup>40</sup> Auf eine Kurzformel gebracht, lässt sich der libanesischer Bürgerkrieg als „ein ethnisierte Herrschaftskonflikt mit externer Beteiligung, der zudem durch den Nahost-Konflikt überlagert wurde“, <sup>41</sup> charakterisieren.

Da die Darstellung der gesamten Konfliktdynamik sowie der Ursachen, Muster und Konstellationen schon von anderer Seite geleistet wurde,<sup>42</sup> setzt die Darstellung bei der für die Analyse relevanten israelischen Militärinterventionen in den Jahren 1978 und 1982 ein, da sich der Zeitraum gewissermaßen als „Inkubationszeit“ der Hizbollah darstellt. Der Südlibanon als einem der traditionellen Hauptsiedlungsgebiete der libanesischen Schiiten hatte sich seit Anfang der 70er Jahre zu einer Basis der palästinensischen Guerillas für ihren Kampf gegen den israelischen Staat entwickelt,<sup>43</sup> in dessen Rahmen sie militärische Angriffe gegen nordisraelische Siedlungen ausübten, welche mit israelischen Vergeltungsschlägen gegen bewohnten Siedlungen auf libanesischem Territorium beantwortet wurden.<sup>44</sup> Die durch die „Vergeltungsschläge“ resultierenden Zerstörungen der Infrastruktur und hohen Opferzahlen wie auch das brutale Auftreten der Palästinenser gegenüber der lokalen Bevölkerung führte zu einer zunehmenden Entfremdung der Schiiten<sup>45</sup> von den Palästinensern, deren bewaffneten Befreiungskampf sie bis zu Mitte der 70er Jahre noch unterstützende Sympathie entgegengebracht hatten. Im März 1978 nahm Israel einen auf

---

In Hanfs Darstellung lassen sich 24 verschiedene generelle Konfliktkonstellationen unter Beteiligung verschiedener interner und externer Akteure, die unterschiedlichste Allianzen bildeten, zählen. Hanf (1990).

<sup>40</sup> Rosiny (1996), S. 13

<sup>41</sup> Perthes (2000), S. 448

<sup>42</sup> Hanf (1990), Hiro (1992), Perthes (1995), Norton (1987)

<sup>43</sup> Am 03.11.1969 unterzeichnete die libanesischer Regierung mit der PLO das „Kairo-Abkommen“, wodurch den palästinensischen Freischärlern und Guerilla-Verbänden Handlungsfreiheit auf libanesischem Territorium für ihren Kampf gegen Israel eingeräumt wurde. 1985 wurde es von dem pro-israelischen Staatspräsidenten Jumayyil aufgehoben.

<sup>44</sup> Am 12. und 13. Mai 1970 drangen zum ersten Mal israelische Bodentruppen auf libanesisches Territorium vor. Wenige Tage später wurden als Vergeltung auf einen palästinensischen Anschlag in Israel südlibanensische Dörfer mit Artillerie beschossen, woraufhin 50.000 Bewohner flohen. In den nächsten Jahren wurden bei ähnlichen Aktionen in wachsendem Umfang Dutzende schiitischer Dörfer bombardiert und Hunderte palästinensischer Flüchtlinge und libanesischer Zivilisten getötet. Rosiny (1996), S. 105

<sup>45</sup> Siehe Norton (1988), S. 66 ff. und Beydoun (1992), S. 39 ff.

israelischem Territorium ausgeführten Anschlag eines palästinensischen Freischärlers aus dem Libanon zum Anlass und führte die groß angelegte Militäroffensive „Operation Litani“ aus, in deren Rahmen der libanesische Süden bis zum Litani-Fluss besetzt wurde.<sup>46</sup> Das Ziel Israels, palästinensische Attacken gegen israelisches Territorium präventiv zu verhindern, scheiterte indes und die Leid Tragenden der enormen Verwüstungen und der darauf folgenden Isolation des Südens von dem restlichen libanesischen Territorium waren Libanesen und unter ihnen vor allem die Mitglieder der im Süden beheimateten konfessionellen Gemeinschaft der Schia.

Die im Juni 1982 ausgeführte israelische Militäroperation auf libanesischem Territorium, mit dem euphemistischen Namen „Frieden für Galiläa“,<sup>47</sup> verfolgte das Ziel, die PLO aus Beirut zu vertreiben. Die israelische Armee marschierte nach einer wochenlangen Belagerung und schweren Bombardements, welche erst ausgesetzt wurden, als die letzten palästinensischen Freischärler Beirut verließen, in die libanesische Hauptstadt ein.<sup>48</sup> Die aus der Militäroperation „Frieden für Galiläa“ resultierenden Kriegsschäden waren verheerend und nicht nur die im Südlibanon ansässigen Schiiten, sondern Mitglieder aller libanesischer Konfessionen waren betroffen. 17 –18.000 Libanesen und Palästinenser wurden getötet, 32.000 verletzt, ca. 10.000 inhaftiert, eine halbe Million Menschen wurden zu Binnenflüchtlingen (IDPs) und die ökonomischen Schäden durch Zerstörung von Wohnungen und Infrastruktur werden mit 1,9 Milliarden US-Dollar angegeben.<sup>49</sup> Zu der zerstörten Infrastruktur kam hinzu, dass Israel im Rahmen der „Politik des guten Zaun(s)“<sup>50</sup> die vom Rest des libanesischen Territoriums isolierte „Sicherheitszone“ mit eigenen Agrarprodukten zu Dumpingpreisen überschwemmte, was die libanesischen Produkte nicht mehr konkurrenzfähig machte und die Bewohner des Südens verarmen ließen. Diese und andere

<sup>46</sup> „Operation Litani“ kostete mehrere tausend Libanesen und Palästinenser das Leben und 285.000 Menschen wurden obdachlos, Norton (1993), S. 64 ff. In der UNO-Resolution 425 vom 19.03.1978 wurde das israelische Vorgehen verurteilt und Israel wurde zum sofortigen Rückzug aufgefordert. Die multinationale Truppe UNIFIL (*United Nations Interim Forces in Lebanon*) wurden zur Überwachung des israelischen Rückzugs im Südlibanon stationiert. Israel aber weigerte sich, das ca. 800 km<sup>2</sup> Grenzgebiet zu räumen und übergab nominell die Autorität an eine von Israel ausgerüstete und finanzierte Miliz, die sich später in SLA (*South Lebanese Army*) umbenannte. Zur SLA siehe Hirst (1993), S. 7 ff. und Hillenkamp (1999), S. 60 ff.

<sup>47</sup> Die israelischen Journalisten Ze’ev Schiff und Ehud Ya’ari stellen anschaulich und objektiv in ihrem Buch *Israel’s Lebanon War* (1984) die Ereignisse der israelischen Militäroperation „Frieden für Galiläa“ dar. Zu den strategischen Zielen der israelischen Militär-Operation und die Verhandlungen Israels mit Syrien siehe Seale (1988), S. 394 ff.

<sup>48</sup> Multinationale Streitkräfte (MNF), bestehend aus italienischen, französischen und amerikanischen Kontingenten, wurden zum Schutz der zurückgebliebenen palästinensischen Zivilisten in Beirut stationiert, aber wegen ihrer Parteinahme für den maronistischen Präsidenten Amin Jumayil und der dubiosen Rolle, die sie während der von den Forces Libanaises ausgeführten Massakern in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila 1982 in Südbeirut spielten, von den Muslimen als externe Konfliktpartei, die israelische Agenda im Libanon unterstützend, wahrgenommen. Sie zogen 1984 wieder ab, wobei die gegen die amerikanischen und französischen Kasernen in Beirut ausgeführten Selbstmordattentate eine wichtige Rolle in der Entscheidung gespielt haben dürften.

<sup>49</sup> Rosiny (1996), S. 60

<sup>50</sup> Mit der zu Mitte der 70er Jahre unter der Ministerpräsidentenschaft Rabin eingeführten „Politik des guten Zauns“, in deren Rahmen Israel den Südlibanesen Lebensmittel, medizinische Versorgung und wirtschaftliche Hilfe zukommen ließ, wurde das Ziel verfolgt, ein Israel-freundliches Klima aufzubauen und eine Opposition gegen die palästinensische Präsenz im Libanon zu unterstützen. Hillenkamp (2000), S. 55, Peretz (1994), S. 115

getroffene Maßnahmen im Rahmen der militärischen Invasion gaben Spekulationen Nahrung, dass Israel territoriale Ziele im Südlibanon hegte und religiös legitimierte Ansprüche auf ehemals jüdische Siedlungsgebiete erhob.<sup>51</sup> Israel konnte durch die erreichte militärische Hegemonie in Beirut den pro-israelischen Staatspräsidenten Amin Jumayyil installieren und schloss mit ihm am 17. Mai 1983 ein bilaterales Abkommen, welches umfangreiche libanesischen Sicherheitsgarantien gegenüber Israel beinhaltete und de facto das Fortbestehen der israelischen „Sicherheitszone“ im Süden legalisierte.

Die Schiiten und deren geistige und politische Führer, u.a. die mittlerweile zur Miliz degenerierte Amal<sup>52</sup> unter der Führerschaft Nahib Berris, hatten anfangs die Wiederherstellung einer zentralstaatlichen Autorität, auch unter einer pro-israelischen Präsidentschaft, begrüßt, aber ihre Hoffnungen auf eine Entwicklungspolitik auf nationaler Ebene und damit auf die Aufhebung der Benachteiligung der von ihnen bewohnten Regionen wurden schnell enttäuscht. Die durch das bilaterale Abkommen legalisierte israelische Militärpräsenz im Südlibanon und der zunehmende Einsatz und Missbrauch der weiträumig ausgebauten libanesischen Armee<sup>53</sup> im innerlibanesischen Kräftespiel, wie bspw. das Vorgehen gegen von schiitischen Kriegsflüchtlingen besetzten Häusern und die Moschee *al-Rasul al-A'zam* in Südbeirut, ließen erste bewaffnete Zusammenstöße zwischen Armee und bewaffneten schiitischen Verbänden entstehen. Das Vorgehen der libanesischen Armee gegen die eigene Bevölkerung, die Kollaboration mit der Okkupationsarmee wie auch die Zerstörung eines religiösen Zentrums konfessionalisierte die Auseinandersetzungen zusätzlich und der Widerstand gegen die libanesischen politische Ordnung wuchs an. In Folge dessen rief der Amal-Milizenführer Nahib Berri zur Befehlsverweigerung aller „patriotischen Soldaten“ auf, der tausende, vorwiegend schiitische Soldaten nachkamen und die Armee spaltete sich entlang konfessioneller Linien auf. Dies trug zum Prozess der Parzellierung des Territoriums in der Hauptstadt wie auch im Rest des Landes bei, in dem sich homogene, entlang konfessioneller Linien getrennte territoriale Enklaven herausbildeten, die von den jeweiligen Milizen kontrolliert wurden.<sup>54</sup>

<sup>51</sup> Nach Peretz drehen sich die außenpolitischen Ziele Israels im Libanon historisch um vier Themenkomplexe: Die Sicherheit der israelischen Nordgrenze, Allianzen mit der christlich-maronitischen Gemeinschaft, Israels Beziehungen zu Syrien und Libanons Wasserreserven, insbesondere denen des Litani-Flusses. Peretz (1994)

<sup>52</sup> Die Bezeichnung „Amal“ ist ein Akronym und steht für *afwaj al-muqawama al-lubnaniyya* (Bataillone des libanesischen Widerstands), gleichzeitig bedeutet *amal* im Arabischen „Hoffnung“. Unter Musa al-Sadr, einem aus dem Iran stammenden, schiitischen Geistlichen, kam es zur politischen Mobilisierung der libanesischen Schiiten, die als letzte muslimische Konfession der muslimischen Libanesen ohne politische Vertretung geblieben war. Er gründete die schiitische „Bewegung der Entrechteten“ (*harakat al-mahrumin*) 1975, die aber nach seinem rätselhaften Verschwinden in Libyen 1979 im Laufe des libanesischen Bürgerkriegs und unter Zurückdrängung des Einflusses der Kleriker in der Bewegung zunehmend zur Miliz degenerierte. Die Parteimiliz wird auch *Harakat Amal* (Amal-Bewegung) bezeichnet. Zur Entwicklung der Amal-Bewegung und Biographie ihres Gründers Musa al-Sadr siehe die ausführlichen Darstellungen Ajami (1986), Norton (1988) und Rieck (1989).

<sup>53</sup> Im Sommer 1982 wurde die Mannschaftsstärke der libanesischen Armee von 23.000 auf 50 – 60.000 Mann erhöht. Die Ausbaumaßnahmen verschlangen ca. 1.2 Milliarden US-Dollar, was die Staatsverschuldung erhöhte und eine galoppierende Inflation zur Folge hatte, die breite Bevölkerungsschichten verarmen ließ.

<sup>54</sup> Die Bürgerkriegsmilizen, die bis auf wenige Ausnahmen ein eindeutiges konfessionelles Profil aufwiesen, kontrollierten die einzelnen territorialen Parzellen, in denen sie von vornherein eine politische Basis besaßen, weil

Der Krieg von 1982 brachte aber nicht nur das innerlibanesisches Mächtegleichgewicht zwischen den bewaffneten Milizen in Schieflage und zog schwere inter- und intrakommunitäre gewaltsame Kämpfe nach sich, sondern trug - neben anderen Faktoren - zur Entstehung eines neuen Gewaltakteurs bei: der Hizbollah. Im Folgenden werden vier Entstehungsfaktoren der islamischen Guerilla detailliert dargestellt.

### **Generation junger Kleriker**

Als erste „Quelle“ der Hizbollah lässt sich die zu Ende der 70er Jahre remigrierte Generation junger schiitischer *ulama* anführen, die in den theologischen Seminaren von Najshaf im Irak studiert hatten und dort in der Islamischen Bewegung tätig waren. Diese waren infolge der Unruhen unter den Schiiten im Irak, - die, ermutigt durch die Erfolge der Islamischen Revolution im Iran, sich politisch mobilisiert hatten, was von dem irakischen Regime mit gewaltsamen Repressionsmaßnahmen beantwortet wurde - , gezwungen worden, den Irak in Richtung Libanon zu verlassen. Dieser junge Kreis von Geistlichen, der mehrheitlich der Schule des 1980 im Irak hingerichteten aktivistischen Ayatollah Baqir al-Sadr entstammte und gute Kontakte zu den älteren, einflussreichen schiitischen Geistlichen Muhammad Husain Fadlallah und Muhammad Mahdi Schams ad-Din im Libanon unterhielt, bildete den Nukleus der Hizbollah im Libanon während ihrer Entstehungszeit.<sup>55</sup> Sie begannen mit der Gründung von islamistischen Vereinigungen und Organisationen, welche durch persönliche Kontakte miteinander verknüpft waren, in der an Syrien grenzenden Bekaa-Ebene im westlichen Teil des Libanons, welche weitgehend von Kampfhandlungen des libanesischen Bürgerkriegs verschont blieb.

### **Das Verschwinden Musa al-Sadr und die Spaltung der Amal**

Ein weiteres Reservoir für die spätere Hizbollah stellte die zunehmend desintegrativen Tendenzen ausgesetzte schiitische Amal-Miliz dar. Durch das Verschwinden der Integrationsfigur Musa al-Sadr,<sup>56</sup> dem es gelang, die Differenzen zwischen den

---

sie demographisch die stärkste Gemeinschaft darstellten, oder weil sie die Gebiete militärisch erobern konnten, wie im Falle Westbeiruts durch Amal und Hizbollah. Sie verfolgten aber als Ziel nicht die Loslösung der von ihnen kontrollierten Territorien aus dem libanesischen Staat oder den Anschluss an die Nachbarstaaten, was von der jeweils gegnerischen Seite befürchtet und unterstellt wurde. Durch dierterritoriale Parzellierung konnten die Milizen ihre Macht konsolidieren, indem sie Angehörige anderer Konfessionen oder abweichender politischer Ansichten gewaltsam zur Abwanderung zwangen und Vertriebene aus anderen Gebieten aufnahmen. Terror und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung wurde dabei planmäßig eingesetzt. So entstanden die für Bürgerkriege typischen „ethnisch“ homogenen Zonen, die eine neue „ethnographische“ Landkarte im Libanon entstehen ließen. Ethnisch heterogene Siedlungsgebiete der Vorkriegszeit wurden zu ethnisch homogenen territorialen „Inseln“. Ein wesentlicher Teil der massiven Flüchtlingsströme während des Bürgerkrieges liegt in dieser Dynamik begründet.

<sup>55</sup> Zu diesem aus dem Irak remigrierten Kreis junger *Ulama* gehörten u.a. Subhi al-Tufayli, Abbas al-Musawi und Nassan Nasrallah, die in der genannten Reihenfolge als Generalsekretäre der Hizbollah amtierten. Auf die unterschiedlichen Führungsstile der Hizbollah-Generalsekretäre wird in Kapitel 4.1 noch genauer eingegangen.

<sup>56</sup> Ende August 1978 begab sich Musa al-Sadr auf eine Reise nach Libyen, um Muammar Gadhafi einen Besuch abzustatten. Am 31.09.1978 verlor sich nach letzten Lebenszeichen dort seine Spur. Die Tatsachen des Verschwindens sind bis heute nicht geklärt und unterschiedlichste Annahmen kursieren darüber, vgl. Ajami (1986), S. 183 ff. und Norton (1988), S. 52 ff. Bei libanesischen Schiiten besitzt al-Sadr, der schon zu Lebzeiten von seinen Anhängern als „Imam“ bezeichnet wurde, bis zum heutigen Tag große Anerkennung und quasi die Stellung einer religiösen „Ikone“. Von den gläubigen Schiiten wurden Vergleiche angestellt zwischen dem

geographisch voneinander getrennten schiitischen Siedlungsgebieten des Libanons zu überbrücken, und in dessen Person die Führung der wichtigsten Institutionen und Organisationen der konfessionellen Gemeinschaft der Schiiten, - des Obersten Schiitischen Rates (*majlis al-shii al-alaa*), der „Bewegung der Entrechteten“ und der Amal-Miliz -, zusammenfielen, kam es zu Spaltungstendenzen innerhalb der schiitischen Konfession, da die Führungen der einzelnen Organisationen differierende Agenden verfolgten. Zum endgültigen organisatorischen Bruch zwischen den reformorientierten, gemäßigten Kräften der Amal-Bewegung und der radikal-revolutionären Strömung kam es in Folge der dargestellten israelischen Invasion von 1982. Die Führungen des Obersten Schiitischen Rates, eine Art Ständevertretung der schiitischen Bourgeoisie, und der Amal setzten auf ein breites, nationales Bündnis<sup>57</sup> zur Unterstützung der pro-israelischen Staatsführung, um Israel keinen Ansatzpunkt für eine politische Spaltung des Landes zu liefern. Da die christlich-maronitische Staatsführung sich mit den israelischen Besatzern arrangierte, um einen Vorteil gegenüber den anderen konfessionellen Gruppen zu erreichen, lehnten die radikaleren schiitischen Kräfte jeglichen Kompromiss mit der maronitischen Staatsführung und der Besatzungsmacht Israel ab. Verallgemeinernd ließe sich sagen, dass die Führung der Amal den libanesischen Süden von der israelischen Besatzung befreit sehen wollte, ihr primäres Ziel aber die Bewahrung des Südens vor weiteren Kriegsschäden darstellte. Die radikaleren islamistischen Kräfte hingegen, ebenso wie die Palästinenser, proklamierten den Kampf gegen Israel bis zur „Befreiung Jerusalems“.<sup>58</sup> Die Amal-Führung, insbesondere Nahib Berri als Mitglied des „Nationalen Rettungskomitees“, wurde zunehmend öffentlich kritisiert und die Zusammenarbeit mit der pro-israelischen Staatsführung als Verrat an den Prinzipien Musa al-Sadrs und als Kollaboration mit den Besatzern verurteilt. In Folge dessen verlor die Amal zahlreiche Führungskader, Milizionäre und Anhänger an die sich bildenden Vereinigungen mit radikalerer Agenda, die in Folge das Umfeld der Hizbollah bilden sollten.<sup>59</sup>

### ***Im Sog der Iranischen Revolution***

Als Reaktion auf die israelische Invasion 1982 wurde im Juni 1982 ein Kontingent von iranischen Revolutionswächtern (*al-haras ath-thauri al-islami* oder *Pasdaran*) in der Bekaa-

---

Schicksal al-Sadrs und des Zwölften Imams Muhammad, der gemäß der schiitischen Theologie seit 874 n. Chr. in der „großen Verborgenheit“ befindet und dessen Ankunft als *Mahdi* (der Geführte) erwartet wird.

<sup>57</sup> Als Reaktion auf die israelische Invasion ein interkonfessionelles „Nationales Rettungskomitee“ einberufen, dem unter anderen Nahib Berri, Milizenführer der Amal, als Vertreter der schiitischen Gemeinschaft angehörte. Dieses Komitee trat aber nur zweimal zusammen, konnte keinen gemeinsamen Standpunkt formulieren und löste sich in Folge dessen auf.

<sup>58</sup> Hanf (1990), S. 406

<sup>59</sup> 1982 spaltete sich die *Harakat Amal al-Islamiyya* (Islamische Amal-Bewegung) unter dem stellvertretenden Vorsitzenden der Amal, Husain al-Musawi, von der Amal ab, die in der Folgezeit reklamierte, das wahre Erbe Musa al-Sadr zu vertreten. Auch die Mitglieder der *Hizb ad-Da'wa* (Da'wa-Partei), die inkognito in der Amal tätig gewesen waren, verließen die Partei; vgl. Rosiny (1996), S. 124. Ein Charakteristikum der seit Ende der siebziger Jahre auftretenden zahlreichen islamistischen Vereinigungen, welche das spätere islamistische Umfeld der Hizbollah bilden, ist das Auftreten unter anonymen Kollektivbezeichnungen. Rosiny nennt als Beispiele acht verschiedene Gruppierungen, die teilweise nach den Vorbildern von und in Kooperation mit iranischen islamistischen Organisationen gegründet wurden.

Ebene stationiert.<sup>60</sup> Neben deren „Kulturarbeit“ – sie dozierten über die Errungenschaften der Islamischen Revolution und die Lehre Khomeinis – bildeten sie Kampfverbände, wie den *al-Muqawama al-Islamiyya* (Islamischen Widerstand), den *Jihad al-Islami* (Islamischen Jihad) und die *Amal al-Islamiyya* (Islamische Amal), militärisch aus. Sie unterstanden unmittelbar Ali Akbar Mutaschemi, dem iranischen Botschafter in Damaskus und späteren iranischen Innenminister, der zu den Hardlinern der iranischen Führung gezählt wurde und als Initiator der Gründung der Hizbollah auf iranischer Seite gilt. Waffen wurden von Iran über den syrischen Landweg in die Bekaa-Ebene und andere Orte entsandt, was die libanesische Armee nicht unterbinden konnte, und die Sicherheitsmaßnahmen für Trainingscamps und logistische Unterstützung wurde von der syrischen Armee übernommen. Neben der personellen und materiellen Unterstützung wurden große finanzielle Summen von Teheran an die neu gegründeten islamistischen Verbände überwiesen,<sup>61</sup> welche es der Hizbollah im Verlauf des Bürgerkriegs erlauben sollte, von einer in Bürgerkriege typischen Praxis von Milizen, Schattenökonomien aufzubauen, um das eigene Überleben zu sichern, absehen zu können, was sie von den anderen libanesischen Milizen unterschied<sup>62</sup> und im Hinblick auf das externe Legitimationsdilemma im Nachkriegslibanon eine wichtige Rolle spielen wird. Darüber hinaus etablierte die iranische Staatsführung ein weit verzweigtes Netz an Unterorganisationen im Libanon, die sich vorwiegend kulturellen, sozialkaritativen und infrastrukturellen Aufgaben widmete<sup>63</sup> und unterstützte die Familien der im Rahmen des

<sup>60</sup> Die Angaben über die Anzahl der Revolutionswächter unterscheiden sich in der Literatur erheblich. Norton (1990), S. 125 nennt 1.000; Jaber (1997), S. 20 nennt 1.500 und Seale (1988), S. 396 gibt als Zahl 2.000 an. Das iranische Interesse an der Teilnahme am libanesischen Bürgerkrieg wird in der Literatur zumeist unter dem Paradigma des globalen „Exports der Islamischen Revolution“, also der Verbreitung des eigenen Staats- und Gesellschaftsmodells, thematisiert; konkret lässt sich die iranische Unterstützung der Gruppierungen, die sich zur Hizbollah zusammenschließen sollten, zwei Ziele der iranischen Außenpolitik bedient: (1) die Möglichkeit, Israel durch eine Stellvertreter-Armee zu bekämpfen, was den direkten Einstieg in die nahöstliche Konfliktkonstellation erlaubte, um ihre Rolle als Regionalmacht auszubauen, und (2) die Expansion des schiitischen islamischen Einflusses im Libanon. Zugrundeliegende Motive waren u.a. die tiefe doktrinäre Feindschaft zu Israel und dessen Verbindungen zum Shah-Regime und die Feindschaft gegen die Ausweitung der amerikanischen und westlichen Macht im Libanon. Harik (2004), S. 39 ff., Kepel (2002), S. 164-168, Norton (1990), Agha (1996), S. 25

<sup>61</sup> Auch hier gehen die Angaben über die Höhe der finanziellen Zuwendungen Irans an die Hizbollah in der wissenschaftlichen Literatur weit auseinander, was dran liegen dürfte, dass sie größtenteils auf Schätzungen beruhen. Norton nennt für den Zeitraum von 1982-1990 eine Gesamtsumme von mindestens einer halben Milliarde US Dollar. Norton (1990), S. 127-128

<sup>62</sup> In dem sich fortsetzenden Prozess der „Kantonisierung“ des Landes bildete sich die für Bürgerkriege typische Kriegsökonomie mit informellen Strukturen und einem Parallelhandel heraus. Alle größeren Milizen, mit Ausnahme der Hizbollah, die durch die finanzielle Unterstützung aus dem Iran nicht darauf angewiesen war, finanzierten sich im Wesentlichen durch illegale Zolleinnahmen, die sie in den Häfen in den von ihnen kontrollierten Gebieten erhoben, durch die Erhebung illegaler Steuern, Wegezölle und Schutzgelder, durch die Bewirtschaftung oder Enteignung des Eigentums von Vertriebenen, durch den Betrieb von Spielkasinos, durch Drogengeschäfte sowie aus Investitionen ihrer Einnahmen in legale wirtschaftliche Unternehmen. Im Libanon vollzogen sich damit fast stereotypisch die ökonomischen Prozesse einer Kriegsökonomie, die sich auszeichnet durch die Herausbildung eines Parallelhandels, d.h. einem Austausch legaler und illegaler Güter, der nicht auf Produktion und produktiver Investition basiert, sondern darauf abzielt, die Ströme vorhandener Güter und Ressourcen zu kontrollieren, sowie dem Vorhandensein einer informellen Ökonomie mit asymmetrischen Machtstrukturen, in denen die Anwendung von Gewalt unsanktioniert möglich ist und von Warlords kontrolliert wird. Debiel (1995) und (2000)

<sup>63</sup> Rosiny gilt als Beispiel für iranische Unterorganisationen im Libanon die *Lajna Imdad al-Imam al-Khumaini* (Unterstützungskomitee des Imam Khomeini), die *Jihad al-Bina* (Anstrengung für den Wiederaufbau) und die *Mu'assasa Shahid ath-Thaura al-Islamiyya* (Die Islamische Revolutionäre Märtyrerstiftung) an. Rosiny (1996), S. 126

Islamischen Widerstands Kämpfenden. Aus diesen Organisationen sollte sich später das soziale Netz der Hizbollah entwickeln.

Der Iran trug aber nicht durch die genannten Maßnahmen zur Unterstützung der sich entwickelnden Hizbollah bei, sondern verlieh auch durch den Exports der Islamischen Revolution, der ihr zugrunde liegenden Ideologie und damit verbundener entsprechender Maßnahmen der Gründung der Hizbollah Schubkraft. In Abstimmung mit den remigrierten Kleriker aus dem Irak wurden in Teheran Strategien erarbeitet<sup>64</sup>, wie das Modell der Iranischen Revolution in den Libanon exportiert werden könnte, um dort eine Islamische Republik nach iranischem Vorbild zu errichten.<sup>65</sup> Da man sich der Tatsache bewusst schien, dass sich eine Revolution nicht von außen oktroyieren, sondern nur durch eine Verankerung der zugrunde liegenden revolutionären Ideologie in der Zielgesellschaft realisieren ließe, entwickelte man die Strategie, die vorsah, dass neben der militärischen Ausbildung und Bereitstellung von Waffen durch die iranischen revolutionären Garden, Kleriker die revolutionäre Botschaft unter den Massen verbreiteten, um einerseits deren Moral zu stärken und andererseits den Geist der Feindschaft gegen den Gegner einzuflößen, in Verbindung mit dem Geist des Widerstands im Angesicht der feindlichen Truppen. Die schiitischen Geistlichen predigten unentwegt in den Moscheen in der Bekaa-Ebene mit dem Ziel der Verbreitung der politischen Agenda und revolutionären Ideologie zur Indoktrination der Massen<sup>66</sup>. In den gleichen Zeitraum fällt die angesprochene Etablierung der Dienstleistungsorganisationen in der Bekaa-Ebene, konzentriert in der Stadt Baalbek, die den zentralen Militärstützpunkt der Bewegung beheimaten sollte.<sup>67</sup>

In ihrer Gründungsphase lässt sich die Hizbollah damit als ein zunächst klandestiner, loser Zusammenschluss aus Klerikern, Milizionären und anderen Mitgliedern, die in verschiedenen

---

<sup>64</sup> Als zentrale Figuren der iranischen Initiative nennt Jaber den späteren Generalsekretär Sheikh Tufayli und Sheikh Raghieb Harb, die an der jährlichen internationalen islamischen Konferenz zur Islamischen Revolution in Teheran 1982 teilnahmen. In der dort verabschiedeten Deklaration wurde das Ziel formuliert, eine groß angelegte Offensive führen zu wollen, um die islamische Welt von den „satanistischen“ westlichen und östlichen Einflüssen zu reinigen, die den Prozess der Islamischen Revolution aufhalten würden. Jaber (1997), S. 47 und Wright (1985), S. 27-28. Die Kleriker unternahmen in der Folgezeit häufige Besuche in den Iran und die iranische Botschaft in Damaskus.

<sup>65</sup> In der Kuwaiter Zeitung *al-Qabas* berichtete der iranische Journalist und Buchautor Taheri über einen Verfassungsentwurf für eine „Islamische Republik im Libanon“, der offenbar in Teheran ausgearbeitet wurde. Die Angaben über den Text sind sehr präzise und enthalten einzelne Zitate über Paragraphen, sodass davon ausgegangen werden kann, dass es sich um einen tatsächlichen Verfassungsentwurf handelt. Dieser Entwurf orientierte sich an der iranischen Verfassung und sehe einen „Rat für den Libanon“ vor, der bis zur Etablierung eines „Rat(s) der Regierung“, der direkt Ayatollah Khomeini verantwortlich sein sollte, diesen ersetzen sollte. Dieser Entwurf sei schiitischen Politikern, u.a. Nahib Berri vorgelegt worden, der ihn aber zurückgewiesen hätte. „Verfassungsentwurf Teherans für Libanon – Über die Verbreitung der Revolution“, *NZZ*, 06.05.1987

<sup>66</sup> Hassan Nasrallah, der seit 1992 amtierende Generalsekretär der Hizbollah, beschreibt die Strategie der Gründungsphase folgendermaßen: „This required us to use a language of indoctrination rather than realpolitik. People then were not in need of political analysis, they were in need of being incited and goaded.“ Jaber (1997), S. 50

<sup>67</sup> Am 16.10.1982 unternahm die Hizbollah den ersten bewaffneten Angriff gegen eine staatliche Einrichtung und eroberte am die *Sheikh 'Abdallah*-Kaserne der libanesischen Armee in Baalbek, die zum zentralen Militärstützpunkt der Hizbollah in der Bekaa-Ebene werden sollte. Rosiny (1996), S. 127

Verbänden organisiert waren, beschreiben.<sup>68</sup> 1983 formierte sich eine oberste Führungsebene, aus der noch im selben Jahr eine Ratsversammlung, die *Shoura Lubnan* (Ratsversammlung des Libanon)/*majlis al-shoura* (Höchster Rat) hervorging, um die einzelnen lokalen Initiativen zu koordinieren. Ab Mitte 1984 veröffentlichte die *Shoura* regelmäßig Verlautbarungen<sup>69</sup> und am 16. Februar 1985 in einer libanesischen Tageszeitung den *Nass al-risala al maftuha allati wajjaha hizb allah ila al-mustad afin fi lubnan wa a al-amam* („Offener Brief der Hizbollah adressiert an die Entrechteten im Libanon und in der Welt),<sup>70</sup> der lange Zeit die zentrale politisch-programmatische Schrift bleiben sollte. Auch nach der Publikation des politischen Programms blieb die Führung und Hierarchie der Bewegung weiterhin der Öffentlichkeit verborgen, was in der Strategie der Bewegung begründet scheint.<sup>71</sup> Erst im Laufe des Jahres 1985 begann die Führung Parteibüros zu etablieren und mit Militärparaden, uniformierten Mitgliedern und Flaggen als Partei im libanesischen Sinne präsent zu werden. Strukturell präsentierte sich Hizbollah damit als eine Art loser Dachverband oder als ein Netzwerk, dessen Unterorganisationen als voneinander unabhängige Einheiten in ihren Aktivitäten und Verlautbarungen ein gewisses Eigenleben führten. Andererseits zeichnete sich die Führungsebene zunehmend durch stark hierarchisch ausgeprägte Kaderstrukturen aus, die auf ein breites, dezentral organisiertes soziales Umfeld zurückgreifen konnte. Diese Tatsache macht eine Grenzziehung zwischen der Hizbollah und ihrem Umfeld in den Bürgerkriegsjahren problematisch.

### **Widerstand gegen die israelische Besatzung**

Die dargestellte israelische Invasion von 1982 und die anschließende Besetzung weiter Teile des Südlibanons wurde zur Geburtsstunde der Hizbollah<sup>72</sup> und trug zur Straffung ihrer Organisationsstrukturen bei. Die Schiiten im Südlibanon entfremdeten sich mit Fortschreiten

<sup>68</sup> „Hizbollah stellt keine einheitliche Organisation dar, sondern ein Konglomerat unterschiedlicher Gruppen, die jedoch zwei Gemeinsamkeiten besitzen: Ihr Ziel ist eine „Islamische Republik Libanon“ nach dem Vorbild des Iran, und die iranische Regierung übt auf sie einen starken Einfluss aus, nicht nur durch die Übereinstimmung religiös politischer Übereinstimmungen, sondern auch durch massive materielle Unterstützung.“ Hanf (1990), S. 405.

<sup>69</sup> Am 29. Juni 1984 erschien ein Pamphlet anlässlich des von Ayatollah Khomeini ausgerufenen *al-Yaum al-Quds* (Jerusalemtags) und im August desselben Jahres ein weiteres anlässlich des zweiten Jahrestags der Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila, Rosiny (1996), S. 127

<sup>70</sup> Bei der Lektüre des „Offenen Briefs“ wird deutlich, dass moderate politische wie radikale Zielen formuliert wurden, um Schiiten zu mobilisieren. Der Islam bildet dabei die Basis und Essenz des Diskurses. Der Brief ist in vier Teile strukturiert: (1) Die Identität der Hizbollah, (2) Widerstand und Kampf, (3) Darstellung der Ziele und (4) „eine Botschaft an die Christen“. Es wird u.a. als Ziel die Etablierung einer Islamischen Republik formuliert, aber darauf hingewiesen, dass diese nicht durch Zwang oktroyiert werden kann. Ferner wird eine umfassende Reformierung der libanesischen politischen Ordnung gefordert.

<sup>71</sup> Sheikh Naim Kassim, der gegenwärtig als stellvertretender Generalsekretär der Hizbollah amtiert, nennt den Grund des Operierens im Verborgenen während der Gründungsphase: „Up until 1985, Hezbollah was not yet a single entity that could stand up and speak for itself. We used to work without anyone knowing who we were or who was related to whom. We were still weak and had been discovered we would have certainly been struck down. So, naturally, we remained closed within ourselves and kept a distance. We worked on forming a line of continuation amongst us, so that if one of us was hit, there was always another able person to carry on from where the first left off.“ Jaber (1997), S. 62

<sup>72</sup> Der gegenwärtige Generalsekretär der Hizbollah, Hassan Nasrallah, meint dazu: „... had the enemy not taken this step [the invasion], I do not know whether something called Hizbollah would have been born. I doubt it.“ *al-ahd* vom 21.11.1997 zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 11 (Übersetzung und Ergänzung durch die Autorin)

der Besatzung immer mehr von den israelischen Truppen, deren Ankunft anfangs als Befreiung von dem Joch der willkürlich agierenden palästinensischen *fedayin* und der PLO begrüßt worden war. Während anfänglich Führungskader der Amal-Miliz offen mit der israelischen Armee kollaborierten, folgte dieser Annäherung der Interessenkoalition, zusammengehalten durch die gemeinsame Gegnerschaft zu den palästinensischen Verbänden, eine schnelle Desillusionierung, da die Besatzungsarmee äußerst brutal gegen die Zivilbevölkerung vorging und die kollektiven Durchsuchungs- und Verhaftungswellen sowie die schweren wirtschaftlichen Schäden durch den Krieg und die Besatzung die Hoffnungen auf eine Normalisierung der Beziehungen schnell schwinden ließen.<sup>73</sup> Lokale Widerstandsaktivitäten gegen die Besatzung fanden 1982 nur vereinzelt statt und wurden durch den moderaten Standpunkt der Amal als Repräsentantin der Interessen der Schiiten im Süden eingedämmt.

Der Desillusionierung folgten schnell lokal initiierte Widerstandsaktivitäten im besetzten Südlibanon, die im Folgenden mit den in der Bekaa-Ebene ausgebildeten und stationierten militärischen Verbänden koordiniert wurden. Als auslösendes Ereignis des Widerstands gegen die israelische Besatzung gilt der Vorfall am 16.10.1983 in Nabatiyya in der israelisch besetzten „Sicherheitszone“ im Südlibanon, als während einer *Ashura*-Prozession<sup>74</sup> ein israelischer Militärkonvoi durch die Menge fuhr und nach einem Tumult einige Prozessionsteilnehmer von israelischen Soldaten erschossen wurden. Die noch als selben Tag erlassene *fatwa* des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Schiitischen Rates, Muhammad Mahdi Schams ad-Din, die jegliche Kooperation mit den israelischen Besatzern für islamisch verboten erklärte,<sup>75</sup> legalisierte von religiöser Seite den zivilen Widerstand gegen die israelische Besatzung und torpedierte die Widerstandsaktivitäten. Der kleine Kern der militanten Widerstandskämpfer schwoll schnell an und der *Libanesischer Nationale Widerstand*, eine militärische Organisation aus verschiedenen bewaffneten Verbänden, die anfänglich von der Amal dominiert werden sollte, wurde formiert, in deren Rahmen die noch lose strukturierten und diversifizierten Organisationen und Verbände, die sich der Hizbollah zurechnen lassen, neben anderen bewaffneten Milizen agierten. Durch die Zusammenarbeit und Koordination der bewaffneten Verbände nahmen die bewaffneten Widerstandsaktionen gegen die israelische Armee und die SLA schnell zu und die Gewaltspirale drehte sich unaufhaltbar weiter, denn die israelische Armee reagierte auf jede

---

<sup>73</sup> Israel entwarf im Frühjahr 1983 für den besetzten Südlibanon den Plan *Organisation for United South*, der vorsah, ähnlich wie in der Westbank, Komitees in jedem Dorf zu bilden, um das besetzte Territorium zu verwalten. Diese Komitees wurden von der *South Lebanese Army* unterstützt, welche *National Guards* genannt wurden und militärisches Training und Waffen von der israelischen Armee erhielten. Die Hauptaufgabe der SLA bestand darin, die Grenzen Israels zu schützen und gegen die PLO und andere palästinensische Verbände vorzugehen.

<sup>74</sup> *Ashura* (der Zehnte) bezeichnet den 10. Tag des Muharram, des ersten Monats im islamischen Kalender. An diesem Tag wird sich der Schlacht von Kerbela im Jahre 680 n. Chr. für die Schiiten eines der bedeutendsten Ereignisse in der Geschichte des Islams, erinnert. Das jährliche Fest bildet den Höhepunkt der schiitischen Trauer- und Schuldrituale zum Gedenken an das Martyrium des Imam Husain. Zur Bedeutung der Ashura-Prozessionen siehe Halm (1994), S. 53-97

<sup>75</sup> Jaber (1997), S. 18-19

Attacke mit Vergeltungsmaßnahmen, die sich anfänglich gegen die Zivilbevölkerung und dann vornehmlich gegen schiitische Geistliche<sup>76</sup> im Süden, die als Koordinatoren hinter den bewaffneten Widerstandsaktivitäten vermutet wurden, richtete. Das Ziel der sich auf der Basis von spontanen und dezentralen Initiativen, die sich bis zu Mitte der 80er Jahre zunehmend institutionalisierten und in eine organisatorische Hierarchie mit festen Kaderstrukturen einfügten, war die Lancierung einer Revolte gegen die israelische Besatzung unter dem Banner des Islams, die sich unter dem Einfluss des Irans und der radikalen Kleriker aber auch gegen die Präsenz der westlichen Truppen und den westlichen Einfluss im Libanon richteten.<sup>77</sup> Die israelische Militärstrategie gegen den Widerstand wie auch die Erfolge des Widerstands trugen dazu bei, dass sich der anfänglich zivile Widerstand gegen die israelische Besatzung in einen deklarierten *jihad* transformierte, der sich nun gegen alle Israelis gerichtet war.<sup>78</sup>

Der Teilrückzug der israelischen Armee in die „Sicherheitszone“ im Herbst 1985, ausgelöst durch hohe Verluste auf israelischer Seite, fiel mit dem öffentlichen Auftreten der Hizbollah und der Veröffentlichung des „Offenen Briefs“ zusammen. Die Formation eines militärischen Armes, der *al-Moqawama al-Islamiyya* (Islamischer Widerstand),<sup>79</sup> ein Bündnis aus verschiedenen islamischen Milizen, wurde erklärt und die bis zu diesem Zeitpunkt im Rahmen des *Libanesischen Nationalen Widerstands* agierenden islamischen Widerstandskämpfer in einen militärischen Verband mit eigener Kommandostruktur überführt.<sup>80</sup> Diese Spaltung des vereinigten Widerstands der bewaffneten schiitischen Verbände lässt darauf schließen, dass sich Amal und Hizbollah über die Strategie des Widerstands uneinig waren und die organisatorischen Strukturen der Hizbollah auf militärischer Ebene sich insoweit gefestigt hatten, dass sie imstande war, eigene Kommandostrukturen aufzubauen.

<sup>76</sup> Die israelische Strategie der gezielten Tötung der Anführer, um den Widerstand einzuschränken, muss im Rückblick als kontraproduktiv beschrieben werden, denn die getöteten Führer wurden so zu Symbolen des Widerstands und Idolen und führten zu einer zunehmenden Radikalisierung der Menschen im Süden. Als Beispiel lässt sich hier die Ermordung von Sheikh Raghieb Harb am 16.10.1984 anführen, der als wichtigster Verbindungsmann zwischen dem Südlibanon und der Kommandozentrale der Hizbollah in der Bekaa-Ebene galt und Kopf der Attacken gegen die israelischen Soldaten und die *National Guards*. Nach seiner Ermordung avancierte Harb zu einem der Leitbilder des Widerstands gegen Israel und wird als *Sheikh asch-Shuhada* (Sheikh der Märtyrer) noch heute im Libanon verehrt. Seinem Tod wird in jährlichen Kommemorationsen gedacht und seinem Gedenken und ihm zu Ehren wurden zahlreiche Anschläge verübt. Rosiny (1996), S. 152

<sup>77</sup> Hassan Nasrallah beschreibt das Ziel der Hizbollah in den ersten Monate der Entwicklung folgendermaßen: „It was then a resistance movement and nothing else. We were a young movement wanting to resist a legendary army. This kind of direction required special kinds of men who would not worry about their homes being destroyed or about becoming hungry, thirsty, wounded or injured. The need was for men with the spirit of jihad, self-sacrifice and endless giving. The only name that befits a group born with such motivations and spirit, a group which has pledged itself to the Almighty God and which takes decisions of self-martyrdom when resisting its enemies, despite the huge military and fighting imbalance of power between them, is the name of Hezbollah [Party of God].“ Jaber (1997), S. 20

<sup>78</sup> „The earlier modest call for a ‚civil resistance‘ against the occupiers was now transformed into a call for an all-out jihad against the Israelis. The holy war was finally declared. The spontaneous resistance against the occupation had become a lethal crusade with wider dimensions.“, Jaber (1997), S. 24.

<sup>79</sup> Der Hizbollah-Parlamentarier Muhammad Fnaysh gibt an, dass „the Israeli invasion helped these groups to think more about coalescing“ (in einem Interview mit Saad-Ghorayeb, (2002), S. 11 Anm. 24).

<sup>80</sup> Innerhalb eines Jahres, vom Zeitpunkt der Gründung bis zum israelischen Teilrückzug in die „Sicherheitszone“, führte der von Hizbollah ins Leben gerufene *Islamische Widerstand* 90% der Attacken gegen die israelische Armee und die SLA aus. Hamzeh (1993)

Durch das durch den israelischen Teilrückzug entstandene Vakuum in weiten Teilen des Südens konnte die Hizbollah, gesteuert durch die Zentrale, die von der Bekaa-Ebene in eine südliche Vorstadt Beirut verlegt worden war, ihren Einfluss im Südlibanon ausbauen und versuchte, die Gesellschaft in eine islamische unter dem Einfluss zunehmender Militanz umzustrukturieren, was aber letztlich zu einer Entfremdung der lokalen Bevölkerung führte, die bis dahin die Widerstandskämpfer in ihren militärischen Aktionen weit reichend unterstützt hatte. Im Rahmen der Versuche, die Gesellschaft des Südens zu islamisieren, wurden Alkohol aus Geschäften und Restaurants verbannt, Feste verboten und Kaffeehäuser geschlossen. Die strikten Restriktionen trugen aber dazu bei, die ohnehin durch die Kriegswirren geschwächte Region weiter zu isolieren und die geschwächte Wirtschaft noch stärker zu unterminieren. Die Hizbollah, die verhältnismäßig leicht die Unterstützung der Bevölkerung in der Bekaa-Ebene und den südlichen Vororten Beiruts gewinnen konnte, drohte im südlichen Libanon, dem Territorium, der zur Verwirklichung ihres primären Ziels am wichtigsten sein sollte, zu scheitern. In einer neuen Einschätzung der Lage verminderte Hizbollah die Anzahl ihrer Widerstandsoperationen, welche nach dem Teilrückzug der israelischen Armee mit einer „Politik der eisernen Faust“<sup>81</sup> beantwortet wurden, und sah von dem Versuch der Islamisierung der Gesellschaft ab.

Vergleicht man die Ziele, Strategien und Performanz während des Bürgerkriegs der als weitgehend säkularer Kraft zu bezeichnenden Amal mit denen der Hizbollah, so lassen sich folgende Unterschiede herausarbeiten: Die Islamische Revolution im Iran wurde von den jeweiligen Führungen unterschiedlich bewertet, was als Faktor zur Spaltung der politisierten Schiiten und den beiden politischen Repräsentanten beitragen sollte. Hinter der Frage verbarg sich die Kontroverse, ob im Libanon ein islamisches System errichtet werden sollte. Der schon angesprochene Teil der islamistischen Kleriker der Führungsebene der Hizbollah erkannte Ayatollah Ruhollah Khomeini als den religiösen und politischen Führer der gesamten islamischen *Umma* an und forderte das libanesische Volk auf, dem iranischen Beispiel der Revolution zu folgen.<sup>82</sup> Die Positionen innerhalb der schiitischen *Ulama* waren aber nicht einheitlich und auch säkulare Kräfte innerhalb der Amal, die sich nicht dem islamistischen Flügel zurechnen lassen, griffen im Bezug auf die Fragestellung ambivalente

---

<sup>81</sup>Im Rahmen der „Politik der eisernen Faust“ wurde die „Sicherheitszone“ vollständig vom restlichen libanesischen Territorium isoliert, um das Eindringen von Widerstandskämpfern aus dem Norden zu verhindern. Zudem wurde motorisierter Verkehr eingeschränkt, an Straßenrändern geparkte Autos, in denen Sprengsätze vermutet wurden, zur Explosion gebracht, massive Angriffe gegen Dörfer vorgenommen, Massenverhaftungen und –deportationen vorgenommen, Fruchtplantagen und Häuser von Familien, die sich nicht kooperativ zeigten, zerstört. Jaber (1997), S. 27

<sup>82</sup> Husain al-Musawi, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Amal und Gründer der Abspaltung Islamische Amal beschreibt die Verbindung der Hizbollah zum Iran und der Islamischen Revolution folgendermaßen: „We are her children. We are seeking to formulate an Islamic society which in the final analysis will produce an Islamic state. ... The Islamic Revolution will march to liberate Palestine and Jerusalem, and the Islamic state will then spread its authority over the region which Lebanon is only a part.“ Wright (1986), S. 83

Positionen auf,<sup>83</sup> welche, wie im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch zu sehen sein wird, typisch für die politische Programmatik der schiitischen Parteien in dieser Frage auch im Nachkriegslibanon sind.

Ein weiteres, die Spaltung die schiitischen Gewaltakteure auslösendes Moment war das Verhältnis der Amal gegenüber den Palästinensern, welches durch zunehmende Distanz geprägt wurde und sich letztlich in ein feindliches transformierte. Die Amal-Miliz verstrickte sich mit Unterstützung Syriens<sup>84</sup> immer häufiger in Kämpfe mit palästinensischen bewaffneten Verbänden und sie unterstützenden, libanesischen Linksmilizen. Ihren Höhepunkt erreichten die bewaffneten Auseinandersetzungen in den Lagerkriegen von Mai 1985 bis Januar 1988, als die ehemals reformorientierte „Hoffnungs“- Bewegung<sup>85</sup> den Zugang zu den palästinensischen Flüchtlingslagern in Beirut und im Südlibanon blockierte, um durch Aushungern der Bewohner und Beschuss der Wohnviertel die Rückkehr der bewaffneten PLO-Unterorganisationen zu verhindern.<sup>86</sup> Im Gegensatz dazu übte die Hizbollah von Beginn ihres Bestehens eine pan-islamisch begründete Solidarität mit den Palästinensern und propagierte die Befreiung des „islamischen Territoriums“ Palästinas. Sie stand der nationalistischen Position der PLO zwar skeptisch gegenüber, aber das Schicksal der ihrer Heimat beraubten Palästinenser galt vielen Schiiten als abschreckendes Beispiel. Als wirksame Alternative für den als gescheitert wahrgenommenen Nationalismus der Palästinenser wurde der unter dem Banner des Islams geführte Widerstand betrachtet. Aus Sicht der Islamisten war es allein ihren militärischen Aktionen zu verdanken, dass sich die israelische Armee seit 1983 etappenweise aus Teilen des besetzten Territoriums in die „Sicherheitszone“ zurückgezogen hatte.<sup>87</sup>

<sup>83</sup> Als Beispiel lässt sich Nahib Berri anführen: „We support the Islamic Revolution in Iran, but not on sectarian grounds. And we do not want an Islamic Revolution in Lebanon. Our special relation with the Iranian revolution are more based in principle than on sectarian compatibility.“ Wright (1986), S. 61

<sup>84</sup> Die syrische Armee rückte Mitte 1976 in den Libanon ein, als *Arab Deterrent Forces* von der Arabischen Liga mandatiert, um dem innerlibanesischen Konflikt Einhalt zu gebieten. Das Ziel Assads war es, die palästinensischen Verbände im Libanon zu schwächen, um Israel keinen Grund zu geben, eine erneute militärische Offensive im Libanon zu lancieren, welche die seit dem israelischen Teiltrückzug in den libanesischen Süden hergestellte syrische Hegemonie im Restlibanon gefährden würde.

<sup>85</sup> Durch die Verstrickung in die innerlibanesischen Auseinandersetzungen wurde die Amal personell und materiell ausgezehrt, schuf sich ständig neue Feinde und verlor zunehmend an Legitimation innerhalb schiitischen konfessionellen Gemeinschaft. Die jahrelangen bewaffneten Auseinandersetzungen mit andern Milizen demoralisierten ihre Mitglieder und ließen sie verrohen und der Konsum und Handel mit Drogen und anderen Schmuggelwaren trugen dazu bei, ihr Ansehen in der Bevölkerung auszuhöhlen. Der Einsatz von Waffen in Familienzweigen und gegen Frauen, die undisziplinierten Angriffe gegen die Zivilbevölkerung und die vasallengleiche Treue zur syrischen Führung entzogen der Bewegung immer mehr Mitglieder, die sich der Hizbollah als integer wahrgenommener Organisation anschlossen.

<sup>86</sup> Zu den antipalästinensischen Positionen der Amal und den Lagerkriegen siehe Norton (1988), S. 68 ff. und Hanf (1990), S. 388-390

<sup>87</sup> Die Selbstmordanschläge, die von schiitischen Extremisten zu Beginn der 80er Jahre gegen die amerikanischen und französischen Kasernen und Einrichtungen in Beirut ausgeführt wurden, wie auch die Geiselnahmen von westlichen Ausländern im Libanon werden in der vorliegenden Analyse vernachlässigt, da die Angaben zu den Hintergründen und in Verbindung zur Organisation Hizbollah nicht deutlich sind und für die der Analyse zugrunde liegenden Fragestellung keine Relevanz besitzen. Zu den Anschlägen siehe Wright (1986) sowie zu den Geisellaffären Ranstorp (1997), S. 86-109 und Jaber (1997), S. 97-144.

Jenseits der Kontroversen über die religiös-politische Zielsetzung und die der israelischen Besatzung gegenüber einzuschlagenden Strategie spielte sich die Konkurrenz zwischen Amal und Hizbollah auf der Ebene des Werbens um Milizionäre und Mitglieder ab. Hizbollah konnte dank der finanziellen Unterstützung durch den Iran umfangreiche Dienstleistungen auf der Ebene des sozialen Sektors zur Verfügung stellen, seinen Milizionären einen höheren Sold zahlen und damit Amal-Kämpfer auf ihre Seite ziehen.<sup>88</sup> In der Konkurrenz um die Erringung der Vorherrschaft innerhalb der schiitischen Gemeinschaft kam es seit 1985 immer häufiger zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen den Amal und Hizbollah, welche insgesamt über 3.000 Tote forderten.<sup>89</sup> In diesem seit April 1988 voll entbrannten „innerschiitischen Bürgerkrieg“,<sup>90</sup> - die intrakonfessionellen Zusammenstöße zu Ende des libanesischen Bürgerkriegs Mitte der 80er Jahre waren ein Phänomen, welches in geringerem Umfang auch in den anderen konfessionellen Gemeinschaften auftrat -,<sup>91</sup> wurde zunächst die militärische und damit politische Dominanz in den südlichen Vororten Beiruts und im Südlibanon ausgefochten. In den südlichen Vororten konnte die durch iranische *Pasdaran* unterstützte Hizbollah die Oberhand gewinnen, während sie im Südlibanon im Verlauf der nächsten drei Jahre durch die Amal beinahe vernichtend geschlagen wurde. Da Syrien eine vollständige Übernahme der schiitischen Viertel der libanesischen Hauptstadt durch Hizbollah verhindern wollte und sich mit der Gefahr konfrontiert sah, dass Amal, der zuverlässigste syrische Verbündete unter den libanesischen substaatlichen Gewaltakteuren, völlig aus Beirut vertrieben wurde, übernahm die syrische Armee selbst die Kontrolle über die südlichen Vorstädte,<sup>92</sup> ohne aber Hizbollah direkt anzugreifen; die genannten

---

<sup>88</sup> Picard nennt einen monatlichen Sold der Hizbollah-Milizionäre von 150-200 US-Dollar, der doppelt so hoch gelegen habe wie bei der Amal-Miliz. Picard (1993), S. 37. Die Amal finanzierte sich im Wesentlichen aus drei Quellen: (1) Unterschlagung von Regierungsgeldern, ermöglicht durch die Platzierung von Funktionären auf entscheidenden Positionen in staatlichen Institutionen, wie dem „Rat des Südens“; (2) Gelder aus der schiitischen Diaspora; (3) den schon genannten, für Bürgerkriegsmilizen typischen Praktiken. Picard (2000), S. 314-315 und Rosiny (1996), S. 117

<sup>89</sup> Rosiny (1996), S. 119

<sup>90</sup> Hanf (1990), S. 407

<sup>91</sup> Durch die gewaltsamen intrakonfessionellen Auseinandersetzungen zwischen den Milizen gleicher Konfession und die häufig wechselnden Allianzbildungen mit Milizen anderer Konfessionen wurden die Legitimität der Milizen, die reklamierten, Mitglieder ihrer Konfession gegen Bedrohungen von außen zu vertreten, ad absurdum geführt. Die militärische Konfliktsituation, wie im Krieg zwischen Amal und Hizbollah um die Vorherrschaft im Süden (1988) und im „Krieg des Ostens“ (1989) zwischen dem maronitischen Armeechef General Aoun und den *Forces Libanaises* wurde durch diese Auseinandersetzungen noch einmal auf den Höhepunkt getrieben.

<sup>92</sup> Zu direkten Zusammenstößen zwischen syrischen Einheiten und Hizbollah war es im Februar 1989 in Westbeirut gekommen, welchen ca. 20 Milizionäre zum Opfer fielen, die einem syrischen Armeeverband den Durchgang an einer Blockade verweigert hatten (Jaber 1996, S. 32). Zum damaligen Zeitpunkt hätte aber ein direktes militärisches Eingreifen seitens der syrischen Armee, welche zu dem Zeitpunkt die stärkste militärische Macht im Libanon darstellte, - sieht man einmal von den israelischen Truppen im Südlibanon ab, - zugunsten von Amal die Gefahr mit sich gebracht, einen offenen Bruch mit dem Iran, der Schutzmacht Hizbollahs und Syriens wichtigstem Alliierten herbeizuführen. Gute Beziehungen zum Iran waren für Syrien nicht zuletzt auf wirtschaftlicher Ebene von großer Bedeutung, denn es erhielt iranisches Erdöl zu Vorzugspreisen, und damit war es heikel, gegen die Hizbollah als iranischem Protégé vorzugehen; vgl. Hanf (1990), S. 407-408. Die politische Allianz zwischen Syrien und Iran, die keine gemeinsamen Merkmale besitzen außer sich annähernden Zielen der auswärtigen Politik, lässt sich unter folgender Maxime zusammenfassen: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“ Zur Konkordanz der syrischen und iranischen Interessen im Libanon siehe Agha/Khalidi (1995), S. 21-25 und Harik (2004), S. 29-42

beabsichtigten Ziele Syriens konnten somit erreicht werden.<sup>93</sup> Damaskus forderte Amal und Hizbollah auf, sich in bestimmte Kasernen zurückzuziehen, und drohte, gegen jede Form von bewaffnetem Widerstand militärisch vorzugehen. Der innerschiitische Bürgerkrieg war damit vorübergehend eingedämmt, aber nicht beendet, denn die syrischen Verbände in den südlichen Vorstädten konnten erneute Zusammenstöße zwischen militanten Mitgliedern der beiden schiitischen militärischen Organisationen nicht verhindern. Ende 1988 brachen im Südlibanon, in der Bekaa-Ebene und in den Vorstädten trotz syrischer Vermittlungsversuche schwere Kämpfe zwischen Hizbollah und Amal aus,<sup>94</sup> welche erst im Januar 1989 durch eine gemeinsame Vermittlungsinitiative Irans und Syriens vorläufig beendet wurden. Der ausgehandelte Kompromiß wurde in einem Dokument, dem „Abkommen von Damaskus“, niedergelegt. Dieses sah als sofortige Maßnahmen die Beilegung der innerschiitischen Auseinandersetzungen, eine Einhaltung der Waffenruhe, die Evakuierung der verwundeten Milizionäre, die Aufhebung der Straßenblockaden und die Entlassung der Gefangenen der jeweiligen Partei vor. Auf institutioneller Ebene wurden die Bildung eines Kooperationskomitees und einer gemeinsamen operationellen Widerstandseinheit gegen die israelische Besatzung beschlossen. Amal wurde für die Sicherheit im Süden verantwortlich gemacht, der Hizbollah wurden aber Widerstandsaktivitäten gegen die israelischen Besatzer nicht grundsätzlich verwehrt. Die Führung der Hizbollah schien sich bewusst zu sein, dass es Syrien nicht vor größere Probleme gestellt hätte, ihre Bewegung militärisch auszuschalten, aber sie erkannte auch die Grenzen der syrischen Dominanz im Libanon, „gedeckt“ durch ihren iranischen Alliierten. Sie konnte Assad und die Amal-Führungsebene auf einem Treffen in Latakia davon überzeugen, dass ihre Interessen bezüglich der israelischen Besatzung konvergierten und sie nicht weiterhin beabsichtigte, den Südlibanon in eine islamische Gesellschaft zu transformieren und der Amal ihre Rolle als erstem politischen Vertreter der schiitischen Konfessionsgemeinschaft streitig zu machen. Dennoch brachen nach diesem Kompromiß erneut innerschiitische Kämpfe aus, was ein zweites „Abkommen von Damaskus“ zwischen Amal und Hizbollah nötig machte. Militärisch entschieden wurde der innerschiitische Bürgerkrieg damit nicht, was für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden schiitischen politischen Organisationen im Nachkriegslibanon weit reichende Bedeutung haben wird.

Die Merkmale des Gewaltakteurs Hizbollah während der Bürgerkriegsperiode, setzt man sie in Beziehung zu den Charakteristiken des Milizensystems, lassen sich als folgende

<sup>93</sup> Das Ziel der Hizbollah, einen islamischen Staat im Libanon zu errichten, bedeutete eine direkte Bedrohung für die Stabilität des syrischen alawitischen „Minderheitenregimes“ in Damaskus. Die Befürchtung bestand, falls die radikalen Schiiten im Libanon erfolgreich sein würden, in Folge dessen Unruhen sunnitischer Islamisten in Syrien ausbrechen würden.

<sup>94</sup> Im Südlibanon, in dem die Amal zunächst die Oberhand behielt, konnte die Hizbollah nach und nach einzelne Ortschaften unter ihre Kontrolle bringen. Im Rahmen des „Islamischen Widerstands“ gegen die israelische Okkupation gelangen der islamistischen Organisation wichtige militärische Achtungserfolge, die ihr großes Prestige bei der lokalen Bevölkerung einbrachten. So konnte sie die innerschiitische Konkurrentin weniger durch militärische Siege, als durch die Übertritte zahlreicher Mitglieder überrunden.

darstellen: Als prioritäre politische und militärische Ziele des im Kontext der zunehmenden Destabilisierung des Staates, der Spaltung und Radikalisierung der konfessionellen Gemeinschaften sowie durch externe Einflussnahme entstandenen islamistischen Gewaltakteurs lassen sich der Widerstand gegen die israelische Besatzung, das Fernziel der Etablierung eines islamischen Gesellschaftsmodells nach dem Vorbild des revolutionären Iran und damit die Umgestaltung der libanesischen multi-konfessionellen Gesellschaft und die Überwindung des politischen Konfessionalismus im Libanon formulieren. Damit lässt sich die Hizbollah in das Milizensystem der substaatlichen, mehrheitlich auf konfessioneller Basis konstituierten Gewaltakteure eingliedern, aber Unterschiede zu den Zielen deren anderen Milizen, die sich verkürzt als (1) Bemühungen zur Paralyisierung des Staates und der Armee, (2) der Aufteilung des Libanons in konfessionelle Parzellen und (3) Terrorisierung der Bevölkerung auf Basis der konfessionellen Gruppenlogik zusammenfassen lassen, gilt es nicht außer Acht zu lassen.<sup>95</sup> Die Maßnahmen und Methoden zur Schaffung der konfessionell homogenen Parzellen, in denen die einzelnen Milizen ihre militärische Herrschaft etablieren konnten und die Repräsentation ihrer eigenen konfessionellen Gruppe beanspruchten, deren Grenzen sie vielfach gegenseitig anerkannten und für deren Erhalt sie ihre Opfer unter der Zivilbevölkerung gezielt auswählten,<sup>96</sup> unterschied die Hizbollah allerdings nur mit Einschränkung von anderen Milizen, ebenso wie die sich im Laufe der Auseinandersetzung herausgebildeten organisatorischen Strukturen mit einem geschickt operierendem Führungsstab und einer funktionierenden materiellen und logistischen Infrastruktur, welche es zum Überleben in längerfristigen Auseinandersetzungen bedarf. Während sich zu einem Vorgehen der Hizbollah gegen Zivilisten einer anderen konfessionellen Gruppe keine Angaben in der Literatur finden lassen,<sup>97</sup> ermordete sie aber im Rahmen einer systematischen Eliminierung der Freiheit des Ausdrucks, die von allen Milizen unternommen wurde, linke Kräfte und säkulare Intellektuelle mit dem Ziel der Wiedergabe jeglichen politischen Ausdrucks in von Muslimen dominierten Gebieten als „islamisch“. Die Hizbollah musste sich wegen des umfangreichen Devisenflusses aus dem Iran nicht, wie dargestellt, der milizenüblichen Praktik der Ausbeutung der Zivilbevölkerung, der staatlichen Wirtschaft und des Aufbaus einer Schattenökonomie zur Finanzierung und Ausbildung einer materiellen und militärischen Basis bedienen. Auch die Degenerierung zu einem reinen Gewaltapparat und Tendenz zur Verselbständigung, was als natürlicher Entwicklungsprozess von Milizen in Bürgerkriegen und als deren Ausschlag gebender Faktor

<sup>95</sup> Corm fasst das Ziel der Milizen folgendermaßen zusammen: „... divide Lebanon's traditionally consensual civil society along sectarian lines and paralyze the Lebanese state.“ Corm (1994), S. 215

<sup>96</sup> Die Zivilbevölkerung wurde zumeist Opfer durch Scharfschützen aus dem Hinterhalt, Entführungen und blinden Beschuss von Wohnhäusern in Gebieten, die andere Milizen kontrollierten. Corm (1994), S. 219 und Hanf (1990), S. 415-423

<sup>97</sup> „It is important to remember, however, that Hezbollah was never involved in meting out 'just punishment' to the Christian militias and had never kidnapped, car bombed or sniped at Lebanese civilians as most other militias had at one time or another.“ Harik (2004), S. 67

der Finanzbedarf zum Überleben angenommen wird,<sup>98</sup> treffen nach Ansicht des Autors für die Hizbollah nur bedingt zu. Die hier diagnostizierte „Sonderrolle“ der Hizbollah unter den libanesischen substaatlichen Gewaltakteuren des Bürgerkriegs sollte durch die während des Ta'if-Prozess ausgehandelte Exklusion von den allgemeinen Demobilisierungsmaßnahmen ihre Entsprechung finden.

## 2.2. Der „verhandelte Frieden“ von Ta'if: Wiederherstellung des Etablierten und Installation der *pax syriana* im Libanon

Aufgrund der erneuten Intensivierung der gewaltsamen Auseinandersetzungen, die, wie dargestellt, zunehmend das Konfliktmuster intrakonfessioneller Kriege annahmen und das Land zu spalten drohten, begleitet von einer wachsenden Entfremdung und Distanzierung der Bevölkerung von den Milizen, schien eine Konfliktlösung auf nationaler Ebene gegen Ende der 80er Jahre in weite Ferne gerückt zu sein. Zudem beanspruchten zwei nationale Regierungen nach Ende der Amtszeit des Präsidenten Jumayyil Legitimität.<sup>99</sup> Eine Konfliktlösung zur Beendigung des 15 Jahre andauernden Bürgerkriegs schien angesichts der militärischen Pattsituation der innerlibanesischen Gewaltakteure und dem wiederholten Scheitern nationaler Friedensabkommen nur durch die Initiative eines externen Akteurs möglich.<sup>100</sup> Diese Rolle sollte die Arabische Liga einnehmen, die sich mit der Formation eines *Tripartite Committee* aus saudi-arabischen, marokkanischen und algerischen Diplomaten seit Anfang 1989 um eine Konfliktlösung im Libanon bemüht hatte<sup>101</sup>. Regionale und internationale Entwicklungen,<sup>102</sup> welche durch die intensive Beteiligung zahlreicher

<sup>98</sup> Waldmann (1998) a, Lock (2003), Elwert (1997)

<sup>99</sup> Nach Ablauf der Amtszeit des Staatspräsidenten Jumayyil konnten sich die Parlamentarier nicht auf einen Kandidaten für das Amt des Staatsoberhauptes einigen. Jumayyil übertrug die exekutive Gewalt an den militärischen Oberbefehlshaber General Aoun, Ministerpräsident Huss aber erklärte die Übertragung als nicht verfassungskonform und vertrat den Anspruch, weiterhin mit seinem Kabinett im Amt zu sein; vgl. Perthes (1994), S. 14 ff. Neben der militärischen ergab sich damit auch auf staatlicher Ebene eine Pattsituation.

<sup>100</sup> Der erste Vermittlungsversuch fand 1976 unter syrischer Verhandlungsführung statt. 1983 war es zu einem Treffen der größten libanesischen Fraktionen in Genf zu einem „Nationalen Dialog“ und 1984 zu einem erneuten Treffen unter syrischer und saudi-arabischer Vermittlung gekommen, in dem aber keine Fortschritte erzielt wurden. Auch das *Tripartite Agreement*, welches auf einem Treffen der Milizenführer der größten libanesischen Fraktionen 1985 in Damaskus verabschiedet wurde und politische Reformen vorsah, scheiterte an einer Machtverschiebung im maronitischen Lager; vgl. Faris (1994). Im Anhang dieser Publikation findet sich auf Seite 313 eine Übersicht der Friedensabkommen und der darin vorgesehenen Modifikationen des politischen Systems.

<sup>101</sup> Den detaillierten Ablauf der Ereignisse auf dem Weg zum Ta'if-Abkommen schildert Hiro (1992), S. 161-184

<sup>102</sup> Als positive Einflußfaktoren für die libanesische Konfliktlösung lassen sich folgende internationale und regionale Dynamiken anführen: (1) Nahost-Konflikt: Die *Intifada* beanspruchte die gesamte Aufmerksamkeit Israels. Zudem war die bewaffnete palästinensische Präsenz im Libanon geschwächt und die verbleibenden Verbände verstrickten sich ab Mitte der 80er Jahre in inner-palästinensischen Auseinandersetzungen sowie mit der syrischen Armee und der Amal; (2) Syrien konnte seine Stellung seit dem israelischen Teilrückzug 1985 im Libanon hinreichend ausbauen. Die Stellung war zwar nicht hegemonial, aber die einzelnen libanesischen Konfliktparteien konnten in einem gewissen Kräftegleichgewicht gehalten werden; (3) Saudi-Arabien, welches die sunnitische Minderheit im Libanon unterstützte und sich im ideologischen Wettstreit mit Iran befand, war als Regionalmacht ebenso wie Syrien, welches durch den sich anbahnenden Kollaps der Sowjetunion seinen Mentor im Schwinden sah und dessen Position regional geschwächt wurde, nicht an einem Zerfall des libanesischen Staates interessiert und wollte diesem entgegenwirken, denn man befürchtete Demonstrationeneffekte für die Staaten der Region. (4) Die USA, deren Rolle mit Ende des Ost-West-Konflikts im Nahen Osten gestärkt wurde, ließ Syrien im Libanon ob des Säbelrasselns Saddam Husseins, dem erbitterten Feind der Syrer, gewähren, da man sich ausrechnete, einer eventuellen Unterstützung Syriens im sich anbahnenden Konflikt mit Irak zu bedürfen. Krayem (1995), Salam (2003), S. 40 ff., Kassir (2003), S. 88

externer Akteure das libanesisches Konfliktsystem bedeutend beeinflussten, sollten zu Ende der 80er Jahre die innerlibanesisches politische Übereinkunft begünstigen.<sup>103</sup>

62 der 72 in den letzten libanesischen Parlamentswahlen 1972 bestätigten Parlamentarier, die ihr ursprünglich vierjähriges Mandat während des Bürgerkriegs aufgrund nicht stattfindender Parlamentswahlen achtmal selbst verlängert hatten, trafen sich vom 30. September bis 22. Oktober 1989 im saudi-arabischen Ta'if zu einer Friedenskonferenz unter Verhandlungsführung des *Tripartite Committee* der Arabischen Liga. Außer den Parlamentariern als Vertreter der noch einzig intakten der libanesischen Verfassungsinstitutionen nahmen weder Milizenführer noch Vertreter Syriens als dominierendem militärischen Akteur im Libanon und Alliierten Irans an den Verhandlungen teil. Dennoch ist davon ausgehen, dass Vereinbarungen, die der syrischen Agenda für den Libanon widersprochen hätten, keine Chance gehabt hätten, in das „Dokument nationaler Verständigung“ aufgenommen zu werden,<sup>104</sup> ebenso wie die Vereinbarungen, welche explizit wie implizit die Zukunft der Milizenführer und Milizionäre betrafen, die nicht in den Konferenzen ausgehandelt wurden, sondern vor Beginn der Konferenz feststanden und nicht verhandelbar waren.<sup>105</sup>

Das unter der Verhandlungsführung der Troika erarbeitete Dokument, das den Titel *National Reconciliation Accord*<sup>106</sup> trägt, in der Literatur aber mehrheitlich als „Ta'if-Abkommen“ genannt wird, besitzt verfassungsähnlichen Charakter<sup>107</sup>. Sein Inhalt setzt sich aus allgemeinen Prinzipien, der Formulierung politischer und administrativer Reformen sowie drei weiteren Zielvereinbarungen zusammen.<sup>108</sup> Im Folgenden sollen nur die für die vorliegende

<sup>103</sup> Der Zeitpunkt des Eintritts in den libanesischen Konfliktlösungsprozess lässt sich als idealtypischer „reifer Moment“ kennzeichnen. In diesem, aus der Mediations-Forschung stammenden Konzept, wird der Zeitpunkt, an dem Friedensverhandlungen ansetzen, in den Fokus der Analyse gerückt. Gemäß dem Konzept tendieren Konfliktparteien, die sich in einer militärisch/politischen Pattsituation befinden, dazu, Konfliktlösungsstrategien jenseits unilateraler Entwürfe zu suchen und sind damit dem Eintritt in Verhandlungen nicht abgeneigt. Mögliche Verhandlungsergebnisse scheinen in einem „reifen Moment“ für alle Konfliktparteien attraktiver als das Verharren in der Pattsituation, da sie davon ausgehen, dass damit höhere Kosten für jede Partei verbunden sind. Zartman (1989), S. 267 ff. und (1991), S. 11-22. Perthes sieht in der Konfliktlösungsreife auch den Grund für die erfolgreiche Beendigung des Konflikts und nicht in dem Inhalt des Ta'if-Abkommens. Perthes (2002), S. 219 ff.

<sup>104</sup> Zudem wurden die Milizenführer über die laufenden Verhandlungen in Ta'if ständig informiert; Hiro (1992), S. 161 ff. und Hanf (1990), S. 724-734

<sup>105</sup> Der Verhandlungsspielraum der Parlamentarier auf den Konferenzen schien in der Tat begrenzt: „The deputies had the choice between adopting them [die Sektionen des Abkommens, E.M.] word for word and jeopardizing the whole agreement“; vgl. Salam (2003), S. 41-42

<sup>106</sup> Der Text des Abkommens findet sich in Hiro (1992), S. 231 ff. sowie im Internet unter der Adresse: <http://www.jinsa.org/articles/print.html/documentid/314> (Abruf am 30.08.2004).

<sup>107</sup> Im August 1990 wurden 31 auf dem Text des Ta'if-Abkommens basierende Artikel durch das libanesisches Parlament ratifiziert und als Verfassungsänderungen in die libanesisches Verfassung aufgenommen. Das Abkommen wurde von der libanesischen politischen Klasse als „neuer Gesellschaftsvertrag“ proklamiert.

<sup>108</sup> Die erste dieser Vereinbarungen mit dem Titel *Reinstating the Sovereignty of the Lebanese State over the Entire Lebanese Land* betrifft die Demilitarisierung der Milizen und die Integration der Milizionäre in die libanesisches Armee. Die zweite Vereinbarung, überschrieben *The Liberation of Lebanon from Israeli Occupation*, fordert den Rückzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon gemäß der UN-Resolution 425. Die dritte Vereinbarung mit dem Titel *Lebanese-Syria Relations* definiert die „brüderlichen Beziehungen“ zwischen Syrien und Libanon.

Analyse relevanten Dimensionen des Abkommens thematisiert werden, da an Analysen des Ta'if-Abkommen kein Mangel herrscht.<sup>109</sup>

Die Reformvorhaben des Abkommens beziehen sich auf Modifikationen des politischen Systems und der Verwaltung. Einigen konnte man sich auf die Notwendigkeit der Anpassung der politischen Repräsentation an die herrschenden demographischen Verhältnisse, folglich auf eine Verschiebung der konfessionellen Proportionen und eine Modifikation der politischen Repräsentation. Das zusammenkünftige Parlament solle sich bis zur Abschaffung des politischen Konfessionalismus paritätisch aus Christen und Muslimen zusammensetzen und damit die christlich-maronitische Überrepräsentation der Vorkriegszeit beenden. Auch die prärogativen Rechte des Staatspräsidenten, dessen Amt traditionell ein maronitischer Christ bekleidet, wurden abgewertet zugunsten der Regierung, des Ministerpräsidenten, des Parlamentspräsidenten sowie des Parlaments<sup>110</sup>. Das Mandat des Parlamentspräsidenten, traditionell ein Schiit, wurde von einem auf vier Jahre ausgeweitet und entspricht damit der Legislaturperiode der Parlamentarier. Die Rolle des Parlaments wurde dahingehend gestärkt, dass die Auflösungsmöglichkeiten durch die Exekutive auf drei Prozeduren minimiert wurden. Die Verfassung der ersten Republik, in der die exekutive Macht in den Hände des Staatspräsidenten gelegt hatte und dem Ministerpräsidenten sowie seines Kabinetts lediglich die Funktion zugeschrieben war, dem Staatspräsidenten bei der Ausübung der exekutiven Gewalt zu assistieren, wurde dahingehend modifiziert, dass der Ministerrat, in dem der Staatspräsident nur noch den Vorsitz hatte, nun zum Träger der Exekutive wurde.

Die Überwindung des politischen Konfessionalismus (*Political Deconfessionalisation*) wurde in dem Abkommen zum nationalen vorrangigen Staatsziel erklärt, allerdings wurde dieses Vorhaben nur als ein Fernziel formuliert und ein genauer Zeitplan zur Implementierung und Realisierung nicht konkret benannt. Der entsprechende Artikel sieht zwar die Bildung einer Kommission zur Abschaffung des Konfessionalismus unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten vor, welche in Übereinstimmung mit dem Übergangsplan bis zu den ersten Parlamentswahlen der zweiten Republik Vorschläge zur Durchführung der Transformation des politischen Systems unterbreiten sollte. Der Artikel legt fest, den konfessionellen Proporz durch das Kriterium der Qualifikation zu ersetzen, aber die gebildete Kommission nahm niemals wirklich ihre Arbeit auf und die Abschaffung des politischen Konfessionalismus, eines der primären Ziele der politischen Agenda der Hizbollah und weiterhin politischer Konfliktgegenstand im Nachkriegslibanon, lässt nach 15 Jahren der Formulierung der Maßnahme weiterhin auf sich warten.

---

<sup>109</sup> Salam (2003), Krayem (1995), Perthes (1994), Maila (1994)

<sup>110</sup> Zu den institutionellen Reformmaßnahmen der obersten Verfassungsorgane und der Aufgabenverschiebungen zwischen Exekutive und Legislative siehe Salam (2003), S. 44-47

Das Kapitel *Reinstating the Sovereignty of the Lebanese State over the Entire Lebanese Land* des Ta'if-Abkommens legte ein Sicherheitsplan über den Zeitraum eines Jahres fest, welches die Ausweitung des staatlichen Gewaltmonopols über das gesamte libanesisches Territorium, außer der von Israel besetzten „Sicherheitszone“ vorsah. Dieser Sicherheitsplan sah die Auflösung und Entwaffnung aller libanesischen und nicht-libanesischen Milizen innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten<sup>111</sup> nach der Ratifizierung des Ta'if-Abkommens, die Durchführung einer Wahl des Staatspräsidenten durch das nationale Parlament, die Bildung einer „Regierung der Nationalen Versöhnung“ und die Annahme und Umsetzung der im Ta'if-Abkommen vereinbarten politischen Reformen vor. Des Weiteren wurde eine Verstärkung der Polizei (*Internal Security Forces*) und der Armee (*Armed Forces*) fixiert. Der Beitritt zu den internen Sicherheits- und Polizeikräften und die Teilnahme an einer zentralen Ausbildung wurden jedem Libanesen eröffnet, was als versteckte Verklammerung der Inkorporierung der Milizionäre in die staatlichen Sicherheitskräfte zu verstehen ist und als geschickter Schachzug gewertet werden kann,<sup>112</sup> angesichts der Schwäche der libanesischen Armee und der großen Anzahl von arbeitslosen Milizionären mit Ausgang des Bürgerkriegs.<sup>113</sup> Die libanesischen Armee, deren Einheiten sich, wie dargestellt, während des Bürgerkriegs entlang konfessioneller Linien gespalten hatten, gegen Ende der gewaltsamen innerstaatlichen Auseinandersetzungen zu einer Konfliktpartei unter vielen geworden war, sollte die internen Sicherheitskräfte, deren Aufgabe als Aufrechterhaltung der nationalen Ordnung und Kontrolle der libanesischen Landesgrenzen definiert wurde, bei der Wiederherstellung der inneren Sicherheit unterstützen. Außerdem sah der Plan eine Wiedervereinigung der Armee sowie Vorbereitungs- und Trainingsmaßnahmen vor, um Angriffen der israelischen Armee gewachsen zu sein.

Die Anwesenheit der syrischen Truppen<sup>114</sup> auf libanesischem Territorium wurde durch den Sicherheitsplan legalisiert. Sie sollten die libanesischen Armee bei der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität für einen begrenzten Zeitraum von zwei Jahren nach Ratifizierung des Ta'if-Abkommens unterstützen. Nach Ablauf dieser Frist sollte in gemeinsamen Verhandlungen der libanesischen und syrischen Regierung über die Verlegung der syrischen Truppen in die Bekaa-Ebene an der syrischen Westgrenze entschieden werden. Zudem

<sup>111</sup> Das Dokument findet sich in englischer Sprache in *The Beirut Review* Vol. 2, Herbst 1991, S. 112-115

<sup>112</sup> „Die Armee bekommt damit die Funktion eines „Auffangbeckens“ für die an der Waffe Geübten und ist sicherlich keine innovative Idee, aber wohl das „naheliegendste Beschäftigungsprogramm“. Kreidler (1995), S. 94

<sup>113</sup> Dieser Punkt des Abkommens wurde durch einen von einem ministerialen Komitee erarbeiteten Plan zur Inkorporierung der Milizionäre in die Armee ergänzt, der am 30. Mai von Ministerrat ratifiziert wurde und vorsah, insgesamt 20.000 Milizionäre in die Armee nach der Teilnahme an einem Training zu übernehmen. Bewaffnete Mitglieder der Hizbollah wurden für diese Maßnahme nicht vorgesehen. *The Beirut Review* Vol. 2, Herbst 1991, S. 119-121

<sup>114</sup> Schätzungen gehen von einer Zahl von 30.000 – 40.000 syrischen Soldaten zum Zeitpunkt der Verhandlungen von Ta'if aus. Hinzu kommen wohl noch einige tausende Geheimdienstmitarbeiter, die auch nach Beendigung der Kämpfe bis in die Gegenwart relativ offen im Libanon operieren. Perthes schätzt nach dem israelischen Rückzug aus der „Sicherheitszone“ im Mai 2000 die Anzahl der stationierten syrischen Soldaten auf weiterhin 20.000 – 30.000.; vgl. Perthes (2002), S. 219.

wurde ein bilaterales Abkommen über den Verbleib und die Stärke der syrischen Truppen im Libanon vereinbart. Die Bestimmungen bezüglich der militärischen Präsenz Syriens waren damit keine endgültigen und die Präsenz der syrischen Armee auf libanesischem Territorium und damit die Kontrolle zumindest aller strategisch-politischen Entscheidungen durch Damaskus bis in die Gegenwart, die *pax syriana*, finden hier ihren Ausgang. Ferner forderte das Abkommen explizit die Befreiung des besetzten Territoriums von der israelischen Besatzung und die Implementierung der UN-Resolution 425. Alle Maßnahmen seien gerechtfertigt, die Autorität des Staates über sein gesamtes Territorium auszuweiten und Recht und Ordnung in die israelisch besetzte „Sicherheitszone“ wieder einkehren zu lassen. Diese Formulierung lässt weiten Spielraum zur Interpretation, welche strategischen Maßnahmen zur Wiederherstellung der territorialen Integrität beabsichtigt wurden, aber die im Damaskus-Abkommen getroffene Übereinkunft zwischen Amal und Hizbollah, bzw. Syrien und Iran, die sich als Koordination der Interessen der Akteure darstellt, schien der Einsatz der „Waffe des Widerstands“ als Konterstrategie gegen die israelische Besatzungsmacht schon vor Beginn der Verhandlungen von Ta'if festzustehen. Die Stationierung der libanesischen Armee an der Südgrenze, die in dem Abkommen formuliert wurde, sollte auch nach dem Rückzug der israelischen Armee aus der „Sicherheitszone“ nur in begrenztem Rahmen stattfinden, was weit reichende Implikationen für die Rolle der Hizbollah haben sollte.

Seinen Abschluss findet das „Dokument nationaler Verständigung“ mit einer gegenseitigen Versicherung besonderer Beziehungen und Sicherheitsgarantien zwischen Libanon und Syrien und sieht eine gemeinsame Koordination auf sicherheitspolitischer Ebene im Rahmen der Unabhängigkeit und Souveränität beider Staaten vor. Diese „besondere Beziehung“ zwischen Syrien und Libanon wurde seit Abschluss des Ta'if-Abkommens bis in die Gegenwart in zahlreichen weiteren Kooperationsverträgen weiter institutionalisiert. Im Folgenden wird auf diese „besondere Beziehung“, die von den beiden Führungen als „gemeinsames Schicksal“ (*marja'iyya*) bezeichnet wird, sich tatsächlich aber als eine Kontrolle aller libanesischen außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen sowie weit reichende Beeinflussung innenpolitischer Prozesse durch Damaskus darstellt, näher eingegangen, um die für die Hizbollah Implikationen derselben aufzuzeigen.

Betrachtet man das „Dokument nationaler Versöhnung“, welches durch Konstituierung der *power sharing*-Formel und der damit verbundenen politischen Reformmaßnahmen ohne Zweifel ein erfolgreiches Konfliktlösungsabkommen darstellt und „einen Übergang vom Krieg zum Frieden“<sup>115</sup> möglich machte, unter Berücksichtigung der Implikationen für die libanesischen Nachkriegsordnung, bzw. für die als Voraussetzung für die Errichtung des staatlichen Gewaltmonopols, so scheint folgende Bewertung des Abkommens gerechtfertigt:

---

<sup>115</sup> Perthes (1994), S. 23.

Das eine Kompromisslösung darstellende und mit der Konfliktlösungsformel „Keine Sieger, keine Besiegten“<sup>116</sup> operierende Abkommen, ging viele essentielle libanesischen interne Konfliktursachen an. Es stellt sich als entschlossfreudig und präzise in verschiedenen Punkten dar und ging die als geltenden Problemdimensionen, die es nach innerstaatlichen Auseinandersetzungen zu „bearbeiten“ gilt, wie die Frage der Rückführung der Flüchtlinge, die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität, die Bereitstellung eines Übergangsplans, die Demobilisierung der Milizen und die Reform der internen Sicherheitskräfte und der Armee, an, aber ließ auch Fragen ungeklärt, wie den Prozess der Reetablierung der vollständigen Souveränität über das gesamte Territorium des Libanons nach einem israelischen Rückzug. Die Struktur des politischen Systems des Konfessionalismus wurde nicht geändert, sondern der Nationale Pakt von 1943 implizit gestützt, was die intrakommunale Kooperation in der Zukunft noch verstärken sollte.

Einige vereinbarten Schlüsselreformen, wie die vorgesehene Dezentralisierung der Verwaltung, die Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz<sup>117</sup> und die Formierung des Nationalen Komitees mit der Aufgabe, Maßnahmen zur Aufhebung des politischen Konfessionalismus zu studieren und vorzuschlagen, wurden im Nachkriegsprozess nicht implementiert. Auf die Nicht-Implementierung der Maßnahmen zur Aufhebung des politischen Konfessionalismus gründen die meisten Autoren, die sich mit dem Ta'if-Abkommen und der Implikationen für die Funktion des politischen Systems der Nachkriegsordnung auseinandersetzen, ihre Urteile, dass es sich bei dem Ta'if-Abkommen um keine wirkliche Reform des Systems und damit eine Wiederherstellung des Etablierten handelt, welche keinen Zuwachs an Stabilität für das politische System mit sich brachte. Sie betonen, dass das Ta'if-Abkommen zwar erfolgreich war, die Gewalttätigkeiten des Bürgerkriegs entlang konfessioneller Linien einzudämmen, aber gleichzeitig auch die Bindung der Politiker an die eigene konfessionelle Gruppe in den politischen Institutionen weiterhin fördere<sup>118</sup>. Anstatt die zentrifugalen Kräfte der Gesellschaft

---

<sup>116</sup> Die banal anmutende Formel, die, wie noch im weiteren Verlauf dieser Arbeit zu sehen sein wird, nicht der Realität entsprach, diente dazu, allen Parteien etwas zu geben, ohne sie vollkommen zufrieden zu stellen. Das Dokument nationaler Versöhnung wurde deshalb auch von keiner der libanesischen Konfliktparteien mit großer Begeisterung aufgenommen. Hinsichtlich der Reetablierung der staatlichen Souveränität und Schaffung einer Identität erscheint die Konstruktion eines Mythos durch die Politik aber durchaus sinnvoll. Perthes (1995), S. 153. Von der überwältigenden Mehrheit der regionalen und internationalen Akteure wurde das Abkommen als handhabbarer Kompromiss akzeptiert. Der UN-Sicherheitsrat unterstützte das Abkommen und die libanesischen Autorität, die daraus resultierte, mit einer Deklaration vom 31.10.1989. In Hinsicht auf Kapitel 5 ist der Hinweis wichtig, dass auch die USA das Ta'if-Abkommen unterstützte, und damit die Anwesenheit der syrischen Truppen auf libanesischem Territorium – für den Zeitraum von zwei Jahren – akzeptierte.

<sup>117</sup> Debiel betont die Förderung einer unabhängigen Justiz als notwendigen Teil bei der Wiederstellung der staatlichen Autorität. Debiel (2002), S. 5

<sup>118</sup> Salam betont: „Implemented in an eclectic and twisted manner, Ta'if became a source of new imbalances that could not but further increase sectarian suspicions.“, Salam (2003), S. 51. „The Ta'if Agreement constitutes a step forward, but does not provide the basis for a more stable and democratic system in Lebanon. In fact, civil war experience showed that the modern state cannot be built on the basis of sectarian identities“. Krayem (1995). Salamé dagegen betont, ohne mit Kritik am Ta'if-Abkommen zu sparen, die Chancen für eine Demokratisierung, welche die *power sharing*-Formel des politischen Konfessionalismus als eine Form des Pluralismus beinhaltet. Salamé (1994)

zu neutralisieren, habe das Abkommen dazu beigetragen, zu einem sich selbst stützenden System konfessioneller Neigungen zu werden.

Analysiert man den Ta'if-Prozess und das dort verabschiedete Abkommen als verhandelte Ausgangsbasis der Friedenskonsolidierung der libanesischen Nachkriegsordnung anhand der von Ferdowsi und Matthies als essentiell herausgearbeiteten Erfolgsbedingungen<sup>119</sup> für einen Friedensprozess, so fällt auf, dass in dem Abkommen das „Prinzip der Inklusivität“ der Gewaltakteure<sup>120</sup>, die Lösung des Sicherheitsdilemmas und die Wiederherstellung, bzw. Erneuerung funktionaler Staatlichkeit Berücksichtigung fanden sowie eine relative Bereitschaft der libanesischen Akteure, zumindest bei politischen Eliten und Milizenführern vorhanden war, sich auf einen Transformationsprozess einzulassen. Die abkommensorientierte Konfliktbearbeitung des Libanon muss angesichts der Abwesenheit von gewalttätigen Ausbrüchen entlang der Konfliktlinien des Bürgerkriegs in der Nachkriegsordnung als erfolgreich gelten, während prozess- und transformationsorientierte Momente, die im Ta'if-Abkommen nur vage formuliert wurden, die Konfliktlinien der Nachkriegsordnung darstellen und weiterhin Konfliktpotential besitzen. Ob aber die Entstehung eines nachhaltig stabilen politischen Systems, welches als notwendige Bedingung für die längerfristigen Dimensionen der Friedenskonsolidierung gilt, durch das Abkommen ermöglicht wurde, soll im Rahmen der folgenden Kapitel bewertet werden.

Die Hizbollah lehnte das Ta'if-Abkommen nicht ganzheitlich ab<sup>121</sup>. Sie war zwar im Allgemeinen den Vereinbarungen gegenüber negativ eingestellt, da sie einige der im „Offenen Brief“ genannten Forderungen nicht erfüllt sah, aber andere wichtige Punkte des Abkommens, wie die Beendigung des Bürgerkriegs und die Stimulierung des Abschieds vom politischen Konfessionalismus schienen für sie die negativen Aspekte zu verkleinern. Strukturelle Änderungen, wie die Machtverschiebung vom Präsidenten zum Kabinett, bewertete sie positiv, da sie diese als Voraussetzung für die Beseitigung des von ihr als „sektiererisch“ bezeichneten politischen Systems ansah. Die Führung der Hizbollah schätzte die Chance aber gering ein, dass sich eine parlamentarische, für die Durchführung der Entsäkularisierung des Systems notwendige Mehrheit erreichen ließe.<sup>122</sup> Die in dem Abkommen

<sup>119</sup> Ferdowsi/Matthies (2003) a, S. 350-351

<sup>120</sup> Die Bereitschaft zur „Inklusion“ der Warlords in die neue politische Ordnung macht nach Salam den Unterschied zu den vorherigen Friedensinitiativen aus: „One cannot but note here that since 1976 all attempts to end the Lebanese war that did not offer the militia chiefs a substantial stake in the projected postwar order or ignored Syria's interests in Lebanon failed dramatically and paved the way for another round of violence.“ Salam (2003), S. 42, vgl. auch Faris (1994), S. 17 ff.

<sup>121</sup> Saad-Ghorayeb (2002), S. 28. Es lassen sich aber auch konträre Angaben finden, wie bspw. des Autors Ranstorp, nachdem die Hizbollah-Führung das Friedensabkommen von Ta'if als „completely evil“ bezeichnete. Ranstorp (1997), S. 143

<sup>122</sup> Die weiteren Kritikpunkte der Hizbollah am Ta'if-Abkommen thematisieren ebenfalls indirekt die Dekonfessionalisierung“ des politischen Systems. Die Tatsache, dass die Verfassung der ersten Republik nur ergänzt wurde, würde dazu führen, dass die konfessionelle Substanz des politischen Systems gesichert würde und ihr dadurch gewissermaßen ein konstitutioneller Status eingeräumt werde. Außerdem wurde Kritik geübt an der Einigung über die paritätische Aufteilung der parlamentarischen Mandate zwischen Christen und Muslimen, da angenommen wurde, dass diese als Eindämmungsmechanismus gegen eine maronitische

beschlossenen Demobilisierungsmaßnahmen aller Milizen auf libanesischem Territorium, ohne den islamischen Widerstand davon auszunehmen, lassen sich als essentielle Bedrohung der Weiterexistenz der Organisation zu diesem Zeitpunkt werten oder verlangten zumindest nach einer Reformulierung der Strategie der Hizbollah, aber solange diesbezügliche staatliche Maßnahmen auf sich warten ließen, wurde dieser Punkt des Ta'if-Abkommen nicht kritisiert, um die sich im Aufbau befindliche staatliche Autorität oder Damaskus nicht herauszufordern.

Wie aber die Konfliktursachen des libanesischen Bürgerkriegs nicht alleine in internen Gründen zu suchen sind, so fand auch die Beilegung des Konflikts und die sich daran anschließenden Maßnahmen zur Wiederherstellung der staatlichen Souveränität und Rekonstruktion der Staatsmacht nicht ohne externe Hilfe statt. Das Sicherheitsdilemma konnte nur unter weit reichender Mithilfe der syrischen Truppen im Libanon aufgehoben werden. Die syrischen Verbände sorgten während der Implementierung des nationalen Sicherheitsplans vor allem in den von muslimischen Milizen kontrollierten Territorien für ein Mindestmaß an Ordnung und unterstützten die sich neu formierende libanesische Armee, da die im Sicherheitsplan vorgesehenen Demobilisierungsmaßnahmen der Milizen<sup>123</sup> – der wohl vorerst wichtigsten Maßnahme zur Wiederherstellung der Sicherheit und staatlichen Autorität<sup>124</sup> – noch nicht durchgeführt waren. Die zwischen Damaskus und Teheran ausgehandelte Entscheidung,<sup>125</sup> dass Hizbollah und jene Teile der Amal, die als „Waffe des Widerstandes“ zur Weiterführung des Guerillakriegs gegen die israelische Besatzung und die SLA im Südlibanon von den allgemeinen Demobilisierungsmaßnahmen ausgenommen wurden, sollte die strittigste Entscheidung im Zusammenhang der Demobilisierung bleiben,<sup>126</sup> war aber letztlich der Agenden der externen Akteure geschuldet.

In den Vereinbarungen von Ta'if wurden sich alle „notwendigen Maßnahmen“ vorbehalten, um den Libanon von der israelischen Besatzung zu befreien und das legitime Recht auf Widerstand wurde wiederholt betont. Die von Syrien forcierte Entscheidung, dass der

---

Hegemonialstellung nicht ausreiche, da das Amt des Staatspräsidenten erneut für einen christlichen Maroniten reserviert bleibt. Die Forderung der Dekonfessionalisierung des politischen Systems bleibt weiterhin auf der politischen Agenda der Hizbollah, wie bspw. in *Achieving Equality and Establishing the Just State* des Hizbollah-Wahlprogramms zu den Parlamentswahlen 1996.

<sup>123</sup> Nach Schätzungen von Perthes standen mit Ende des Bürgerkriegs ca. 20.000 – 45.000 Bewaffnete unter dem Befehl von Milizenführern. In der Literatur lassen sich deutlich voneinander abweichende Schätzungen über die Stärke der Milizen finden, wohl auch aus dem Grund, dass die Zahl der aktiven Milizionäre schnell durch zusätzliche Rekrutierungen erhöht werden konnte. Die Zahl der Hizbollah-Kämpfer schätzt Perthes auf 3.000-5.000 Milizionären. Perthes (1994), S. 25.

<sup>124</sup> „Es ist falsch anzunehmen, dass mit der Unterzeichnung eines Friedensabkommens und dem formellen Ende der Kampfhandlungen auch die Spannungen und Probleme verschwinden, die Ursache des Konfliktes waren. Zwischen dem Fortgang des Friedensprozesses und den Fortschritten – oder Rückschlägen bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der Kombattanten besteht eine subtile Wechselwirkung.“ Kühne (1998), S. 104.

<sup>125</sup> Nach Angaben von Norton wurde diese Maßnahme auf einem iranisch-syrischen Gipfel im April 1991 beschlossen. Norton (1994), S. 46

<sup>126</sup> Wie sich aus dem ersten Artikel des Zweiten Damaskus-Abkommens zwischen Amal und Hizbollah ersehen lässt, wurde der Ausweitung der staatlichen Autorität auf der syrischen Agenda Vorrangigkeit vor einer Entgrenzung der Widerstandsaktivitäten zu Ende des Bürgerkriegs eingeräumt.

Hizbollah diese Widerstandsfunktion zukomme und sie damit von der allgemeinen Demobilisierung der Milizen auszunehmen,<sup>127</sup> blieb innenpolitisch problematisch, denn sie diente anderen, insbesondere den christlichen Milizen als Argument, sich weiterhin zu wappnen und die Einseitigkeit des Handelns der Staatsmacht zu beklagen, da angesichts der unsicheren Sicherheitslage nicht davon ausgegangen werden konnte, dass die Hizbollah-Kämpfer ihre Waffen beim Verlassen des Südens dort zurücklassen würden.<sup>128</sup> Tatsächlich behielten neben der Hizbollah und Amal die größeren Milizen bis Ende 1994 einen Teil ihrer Offiziere und Mannschaften auf ihren Soldlisten und beschäftigten sie weiter in zivilen Funktionen. Die Milizen wurden demnach nicht aufgelöst, sondern ließen sich unter der Führung ihrer ehemaligen *Warlords*, welchen durch das Ta'if-Abkommen der Zugang in das politische System ermöglicht wurde, als Parteien lizenzieren.<sup>129</sup> Als weiteren wichtigen Schritt im Rahmen der durch die syrische Armee unterstützten Regierungskampagne zur Ausweitung der Autorität brachte die libanesische Armee eine Reihe staatlicher Gebäude in ihre Gewalt, die von den Milizen während des Krieges als Quartiere, Kasernen und Verwaltungsgebäude genutzt worden waren, darunter die 1982 von der Hizbollah eroberte *Sheikh 'Abdallah*-Kaserne, ihrem Hauptquartier in der Bekaa-Ebene, das ohne aktive Gegenwehr der Armee übergeben wurde. Vor den ersten Parlamentswahlen 1992 sollte damit die allgemeine Sicherheitslage im Libanon weitestgehend wiederhergestellt worden sein, sieht man einmal von der Besetzung des Südlibanons sowie den israelischen Militärschlägen als Antwort auf die Widerstandsaktivitäten der Hizbollah ab. Den Anteil des externen Sicherheitsgaranten Syrien zur erfolgreichen Wiederherstellung der staatlichen Autorität gilt es hierbei nicht zu unterschätzen,<sup>130</sup> welcher aber gleichzeitig den Spielraum libanesischer Souveränität einschränkte.

Im Nachkriegslibanon wird seit dem Ta'if-Prozess und der in diesem Zeitraum geschlossenen bilateralen Abkommen<sup>131</sup> keine politische Entscheidung von strategischer

<sup>127</sup> Syriens Interessen im Libanon werden determiniert durch die regionale Konfliktsituation. Die syrische Armee ist zu schwach, um die Golanhöhen von der israelischen Besatzung zu befreien. „Assad needed two assets: his own surrogate force that could provide the necessary disturbances and frictions that might keep the Golan issue alive; and some help with the logistics of the strategy he had in mind. [...], Hezbollah and Iran provided these assets.“ Harik (2004), S. 31. Zur Rolle der Hizbollah als syrische „Trumpfkarte“ für zukünftige Verhandlungen mit Israel siehe Kapitel 5.1.4

<sup>128</sup> Auf die Implikationen der Exklusion der Hizbollah von der Demobilisierung hinsichtlich des externen Vertrauensdilemmas wird im folgenden Kapitel näher eingegangen.

<sup>129</sup> Es schließt sich damit der Entwicklungskreis der libanesischen Gewaltakteure, die mit Ausbruch der Auseinandersetzungen mehrheitlich aus politischen „Parteien“ entstanden und durch Bewaffnung ihrer Mitglieder zu Milizen degenerierten, nach Ende des Bürgerkriegs durch die Entwaffnungsinitiative wieder zu politischen Parteien wurden. el-Khazen (2003), S. 612 ff.

<sup>130</sup> Vergleicht man die Rolle Syriens mit den Bedingungen, die Kumar in seinem Konzept der Friedenskonsolidierung externen internationalen Akteuren beim politischen Wiederaufbau zuschreibt, so lässt sich sagen, dass Syrien nur bei der Demobilisierung und der Wiederherstellung der Sicherheitslage aktiv war, während die soziale Rehabilitation der Gesellschaft und die wirtschaftliche Wiederbelebung durch den „externen Akteur“ nicht initiiert wurden. Kumar (1997), S. 5 ff.

<sup>131</sup> Wie schon angedeutet, wurde der syrischen Armee im Ta'if-Abkommen die Aufgabe zugewiesen, den libanesischen Streitkräften bei der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität zu helfen, welcher sie nachkamen. Diese Bestimmungen sollten durch einen syrisch-libanesischen Grundlagenvertrag sowie einen Verteidigungs- und Sicherheitspakt in den ersten beiden Nachkriegsjahren konkretisiert und völkerrechtliche

Relevanz getroffen, ohne dass diese nicht vorher von Damaskus „ratifiziert“ wird. Das syrische Regime besitzt gewissermaßen ein Vetorecht über die wesentlichen libanesischen Personalentscheidungen, wie die Besetzung der Ämter des Staatspräsidenten<sup>132</sup>, des Ministerpräsidenten, der Armee- und Geheimdienstführung, der Listenaufstellung und Allianzbildung bei den Parlaments- und Kommunalwahlen. Es mischt sich umfassend in die innen- und besonders außenpolitische Agenda des Libanon ein, was für die Legitimität und Stellung der Hizbollah in der Nachkriegsordnung, wie im Folgenden noch zu sehen sein wird, bedeutsame Folgen hat. Bis zur Gegenwart stellen sich die libanesischen Regierungen seit Ende des Bürgerkriegs zwar innenpolitisch weit gehend als handlungsfähig heraus, aber sie sind außenpolitisch abhängig von Syrien, was den Libanon bis zum Abzug der israelischen Truppen im Mai 2000 als einziger „Frontstaat“ des Nahostkonfliktes bleiben ließ. Außerdem greift ein Großteil der politischen Klasse, darunter der gegenwärtige Staatspräsident Lahoud und der seit 1992 amtierende Parlamentspräsident und Amal-Vorsitzende Nahib Berri, auf gute Beziehungen zur syrischen Führung in Damaskus zurück, was sich als entscheidender Machtfaktor im libanesischen Gleichgewicht erweist. Dieses Mittel, sich einen politischen Vorteil zu verschaffen und die eigene Position durch besonders enge Beziehung zu Syrien zu stärken, wirkt einer Erweiterung der staatlichen Souveränitätsmargen entgegen.<sup>133</sup> Die regionale Konfliktsituation hat für das syrische Regime Vorrang vor den libanesischen Wirtschaftsinteressen und dem Wiederaufbau des Landes. Durch den beschriebenen Mechanismus, wie Kritiker des syrischen Einflusses anmerken, einem nationalen Versöhnungsprozess der Weg versperrt. Die durch Syrien unterstützte, verhandelte Konfliktregelung von Ta'if zur Beendigung des Bürgerkriegs hat gleichzeitig dazu beigetragen, eine Souveränität im Libanon zu installieren, die sich durch Unvollständigkeit auszeichnet.<sup>134</sup> Es ließe sich somit sagen, dass der Preis des inneren Friedens auf Kosten

---

Legitimität eingeräumt bekommen. Der „Vertrag über Bruderschaft, Zusammenarbeit und Kooperation“ (in Hiro (1992), S. 241-245) vom 22.05.1991 sieht eine enge Kooperation in den Bereichen der Sicherheits- und Außenpolitik sowie der Wirtschaftspolitik der beiden Staaten vor. Die wesentlichen Passagen des Ta'if-Abkommens – die reziproke Sicherheitszusage und der Beschluss, zwei Jahre nach dem Ta'if-Abkommen über die Verschiebung der syrischen Truppen an die Bekaa-Ebene zu beraten – werden wiederholt. Zudem sieht der Vertrag die Einrichtung eines Hohen Rates vor, der, bestehend aus den höchsten staatlichen Funktionsträgern, die Grundlinien der Kooperationspolitik festlegen soll. Dieses Grundlagenabkommen wurde durch einen Sicherheits- und Verteidigungs-Vertrag ergänzt. Eine nähere Analyse der Verträge lässt die Grenzen der libanesischen Souveränität gegenüber Syrien deutlich werden. „Die Formulierung des Bruderschaftsvertrags, dass die beiden Regierungen im Einvernehmen über die Stationierung und Verlegung syrischer Truppen und über deren Stärke und Verweildauer entscheiden, schließt dem Wortlaut nach aus, dass die libanesische Regierung einen Abzug der syrischen Truppen erwirken kann, solange Syrien seine eigene Sicherheit durch einen Abzug seiner Truppen bedroht sieht“. Perthes (1994), S. 33

<sup>132</sup> Exemplarisch lässt sich hier die Wahl Elias Hrawis, des ersten Staatspräsidenten der Nachkriegsordnung, anfügen, der von 47 libanesischen Parlamentariern am 23.11.1989 im Sitz Chefs des syrischen militärischen Sicherheitsdienstes im Libanon gewählt wurde. Der Ausgang der Wahl wurde allerdings schon am Vortag von Radio Damaskus bekannt gegeben. Hanf (1990), S. 741

<sup>133</sup> Damit setzt sich gewissermaßen das - jetzt politische - Konfliktmuster fort, was den Bürgerkrieg ausgezeichnet hatte, nämlich der Rückgriff interner Akteure auf externe Parteien, um ihre interne Position zu stärken.

<sup>134</sup> Kassir (2000), S. 12 ff.

der Unabhängigkeit erreicht wurde,<sup>135</sup> was für die Zukunft der libanesischen Nachkriegsordnung und die Transformation der Hizbollah weit reichende Bedeutung hat.

### **2.3. Der Prozess der Öffnung (*al-intifah*) – Integration der Hizbollah in das politische System**

Die internen und externen Dynamiken des libanesischen Bürgerkriegs waren wichtige Faktoren für die Entstehung der Hizbollah, wie auch sein verhandeltes Ende weitreichende Bedeutung hat für den weiteren Verlauf ihrer Entwicklung. Die durch den Ta'if-Prozess etablierte und legalisierte Dominanz Syriens im Libanon sollte, neben anderen Einflußfaktoren, eine wichtige Rolle spielen für die Rolle und Funktion der Partei in der Nachkriegsordnung. Im Folgenden wird die Integration der Hizbollah in das politische System und damit in Verbindung stehende Modifikationen auf organisatorischer Ebene sowie in politischen Zielen unter Berücksichtigung der benannten Transformationsdilemmata bewertet.

#### **2.3.1. Vom islamischen Widerstand zum Widerstand im Dienste des Staates**

Zu Beginn der Nachkriegsperiode, noch vor den ersten Parlamentswahlen der Nachkriegsordnung<sup>136</sup>, verstanden alle libanesischen Akteure sehr schnell, dass kein wichtiger Regierungsposten erreicht werden konnte<sup>137</sup>, ohne sich zu den von Syrien vorgegebenen Richtlinien zu bekennen, und der Hizbollah durch die ihr zugeordnete Funktion in der syrischen Strategie gewissermaßen eine Inklusion als Akteur in die Nachkriegsordnung ermöglicht wurde. Die Eingliederung der Hizbollah in die politische Arena ließ sich aber nicht nur durch syrischen Druck erreichen, sondern es bedurfte seitens der Übergangsautorität, der „Regierung der Nationalen Einheit“, und der Führung der Hizbollah eines reziproken Arrangements und einer gegenseitigen Stütze desselben, um gewaltlose, auf politischer Ebene auszutragende Auseinandersetzungen sichern zu können. Dieser Aushandlungsprozess zwischen einem sich in einer Transformationssituation befindlichen Akteur und einer staatlichen Autorität lässt sich als „Mechanismus der Inklusion“ beschreiben. Es handelt sich um eine Akteurskonstellation zwischen einem „radikalen“ Akteur, der Anzeichen macht, sich in eine „moderate“ politische Kraft zu transformieren, und einer staatlichen Autorität, welche ihm den Zugang zu der politischen Arena eröffnen kann. Um die Verhandlungen für beide Seiten erfolgreich abschließen zu können, muss der Akteur

<sup>135</sup> „The Ta'if Accord's implementation effectively ended the violence in Lebanon. It restored a certain peace to the country by silencing the cannons and enabling civilian society to reconstitute itself, but the accord as implemented, failed to ensure Lebanon's independence. Lebanon's peace was achieved at the price of its independence.“, Maila (1994), S. 41

<sup>136</sup> Zu dem Zeitraum der Übergangsphase zwischen dem Ta'if-Abkommen und den ersten Parlamentswahlen der Zweiten Libanesischen Republik im Jahre 1992 siehe Perthes (1994), S. 24-58

<sup>137</sup> Analysen der politischen Verbindungen der Mitglieder der acht Regierungen zwischen 1992 und 2000 legen offen, dass alle Politiker, die strategische Positionen in den obersten Institutionen einnahmen, verlässliche syrische Alliierte waren. vgl. Harik (2004) S. 46

zuerst seiner „Feindschaft“ zum Staat abschwören und das Versprechen ablegen, die Regeln und Normen, die alle politischen Gruppen und Parteien im politischen System befolgen, einzuhalten. Der Staat liefert ihm als Gegenleistung Prärogativen und Schutz, welche politisch legitimen Organisationen zustehen. Das Arrangement konstituiert sich durch gegenseitiges Interesse, Demonstration des guten Willens sowie der Abgabe gegenseitiger Versprechen, was Sartori unter dem Theorem der „reziproken Re-Legitimation“<sup>138</sup> zusammenfasst. Die Fähigkeit der Gruppe, sich in die politische Ordnung zu integrieren, ist dabei ferner abhängig von einer positiven Entwicklung in diesem Prozess<sup>139</sup>.

Es ist nach dem bisher Dargestellten zu vermuten, dass die Aushandlung der Übereinkunft zwischen den beiden beteiligten Akteuren, der libanesischen Übergangsautorität und der Hizbollah, von syrischer Seite übernommen wurde, der damit die Funktion eines Mediators mit eigenen Interessen zukam. Dem Regime in Damaskus war daran gelegen, die Interessen der Akteure zusammenzubringen, damit die eigene Strategie mit der im Kontext der nahöstlichen Konfliktkonstellation der Hizbollah zugeteilten Rolle, welche in den Bürgerkriegsjahren mit dem Alliierten Iran entworfen wurde, weiterhin Bestand hatte. Ob ein tatsächlicher Handel zwischen den libanesischen Akteuren artikuliert wurde, ist nicht bekannt, aber folgende Punkte müssen verhandelt worden sein: (1) Aufgabe des Ziels der Installierung einer islamischen Republik im Libanon und das Vorgehen gegen „häretische“ Bewegungen durch die Hizbollah, (2) Modifikation der Ideologie zum Eintritt in die politische Arena, (3) Anerkennung der staatlichen Autorität und damit verbunden Einnahme einer systeminternen Oppositionsrolle anstatt einer systemfeindlichen; (4) offizielle Autorisierung der Widerstandsaktivitäten der Hizbollah gegen die israelische Besatzung und damit verbunden die Deklaration des Rechts der Hizbollah, nationales Territorium in Namen des Staates zurückzuerobern und ihr in den Unternehmungen ihrer Mission nicht im Wege zu stehen. Dieses Übereinkommen bedeutete damit, dass beide Akteure die Legitimität des anderen zu akzeptieren hatten, was für die Hizbollah-Führung zur Folge hatte, mit einer säkularen Regierung kooperieren zu müssen, anstatt religiöse Imperative anzuhängen, um diese zu stürzen, was in Bezug auf das interne Vertrauensdilemma eine Gegenreaktion von Hardlinern erwarten ließ, sowie einen Autoritätsverlust für den sich im Prozess der Rekonstituierung befindlichen libanesischen Staat implizierte, da somit die Ausweitung der Autorität nicht das gesamte nationale Territorium betreffen sollte und ein nationaler politischer Akteur seine Interessen mit einer externen Macht koordinierte anstatt mit den staatlichen Autoritäten.

---

<sup>138</sup> Sartori (1977), S. 144-145

<sup>139</sup> Durch diesen beschriebenen „Mechanismus der Inklusion“ kann der von Dahl formulierte Mechanismus, dass oppositionelle Kräfte, die dem System gegenüber loyal wären, falls die toleriert werden, zu illoyalen Kräften werden, wenn sie nicht toleriert werden, ausgehebelt werden. Dahl (1973), S. 13

Die Herausforderung, - das von uns benannte Transformationsdilemma I oder internes Legitimationsdilemma -, welche die Annäherung der Hizbollah an die politische Ordnung und die Transformation in einen legitimierte Akteur mit sich brachte, war vorerst eine organisationsinterne, denn es galt ihre Kernanhänger davon zu überzeugen, dass sich die Parteiführung trotz des Strategiewandels weiterhin den vorher propagierten Werten und Prinzipien verpflichtet fühlte. Wie schon eingangs erwähnt kann sich das Transformationsdilemma I potentiell als die größte Herausforderung bei der Transformation von Akteuren darstellen, die ihre politische Aktivität wenigstens anteilig durch religiöse Dogmen legitimieren, da ihre Anhänger dazu neigen, ideologische Reinheit und Prinzipien vorrangig vor der Nachfrage der praktischen Politik zu platzieren und Neuarbeitungen der Parteidoktrin, die sich der neuen Mobilisierung und den Legitimationszielen anpassen muss, kritisch gegenüberstehen. In diesem Zusammenhang erscheint die Beantwortung folgender Fragen vonnöten, um die Faktoren benennen zu können, welche sich als erleichternd bzw. erschwerend bei dem internen Aushandlungsprozess erwiesen haben, um damit Aussagen über die Chancen und Hindernisse der Transformation der Hizbollah zuzulassen: (1) In welchem Ausmaß stellte eine organisationsinterne, radikale Gegenreaktion ein Problem für die Hizbollah-Führung dar, die im Aushandlungsprozess mit dem libanesischen Regime vereinbarten Positionen durchzusetzen? (2) Welcher Art waren die Positionen, die in der internen Debatte aufgenommen wurden und wie wurde der organisationsinterne Konsens erreicht, um an der politischen Nachkriegsordnung teilzunehmen? (3) Welche Faktoren sollten sich für die religiösen Anhänger als erleichternd herausstellen, um ihre Treue zur Hizbollah zu bewahren und sich nicht in Abspaltungen zu organisieren?

Seit ihrer Gründung herrschte auf der obersten Entscheidungsebene der Hizbollah ein hoher Grad an interner Kohäsion und bis auf eine Ausnahme waren alle Entscheidungsträger schiitische Kleriker<sup>140</sup>, die, wie schon erwähnt, gemeinsame Erfahrung im Irak gemacht hatten. Der in ihrer Ausbildung erfahrenen Ideologie, die sie im Bürgerkrieg in die Praxis umzusetzen gedachten, hatten sie sich loyal gegenüber gezeigt. Dieses Gremium aus Klerikern steht, wie in Kapitel 4.1 noch verdeutlicht wird, allen Organen und Gremien vor. Die operative Führungsschicht aus Geistlichen besitzt eine außerordentliche Legitimation bei Anhängern der Hizbollah und in ihren jeweiligen Herkunftsregionen eine weit reichende Gefolgschaft. Während des Bürgerkriegs nahmen sie unterschiedliche Funktionen innerhalb der Organisationshierarchie nach regionaler Herkunft ein<sup>141</sup>, um so einem möglichen Wettbewerb um Ämter und Positionen vorzubeugen, was die interne Kohäsion stärkte. Nach der

---

<sup>140</sup> Die für die weitere Entwicklung der Hizbollah als wichtigste zu nennen sind u.a. Ibrahim al-Sayyid, Hassan Nasrallah, Subhi al-Tufayli, Naim Kassim und Abbas al-Musawi.

<sup>141</sup> Als Beispiel lässt sich hierfür Sheikh Subhi al-Tufayli, der als Beheimateter der Bekaa-Ebene dort mit der Mobilisierung und Rekrutierung junger Schiiten betraut war, anführen. Harik (2004), S. 55 ff.

Autorin Jaber besitzen die Kleriker allerhöchste Autorität bei der Anhängerschaft, da sie als Personen gelten, die im Namen Gottes sprechen<sup>142</sup>.

Dieser starke Zusammenhalt der Mitglieder der obersten Führungsebene schien bis zum Beginn der Debatte um die Transformation in eine politische Partei anzuhalten und auch die Verfolgung der islamischen Ziele einheitliche Unterstützung bei ihnen zu finden. Der Tod Ayatollah Khomeinis und damit verbundenen ideologischen Verschiebungen im Iran und deren Auswirkungen auf die außenpolitische Agenda hatten aber auch Effekte auf die interne Kohäsion innerhalb der Führung. Mit dem Amtsantritt Rafsanjanis<sup>143</sup> als iranischer Präsident wurde die iranische Außenpolitik einem Wandel unterzogen. Dieser wirkte sich insofern auf den Libanon aus, als dass dort mit Unterzeichnung des Ta'if-Abkommens die syrische Dominanz anerkannt wurde. Für die Führungsebene der Hizbollah stellte sich der Wandel im Iran, d.h. die Differenzen zwischen der „pragmatischeren“ Führung und orthodoxeren Kräften, und die damit verbundene Modifikation im Handeln seines externen Unterstützers als Problem heraus, denn sie schuldete einen großen Anteil der weit reichenden Unterstützung der Hilfe der religiösen Hardliner und nicht den Reformern, die von Rafsanjani repräsentiert wurden. Als Folge brach Uneinigkeit innerhalb der Führung aus, welcher politische Kurs zu verfolgen sei. Sheikh Subhi al-Tufaili, erster Generalsekretär der Partei von November 1989 bis Juli 1991 und persönlich eng verbunden mit Ali Akbar Mutashemi, dem Führer der ultra-orthodoxen Fraktion, wies jede Kooperation mit dem libanesischen Nach-Ta'if-Regime zurück, während sich eine „moderatere“ Fraktion um Hassan Nasrallah<sup>144</sup> und Muhammad Hussein Fadlallah als *al-murshid al-ruhi* (spiritueller Mentor/spiritueller Führer) der Hizbollah<sup>145</sup> formierte, die zwar den aktiven Schiitismus nach Khomeini

<sup>142</sup> Jaber belegt die Annahme mit einer Aussage des gegenwärtigen Vize-Generalsekretärs Sheikh Naim Kassim: „...We are working to create a trend, not to create an idol of worship. We are an Islamic current which derives its origins from our beliefs and principles. We do not allow anyone to reach a certain position within the group if he lacks the principles that we carry. Our strategy works on the promotion of principles as the basis for uniting the forces, unlike other parties who, due to the lack of common basic beliefs, ended up suffering from corruption in the ranks of their leadership and working for their self-interest by exploiting the needs of their people.“ Jaber (1997), S. 63

<sup>143</sup> Ehteshami, der die Phasen der Außenpolitik des Irans nach der Revolution in fünf Phasen einteilt, bezeichnet die Zeiträume zwischen 1988-1990 als „Phase der Reorientierung“, in der sich eine Transition vom Radikalismus zur Anpassung vollzog und die Wahl Rafsanjanis zum Präsidenten als Aufstieg der Pragmatiker an die Macht wertet, und ab 1990-1997 als „Phase des Pragmatismus“. vgl. Ehteshami (2002), S. 297-302. Bezüglich des Libanon merkt er an: „However, Rafsanjani, prioritizing relations with Syria, cooperated in the stabilization of Lebanon under Syrian hegemony in return for the pivotal role accorded its Hizbollah client in Lebanese politics and in the resistance to Israel in South Lebanon.“ ebd., S. 300

<sup>144</sup> Zu der Einordnung der verschiedenen Spitzenkader und Kleriker in eine „gemäßigte/moderate“ und „orthodoxe/radikale“ Fraktion lassen sich unterschiedliche Angaben in der Literatur finden. Hamzeh (1993) und Rosiny (1996), S. 156 ordnen beispielsweise Hassan Nasrallah in die radikalere Fraktion während der Transformationsphase ein, während Saad-Ghorayeb (2004), S. 54 und Harik (2004), S. 57 ihn zu der moderateren Fraktion zählen. Selbstverständlich ist es möglich, dass die Kader während dieser Phase ihre Positionen modifiziert haben.

<sup>145</sup> Die Hizbollah weist die Beschreibung „spiritueller Mentor“ der Bewegung für Fadlallah, die in nahezu allen wissenschaftlichen Publikationen benutzt wird, wie auch jede organisatorische Verbindung zu dem Kleriker zurück. Der „spirituelle Mentor“ der Hizbollah sei Ali Khamenei, der *wali al-faqih*, auf Fadlallah treffe besser die Beschreibung „starke Inspirationsquelle“ zu. Saad-Ghorayeb (2002), S. 7. Dennoch besaß die Hizbollah mit Fadlallah eine wertvolle Anlage während der Transformationszeit. Fadlallah, der in der schiitischen klerikalen Hierarchie die Stellung eines *marja'a* besitzt und damit als einer der wenigen schiitischen Kleriker den Rang eines

unterstützte, aber die Installierung einer Islamischen Republik nach iranischem Vorbild für ein nicht durchführbares Ziel im Libanon hielt. Die „radikalere“ Fraktion mit Sheikh al-Tufayli erwies sich als unflexibel in ihrer Position, dass eine islamistische Bewegung niemals Verbindungen mit nicht-islamischen Autoritäten schmiedete und sich einem pluralistischen und säkularen System unterwerfen sollte. Falls politische Zugeständnisse an den Staat gemacht würden, würde die Obligation der Hizbollah, einen *jihad* gegen die israelische Besatzung zu führen, hinter politisches Abwägen und Manövrieren zurückfallen. Der Generalsekretär beabsichtigte, die islamische Position und die Ziele der Hizbollah aus der Bürgerkriegszeit weiterhin offen deklarierte. In der moderateren Fraktion hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass bestimmte Positionen und Einstellungen adoptiert werden mussten, um die Widerstandsaktivitäten gegen die israelische Besatzung weiter garantieren zu können. Sie erkannte, dass eine ideologische Rigidität die für die Fortsetzung der Widerstandskampagne benötigte Legitimität in der nationalen Regierung, in der Bevölkerung und durch Syrien verhindern würde. Es musste also ein Weg gefunden werden, in dem die Fortführung eines *jihad* weiter möglich sein sollte, ohne die anderen islamischen Imperative aufs Spiel zu setzen.

Aus islamischer Perspektive ist ein rationaler Ausgleich möglich und es lassen sich aus der Geschichte der Schia mehrere Beispiele anfügen, in der es zu einer Kooperation zwischen Klerikern und einer staatlichen Autorität kam<sup>146</sup>. Außerdem erweist sich auch das Konzept des *jihad* als ein flexibles und ist einer ständigen Reinterpretation unterworfen, von denen bestimmte Lesarten die Einwilligung zu der politischen Nachkriegsordnung des Libanon rechtfertigen lassen. Diese Zwänge und Erfahrungen aus der Vergangenheit dienten als akzeptable Rechtfertigung des Standpunktes, welche die „moderate“ Fraktion gegenüber den libanesischen Autoritäten einnehmen wollte. Die Einsicht entspringt wahrscheinlich letztendlich der Tatsache, dass die moderatere Fraktion der Hizbollah, welche ihre Vormachtstellung erst innerhalb der eigenen konfessionellen Gemeinschaft der Schiiten unter Beweis zu stellen hatte, nur eine geringe Chance sah, eine solch dominante Stellung innerhalb der multi-konfessionellen libanesischen Gesellschaft zu erreichen, um die alten Ziele der Etablierung der Islamischen Republik verwirklichen zu können<sup>147</sup>. Generalsekretär Tufayli wurde durch Sheikh Abbas al-Musawi, dem ehemaligen Führer des *Islamischen*

---

Juristen besitzt, hatte sich in der Vergangenheit gegen die Implementierung eines islamischen Regimes im Libanon gewandt aufgrund der dort vorherrschenden demographischen Situation. Er sprach sich für religiöse Koexistenz aus und eines Stellens der ethischen Prinzipien der Religion auf eine Praxis des täglichen Lebens. Rosiny (2001), (2004) und Aziz (2001).

<sup>146</sup> In der frühen schiitischen Geschichte die Tatsache etabliert wurde, dass jeder fromme Muslim sich gegen eine nominale muslimische Autorität wenden musste, welche als korrupt gelte. Aber die Wendung gegen diese galt nur unter der Voraussetzung, dass man mit der Einnahme der oppositionellen Haltung nicht das eigene Leben auf das Spiel setzte. vgl. Sachadena (1994), S. 23-24 und Halm (1994), S. 102 ff

<sup>147</sup> Bis in die Gegenwart antwortet die Parteiführung auf Fragen, ob die Errichtung eines Islamischen Staates weiterhin ein Ziel darstellt, recht vage und verweist darauf, dass die gegenwärtigen Bedingungen die Bildung einer Islamischen Republik nicht zuließen, anstatt sich endgültig von dieser Doktrin zu distanzieren. Zur Strategie der Zweideutigkeit siehe Kapitel 3.

*Widerstands*, im Amt ersetzt, um den Abschied von den ehemaligen Zielen auch personell zu verankern und eine neue Ära der Hizbollah einzuleiten<sup>148</sup>. Mit dem Antritt Hassan Nasrallahs als Generalsekretär im Februar 1992, der bis zur Gegenwart noch dieses Mandat innehat, hatte sich die Fraktion mit der moderaten Agenda durchgesetzt. Angesichts der dargestellten hohen Legitimität der Führungsebene unter den Anhängern und der streng hierarchischen Struktur der Bewegung, auf die in Kapitel 4.1 noch einmal deutlicher eingegangen wird, konnte die Führung auf ein weit reichendes Verstehen ihrer Entscheidung bei der Gefolgschaft setzen, sich eine Selbstbeschränkung aufzuerlegen und mit den syrischen und libanesischen Autoritäten zu kooperieren. Für die Anhänger, welche die neue Richtung der Organisation bezweifelten, galt es abzuwarten und die Stärke der islamischen Beteuerungen ihrer Führer gegenüber ihren Aktionen abzuwägen. Die öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, das Netzwerk der Moscheen und *husseiniyyas* und die finanziellen Zuwendungen durch die zahlreichen Stiftungen an Bedürftige haben sicherlich dazu beigetragen, Zweifler an der Basis von dem neuen Kurs der Führung zu überzeugen und einer Gegenreaktion entgegenzuwirken<sup>149</sup>. Harik hält folgende Faktoren für die entscheidenden, welche die Anhänger, in dem Duktus der Hizbollah die „wahren Gläubigen“, dazu veranlasste, der Hizbollah bei der Transformation weiterhin zu vertrauen: (1) das Verlangen, tief verbunden zu sein mit dem Führen eines Heiligen Kriegs gegen Israel, (2) der Respekt vor den Klerikern in der Führung mit unanfechtbarer Legitimität, welche den Kampf anführten und (3) die Realisierung, dass die geopolitischen Faktoren, welche sich mit dem Ende des Bürgerkriegs einstellten, eine solche Möglichkeit für den Islam bot, die einfach zu außerordentlich war, um diese von sich zu weisen<sup>150</sup>. Es scheint, dass das Kriterium der Weiterführung des bewaffneten Kampfes gegen die israelische Besatzung ein wichtigeres darstellen sollte als die Zusammenarbeit mit dem von den Zweiflern als „ketzerisch“ betrachtete libanesischen Regime.

Nach der Darstellung des Umgangs der Führungsebene mit dem internen Legitimationsdilemma wird sich im Folgenden die Analyse ihrem Umgang mit dem Transformationsdilemma II widmen, d.h. der Wirkung der Transformation nach außen. Hierbei muss der ehemalige Gewaltakteur dem Misstrauen anderer politischer und gesellschaftlicher Kräfte wie der Bevölkerung Vorschub leisten, dass es sich bei der

---

<sup>148</sup> Nach Harik (2004), S. 59 gewann Hassan Nasrallah zwar die organisationsinterne Wahl zum Amt des Generalsekretärs nach der Absetzung Tufaylis, aber er ließ Musawi als ehemaligem Führer des Islamischen Widerstands aus Respekt vor der Tufayli-Fraktion das Amt. Der zweite Generalsekretär Musawi fiel im Februar 1992 einem Angriffs Israels zum Opfer und Hassan Nasrallah wurde noch am selben Tag zu seinem Nachfolger bestimmt.

<sup>149</sup> Die Aufrechterhaltung des Widerstands konnte nicht die einzige Position sein, durch welche die Hizbollah versuchte, ihre politische Beteiligung zu legitimieren, denn würde sie sich darauf beschränken, so wäre ihre Existenz mit einem israelischen Abzug obsolet. Die Hizbollah konnte dieses Szenario nur umgehen, indem sie sich für die Zeit nach dem Rückzug wappnete. Das bestehende Netzwerk der sozialen Dienste dürfte diese Rolle vereinfacht haben. Chartouni-Dubarry (1996), S.60 ff.

<sup>150</sup> Harik (2004), S. 62

Transformation nicht nur um einen taktischen und opportunistischen Wandel der Strategie handelt, sondern dass eine tatsächliche Loslösung von der Gewaltstrategie wie auch eine Ausweitung oder Transformation der Ziele angestrebt wird, was sich vor dem Hintergrund eines über 15 Jahre geführten Bürgerkriegs als durchaus schwierig herausstellen kann. Wie schon erwähnt, muss dabei das Agieren des Gewaltakteurs während des Bürgerkriegs als wichtiger, wenn nicht sogar als entscheidender Faktor in die Analyse der Herstellung des externen Vertrauens miteinbezogen werden.

### **2.3.2. Signal der Entradikalisierung und politischen Anpassung: Die Teilnahme an den Parlamentswahlen von 1992**

Die Führungsebene der Hizbollah hatte schon während des Bürgerkriegs erkannt, dass ihr Image als aggressive, fanatisch religiöse Bewegung innerhalb der politischen Arena ihren Zielen nicht förderlich sein konnte, auch wenn in der Zeit des Bürgerkriegs anomische Zustände herrschten.<sup>151</sup> Man war sich anscheinend bewusst, dass die Bevölkerung dieses Erscheinungsbild für längere Zeit in ihren Köpfen tragen würde. Es war deshalb eine Strategie vonnöten, um die gesellschaftliche Öffentlichkeit zu überzeugen, dass man von der Zerstörung der libanesischen Version der Demokratie und seiner Deplatzierung durch eine islamische Republik abgerückt war und dieses Ziel nicht mehr prioritär verfolgte. Vor allem der christliche Anteil der libanesischen Bevölkerung, aber auch säkulare Schiiten misstrauten der Partei und hätte die Führung sich nicht als fähig bewiesen, diese negativen Einstellungen ihr gegenüber zu wahrzunehmen und auch zu modifizieren, so wäre eine vollständige Integration in die politische Ordnung, wie auch die 1990 getroffene Entscheidung der Partei, Kandidaten bei den Parlamentswahlen 1992 aufzustellen, nicht möglich gewesen. Es galt sich demnach insbesondere den Mitgliedern der christlichen Konfession und anderen gesellschaftlichen Gruppen zu nähern, um Vertrauen zu gewinnen und die im „Staats-Widerstands-Deal“ mit der Regierung ausgehandelte Rolle der Hizbollah als „Waffe des Widerstands“ gesellschaftlich zu legitimieren.

Nach der Entscheidung der Teilnahme an den Parlamentswahlen 1992<sup>152</sup> begannen die Anhängerschaft und die Unterorganisationen der Hizbollah christliche Unterstützung für die Widerstandsrolle der Partei Gottes zu ermutigen.<sup>153</sup> Die christlichen libanesischen Gruppen schienen die Zuschreibung der Widerstandsrolle nicht von Grund auf abzulehnen, denn trotz des Bewusstseins ihrer partiellen Machteinbußen im konfessionellen Gleichgewicht der

---

<sup>151</sup> Hier sind vor allem die Selbstmordattacker, im Duktus der Partei „Märtyreraktionen“, welche in den 80er Jahren gegen amerikanische Einrichtungen vorgenommen wurden, gemeint, die zwar bei weiten Teilen der libanesischen Muslime angesichts der vermuteten Involvierung der amerikanischen Truppen in die Massaker in den Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila als gerechtfertigt angesehen wurden, aber zu dem Image der Hizbollah als fundamentalistisch-radikaler Organisation beitrugen.

<sup>152</sup> Hizbollah wurde am 28.01.1991 offiziell als Partei zugelassen.

<sup>153</sup> Der Zeitpunkt der Entscheidung lässt sich nicht genau datieren und es finden sich dazu keine Angaben in der Literatur.

Nachkriegsordnung und der Verdächtigungen gegen die islamischen Pläne der Hizbollah für den Libanon schien sich zu Beginn der 90er Jahre der Konsens zu bestehen, dass die von der Hizbollah unternommene Widerstandskampagne in Anbetracht der hohen Verluste, welche sie den israelischen Truppen und der SLA zufügen konnte, erfolgreich verlief und weitergeführt werden sollte, auch angesichts des Fehlens einer alternativen Kraft, welche die israelische Armee zu einem Rückzug hätte bewegen können.<sup>154</sup> Auch die Teile der Bevölkerung, und hier vor allem der christliche Teil, welche der syrischen militärischen Präsenz und der durch den Ta'if-Prozess etablierten Dominanz kritisch gegenüberstand, waren der Meinung, dass vor einem Rückzug der Syrer sich die israelische Armee aus dem nationalen Territorium zurückziehen habe, und unter den gegenwärtigen Umständen die Widerstandsaktivitäten der Hizbollah toleriert werden müssten. Daraus lässt sich ersehen, dass die Herausforderung des Gewinnens der Bevölkerung für die Widerstandsrolle, trotz der offensichtlichen Unterstützung der Partei durch die externen Kräfte Iran und Syrien, sich nicht als eine allzu schwere herausstellte, da die Besatzung konfessionsübergreifend als „nationale Schande“ angesehen wurde und ein Einspruch gegen die Widerstandsaktivitäten als mangelnder Patriotismus hätte interpretiert werden können.<sup>155</sup>

Als weiteres Element der Politik der Öffnung (*al-intifah*) wurden informelle und formelle Diskussionsforen mit prominenten Persönlichkeiten und Bürgern anderer Konfessionen geschaffen, Verbindungen mit verschiedenen sozialen, ökonomischen und politischen Organisationen<sup>156</sup> etabliert und protokollarische Treffen mit Führungen anderer Parteien abgehalten.<sup>157</sup> Jenseits des elitären Ansatzes begann die Hizbollah 1990 eine Reihe von Veranstaltungen zu organisieren, welche ein Kennenlernen der Organisation ermöglichte,

---

<sup>154</sup> Die Annahme, - falls der israelischen Besatzung kein Widerstand geleistet würde, Israel wenig Anreize sehe, den Libanon zu verlassen -, wurde von der Mehrheit der libanesischen Bevölkerung geteilt, die es auch als unwahrscheinlich ansah, dass eine Unterlassung der Widerstandsaktivitäten einen Rückzug nach sich gezogen hätte. Norton (1988), S. 151. Seit den israelischen Invasionen 1978 und 1982 und der damit verbundenen libanesischen Opfern herrschte eine generelle Antipathie in der Bevölkerung gegenüber Israel. Als weiterer Grund für die Unterstützung des Widerstands der Hizbollah erwies sich die Tatsache, dass die libanesischen Armee, die sich im Zustand der Rekonstruktion befand, nicht genügend militärisches Potential besaß, um Israel zum militärischen Rückzug aus der „Sicherheitszone“ zu bewegen. Die syrische Armee konnte nicht direkt gegen Israel agieren, da Damaskus das Risiko nicht eingehen konnte, einen zwischenstaatlichen Krieg vom Zaun zu brechen, in dem es aufgrund der israelischen militärischen Überlegenheit vernichtend geschlagen worden wäre. Außerdem wäre Syrien auf internationaler Ebene dafür verantwortlich gemacht worden, einen regionalen Großbrand ausgelöst zu haben, für eine Sache, mit der Syrien theoretisch nichts zu tun hatte. Als zusätzliche Motive lassen sich die in der Bevölkerung beheimateten Verdächtigungen gegenüber israelischen wirtschaftlichen Motiven anführen, denn seit Beginn der Besatzung wurden Wasserreserven nach Israel gepumpt, wie auch die weit reichende Sympathie für das Schicksal der Südlibanesen, die in der „Sicherheitszone“ eingeschlossen waren und Schikanierungen durch die SLA und die israelische Armee zu ertragen hatten. vgl. Harik (2004), S. 48-49

<sup>155</sup> Es lässt sich somit sagen, dass die Hizbollah ihre „Weihe“ als nationale Bewegung durch den Kampf gegen den äußeren Feind erhalten hat. Gerges (2002), S. 25

<sup>156</sup> Nach den beiden militärischen Initiativen Israels 1993 und 1996, deren Implikation für die Hizbollah in Kapitel 5.1.2 thematisiert werden, wurden Treffen mit Klerikern anderer Konfessionen, wie z.B. dem maronitischen Patriarch Kardinal Nasrallah Butros Sfeir und den maronitischen Brüdern intensiviert, um ihre gegenseitigen Positionen darzulegen mit dem Ziel, eine vereinte Front im Widerstand gegen den externen Feind zu bilden.

<sup>157</sup> Bereits 1990 kam es, allerdings erfolglos, zu Gesprächen über eine Beteiligung der Hizbollah an der „Regierung der nationalen Versöhnung“. Außerdem fanden Gespräche zwischen Hizbollah-Delegationen und der christlichen Kataib-Partei sowie einzelnen Ressortministern und dem Ministerpräsidenten statt. Perthes (1994), S. 127

und die Jugendorganisation, im studentischen Milieu beheimatet, wurde aktiviert, Verbindungen mit Jugend-Organisationen anderer Konfessionen zu schließen. Diese Anstrengungen, interkonfessionelle Bindungen zu allen Sektoren der gesamten libanesischen Gesellschaft aufzubauen, machen besonders vor dem Hintergrund des libanesischen Wahlsystems, was im Folgenden noch detailliert dargestellt wird, Sinn. Es soll aber soviel schon vorweggenommen werden, dass die Politik der Öffnung sich nicht als nur ein Mittel darstellte, andere Gruppen mit den parteieigenen Zielen vertraut zu machen und Unterstützung für den Widerstand zu sichern, sondern ist eine essentielle Bedingung, um am libanesischen politischen Spiel erfolgreich teilzuhaben. Die Voraussetzungen der Teilnahme der Hizbollah an den Parlamentswahlen und ein relativer Erfolg schienen sich insgesamt betrachtet als günstig darzustellen, was durch die Ergebnisse durchaus bestätigt wurde.<sup>158</sup>

Die innerlibanesischen Auseinandersetzungen um die Abhaltung der Parlamentswahlen ungefähr zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Ta'if-Abkommens sollten sich als ein Spiegelbild der mit Ausgang des Bürgerkriegs konstituierten Konfliktlinien darstellen. Auf die Anfang 1992 erklärte Absicht der Übergangsregierung, im Sommer des Jahres 1992 Wahlen durchzuführen, formierte sich eine Opposition gegen die Wahlen, in deren Zentrum die Vertreter der ehemaligen christlichen Miliz *Forces Libanaises* und des politischen Maronismus standen. Sie verlangten ursprünglich, die Wahlen mindestens so lange zurückzustellen, bis die syrischen Truppen gemäß dem Ta'if-Abkommen in die Bekaa-Ebene zurückgezogen worden seien.<sup>159</sup> Da die Regierung auf diese Forderungen nicht einzugehen bereit war, rief die Opposition zum Boykott auf. Im Übrigen sollten nach dem Zeitplan der Regierung die Wahlen vor dem 21. September 1992 stattgefunden haben, jenem Termin, zu dem nach der gängigen Interpretation des Ta'if-Abkommens die syrischen Truppen in die Bekaa-Ebene zurückgezogen seien, was bedeutet hätte, dass die Wahlen in Beirut und Umgebung nicht unter dem Schutz oder der Aufsicht der syrischen Armee stattfinden würden. Das von der Regierung vorgeschlagene Wahlgesetz, welches festlegte, an drei aufeinander folgenden Sonntagen im August und September 1992 Wahlen abzuhalten, passierte im Juli 1992 mit Gegenstimmen das Parlament.

Die Ankündigung der beabsichtigten Teilnahme der Hizbollah an den Parlamentswahlen kam für viele Libanesen überraschend. Der sich aus der Parteidoktrin der Errichtung einer Islamischen Republik im Libanon, - welche, wie immer betont, nicht gewaltsam durchgesetzt

---

<sup>158</sup> In einer Umfrage einer lokalen libanesischen Zeitung 1992 nach den Chancen der Hizbollah kurz vor den Wahlen, als die geplante Wahlbeteiligung der Partei große Aufmerksamkeit in den nationalen und internationalen Medien erreichte, legten die Ergebnisse zutage, dass 62 % junger Christen und Muslime aus dem gesamten Libanon für einen Kandidaten des Widerstands zu stimmen beabsichtigten. Harik nahm deshalb an: „... we believed it logical to interpret the results of the question as a public acknowledgement of the Party of God's contribution to the Lebanese „cause“ – reclamation of the national territory.“ Harik (2004), S. 50. Siehe auch Perthes (1994), S. 125

<sup>159</sup> Weitere Forderungen des Katalogs waren die Rückkehr aller Vertriebenen und interner Flüchtlinge, die Einsammlung aller Waffen nationaler und externer bewaffneter Organisationen.

werden sollte und damit gewissermaßen faktisch aufgegeben und ad infinitum zurückgestellt wurde<sup>160</sup> -, und der Aufgabe des Boykotts gegenüber dem libanesischen System erwachsende Ideologiespagat konnte durch die Beabsichtigung der Teilnahme an den Wahlen zwar nicht überwunden werden, aber entsprach der damaligen Tendenz der Hizbollah, den Staat zu akzeptieren und sich als wichtiger und von den anderen politischen Mitspielern akzeptierter Mitspieler auf der politischen Bühne zu etablieren.<sup>161</sup> Dennoch war es überraschend, dass die Hizbollah schon an diesen Wahlen teilnahm, die entgegen eines ihrer wichtigsten programmatischen Ziele auf konfessioneller Grundlage durchgeführt werden sollten. Die Partei aber bemühte sich klarzustellen, dass die Teilnahme kein taktischer Schachzug war, sondern dass sie vielmehr die parlamentarischen Spielregeln akzeptiert habe und sich in dem zukünftigen Parlament als legitime oppositionelle, aber konstruktive Kraft sehe.

Gemäß den Bestimmungen des Ta'if-Abkommens sollte das Parlament paritätisch aus christlichen und muslimischen Abgeordneten zusammengesetzt werden, wobei die Mandate innerhalb der beiden Religionsgruppen proportional auf die einzelnen Konfessionen zu verteilen seien. Die fünf libanesischen Provinzen (*muhafazat*) des Libanon (Beirut, Nordlibanon, Bekaa, Mount Lebanon, Süden) sollten je einen Wahlkreis bilden. Es galt mit dem Wahlgesetz demnach eine Formel für die konfessionelle und regionale Verteilung der Mandate zu finden, welche den demographischen Strukturen, Minderheitenrechte und politischen Interessen Rechnung trug. In dem verabschiedeten Wahlgesetz wurde sich entgegen den Vereinbarungen von Ta'if auf eine Ausweitung der Mandate von 128 geeinigt, womit den Machtinteressen der neuen politischen Eliten, den Milizenführern wie den syrientreuen Kandidaten, Rechnung getragen wurde.<sup>162</sup> Noch größere Bedeutung als die Zahl der Mandate war deren Aufteilung auf die Wahlkreise,<sup>163</sup> denn das libanesisches konfessionelle Wahlsystem stellt sich als recht kompliziert heraus<sup>164</sup> und lässt weiten

---

<sup>160</sup> Letztlich lässt sich annehmen, dass die Hizbollah die Etablierung eines islamischen Staates im Libanon von dem Sieg Irans im 1. Golfkrieg abhängig gemacht und die Überwerfung des irakischen Ba'ath-Regimes als notwendige Voraussetzung angesehen hatte. Nach der Implementierung der UN-Resolution 598 war Hizbollah gezwungen, seine politische Strategie zu ändern. Der Sieg Irans hätte zwar die Implementierung eines solchen Staates begünstigt, aber keine hinreichende Bedingung dargestellt.

<sup>161</sup> Der gegenwärtige Vize-Generalsekretär, Naim Kassim, begründet die Entscheidung zur Wahlteilnahme folgendermaßen: „We entered the parliament in order to make ourselves heard from within.“ Gerges (2002), S. 25

<sup>162</sup> Die Ausweitung der Parlamentssitze um 29 entspricht einem prozentualen Wert von 18,5% und stellt eine Brechung der Vereinbarungen des Ta'if-Abkommen dar, in denen eine Ausweitung von neun Sitzen vorgeschlagen wurde, um auf die christlich-muslimische Parität zu kommen. Während der Ta'if-Verhandlungen war die nun im Wahlgesetz verabschiedete Ausweitung von den libanesischen Parlamentariern zurückgewiesen worden. el-Khazen (2003), S. 65.

<sup>163</sup> Die Anzahl der auf die verschiedenen Wahlkreise entfallenden Sitze sowie das Verhältnis der Mandate zu Wählerstimmen sind hochgradig ungleich. Khazen (2003), S. 66.

<sup>164</sup> Die Folge dieses Wahlsystems ist, dass Kandidaten in relativ monokonfessionellen Wahlkreisen ein eher konfessionalistisch geprägtes Wahlprogramm vorlegen, während sich in multikonfessionellen Wahlkreisen die Kandidaten integrativer präsentieren müssen, um eine Chance zu haben, gewählt zu werden. Perthes (1994), S. 62 ff. und Hanf (1990), S. 113

Spielraum für Manipulationen.<sup>165</sup> Eine Vergrößerung der Wahlkreise hätte die Möglichkeit politischer Bündnisse und Listen vergrößert und an die Stelle der wahlorientierten Listen von Einzelkandidaten, die sich gegenseitig die Stimme ihrer Klientel zusichern, treten lassen. Es lässt sich damit sagen, dass das konfessionalistische Wahlsystem konfessionelle Bindungen und Bindungen an lokale Bosse verstärkt, zumal das Wahlrecht vorsieht, dass die Wähler in ihren Geburtsorten wählen. In dem verabschiedeten Wahlgesetz wurden aber in den Provinzen Bekaa und Mount Lebanon die Wahlbezirke auf die Bezirksebene herabgesetzt, womit direkt gegen die Vereinbarungen des Ta'if-Abkommens verstoßen wurde, und der Vorwurf der Wahlmanipulation schon vor der Wahl geäußert wurde, was das Wahlgesetz zum Politikum machte.<sup>166</sup>

Mit dem Näherrücken der Wahltermine wuchs der Widerstand gegen die Wahlen und eine zunehmende Zahl von Kandidaten, vor allem aus dem christlichen Lager, aber auch eine Zahl prominenter Muslime, zog ihre Kandidatur zurück. Als nach den Ergebnissen der ersten Wahlrunde in den Wahlkreisen des Nordens und in der Bekaa technische Probleme zutage traten, wie auch die Hizbollah und sunnitische Islamisten überraschend gute Ergebnisse erzielten, weitete sich der Kreis des Boykotts aus. In einigen Bezirken kam es damit fast zu überhaupt keinem Wahlkampf. In Kisrwan musste die Wahl verschoben werden, da bis zum angesetzten Termin alle Kandidaten ihre Kandidatur zurückgezogen hatten<sup>167</sup>. Letztendlich blieb der christliche Teil der Bevölkerung von den Urnen fern. Im Gegensatz dazu fand in den muslimischen Gebieten ein lebhafter Wahlkampf statt, denn in den Bezirken Baalbek-Hermel in der Bekaa und Beirut kandidierten jeweils etwa 95 Kandidaten für 10 bzw. 19 Sitze und im Süden bemühten sich 142 Kandidaten um 23 Mandate. Die meisten Kandidaten bemühten sich bis zum Wahltag um die Bildung von wahltaktischen, selten politischen Bündnissen, einer Erscheinung, die sich als typisch für elektoralen Prozess in der Nachkriegsordnung herausstellen wird. Diese Listen, die nicht vollständig waren, d.h. weniger Kandidaten enthielten, als für den Wahlkreis Mandate zur Verfügung stehen, entsprangen wahltaktischer Natur und in der Regel bemühten sich die Listenführer, konfessionell gemischte Listen aufzustellen, um sich als integrativ darzustellen. Sie entwickelten auch keine politischen Programme, was für die Hizbollah aber nicht zutraf, die zwar mit der Amal, der SSNP- und Baath-Partei-Vertreter sowie weiterer lokaler Notabeln im

---

<sup>165</sup> Grundsätzlich hat jeder und jede Wahlberechtigte so viele Stimmen, wie Mandate auf seinen Stimmkreis entfallen, was bedeutet, dass jeder Wähler, gleich welcher Konfession, so viele Stimmen für maronitische, sunnitische, schiitische und andere Kandidaten abgibt, wie es maronitische, sunnitische, schiitische und so weiter Sitze für seinen Wahlkreis gibt. Beispielsweise hat im Wahlkreis Beirut hat damit jeder Wähler 19 Stimmen und so entscheiden Mitglieder anderer Konfessionen mit über den Einzug der konfessionsfremder Mandatsträger ins Parlament, was unmittelbar zur Folge haben kann, dass ein Kandidat zwar die Mehrheit der Stimmen der eigenen Konfessionsmitglieder auf sich vereinigen kann, aber dennoch verliert, weil ein anderer Kandidat seiner Konfession insgesamt mehr Stimmen erhält.

<sup>166</sup> vgl. Perthes (1994), S. 63

<sup>167</sup> „Die Wahlen, oder richtiger: die Auseinandersetzung um die Wahlen, wurde zu einer Kraftprobe zwischen der Übergangsregierung, den Alliierten Syriens und im Hintergrund Syrien selbst einerseits und der Opposition.“ Perthes (1994), S. 64

Südlibanon die von Nahib Berri angeführte, ebenso wahltaktischer Natur entspringende „Befreiungsliste“ bildete, aber ein allgemeines Wahlprogramm veröffentlichte, welches die Überwindung der Wirtschaftskrise, den Wiederaufbau, die Befreiung des Südens und die Bekämpfung der Korruption thematisierte.<sup>168</sup>

Die Listen blieben auf die Ebene der einzelnen Wahlkreise beschränkt und landesweite Listen oder politische Plattformen gab es nicht, was den Interessen Syriens, das im Libanon mit dem spöttisch gemeinten Begriff *grand électeur* (großer Wähler) bezeichnet wird, entgegenkam. Die Aufstellung der Hizbollah-Kandidaten auf der von dem Amal-Vorsitzenden Nahib Berri angeführten „Befreiungsliste“ im Südlibanon muss angesichts der noch bis 1990 zwischen den beiden Organisationen ausgetragenen Gewalttätigkeiten um die politische Vorherrschaft der schiitischen Konfession absonderlich anmuten, erklärt sich aber durch das syrische „Eingreifen“ im Vorfeld der Wahlen. Für die Anhänger der Hizbollah muss dieses von Syrien ausgehandelte Wahlbündnis Zweifel an der Führung geschürt haben, aber die Autorin Saad-Ghorayeb führt zwei Gründe dafür an, wie trotz des Verlustes der politischen Integrität die ideologische Integrität weitestgehend unbeschadet aus dem Handel hervorgehen konnte: erstens hätte die Anhängerschaft, auch wenn sie die „eiserne Umarmung“ Syriens ablehnte, realisiert, dass die Parteiführung sich den syrischen Spielregeln habe unterwerfen müssen, um das Überleben der Bewegung zu sichern, und zweitens sei das Ergebnis der Beteiligung von der Anhängerschaft nicht als Kooptierung durch den Staat wahrgenommen worden, sondern als das Produkt einer objektiven Beurteilung der Hizbollah von Kosten und Nutzen, die mit einer Partizipation und einer Abstinenz verbunden gewesen wären, was die Entscheidung nicht zu einem Verrat an islamischen Prinzipien gemacht habe.

Damaskus betonte zwar wiederholt, dass die Entscheidung, Wahlen zu diesem Termin abzuhalten eine rein libanesische Angelegenheit sei, aber es wurde kein Zweifel daran gelassen, dass Syrien die Wahl vor dem im Ta'if-Abkommen angegebenen Zeitpunkt des Rückzugs der syrischen Truppen in die Bekaa-Ebene wollte. Das syrische Regime musste davon ausgehen, dass, solange die eigenen Truppen noch in den strategisch wichtigen libanesischen Landesteilen und in Beirut präsent waren, das Parlament ein Syrien freundlicher gesinntes sein würde als in Abwesenheit der Militärpräsenz. Außerdem würden sich bei vorhandener militärischer Präsenz Syrien-kritische Kandidaten nicht zur Wahl stellen, solange die syrischen Truppen für die Sicherheit im Lande sorgten.<sup>169</sup> Damaskus

<sup>168</sup> Leider ist es dem Autor bei seiner Recherche nicht gelungen, dem Wahlprogramm der Hizbollah zu den Parlamentswahlen 1992 habhaft zu werden. Die Angaben sind Perthes (1993), S. 65 entnommen.

<sup>169</sup> Die Verschiebung der Wahlen bis zum Abzug, bzw. Reloizierung der syrischen Truppen wäre außerdem von wichtiger symbolischer Bedeutung gewesen, denn es hätte ein Zusammenhang zwischen Freiheit der Wahlen und syrischer Präsenz hergestellt werden können. Außerdem war Syrien auf der internationalen Bühne sehr daran interessiert, dass eine syrische Regierung relativ freie Wahlen tolerieren und syrisches Militär die Durchführung solcher Wahlen sicherstellen konnte, wenn auch nicht im eigenen Land.

wünschte auch keinen all zu großen Erfolg der Hizbollah, einerseits wegen der engen Beziehungen zu dem Alliierten und schiitischen Konkurrenten Amal, andererseits um nicht einen Akteur einer konfessionellen Gruppe zu mächtig werden zu lassen, der das konfessionelle Gleichgewicht verschieben könnte. Deshalb dürfte Druck auf die Hizbollah-Führung ausgeübt worden sein, eine Listenallianz mit der Amal im Südlibanon einzugehen, sowie in der Parteihochburg Baalbek in der Bekaa-Ebene nur vier Kandidaten für sechs schiitische Sitze aufzustellen, obwohl mit ziemlicher Sicherheit davon auszugehen ist, dass sechs Hizbollah-Kandidaten genügend Stimmen auf sich hätten vereinigen können, um dort alle sechs schiitischen Sitze zu gewinnen.

Die Kandidaten der Hizbollah errangen insgesamt 8 Mandate, die sich folgendermaßen auf die einzelnen Bezirke aufteilten<sup>170</sup>: vier Kandidaten im Bezirk Baalbek-Hermel<sup>171</sup>, zwei Kandidaten auf der gemeinsamen „Befreiungsliste“ im Südlibanon und je ein Kandidat in Beirut und Baabda, zu dem Beiruts mehrheitlich von Schiiten bewohnte Vororte gehören. Sie wurden zur stärksten fraktionell organisierten Kraft im libanesischen Parlament. Perthes führt vier Ursachen an, welche den - relativen - Erfolg der islamistischen Bewegung erklären<sup>172</sup>: (1) ein allgemeiner religiös-konservativer Trend, der nicht nur im Libanon, sondern in der gesamten Region deutlich zutage trete und als Reaktion auf das politische und ökonomische Versagen der mehr oder weniger säkularen, nationalen Regime zu verstehen sei, sowie die Neigung, nach dem langen libanesischen Bürgerkrieg, in der Religion, Familie und der konfessionellen Gemeinschaft Sicherheit zu suchen; (2) die straffe Organisation der „Wahlmaschine“ der Hizbollah, die wie keine andere politische Bewegung im Libanon auf den Wahlkampf eingestellt war und die Anhängerschaft mobilisierte, und die ihr hinreichend zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel; (3) die durch die Widerstandsaktivitäten unbestreitbar erreichte Legitimität als konsequenteste Gruppe der Résistance gegen die israelische Besatzung, welche der Hizbollah über die eigene konfessionelle Basis hinaus Respekt durch die persönliche Integrität ihrer Führung eingebracht hatte; (4) das umfassende Netzwerk der Dienstleistungen im sozialen Bereich. Die Hizbollah konnte damit das über lange Jahre in ihren Hochburgen erarbeitete Ansehen in Stimmen umsetzen und sich somit an die Stelle der schiitischen traditionellen *zuama* (Notabeln), welche ihre Gefolgschaft durch materielle Leistungen, Dienste und Zuwendungen an sich binden und im Gegenzug auf die politische Loyalität ihrer Klientel bauen konnten, umsetzen. Als zusätzliche

<sup>170</sup> Die Einzelergebnisse der Parlamentswahlen von 1992 finden sich in Bahout (1993).

<sup>171</sup> In diesem Bezirk brachte die Hizbollah ihre gesamte achtköpfige Liste durch, auf der neben vier Schiiten auch zwei Sunniten und je ein Maronit und ein griechisch-orthodoxer Christ kandidierten. Die nicht-schiitischen Kandidaten hatten sich aus teils opportunistischen, teils aus inhaltlichen Gründen auf der Liste aufgestellt, bzw. von Hizbollah umworben, um zu unterstreichen, dass ihr Programm keinen konfessionalistischen, sondern einen politischen Charakter habe. „Die Wahlpropaganda der Hizbollah war nicht spezifisch islamistisch, und schon gar nicht konfessionalistisch; zum Thema gemacht wurden vielmehr vor allem der Widerstand gegen die israelische Besatzung und die Unzufriedenheit mit dem Regime.“ Perthes (1994), S. 74 Anm. 159

<sup>172</sup> vgl. Perthes (1994), S. 78 ff.

Ursache ließe noch das sich von den anderen Milizen unterscheidende Vorgehen der Hizbollah während des Bürgerkriegs hinzufügen.

In abschließender Betrachtung stellen sich der Wahlkampf und die Ergebnisse der ersten Parlamentswahlen der libanesischen Nachkriegsordnung folgendermaßen dar: Die Auseinandersetzung um den Wahltermin und das Wahlgesetz spielten sich entlang der Konfliktkonstellation ab, die sich zu Ausgang des Bürgerkriegs herausgebildet hatte. Die politisch weit gehend marginalisierten Kräfte, vor allem des maronitisch-christlichen Lagers, lehnten die mit dem Ta'if-Abkommen installierte Dominanz Syriens ab und versuchten ihren damit verbundenen Machtverlust durch Kompromisslosigkeit und Wahlboykott abzuwehren, indem sie diesen zu einer nationalen und demokratischen Pflicht erklärte.<sup>173</sup> Es lässt sich aber sagen, dass auch diese mit Ausgang der Wahl durch den Boykott entstandene außerparlamentarische Opposition des maronitischen Lagers keine hehren nationalen Ziele im Sinne einer nationalen Versöhnung verfolgte, sondern sie während des Wahlkampfs auf probate Muster des Bürgerkriegs zurückgriff und versuchte, die politische Auseinandersetzung zu konfessionalisieren. Trotz der relativ niedrigen Wahlbeteiligung,<sup>174</sup> einiger Ungereimtheiten bei der technischen Durchführung und des partiellen Wahlboykotts lassen sich die Wahlergebnisse dennoch als weit gehend repräsentativ werten, was vor allem für die muslimischen und gemischten Gebiete gilt. Die Ergebnisse bedeuteten in mancher Hinsicht eine Modernisierung der libanesischen politischen Szene, denn nur wenige ehemalige Parlamentarier der Vor- und Zwischenkriegszeit erreichten genügend Stimmen, um ins Nachkriegsparlament einzuziehen.<sup>175</sup> Milizführer, wie beispielsweise Nahib Berri, konnten ihre im Bürgerkrieg erworbene Stellung, auch durch die Ausweitung der Parlamentssitze, sichern<sup>176</sup>. Notabeln wurden durch politische Aufsteiger aus der Mittelschicht ersetzt und die islamistischen Kräfte, wie Hizbollah und *Jama'a al-Islamiyya*, erreichten relativ gute Ergebnisse. Dies gilt im Besonderen für die schiitische Gemeinschaft, unter der die höchste Wahlbeteiligungsrate zu verzeichnen war, und sich die Wahl, wie schon erwähnt, als eine wirkliche Wahl zwischen den traditionellen *zu'ama*, welche die schiitische Politik jahrzehntelang dominiert hatten, und einer neuen Gegenelite, die aus

<sup>173</sup> „Tatsächlich wurden die Wahlen weit gehend zu einem Instrument politischer Kriegsführung oder, mit anderen Worten, zu einer Fortsetzung des Bürgerkriegs mit andern Mitteln, in dem das Regierungslager, die Gewinner von Ta'if, dem harten Kern der maronitischen Opposition, seinen Verlierern, gegenüberstand.“ Perthes (1994), S. 71

<sup>174</sup> Die Wahlbeteiligung betrug insgesamt 30,34%, wobei sie zwischen den Wahlbezirken erheblich schwankte. Im christlichen Kerngebiet Jbeil lag sie bei nur 0,7%, in verschiedenen Bezirken der Bekaa bei über 40%.

<sup>175</sup> Nur 15 Parlamentarier von 1972 wurden wieder in das Parlament gewählt. Norton (1994), S. 62

<sup>176</sup> Der libanesischer Politikwissenschaftler Farid el-Khazen betrachtet die Inklusion der ehemaligen Milizenführer, die sich durch die Wahlen in die politische Ordnung integrieren konnten, aus demokratischer Perspektive als Transitionsproblem, unterschätzt aber dabei nach Meinung des Autors die politischen Dilemmata und Zielkonflikte bei Friedenskonsolidierungsprozessen, die sich zwischen der Rekonstruktion des staatlichen Gewaltmonopols und damit verbundenen Demokratiedefiziten ergeben: „The inclusion of militia leaders in the political process was another problematic aspect of the transition. This led to the institutionalisation of the war system in the postwar political order. Almost overnight militia leaders, whose entire career was linked to political violence and abuse of power during the war, turned now into peace-makers and were the custodians of the political process in post-conflict Lebanon. ... Nearly 24 percent of the numbers of first parliament elected after the war in 1992 represented parties involved in the war.“ el-Khazen (2003), S. 61

Gewaltakteuren der Bürgerkriegs hervorgegangen war, darstellte. Der Ausgang der Wahl markierte damit nicht nur eine Wasserscheide für die schiitische Gemeinschaft, deren Mitglieder ihre gewandelten politischen Ansichten zutage treten ließen, sondern lässt sich auch insgesamt als ein „Votum für Veränderung“<sup>177</sup> interpretieren.

#### **2.4. Zwischenfazit: Transformation oder Anpassung?**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in dem Zeitraum der drei Jahre vom Abschluss des Ta'if-Abkommens bis zum Ausgang der Parlamentswahlen 1992 die nicht zu unterschätzende sicherheitspolitische Herausforderung durch die Übergangsregierung, unter tatkräftiger Unterstützung Syriens, bestanden wurde, den Konflikt durch die Einziehung und Kontrolle der Waffen, die Demobilisierung der Kombattanten und eine Reform der Sicherheitskräfte und der Armee zu demilitarisieren. Das Gewaltmonopol des Staates und damit das Primat der Politik konnte nach dem 15 Jahre anhaltenden Bürgerkrieg wieder hergestellt werden, was es ermöglichte, eine politische Nachkriegsordnung entstehen zu lassen, die durch das Abhalten der Parlamentswahlen 1992 ihre Legitimation fand. Misst man den Erfolg des staatlichen Stabilisierungsprojektes, - was natürlich relativ ausfallen muss angesichts des kurzen Zeitraums seit dem Ende der Gewalttätigkeiten - , anhand der von Ferdowsi und Matthies benannten Schlüsselfaktoren zur Verstetigung eines Konsolidierungsprozesses<sup>178</sup>, so lässt sich sagen, dass im Ta'if-Prozess die Grundlagen gelegt wurden, um strukturelle Hemmnisse für einen Friedensprozess auf kurz- bis mittelfristige Sicht aus dem Weg zu räumen. Die Einbindung der Gewaltakteure des Bürgerkriegs in die politische Nachkriegsordnung stellte sich dabei als Erfolg heraus, und die Hizbollah nahm durch die Teilnahme an den Parlamentswahlen die Chance wahr, sich in das politische System zu integrieren. Die Aushandlung des Kompromisses, welches ihr ermöglichte, den Widerstand gegen die israelische Besatzung fortzusetzen und damit ihre Identität als Widerstandsbewegung bewahren zu können, dürfte ein wichtiger Faktor bei der Überzeugung ihrer Anhängerschaft gewesen sein, dass eine Annäherung an den Staat und eine Mitarbeit in seinen Institutionen ihr Vorteile verschaffen würde im Hinblick auf die Legitimation ihrer Widerstandsrolle in der libanesischen Gesellschaft und der Politik. Als erleichternde Faktoren erwiesen sich dabei auf organisationsinterner Ebene die hohe Legitimität, welche die Führungsebene der Bewegung in ihrer Anhängerschaft genießt, sowie ein Strategiewandel ihres ideologischen und finanziellen „Mentors“ Iran, der mit dem Ende des libanesischen Bürgerkriegs koinzidierte und eine moderatere Politik und einen damit verbundenen Wechsel in der Führung begünstigte. Die Einstellung der libanesischen Bevölkerung gegenüber der israelischen Besatzung, die konfessionsübergreifend wie auch in allen politischen Lager abgelehnt wurde, und die Auffassung, dass Hizbollah als einziger

---

<sup>177</sup> Perthes (1994), S. 73

<sup>178</sup> Ferdowsi/Matthies (2003) a, S. 326 ff.

libanesischer Akteur befähigt sei, Israel Widerstand zu leisten, um das nationale Territorium von der Besatzung zu befreien, trug einen nicht zu unterschätzenden Anteil dazu bei, die Hizbollah als politischen Akteur in der Gesellschaft zu legitimieren und ihr die nationale „Weihe“ zu verleihen. Ebenso dürften die schnellen Hilfeleistungen, die der Bevölkerung im Südlibanon nach israelischen Angriffen bereitgestellt wurden, sowie die mit dem Prozess der Öffnung verbundenen Kontaktaufnahmen in der Zivilgesellschaft ihr einen weiteren Schub in Richtung Legitimität verschafft haben. Durch die Akzeptanz der politischen Regeln und der staatlichen Institutionen bewies die Hizbollah, dass sie die „Verhaltensregeln“ verstanden hatte, um auf der nationalen politischen Bühne mitspielen zu können, und dass eine rigide Ideologie und radikale politische Ziele sich dabei als unvorteilhaft erweisen würde, was den Pragmatismus der Bewegung deutlich macht. Aber hatte sich die Partei Gottes bis zu diesem Zeitpunkt wirklich transformiert, oder handelte es sich nicht vielmehr – ermöglicht durch die Inklusion aller Gewaltakteure, die sich bereit zeigten, die herrschenden Verhältnisse der Nachkriegsordnung anzuerkennen – um eine Transformation des politischen Systems, welches ihr die Möglichkeit eröffnete, an der nationalen Politik teilzunehmen? Erkannte die Hizbollah die staatlichen Institutionen wirklich an und zeigte sie sich gegenüber der Regierungspolitik loyal?

Am 13. September 1993 demonstrierten Anhänger der Hizbollah gegen das israelisch-palästinensische Abkommen in Washington, - wodurch die PLO den israelischen Staat offiziell anerkannte -, in den südlichen Vororten Beiruts. Gemäß dem verhängten Demonstrationsverbot griffen die Armee und die internen Sicherheitskräfte ein, wodurch acht Demonstranten getötet und vierzig verletzt wurden. Beobachter stellten die These auf, dass die blutigen Zusammenstöße einen Versuch darstellten, den Staat vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit zu diskreditieren, da der Libanon zu dem Zeitpunkt in die Nahost-Friedensverhandlungen eintreten sollte. Generalsekretär Nasrallah rief noch am selben Tag zu einer öffentlichen Versammlung am folgenden Tag auf, um der acht Opfer zu gedenken, und lud die in die Auseinandersetzungen verwickelten Soldaten ebenfalls dazu ein, mit der Bemerkung, „den Befehlen der politischen Autorität nicht zu gehorchen“, <sup>179</sup> und eine Herausforderung der Staatsgewalt darstellte.

Zwei Wochen später rückte Nasrallah in einem Zeitungsinterview <sup>180</sup> seine Aussagen zu dem „September-Massaker“ gewissermaßen zurecht, indem er betonte, dass die Auseinandersetzungen der Hizbollah mit dem Staat einen politischen Verhandlungscharakter besäßen, und dass seine Bewegung nicht beabsichtige und sich auch nicht darauf einlasse, eine militärische Auseinandersetzung mit dem Staat und der Armee zu führen. Des Weiteren sei es die Armee gewesen, die das Feuer auf die Demonstranten, die ein hohes Maß an

<sup>179</sup> „Journée sanglante à Beyrouth“, *L'Orient Le Jour*, 14.09.1993

<sup>180</sup> „Nous excluons la confrontation militaire avec le pouvoir“, *L'Orient Le Jour*, 27.09.1993

Disziplin gezeigt hätten, eröffnet hatte. Die Demonstration hätte nicht auf eine Provokation der staatlichen Autorität abgezielt, sondern es habe sich um die Darstellung der Position der Hizbollah gegenüber der Welt gehandelt. Jenen, die das Abkommen unterschrieben hätten, sollte gezeigt werden, dass sie besiegt seien, und dass die islamische Nation weiterhin lebendig sei.

### **3. Das Spannungsverhältnis zwischen „intellektueller Struktur“ und politischem**

#### **Diskurs**

Im Folgenden werden einige der für die Analyse wichtigen Grundzüge der „intellektuellen Struktur“, einem Konglomerat aus religiösen und moralischen Normen und politischen Zielen, mit dem politischen Diskurs der Hizbollah in Beziehung besetzt. Dabei sollen unter Berücksichtigung der sich wandelnden politischen Ordnung und damit neu entstehender politischer Herausforderungen analysiert werden, ob die Normen und damit insgesamt die „intellektuelle Struktur“ der Hizbollah Reformulierungen ausgesetzt wurde. Es soll hinsichtlich des Ziels der Gewinnung bzw. Ausweitung der Legitimation in der libanesischen Gesellschaft sowie innerhalb der eigenen Anhängerschaft versucht werden, zu bewerten, ob sich von einer Modifikation, Transformation oder Erweiterung der „intellektuellen Struktur“ sprechen lässt.

#### **3.1. Zwischen islamischem Staatsideal und pluralistischer Demokratie**

Der Grundstein der intellektuellen Struktur der Hizbollah ist das Ideal des islamischen Staates. Wie im vorangegangenen Kapitel schon mehrfach angedeutet, wird aber die Realisierung dieser fundamentalen Doktrin von der Hizbollah-Führung trotz seiner Machbarkeit als politisches Schema nicht mehr aktiv verfolgt. Es soll deshalb im Folgenden aufgezeigt werden, wie die Hizbollah eine Strategie der Selbsterhaltung adoptiert hat, die einerseits weiterhin die Etablierung eines islamischen Staates im Libanon *ad infinitum* enthält, die es der Bewegung aber ebenso ermöglicht, sich den vorherrschenden Realitäten des pluralistischen Systems der libanesischen Nachkriegsordnung anzupassen, ohne dem fundamentalen Grundsatz ihrer ideologischen Struktur entsagen zu müssen.

Die Konzeptionalisierung des idealen islamischen Staates lässt sich als eine utopische beschreiben, denn Hizbollah rekurriert damit nicht auf einen historischen Vorläufer,<sup>181</sup> sowie auch nicht auf real existierende Islamische Republik des Iran.<sup>182</sup> Die theoretischen Formu-

<sup>181</sup> Die Hizbollah hält keine schiitische Regierung, Dynastie oder Reich für ehrenwürdig genug, diesem durch Nachahmung nachzufolgen, mit Ausnahme der Kalifate des 2. Imam 'Ali (656-661 n. Chr.) und des 3. Imams Hussain. Es wird damit keine geschichtliche Periode als „Goldenes Zeitalter“ glorifiziert, im Unterschied zu sunnitischen Islamisten, welche gemeinhin die ersten drei Kalifate als ein solches deuten.

<sup>182</sup> Die Staatstheorie der Hizbollah lehnt sich aber dennoch an die Konzeptionen Ayatollahs Khomeinis und populärer *ulama* wie Muhammad Baqir al-Sadr an, die als Grund legende Theoretiker des schiitischen politischen Islamismus gelten.

lierungen zu dem Modell, welches nicht als zusammenhängende Theorie von der Hizbollah ausgearbeitet worden ist, beziehen sich auf die Gegenwart, bis zum Erscheinen des Zwölften Imams Muhammad, dem in der schiitischen Theologie die Funktion des Mahdi (der Rechtsgelehrte), des Erlösers,<sup>183</sup> zukommt. Die Etablierung dieses Islamischen Staates ist in der Konzeption der Hizbollah, die sich anlehnt an die Aussagen Khomeinis, eine religiöse und damit auch politische Pflicht für jeden Muslim, da das Politische und das Religiöse für islamische Totalisten, die wie die Hizbollah den Islam als komplettes und umfassendes System des Lebens verstehen, untrennbar miteinander verbunden sind. Sie muss damit als religiöse und deshalb auch politische Doktrin verstanden werden, - eine religiös verordnete Notwendigkeit -, auch wenn die Implementierung von vorhandenen Möglichkeiten und Gegebenheiten abhängt. Jede islamische Bewegung, die diesem Ziel nicht nachstrebt, handelt für Hizbollah nicht nach den wahren Grundsätzen des Islams, welcher das alleinige gerechte System der Menschheit repräsentiert.<sup>184</sup> Der Islamische Staat ist damit als das Mittel zur Herstellung der absoluten Gerechtigkeit auf Erden zu verstehen, aber er wird, wie im Folgenden zu sehen sein wird, in der politischen Theorie der Hizbollah nicht als das alleinige angesehen, mit dem sich dieses Ziel erreichen lässt.

Die hypothetischen Grenzen dieses Islamischen Staates machen nicht an den Staatsgrenzen des Libanon Halt, sondern alle Staaten mit muslimischer Bevölkerung in der Region, inklusive des Libanon, sollen sich vereinigen, um diesen umfassenden islamischen Staat zu formieren; als zweitbeste Lösung gilt die Errichtung eines islamischen Staates innerhalb der libanesischen Grenzen, in der Erwartung des Mahdi, der die Herrschaft des Islams auf der ganzen Welt installieren wird. Angesichts der Schwierigkeit wie auch der Realisierung der Tatsache schon während des Bürgerkriegs, dass nicht nur die Libanesen der übrigen Konfessionen, sondern auch die Majorität der Schiiten die Errichtung einer Islamischen Republik ablehnten,<sup>185</sup> hat sich der Befehl der Ausführung invertiert. Nur unter der Bedingung, dass der Islam unter der Herrschaft des Mahdi die ganze Region umschließt, werde der Libanon einer islamischen Herrschaft unterliegen, falls das libanesisches Volk nicht bis dahin die Etablierung eines islamischen Staates aus freien Stücken gewählt habe<sup>186</sup>. Ein Großteil der Theorie des islamischen Staates basiert damit auf der Prämisse, dass die

---

<sup>183</sup> Nach schiitischer Vorstellung lebt Muhammad, der Zwölfte Imam, irgendwo verborgen auf der Erde. Er gilt bei den schiitischen Islamisten als das einzige legitime Oberhaupt aller Muslime. In der Verfassung der iranischen Republik wird er als eigentliches Staatsoberhaupt genannt und die durch die Revolution etablierte Staatsordnung gilt damit theoretisch als Provisorium. Die Wiederkehr des *Mahdi* wird seit alters her mit utopischen Vorstellungen von der Wiederherstellung jenes „Goldenen Zeitalters“ verbunden, welches als die Zeit der Herrschaft des Propheten Muhammad über die *umma* allen Muslimen gilt, und mit der die Errichtung des Reichs der Gerechtigkeit auf Erden einhergeht. Halm (1994), S. 47-50

<sup>184</sup> „As the sole belief system of effectuating the society of perfect justice, equality and freedom, any society that is not founded on the basis of Islam will be fraught with adversity, deprivation and oppression, as exemplified by Lebanon.“ In *Al'-Ahd*, 23 Shawwal 1405 (12.07.1985), zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 35

<sup>185</sup> Nur 13% der libanesischen Schiiten gaben in einer Befragung an, die Etablierung einer Islamischen Republik im Libanon zu unterstützen. Harik (1996), S. 56 und 61

<sup>186</sup> Saad-Ghorayeb (2002), S. 35

libanesische Gesellschaft der Etablierung einer islamischen Republik auf der Basis freier Entscheidung zustimmen werde.

Die politische Theorie der Hizbollah schließt das Prinzip des Zwangs zur Errichtung einer Islamischen Republik gegen den Willen der Bevölkerung aus, denn ein mit Gewalt errichteter islamischer Staat verdiene es nicht, diese Bezeichnung zu führen, da durch das gewaltsame Mittel der Machtergreifung dieser sich zu einem inhärent ungerechten mache. Die gewaltsame Einführung sei hochgradig inkongruent mit dem Islamischen Staat, den die Hizbollah anstrebe, der nicht einen Selbstzweck in sich, sondern ein Mittel darstelle, um den Zustand einer sich vollziehenden Gerechtigkeit zu erreichen. Als notwendige Bedingung wird damit die Gerechtigkeit definiert, die verstanden wird als die allgemeine Zustimmung der Bevölkerung zur Errichtung eines islamischen Staates.<sup>187</sup> Die Abwesenheit von Zwang und die Versicherung, den exemplarisch gerechten Staat nicht nur durch gewaltsame Mittel zu errichten, lässt sich sowohl aus religiösen Normen ableiten, wie als Kompromiss angesichts der gegebenen libanesischen Realitäten verstehen. Die Sure 2:256,<sup>188</sup> - im „Offenen Brief“<sup>189</sup> aufgegriffen -, gibt vor, dass der Islam Anhängern anderer Religionen nicht aufgezwungen werden kann. Jede Aktivität in Richtung einer gewaltsamen Installation eines Islamischen Staates werde im Chaos enden, denn für die Hizbollah existiert keine religiöse Sanktion für die Rebellion gegen säkulare Staaten, nur weil diese nicht durch göttliche Gesetze regiert werden. Dieser Grundsatz basiert auf einer bestimmten Lesart der Sharia und gilt damit als religiöse Vorschrift, welche Rebellion und zivilen Ungehorsam als islamisch unakzeptabel definiert und an die sich die Hizbollah gebunden fühlt. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des zivilen Friedens wird damit zu einer Linie, die nicht überschritten werden darf.<sup>190</sup>

Die Doktrin der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gilt aber nicht nur im säkularen Staat, sondern auch im säkularen Unterdrücker-Staat, denn jedes Unterdrücker-Regime sei einem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung vorzuziehen, denn das daraus resultierende Chaos habe bedeutend mehr unterdrückende Wirkung als das Unterdrücker-Regime selbst haben kann.<sup>191</sup> Diese Priorisierung scheint sich als Einsicht aus dem geschichtlichen Beispiel Muhammads sowie aus den eigenen Erfahrungen aus der Bürgerkriegszeit abzuleiten,

<sup>187</sup> Darunter ist weder eine 50%-Mehrheit bei einer Parlamentswahl noch die Wahl eines islamistischen Premierministers zu verstehen, sondern eine umfassende Adoption des Modells des Islamischen Staates durch die Bevölkerung. Saad-Ghorayeb (2002), S. 36

<sup>188</sup> „Kein Zwang im Glauben! Klar ist nunmehr das Recht vom Irrtum unterschieden. Wer die falschen Götter verwirft und an Allah glaubt, der hat den festesten Halt erfasst, der nicht reißen wird. Und Allah ist hörend und wissend.“ (Sure 2:256). Dies ist sowohl als Verbot, in Glaubensfragen Gewalt anzuwenden, zu verstehen, wie als Feststellung, dass ein solcher Zwang einen untauglicher Versuch darstellen würde.

<sup>189</sup> „We do not want to impose Islam upon anyone .. we do not want Islam to reign by force, which is that the Maronite Christians are using today. We wish to realize our ambitions by legal means ... to adopt a system fully desired by the Lebanese people.“, „Offener Brief, Sektion „We are committed to Islam but we do not impose it by force“.

<sup>190</sup> Hassan Nasrallah, zitiert in *Al-Ahd* vom 25.02.1994, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 22

<sup>191</sup> Husayn al-Musawi, Interview am 21.08.1997, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 23

welche Staaten für externe Einflussnahme anfällig macht.<sup>192</sup> Aus dieser Sichtweise lässt sich auch die Unterordnung und Anpassung an die libanesischen staatliche Autorität erklären, welcher sich die Hizbollah unterzog, denn Bemühungen gegen ein Unterdrücker-Regime und der Versuch des Sturzes desselben hätten die Aufmerksamkeit der Bewegung von der „Priorität des Widerstandes“ abgelenkt, die, wie im Folgenden noch gezeigt werden soll, Vorrang vor allen anderen politischen Zielen besitzt. Der Staat Israel,<sup>193</sup> den die Hizbollah nicht anerkennt, wird als größere Bedrohung betrachtet als eine Politik der Unterdrückung einer libanesischen Regierung und das von Hizbollah als ungerecht und sektiererisch gebrandmarkte, libanesischen System des politischen Konfessionalismus, welches die Regierung stützt.<sup>194</sup>

Der legitime Einsatz politischer Gewalt wird allein auf die Fälle begrenzt, in denen Partizipation und Dialog zwischen politischen Gruppen durch ein staatliches Regime ausgeschlossen werden oder wenn die staatliche Korruption ein solches Ausmaß erreicht, dass die Gefahr besteht, den Zusammenbruch des Staates zur Folge zu haben.<sup>195</sup> Weder Illegitimität noch Unterdrückung,<sup>196</sup> noch die Koexistenz der beiden reichen als Rechtfertigung für die Lancierung zivilen Widerstandes aus. Dieser ist nur legitim, falls sich der Staat sich der israelischen, im Duktus der Hizbollah „zionistischen“, Herrschaft unterwirft und damit eine unerträgliche und drakonische Form von Unterdrückung annimmt. Die Staaten, auf welche diese Beschreibung zutrifft, werden als „schlechter“ beurteilt als ein Chaos, welches aus Versuchen von Islamisten resultieren würde, diese Regime zu stürzen.<sup>197</sup> Damit wird die Anwendung von Gewalt gegen den Staat Israel, den Hizbollah als Archetyp der Unterdrückung in der brutalsten Form ansieht, zu einem Imperativ. Die Bedrohung der Auslöschung islamistischer Gruppen durch einen hochgradig repressiven Staat gilt als zweites Szenario, in dem der Einsatz von politischer Gewalt gegen den Staat legitimiert ist,

<sup>192</sup> So ließe sich auch die Reaktion der Hizbollah-Führung auf das „September-Massaker“ 1993 in den Beiruter Vororten aus theoretischer Perspektive erklären.

<sup>193</sup> Israel und die USA, die im politischen Diskurs häufig als Einheit adressiert werden, da sie die gleiche Agenda im Nahen Osten verfolgten, gelten der Hizbollah als die ultimativen Unterdrücker und besetzen die sündhafteste Kategorie der Feinde. In eine zweite Kategorie fallen verschiedene Staaten, welche andere Länder besetzt halten, die sich aber nicht mit Israel vergleichen ließen, da dessen Existenz als Staat illegitim sei. In eine dritte Kategorie fallen Staaten, deren Unterwürfigkeit des Westens sich addiert zu der inhärenten Ungerechtigkeit als Diktaturen und deren Herrschaft sich in Unterdrückung übersetzen lässt.

<sup>194</sup> „Although the Lebanese government is deemed oppressive, it is not perceived „as though it is not doing anything“ in terms of infrastructure and education.“ Husayn al-Musawi, Interview am 21.08.1997, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 23

<sup>195</sup> *Al'-Ahd* vom 21.11.1997, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 24

<sup>196</sup> „Unterdrückung“ ist ein zentraler Terminus der intellektuellen Struktur wie des politischen Diskurses (der Offene Brief ist an die Unterdrückten im Libanon und der ganzen Welt adressiert. In der konzeptionellen Dichotomie des politischen Denkens der Hizbollah wird die Welt in Unterdrücker (*mustakbirin*) und Unterdrückte (*mustad'afin*) eingeteilt und ist fundiert in dem Koran, wie auch in der marxistischen Theorie. Auch die Einflüsse der theoretischen Konstruktion Khomeinis mit ihrer Einteilung in gute und böse Kräfte dürften die Einflüsse auf die Konzeption haben. Mit den Unterdrückten sind aber nicht alleine schiitische Muslime gemeint, sondern alle sozial und ökonomisch Vernachlässigten wie politische und kulturelle Unterprivilegierte. An dieses Schema wird immer wieder referiert und ist so präsent im politischen Denken der Hizbollah, dass es sich als Norm institutionalisiert hat, an die Hizbollah-Offizielle in jeder öffentlichen Rede appellieren.

<sup>197</sup> Saad-Ghorayeb (2002), S. 24-25

was unter die Kategorie eines legitimen Akts der Selbstverteidigung im Sinne des Konzepts des defensiven *jihad*<sup>198</sup> des Korans<sup>199</sup> fällt.

Die dargestellten theologischen und moralischen Grundsätze des legitimen Einsatzes von Gewalt scheinen mit dem Führen des Widerstands und der Lancierung des bewaffneten Kampfes der Hizbollah gegen die libanesische staatliche Autorität während des Bürgerkriegs, sowie der Anpassung an die politische Nachkriegsordnung kongruent zu sein. Die politische Rationalität bei dem Prozess der Annäherung an den Staat, die im Zusammenhang steht mit dem Ende des Bürgerkriegs, und einer voraussetzenden Alternierung der Wahrnehmung des Staats durch die Hizbollah wurde ja schon eingehend im vorausgegangenen Kapitel analysiert. Im Rahmen der dargestellten Grundsätze wurde das Regime des Staatspräsidenten Jumayyil nicht als „unterdrückend, heuchlerisch und blasphemisch“<sup>200</sup> gekennzeichnet wegen seiner nicht-islamischen Natur, sondern aufgrund seiner konfessionellen Zusammensetzung, die sich auf die Vorherrschaft der Maroniten gründete und stützte. Konfrontiert worden sei damit das „verrottete sektiererische System“ als Produkt der Institutionalisierung der hegemonialen Stellung einer konfessionellen Gemeinschaft. Somit stellt sich die Ablehnung des politischen Systems der Vorkriegs- und Zwischenkriegszeit einerseits als eine Opposition gegen das Prinzip des politischen Konfessionalismus auf ungleicher Basis dar, wie auch als eine Opposition gegen das maronitische Machtmonopol. Ein weiterer Legitimationsgrund für die Gewaltanwendung gegen die libanesische Armee während des Bürgerkriegs war durch die Kooperation des Regimes Jumayyil mit dem israelischen Staat nach der zweiten großen militärischen Invasion 1982 gegeben, was das Regime in der politischen Theorie der Hizbollah zu einem Unterdrücker-Staat erster Kategorie machte. Unter Rückgriff auf die Terminologie Giovanni Sartoris lässt sich die Hizbollah anhand ihrer oppositionellen Haltung gegen das politische System vor Ta'if nicht nur als eine „Anti-System-Partei“ klassifizieren, welche versuchte, das System zu verändern, sondern als eine „revolutionäre Partei“, die von „außerhalb des Systems“ bestrebt, einen Wandel des Systems herbeizuführen.<sup>201</sup> Durch die graduellen Transformation der politischen Ordnung und dem daran sich anschließenden Prozess der

<sup>198</sup> Zum Konzept des defensiven *jihad*, der auch „kleiner *jihad*“ genannt wird, als eine legitimierte Form des Krieges zur Verteidigung des Herrschaftsbereichs und einer Pflicht der Gemeinschaft der Muslime gemäß den Suren 8:30, 61:8, 2:217 u.a. des Korans, siehe Khadduri (1962) und Ruthven (2000), S. 158-192.

<sup>199</sup> „Political violence is therefore morally and religiously legitimised as defensive *jihad* if its paramount aim is self-preservation.“ Saad-Ghorayeb (2002), S. 25

<sup>200</sup> „Changes in the foundation of the unjust Lebanese regime are vital and no reform of the present rotten regime can be satisfactory.“ (Sektion „Why do we confront the existing regime?“ des „Offenen Briefs“). Das Pamphlet enthält aber keine konkreten Vorschläge oder stellt Reformmechanismen zur Dekonfessionalisierung des politischen Systems vor, aber es lässt die Vermutung zu, dass die Reformen, welche von muslimischen und christlichen oppositionellen Gruppen in der Nachkriegszeit unterbreitet wurden, als adäquat angesehen werden. Mit dem Ende der politischen maronitischen Hegemonie und dem Anwachsen des muslimischen, vor allem schiitischen Einflusses in der libanesischen Politik scheint die Hizbollah das System als tolerabel zu erachten. Dennoch ist die Dekonfessionalisierung des Systems ein weiterer wichtiger Punkt ihrer politischen Agenda (siehe den Punkt 2 „Achieving Equality and Establishing the Just State“ des Wahlprogramms zur Parlamentswahl 1996).

<sup>201</sup> Sartori (1977), S. 133

Öffnung der Hizbollah änderte sich ihre Wahrnehmung des libanesischen Staates. Hizbollah lehnt zwar bis in die Gegenwart das System des politischen Konfessionalismus wegen seiner „sektiererischen Natur“ ab, aber die staatlichen Institutionen werden akzeptiert. Seit Ende des Bürgerkriegs lässt sich die Hizbollah nicht mehr als eine „Antisystem-Partei der totalen Verweigerung“ klassifizieren. Die Bezeichnung „Protest-Antisystem-Partei“ scheint eher zutreffend.<sup>202</sup>

Nach dem Dargestellten wird deutlich, dass die Hizbollah nicht in einer religiösen Pflicht steht, einen islamischen Staat zu etablieren, sondern ihre einzige religiöse Pflicht besteht darin, aktiv die Einführung von Gerechtigkeit zu verfolgen, was unabhängig davon ist, ob dies in der Etablierung eines islamischen Staates oder einer islamischen Republik kulminiert. Es stellt sich aber nun die Frage, ob die Bewegung, - nachdem festgestellt wurde, dass sie nicht die Einsetzung eines islamischen Systems durch Zwang und damit von oben verfolgt-, versucht, die libanesischen Gesellschaft von unten zu islamisieren. Dieser Versuch der Islamisierung von unten und damit Ressourcenmobilisierung gilt als allgemeines Kennzeichen ziviler und politischer islamistischer Gruppierungen, die durch ihre umfassenden Netzwerke von Organisationen Dienstleistungen bereitstellen, die annähernd alle Dimensionen des menschlichen Lebens betreffen. Wie im folgenden Kapitel noch demonstriert wird, ist auch die Hizbollah aktiv engagiert in der Propagierung des Islams durch Bereitstellung dieser Dienstleistungen. Nach ihrer Überzeugung muss einer Einführung einer Islamischen Republik, unter Berücksichtigung des Prinzips des Nichtzwangs, eine islamische Gesellschaft als notwendige Bedingung vorausgehen. Dass die Hizbollah der Islamisierung der Gesellschaft aber keine oberste Priorität einräumt, leitet sich aus der Tatsache ab, dass sie dem Theologischen keinen Vorrang vor dem Politischen gewährt,<sup>203</sup> was in Anbetracht des bisher Dargestellten als widersprüchlich erscheint, da politisches Handeln durch religiöse Normen und theologische Doktrinen beeinflusst werden. Saad-Ghorayeb hält zwei mögliche Erklärungsansätze für diese Inkonsistenz bereit: (1) der Endzweck der Islamisierungsbemühungen der Hizbollah sei nicht die im Libanon hochgradig unwahrscheinliche Erschaffung einer islamischen Gesellschaft, die einen idealen islamischen Staat errichten würde, sondern im Gegenteil die Erfüllung des islamischen Imperativs, die Botschaft des Islams zu verbreiten, ohne anderweitige politische Motive. Da die Hizbollah dem Politischen oberste Priorität über alle anderen Angelegenheiten einräumt, werden der Islamisierung nicht eben solche Bemühungen gewidmet wie dem politischen und militärischen Widerstand gegen die Unterdrückung, d.h. der israelischen Besatzung. Die Befreiung von der Besatzung gelte als wichtigere Errungenschaft in Richtung der Gerechtigkeit und sei infolgedessen eine prioritäre Notwendigkeit als die Islamisierung der

---

<sup>202</sup> Sartori (1977), S. 133

<sup>203</sup> Saad-Ghorayeb (2002), S. 36

Gesellschaft,<sup>204</sup> (2) der islamische Staat stelle nur ein Mittel dar, um die Gerechtigkeit herzustellen. Die notwendige Vorabbedingung zur Errichtung desselben sei aber die Existenz der Gerechtigkeit, die als Bereitschaft der Annahme einer islamischen Republik durch eine mehrheitlich islamische Gesellschaft definiert ist.<sup>205</sup>

Im Folgenden sollen in diesem Kapitel die aus der intellektuellen Struktur sich ableitenden Grundsätze über die Souveränität, den politischen und religiösen Pluralismus und die Bindung an die Demokratie thematisiert werden, welche möglicherweise Aufklärung in der Frage leisten können, ob die Integration der Hizbollah in die pluralistisch-demokratische Nachkriegsordnung einem politischen Kalkül geschuldet ist und wie sie sich mit den Grundsätzen der intellektuellen Struktur der Organisation vereinbaren lässt. In einem Vergleich zwischen einem demokratischen System und einem islamischen System stellt die intellektuelle Struktur das erste als das schlechtere heraus aufgrund der folgenden drei essentiellen Bestandteile: (1) die einer Demokratie systemimmanente Unterdrückung durch das viel gerühmte Majoritätsprinzip;<sup>206</sup> (2) die Tendenz in demokratischen Systemen, dass der Willen einer Minderheit dominiert, welcher fälschlicherweise als Mehrheitswillen interpretiert werde, und die Existenz bestimmter sozialer, ökonomischer, politischer und religiöser Eliten in demokratischen Gesellschaften, welche in einer Manipulation des Systems kulminiere und dadurch den eigenen Anspruch der Demokratie aufhebe; (3) die Mangelhaftigkeit und Ungerechtigkeit des demokratischen Systems, nur die gegenwärtige Generation der Wahlberechtigten zu repräsentieren und die Interessen der Jüngeren und zukünftigen Generationen zu vernachlässigen.<sup>207</sup> Besonders anhand des letzten Arguments rechtfertige sich die Kritik an einem demokratischen System, dessen zentrale Schwäche es sei, die Souveränität auf das Volk, bzw. die gegenwärtige Generation der Wahlberechtigten zu übertragen, deren „ignorante“ und „unberechenbare“ Natur sie der Fähigkeit beraube, abzuschätzen, wo ihre wahre Interessen liegen, geschweige denn die Interessen der zukünftigen Generationen.<sup>208</sup> Im Gegensatz dazu gewährleiste der islamische Staat, dass in allen Entscheidungen der unveränderliche Willen der *umma*, d.h. der gegenwärtigen wie auch zukünftigen Generation, repräsentiert werde durch eine Gruppe weiser Experten, den Klerikern, die im islamischen Staat die Regierung bilden. Dieses elitistische Konzept der Souveränität im islamischen Staat dementiere aber nicht die Rolle des Volkes im

<sup>204</sup> Die Autorin erklärt aber nicht, warum die Hizbollah die Ziele gleichzeitig verfolgen könne.

<sup>205</sup> Saad-Ghorayeb (2002), S. 38 – Während die zweite Erklärung plausibel und den moralischen Normen kohärent erscheint, verkennt Saad-Ghorayeb nach Ansicht des Autors, dass die Hizbollah als politische Bewegung und politische Partei das Ziel der Islamisierung der Gesellschaft zwar hinter die Priorität des Widerstands zurückstellt, was aber vermutlich der Tatsache geschuldet ist, dass sie bis zum Abzug der israelischen Truppen im Mai 2000 mit der Positionierung als „Waffe des Widerstands“ im Dienste des Staates mehr Wählerstimmen auf sich vereinigen kann als eine politische Kraft, die anstrebt, die multikonfessionelle Gesellschaft des Libanon zu islamisieren. Sie verkennt die politische Strategie der Zweideutigkeit.

<sup>206</sup> Damit wird das Argument John Stuart Mills von der „Tyrannei der Mehrheit“ aufgegriffen, welches besagt, dass die Überlegenheit der Meinung der Mehrheit gleichzeitig die Unterdrückung der Meinung der Minderheit bedeutet.

<sup>207</sup> *Al'-Ahd*, 13 Rabi al-Awwal 1407 (16.12.1986) zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 40

<sup>208</sup> ebd.

Entscheidungsprozess. Auch wenn das Konzept der *Shoura* (Beratung) mit dem demokratischen Konzept der Volkssouveränität nicht unbedingt vereinbar sei, würden die schiitischen *ulama* mit der notwendigen Legitimation für die Repräsentation des Volkes ausgestattet sein, da sie als Experten in Fragen des islamischen Rechts und der Theologie das Volk in Richtung der Gerechtigkeit führen und damit seine Interessen vertreten würden. Es gilt hier aber anzumerken, dass die Rolle des Volkes bedeutsam unterlaufen wird durch eine solche verfassungsgemäße Expertenregierung, dessen Aufgabe es ist, jede Rechtsprechung und staatliches Handeln auf Konformität zu islamischen Prinzipien zu überprüfen. Das Volk kann in einem islamischen Staat die Präsidentschaft und den Experten-Rat durch Wahl bestimmen, die den *wali al-faqih* (oberster Rechtsgelehrter) des Führungsrates<sup>209</sup> und andere politische Räte wählen, aber die Funktionen, die in die Verantwortlichkeit des Wächterrates fallen, beschneidet die Souveränität der *umma* doch erheblich und weist damit fundamentale Unterschiede zu einem demokratischen System auf, in dem politische Institutionen wie das Parlament, der Präsident, die Regierung und der Mechanismus der Gewaltenteilung durch den Souverän, das Volk, direkt oder indirekt bestimmt werden<sup>210</sup>.

Die Sichtweise des politischen Pluralismus leitet die Hizbollah aus dem Modell ab, welches die Islamische Republik des Iran ihr vorgibt. Demnach würden nicht-islamische politische Kräfte in dem hypothetischen islamischen Staat unter der Bedingung akzeptiert, dass sie die Vorherrschaft des Islams über Staat und Gesellschaft anerkennen und die Basis der islamischen Republik nicht verletzen. Auch religiöse Minderheiten repräsentierende Parteien würden akzeptiert, während ideologische Parteien als unvereinbar mit dem *wilayat al-faqih* verboten wären.<sup>211</sup> Eine Analyse der internen Entscheidungsprozesse der Hizbollah als eine Art Mikrokosmos des von ihr ins Auge gefassten idealen Staates könnte zu einem gewissen Ausmaß Aufschluss geben über die Konzeptualisierung des politischen Pluralismus der

---

<sup>209</sup> Das Konzept des *wilayat al-faqih* (Wächterschaft des obersten Rechtsgelehrten) ist ein fundamentales Element der intellektuellen Struktur der Hizbollah und dessen Anerkennung ein Kriterium und eine notwendige Bedingung für die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Organisationen der Hizbollah. Das Konzept basiert auf der Theorie Ayatollah Khomeinis über die Notwendigkeit der Etablierung einer islamischen Republik, die aus seiner Sicht eine Notwendigkeit darstellt, da der Gedanke der Erwartung des *Mahdi* zur Einsetzung der Gerechtigkeit sich als eine unsinnige Haltung darstelle. Es bestehe die Notwendigkeit, dass eine islamische Regierung dafür Sorge trage, dass sich die Gerechtigkeit schon in der Gegenwart ausbreitet. In Khomeinis Konzeption kann dieser islamische Staat nur von Experten in Fragen der *Sharia* und der islamischen Rechtsprechung geführt werden. Die Direktiven des *faqih* hinsichtlich des allgemeinen Gutes sind unbedingt bindend, während er als *marja al-taqlid* (Modell der Nachahmung) auf der religiösen Ebene eine hohe, aber nicht die einzige Autorität darstellt, da mehrere schiitische Kleriker, wie bspw. al-Sistani oder Fadallah, die Stellung eines *marja* besitzen. Die bindende Kraft seiner politischen Autorität über die gesamte *umma* leitet sich aus seiner Stellung als *wali amr al-muslimin* (legaler Wächter der Muslime) ab. Die Vorstellung des *faqih* als Führer des gesamten *umma* nimmt in der politischen Theorie der Hizbollah eine zentrale Stellung ein (siehe auch die Sektion „Who we are and What is our identity?“ des Offenen Briefs). vgl. Saad-Ghorayeb (2002), S. 64-68, Harik (2004), S. 66-67 und Halm (1994), S. 153-161

<sup>210</sup> Nach Muhammad Hussein Fadlallah gibt der Islam zwar dem Menschen das Recht zu wählen und sich zu entscheiden, aber dies bedeutet keine grenzenlose Entscheidungsfreiheit. Die Optionen müssten in die ideologischen Parameter des Islams und den Rahmen des *wilayat al-faqih* fallen. *Al'-Ahd*, 20 Rabi' al-Awwal 1407, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 41

<sup>211</sup> Saad-Ghorayeb (2002), S. 41

Partei. Ohne dem nachfolgenden Kapitel Inhaltliches vorwegnehmen zu wollen, lässt sich sagen, dass „Gehorsam und Loyalität“ gegenüber den Entscheidungen der Führung eine große Rolle spielen, aber den wirklichen Grad des parteiinternen Pluralismus zu validieren ist schwierig, da externen Beobachtern in diese Prozesse der Einblick verwehrt bleibt. Da das Konzept des wilayat al-faqih den islamischen Staat begründet, folgt daraus, dass die politischen Kräfte, welche dieses Prinzip nicht respektieren, in diesem Staat marginalisiert würden. Wie auch eine islamische Partei keine sich deutlich voneinander unterscheidenden, internen ideologischen Differenzen aushält, so kann auch der islamische Staat nach der Konzeption der Hizbollah nicht mehr als eine ideologische Orientierung der politischen Kräfte in sich vereinigen, um sein Vorhaben zu erreichen.

Diese Form des politischen Pluralismus schließt ausschließlich Organisationen und Parteien ein, welche religiöse Minderheiten repräsentieren, welche die Vorherrschaft des Islams über Staat und Gesellschaft anerkennen.<sup>212</sup> Rekurriert man erneut auf die real existierende interne Komposition der Hizbollah als Indikator für ihre Sichtweise des religiösen Pluralismus, so lässt sich angesichts der Tatsache, dass sich keine Christen oder Mitglieder anderer konfessioneller Gemeinschaften in dem Parteiapparat und den Suborganisationen finden lassen,<sup>213</sup> vermuten, dass es religiösen Minderheiten verboten würde, an einer Regierung in einem idealen islamischen Staates zu partizipieren. Die Partizipation der religiösen Minderheiten im Parlament des islamischen Staates würde keine Bedrohung für diesen darstellen, aber eine Inklusion der Minderheiten in das Militär oder die Regierung könnte darin kulminieren, dass der Staat gestürzt werde. Die Vorabbedingung für die parlamentarische Partizipation stellen der Respekt und die Anerkennung der Autorität des wilayat al-faqih dar, während es für die Teilnahme an der Regierung der Zugehörigkeit zur schiitischen Konfession bedarf. Die theoretischen Aussagen der Hizbollah zum idealen islamischen Staat, wie das Verbot nicht-islamischer ideologischer Parteien, die Ausgrenzung von religiösen Minderheiten vom Exekutiv-Apparat des Staates und die Zentralisierung der Gewalt auf den wilayat al-faqih und den Wächterrat erscheinen mit dem Modell wie auch mit der real existierenden pluralistischen Demokratie im Libanon unvereinbar, ja stehen im sogar konträr gegenüber. Aber es lassen sich aus den religiösen und moralischen Normen – das islamische Prinzip des Nichtzwangs und der Konzeptualisierung der Gerechtigkeit –, ebenso Gründe anführen, warum die Partei ihre politische Strategie an die soziokulturellen

---

<sup>212</sup> Der Artikel 64 der iranischen Verfassung räumt beispielsweise den Christen, Juden und Zoroastriern parlamentarische Repräsentation in der Islamischen Beratenden Versammlung gemäß ihrem partiellen Anteil an der Bevölkerung ein, aber das staatliche Rechtssystem steht nur schiitischen Klerikern offen und der iranische Präsident muss per Verfassung der schiitischen Konfession angehören. Es existieren aber keine Verfassungsgrundsätze, die besagen, dass die Minister Schiiten sein müssen.

<sup>213</sup> Wie jede ideologische Partei kann die Hizbollah nur Personen rekrutieren, die ihre Ideologie unterstützen. Während säkulare Parteien aber Mitglieder jedweder religiöser Zugehörigkeit aufnehmen, könne die Hizbollah nur Muslime aufnehmen, welche sich an die politische Ideologie und die islamischen Grundsätze der Partei gebunden fühlen. „... the inseparability of Islam and politics means that membership in Hizbu'llah is confined to Muslims.“ Ali Fayyad, Interview 02.03.1997, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 45

Realitäten des Libanon angepasst hat. Da die Alternative zum islamischen Staat für die Bewegung nicht einen politischen Rückzug bedeutet hat, welcher das politische Schicksal der Nation den Händen anderer überlassen hätte, wurde die Hizbollah förmlich gezwungen, an dem demokratischen System zu partizipieren, um den in einem demokratischen System höchstmöglichen Grad an Gerechtigkeit durch ihre politische Beteiligung sicherzustellen, der sich durch einen Boykott des politischen Systems nicht hätte verwirklichen lassen. Die Partizipation an der pluralistischen Demokratie der libanesischen Nachkriegsordnung lässt sich folglich auch auf theoretischer Ebene aus den Grundsätzen der intellektuellen Struktur ableiten, indem die Partei versucht hat, einen „höchstmöglichen Grad an Gerechtigkeit“ in dem demokratischen System herzustellen und zu sichern. Dieses Ziel lässt sich nur durch Partizipation an dem demokratischen System, d.h. durch die Teilnahme an Parlamentswahlen erreichen.<sup>214</sup>

Der Maßstab der „absoluten Gerechtigkeit“, welcher sich nur in einem islamischen Staat realisieren lässt, bleibt zwar eine zentrale Säule der intellektuellen Struktur der Hizbollah, aber der Aufschub ihrer Einsetzung ad infinitum grenzt sie aus dem politischen Diskurs der Partei aus. Kontroverserweise hat das „höchstmögliche Maß an Gerechtigkeit“, welches sich als Optimum in einem demokratischen System materialisieren ließe, seinen Eingang in den politischen Diskurs der Partei gefunden.<sup>215</sup> Es lässt damit sagen, dass sich die Hizbollah in das demokratische System integriert hat, wobei die intellektuelle Festlegung auf die Doktrin des islamischen Idealstaates sie letztlich davon abhält, die demokratischen Grundlagen des Systems ganzheitlich zu absorbieren.<sup>216</sup> Die Hizbollah macht auch weiterhin keinen Hehl daraus, dass die Demokratie nicht zu einer der wichtigen Säulen ihrer intellektuellen Struktur gehört, was darauf schließen lässt, dass ihre Entscheidung, an dem demokratischen Prozess zu partizipieren, vorrangig rationellen Abwägungen geschuldet ist, woraus aber nicht gleichzeitig folgt, dass sie diese nur als Prozedur der Transition zur Erringung der Macht benutzt. Sie befürwortet die Demokratie als Regierungssystem zwar nicht auf theoretischer Ebene, aber billigt sie als Regierungssystem auf politischer Ebene.<sup>217</sup> Dies lässt sich evident nachweisen bei einer Analyse des politischen Diskurses der Hizbollah zu den fundamentalen Grundrechten und bürgerlichen Freiheiten, die während der Regierungszeit Hariris fundamental beschnitten wurden,<sup>218</sup> was die Hizbollah-Parlamentarier als Verletzung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung kritisierten. Die Partei griff die Regierung mit

---

<sup>214</sup> Gemäß Husayn al-Musawi, einem Mitglied der Führungsebene, sei es nicht richtig, einem „unreinen System“ auszuweichen, wenn politische bzw. parlamentarische Partizipation dem „islamischen Interesse“ dienen würde. Interview am 21.08.1997, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 24

<sup>215</sup> Ali Fayyad, Interview 02.03.1997, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 50

<sup>216</sup> Saad-Ghorayeb (2002), S. 50

<sup>217</sup> Ali Fayyad, Interview 18.02.2000, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 55

<sup>218</sup> Das Kabinett unter Ministerpräsident Hariri schlug in seiner ersten Legislaturperiode ein Gesetz vor, welches Demonstrationen und die Ausstrahlung von Nachrichtensendungen durch private Sendeanstalten verbot. Der „funktionale Autoritarismus“ der libanesischen Nachkriegsregierungen wird in Kapitel 5.1.3 eingehender thematisiert.

dem Vorwurf an, die Demokratie nur in ihrer Erscheinung zu fördern, sich aber nicht prinzipiell für sie einzusetzen. Daraus lässt sich folgern, dass die Hizbollah, auch wenn sie die Demokratie nicht in ihrer intellektuellen Struktur als Konzeption stützt, dies aber von der Regierung erwartet. Auch die gestellte Forderung der „Dekonfessionalisierung“ des politischen Systems des Libanon lässt sich als weiterer Beleg für den Beistand der Hizbollah zur Implementierung der Demokratie werten. Es ließe sich zwar argumentieren, dass die Intention hinter dieser Forderung ein Teil der Strategie ist, einen islamischen Staat im Libanon zu etablieren, eingedenk der Tatsache, dass die Schiiten die zahlenmäßig größte konfessionelle Gemeinschaft des Libanon darstellen und die Partei Gottes weit reichende Popularität bei ihnen genießt, was ihr einen Vorteil über alle anderen politischen Kräfte verschaffen könnte. Dagegen lassen sich aber ebenso zwei Gegenargumente ins Feld führen: erstens stellt die Forderung der „Dekonfessionalisierung“ des Systems eine genuin säkulare Forderung, eine Nachfrage nach Chancengleichheit dar und zweitens addiert die Hizbollah zu der Nachfrage nach „Dekonfessionalisierung“ nicht den Ruf nach einem Mehrheitssystem, sondern favorisiert eine proportionale Repräsentationsbasis, welche die Inklusion aller konfessionellen Gemeinschaften garantieren und jede vor der Monopolisierung des exekutiven Zweigs des Staates durch eine dieser Gemeinschaften schützen würde.<sup>219</sup>

Nach dem Dargestellten lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die Hizbollah nur unter der Voraussetzung versuchen würde, eine islamische Herrschaft im Libanon zu installieren, wenn die Mehrheit der libanesischen Bevölkerung die Etablierung eines islamischen Staates anstreben würde. Sie würde dann bestrebt sein, das demokratische System zu überwerfen, wenn sie eine umfassende parlamentarische Mehrheit hätte und nach der Etablierung des islamischen Regimes auch die Möglichkeit nicht mehr zulassen, dieses zu stürzen. Da in diesem Staat keine Parteien mehr zugelassen würden, deren Ideologie sich gegen das Regime wendet, wäre eine Re-Institutionalisierung der Demokratie unmöglich. Die Inkongruenz zwischen der Aussage, die Demokratie bewahren zu wollen und dem undeklarierten Potential, diese zu untergraben, bleibt bestehen, aber scheint sich angesichts der Tatsache zu minimieren, dass das Festhalten an dem islamischen Staatsideal als Grundstein der intellektuellen Struktur nicht verhindert hat, dass der ehemalige Gewaltakteur des Bürgerkriegs im Prozess der Anpassung und der Integration in das politische System bestimmte demokratische Prozeduren übernommen hat, die in seinem politischen Diskurs adressiert werden.

---

<sup>219</sup> „To some extent, such discourse is a product of the „pragmatizing“ effect of political pluralism, which compels participants in the democratic system who constitute less than 51 per cent parliamentary majority to negotiate and bargain with other participants and thereby adopt a more moderate and inclusive tone. But it is also a product of the party’s conviction that a simple 51 per cent majority would not provide a sufficient basis for the establishment of an Islamic state, even in a religiously homogeneous Muslim state.“ Saad-Ghorayeb (2002), S. 57, ebenso Anderson (1997), S. 26 und Norton (1998), S. 156

### 3.2. Islamischer Universalismus und libanesischer Nationalismus

Wie im Kapitel über den Entstehungskontext der Hizbollah bereits aufgezeigt wurde, waren supranationale und pan-islamische Einflüsse entscheidende Faktoren im Entstehungsprozess der Organisation. Die intellektuelle Struktur der Bewegung weist neben der Doktrin des idealen islamischen Staates ein Prinzip des islamischen Universalismus als Identität stiftendes Schema auf, welches es im Folgenden darzustellen gilt. Wie aber bereits im Kapitel über den Prozess der Öffnung und der Annäherung an den libanesischen Staat beschrieben wurde, proklamierte sich die Hizbollah selbst vor den Parlamentswahlen 1992 als eine Widerstandsbewegung im Dienste des Staates und präsentierte sich damit als politischen Akteur mit nationaler Identität. Es lässt sich deshalb vermuten, dass sie in ihren politischen Diskurs Mechanismen aufgenommen hat, welche eine Identifikation mit der libanesischen Nation erlauben, um dadurch ihre politische Basis auch unter säkularen libanesischen Schiiten ausweiten zu können. Eine pan-islamische und eine nationale Identität als Identifikationsmuster erscheinen sich einander auszuschließen, aber im Folgenden soll aufgezeigt werden, wie die Hizbollah diese in der politischen Theorie miteinander in Verbindung bringt.

Der islamische Universalismus ist dem Konzept der Hizbollah als Partei Gottes des Korans inhärent, die ihren Namen, wie schon in der Einleitung erwähnt, aus den Suren 5:56 und 58:33 ableitet. Diese beziehen sich nicht auf eine politische Partei, sondern allgemeingültig auf diejenigen, die sich „[...] Allah und Seinen Gesandten und die Gläubigen zu Freunden“<sup>220</sup> nehmen und an „[...] Allah und den Jüngsten Tag“<sup>221</sup> glauben. Der Terminus *Hizb Allah* bezeichnet damit eine Vielzahl von Gläubigen und beschreibt keine geschlossene politische Organisation oder Fraktion, sondern lässt sich besser als eine religiöse, intellektuelle oder politische Orientierung oder gedankliche Strömung kennzeichnen, welche die Lebensweise derjenigen bestimmt, die sich ihr zugehörig fühlen. Die libanesische Organisation, die sich selbst als eine Erweiterung der *Hizb mujahidin* in der islamischen Welt sieht,<sup>222</sup> kann kein Monopol für das koranische Konzept der Hizbollah reklamieren.<sup>223</sup> Dieses Selbstverständnis als pan-islamische Bewegung hat sich die Hizbollah, trotz ihrer Entwicklung in eine straff organisierte politische Bewegung, als intellektuelles Konstrukt, welches sich auf die Einheit aller Muslime (*umma*) bezieht, weiterhin bewahrt.

Die dargestellte Unterwerfung unter die transnationale Autorität des *wilayat al-faqih* und die Anlehnung an die islamische Republik Iran, welche die pan-islamische Haltung der Hizbollah

---

<sup>220</sup> Sure 5:56

<sup>221</sup> Sure 58:33

<sup>222</sup> „[...] we are a nation tied to the Muslims in every part of the world by a strong identical and political bond, namely Islam“, „Offener Brief“, Sektion „Who we are and What is our Identity?“.

<sup>223</sup> Im Irak existiert beispielsweise eine politische Partei mit dem Namen Hizbollah, die aber keine direkten organisatorischen Verbindungen zu der libanesischen Hizbollah unterhält. vgl. „Iraq's 2 Hizbullah groups work in relative anonymity“, in *Daily Star*, 24.04.2004

gewissermaßen verkörpert, stärkt ihren Charakter als pan-islamische Bewegung. Besonders durch die Erhöhung des *faqih* als Gründer der islamischen Republik und Speerspitze der islamischen Revolution wird die pan-islamische Identität der Bewegung deutlich. Vor diesem Hintergrund lassen sich die vielen kulturellen iranischen Symbole,<sup>224</sup> welche die Hizbollah in den Libanon importiert hat, erklären. Diese stellen in der Sichtweise der Hizbollah keine „iranischen Symbole“ dar und werden nicht als kulturelle Importe betrachtet, sondern verkörpern die Behauptung einer islamischen Identität. Ebenso gilt es, die Aussagen des Generalsekretärs Hassan Nasrallahs zu verstehen, dass der Iran und der Libanon eine Nation seien und die Hizbollah nicht ein Teil des Irans, sondern der „Iran im Libanon und Libanon im Iran“.<sup>225</sup>

Angesichts der Nicht-Materialisierung der universellen *umma* aller Muslime, die alle Muslime, Sunniten wie Schiiten vereint, hat die Hizbollah ihr Konzept der *umma* eingeeengt, da sich die universelle, nicht-existierende *umma*, die alle gläubigen Muslime umfassen würde, derzeit als „nutzlos, schwach, willenlos und politisch passiv“<sup>226</sup> herausgestellt habe. Die einzige wahre *umma* sei die „*umma* der Hizbollah“, die aus denen bestehe, die sich gegen Israel und den imperialistischen Westen zur Wehr setzten, d.h. die Gemeinschaft iranischer, palästinensischer und libanesischer schiitischer Islamisten<sup>227</sup>. Dieses Verständnis des Konzepts *umma* lässt zwei Folgerungen zu: (1) die *umma* als Identifikationsmerkmal wird nicht als eine religiöse Gemeinschaft von passiven Gläubigen verstanden, die Rituale befolgen, sondern als eine politische Gemeinschaft von islamischen Aktivisten, die für die gerechte Sache Gottes kämpfen; (2) die *umma* wird als essentiell teleologisch verstanden und der Ruf nach der Einheit der Muslime enthält damit inhärent die Forderung, gegen die Feinde dieser *umma* vorzugehen. Damit wird die Konfrontation der Feinde, insbesondere Israel, zum Kriterium der Mitgliedschaft der *umma* der Hizbollah, was Implikationen nach sich zieht für die Transformation der Bewegung.

Trotz der Einengung des Konzepts der *umma* räumte die Hizbollah der islamischen Identität weiterhin Priorität über die nationale Zugehörigkeit ein.<sup>228</sup> Der Islam, verstanden als universale Botschaft für die Menschheit, die alle nationalen Identitäten umfasst, frage nach der Unterordnung aller Rassen-, Stammes- und Verwandtschaftsbeziehungen. Diese Unterordnung der libanesisch-nationalen Identität unter die islamische Identität würde gemäß Ibrahim al-Amin al-Sayyid, einem Kleriker der Führungsebene, nicht nur durch die religiöse Doktrin diktiert, sondern auch durch die Logik. Ein libanesischer Nationalismus könne mit

<sup>224</sup> Ein Konterfei Khomeinis findet sich auf der Titelseite des Parteiorgans *al-'Ahd*. In Gebieten mit hohem Stimmenanteil der Hizbollah wie Baalbek, Südbeirut und des Südlibanon sind die Straßen von Postern Khomeinis und Khameneis, wie der Autor im Februar 2004 beobachten konnte, gesäumt.

<sup>225</sup> Ibrahim al-Amin al-Sayyid, Parlamentarier der Hizbollah, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 72

<sup>226</sup> Hassan Nasrallah, Rede am „Jerusalem-Tag“ 1997, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 74

<sup>227</sup> ebd.

<sup>228</sup> „We do not consider ourselves a Lebanese party but an Islamic party and the Lebanese problem is but one aspect of our concerns.“ Sheikh al-Tufayli, *Al-'Ahd*, 6 Rabi' al-Awwal, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 76

dem Islam nicht um die Loyalität der Muslime im Libanon konkurrieren, denn der Libanon sei nicht mehr als ein „geographischer Begriff“, während der Islam als kultureller, intellektueller und politischer Ausdruck geographische Kategorien überschreite.<sup>229</sup> Auch nach dem Prozess der *infitah*, der Anlehnung an den libanesischen Staat und der damit verbundenen Anerkennung der staatlichen Institutionen erkennt die Hizbollah die libanesischen Staatsgrenzen nicht als gegeben an, sondern beschreibt die Grenzziehung zwischen Libanon und Palästina als künstlich und unnatürlich und Folge des europäischen Kolonialismus. Die Klassifikation des Islams entlang nationaler und rassischer Kategorien, wie bspw. die eines arabischen oder persischen Islams, wird ebenfalls zurückgewiesen, da sie nur Konflikte unter den Muslimen schüre. Die Priorität der Bekämpfung des gemeinsamen Feindes aller Muslime, des israelischen Staates, mache es notwendig, alle nationalen Bindungen hinter die muslimische Identität zurückfallen zu lassen, was, wie dargestellt, die Hizbollah als notwendig erachtet zur Errichtung eines islamischen Staates.<sup>230</sup>

Als gegenwärtige Tendenz manifestiert sich im politischen Diskurs der Führungsebene im Zuge der fortschreitenden *infitah* („Lebanonisation“) die Tendenz, nationale Inhalte zu transportieren, um die libanesische Identität der Hizbollah zu akzentuieren und sich als nationalistische Bewegung darzustellen. Dieser Proto-Nationalismus scheint größtenteils dem Verlangen der Bewegung geschuldet, seine Legitimation über alle Sektoren der libanesischen Gesellschaft und konfessionellen Gruppen der Bevölkerung auszuweiten, nicht nur auf der Ebene des Widerstands. Mit dieser Annäherungsstrategie versuchte die Hizbollah, ihre Außenwahrnehmung als iranische Stellvertreter-Organisation, ohne nationale Loyalität und Identität, hinter sich zu lassen. Sie war damit aber gezwungen, ihre islamische Identität in ihrer intellektuellen Struktur mit einer nationalen zu verschmelzen. Der Generalsekretär Hassan Nasrallah betont, dass die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ideologie, wie dem Kommunismus oder dem Christentum, auch nicht als konfliktuell wahrgenommen wird im Zusammenspiel mit der nationalen libanesischen Identität. Andere libanesische politische Gruppen, die als Gewaltakteure in den libanesischen Bürgerkrieg verwickelt gewesen seien, hätten ebenso wie die Hizbollah Unterstützung seitens externer Akteure erfahren, und somit mache die Unterstützung seitens des Irans die Bewegung nicht weniger nationalistisch als andere Gruppen. Das Gefühl der Zugehörigkeit zum Islam und eine islamische Identität schloßen einen libanesischen Patriotismus und eine libanesische Identität nicht aus, sondern gingen in der erstgenannten auf.<sup>231</sup> Obwohl die Gründung der Organisation während des Bürgerkriegs auf iranische materielle und ideologische Unterstützung zurückgeht, unterstreicht die Parteiführung in ihrem politischen Diskurs wiederholt die Aussage, dass der Islamische Widerstand nicht von Iranern, sondern von

<sup>229</sup> Saad-Ghorayeb (2002), S. 77

<sup>230</sup> *Al'-Ahd*, 21 Dhu al-Qa'da 1404, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 78

<sup>231</sup> Rede Hassan Nasrallahs am 08.08.1997, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 82

schiitischen Libanesen gegründet worden sei und die Entscheidungen direkt von der libanesischen Führungsebene getroffen wurden. Zudem kämpfe Hizbollah nicht für die Befreiung von iranischem, sondern von libanesischem nationalem Territorium. Wenn auch von dem von Hizbollah geführten Widerstand andere politische Akteure, wie Syrien, profitieren, so spreche dies nicht für mangelnden libanesischen Nationalismus der Bewegung, die einen Widerstand im Namen der libanesischen Nation führe.<sup>232</sup>

Der Hizbollah-Generalsekretär versichert, dass die Anerkennung der Autorität des *wilayat al-faqih* und die Beziehungen, welche die Hizbollah mit der iranischen Führung unterhält, zu keiner Kollision libanesischer und iranischer Interessen führten. Gesetzt den hypothetischen Fall, ein solcher Konflikt würde auftreten, würde die Führung den libanesischen Interessen den Vorzug geben,<sup>233</sup> was die Anlehnung an den obersten Rechtsgelehrten auf die intellektuelle Ebene verweist und aus der politischen Sphäre ausschließt. Dies steht im Widerspruch zu der Annahme zahlreicher Analysten, dass die Unterwerfung unter eine Autorität außerhalb des nationalen Rahmens dazu führt, dass die Idee des Nationalismus von der Partei zurückgewiesen wird.<sup>234</sup> Diese Annahmen vernachlässigen aber die Tatsache, dass die Bindung an den *wilayat al-faqih* essentiell der intellektuellen Natur entspringt ebenso wie die Bemühungen der Hizbollah, den Widerstand als einen nationalen Dienst darzustellen wie auch ihre Absicht, die islamische Identität und den islamischen Universalismus mit einem libanesischen Nationalismus zu versöhnen. Aus der Perspektive der Hizbollah ist das bedeutendste Anzeichen ihres nationalen Charakters die Bereitschaft der Bewegung, sich für die eigene Nation im Kampf zu opfern, was verkörpert wird durch die Märtyrer des Islamischen Widerstands und die Kämpfer, die ihr Leben riskieren im Gefecht gegen die externe Besatzungsmacht; diese Tatsache mache die Hizbollah zu dem patriotischsten politischen Akteur im Libanon überhaupt<sup>235</sup>. Der Widerstand gegen die Besatzer mit dem Ziel der Befreiung wird als eine nationale Angelegenheit wie auch eine nationale und religiöse Pflicht dargestellt, die allen Libanesen und Muslimen obliegt. Er sei nicht nur ein islamischer, wie seine Natur Glaubend mache, sondern auch libanesischer und nationaler<sup>236</sup>.

Der mit diesem Versuch der Selbstdarstellung der Hizbollah als eine libanesisch-islamisch-nationale Partei und Widerstandsbewegung korrespondierende Wandel des politischen Diskurses, in dem sich die Hizbollah als politische Kraft aller Libanesen repräsentiert,<sup>237</sup> lässt

<sup>232</sup> Gemäß der Inkorporierung der nationalen Bezugspunkte werden nationale Symbole in das Repertoire der politischen Rituale der Bewegung aufgenommen, wie das Hissen der libanesischen Flagge neben der eigenen bei öffentlichen Reden und das Abspielen der libanesischen Nationalhymne bei Paraden der Hizbollah-Anhänger.  
<sup>233</sup> ebd.

<sup>234</sup> beispielsweise Ranstorp (1997), S. 47 ff.

<sup>235</sup> Hassan Nasrallahs in MTV im Juli 1998, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 83

<sup>236</sup> Um dies zu untermauern, wurde 1997 eine multi-konfessionelle Kampfeinheit, die „Libanesischen Widerstandsbrigaden gegen die israelische Besatzung“ gegründet, die den Kräften des „Islamischen Widerstands“ angegliedert ist.

<sup>237</sup> Während die Hizbollah unter Betonung ihrer islamischen und schiitischen Identität versuchte, sich während des Bürgerkriegs von der Amal abzugrenzen, versucht sie sich nun von ihr abzusetzen durch die Betonung ihrer

sich nach Ansicht des Autors hauptsächlich auf das Bestreben zur Umgehung des externen Vertrauensdilemmas zurückführen und zur Ausweitung der Popularität und damit Legitimität in der libanesischen Bevölkerung. Er ließe sich ebenso durch die angestrebte Vereinbarkeit zwischen islamischer und nationaler Identität als Ausweitung der intellektuellen Struktur interpretieren. Zwar wird von der Partei weiterhin reklamiert, dass die Kategorie des Nationalstaats mit dem Islam nicht vergleichbar sei, da der Islam für eine ganze Zivilisation stehe, in dem Nationen nur Bestandteile ausmachten, und ein übergreifendes intellektuelles System darstelle, welches alle anderen kulturellen Identitäten überbrücke, aber die Einbeziehung und Adressierung des Nationalen wird dadurch nicht geschmälert.

Im Kontext der islamischen und nationalen Identität lassen sich zwischen politischem und intellektuellem Diskurs, bzw. intellektueller Struktur Widersprüche aufzeigen. Die Einschätzung der Hizbollah, wonach die islamische Identität einer Bindung an den libanesischen Nationalstaat diene, was aber nur für den Fall Gültigkeit besitzt, wenn der Nationalismus den Charakter einer intellektuellen Identität annimmt und damit nicht in Konkurrenz zu der muslimischen Identität tritt, muss angesichts des herrschenden Mangels einer libanesisch nationalen Identität über alle konfessionellen Gruppen hinweg<sup>238</sup> und der zunehmenden Konfessionalisierung der politischen Szene in der libanesischen Nachkriegsordnung<sup>239</sup> in den Bereich der Theorie verschoben werden. Zwar ließe sich die These der Unmöglichkeit einer Materialisierung eines Interessenkonflikts unter der Annahme aufrechterhalten, dass die intellektuelle Bindung eine stärkere Bindung für die Hizbollah darstellt als die politische, die sich ausschließlich auf den libanesischen Nationalstaat bezieht, aber diese strikte Trennung lässt sich nach Ansicht des Autors in der Realität nur recht schwer aufrechterhalten, besonders im Hinblick auf die Tatsache, dass es sich bei der Hizbollah vorrangig um einen politischen Akteur handelt, der sich flexibel und anpassungsfähig zeigen muss angesichts der Wandlungen, denen er ausgesetzt ist.

### 3.3. Die Priorität des Widerstands

Eine, wenn nicht sogar die wichtigste Entstehungsursache der Hizbollah ist in den Widerstandsaktivitäten lokaler Initiativen im Südlibanon und im Westen der Bekaa-Ebene zu sehen.<sup>240</sup> Die Doktrin des Widerstands hat nicht nur Einzug in die „intellektuelle Struktur der Bewegung gefunden, sondern sie steht deutlich in ihrem Zentrum. Sie stellt sich als eine

---

libanesischen Identität. Im politischen Diskurs der Hizbollah wird der direkte politische Konkurrent Amal als eine korrupte konfessionelle Bewegung bezeichnet, die nur die Interessen von Schiiten vertrete, während die Hizbollah hingegen versuche, die Interessen aller Libanesen zu realisieren.

<sup>238</sup> Zu der fehlenden nationalen Identität im Libanon siehe Kassir (2000) und Reinkowski (1997)

<sup>239</sup> Zu der Tendenz der kommunalen Spaltungen in der libanesischen Nachkriegsordnung siehe Beydoun (2003)

<sup>240</sup> Die folgenden Ausführungen beziehen sich mehrheitlich auf die Zeit vor dem israelischen Rückzug aus der „Sicherheitszone“ im Südlibanon im Mai 2000. Da aber die Hizbollah wie auch Teile der libanesischen politischen Autoritäten, wie beispielsweise Staatspräsident Lahoud, und Syrien proklamieren, dass weiterhin libanesisches nationales Territorium durch Israel im Zusammenhang mit der Besetzung der syrischen Golanhöhen besetzt sei, besitzen sie auch weiterhin Gültigkeit. Vgl. dazu Kapitel 5.1.4

Säule des politischen Denkens der Hizbollah und gewissermaßen als deren Rückgrat dar, das nicht biegsam ist durch temporäre Zwänge oder Maßnahmen der Annäherung an die politischen Realitäten.<sup>241</sup> Dies ist nicht nur in einem inhärenten Anti-Zionismus der Bewegung oder der Erfüllung einer religiösen Pflicht begründet, sondern auch in der Selbstdefinition der Hizbollah als Widerstandsbewegung. Im Folgenden soll das Widerstandskonzept der Partei Gottes unter Bezugnahme der Eingliederung der Hizbollah in die politische Nachkriegsordnung erörtert werden.

Die Hizbollah definiert sich auch nach Ende des Bürgerkriegs als eine „Widerstandspartei“<sup>242</sup> oder „jihadi – Bewegung“,<sup>243</sup> die die Befreiung libanesischen Territoriums von der israelischen Besatzung durch das Mittel des bewaffneten Widerstands als ihr Hauptziel angibt. Der Widerstand besitzt für die Hizbollah oberste Priorität, repräsentiert gewissermaßen den Kern der politischen und organisatorischen Belange der Bewegung und stellt ihr *al-malaf al-thabit* (festes und veränderliches Dossier)<sup>244</sup> dar. Dies zeigt sich im Umgang der Hizbollah mit dem libanesischen Staat, indem sie gezeigt hat, dass die Ausweitung ihrer politischen Macht dem Ziel der Befreiung der von Israel besetzten Zone untergeordnet wird.<sup>245</sup> Dem Widerstand wird ebenso Priorität vor der Islamisierung der libanesischen Gesellschaft und der Errichtung einer islamischen Republik im Libanon eingeräumt, was die Hizbollah von anderen islamistischen Bewegungen unterscheidet.<sup>246</sup> Die Logik hinter der Priorität des Widerstands gegenüber der Konfrontation mit dem libanesischen Regime liegt in der Überzeugung begründet: „[I]f we want to give people a free right to choose [the political system it wants], it must first be free [from occupation] and then it can choose it.“<sup>247</sup> Die von Ranstorp aufgestellte These, dass der Widerstand der Partei nur ein Werkzeug oder ein Instrument sei, um sich Legitimität zu verschaffen und die Unterstützung auszuweiten, und sich tatsächlich als ein sekundäres Ziel der Partei gegenüber dem Ziel der Errichtung einer Islamischen Republik darstelle,<sup>248</sup> erscheint unwahrscheinlich nicht nur angesichts der Adressierungen des Widerstands als oberster Priorität im politischen Diskurs der Hizbollah<sup>249</sup>

<sup>241</sup> Wie in Kapitel 2.3.1 dargestellt wurde, bestand die Hizbollah im ersten Damaskus-Abkommen zwischen Amal und Hizbollah auf der Weiterführung ihrer Widerstandsaktivitäten, wofür sie bereit war, politische Nachteile und Kosten gegenüber ihrem Konkurrenten Amal in Kauf zu nehmen.

<sup>242</sup> Husain al-Musawi, Interview am 21.08.1997, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 112

<sup>243</sup> Hassan Nasrallah, *al-Manar TV* 06.10.1996, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 112

<sup>244</sup> *Ash-Shira'*, 24.08.1998, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 112

<sup>245</sup> Man vergegenwärtige sich die von Syrien forcierte Allianzbildung mit dem schiitischen politischen Konkurrenten Amal während der Parlamentswahlen 1992, die sich bei allen weiteren Kommunal- und Parlamentswahlen wiederholen wird. Da bei Nicht-Materialisierung dieser Allianz gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den beiden schiitischen Konkurrenten zu erwarten waren, die eine Störung der Widerstandsaktivitäten zur Folge gehabt hätten, oder sogar ein Verbot der Widerstandsaktivitäten nach sich gezogen hätten, was aber eher unwahrscheinlich erscheint angesichts der syrischen Agenda, lässt sich dies als ein „Opfer“ der Hizbollah für die Priorität des Widerstands verstehen.

<sup>246</sup> Einige sunnitische islamistische Bewegungen räumen der Islamisierung der Gesellschaft oberste Priorität ein, da sie von der Annahme ausgehen, dass nur eine ausreichend islamisierte Gesellschaft unter islamischem Gesetz einen externen Feind konfrontieren kann.

<sup>247</sup> *al-ahd*, 21 Dhu al-Qa'da 1404, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 115. Ergänzungen durch die Autorin.

<sup>248</sup> Ranstorp (1997), S. 156

<sup>249</sup> Im „Offenen Brief“ wie auch im Wahlprogramm zu den Parlamentswahlen 1996 wird der Widerstand als oberstes Ziel der Bewegung proklamiert

und der Verhaltensmuster der Partei im elektoralen Prozess, sondern auch anhand der Stellung des militärischen Arms innerhalb der Organisationsstruktur der Gesamtbewegung, die im folgenden Kapitel noch näher analysiert wird. Es lässt somit feststellen, dass die Hizbollah ihre politische Unabhängigkeit, Integrität und unter Umständen auch einen Zuwachs an politischer Ausdehnung auf der nationalen politischen Bühne aufs Spiel gesetzt hat, um der Fortführung des Widerstands gegen die israelische Besatzung willen. Unterstützung findet diese Annahme durch die Aussage des Generalsekretärs Hassan Nasrallah, dass die politische Aktivität dem Widerstand diene und ihr untergeordnet sei und nicht umgekehrt.<sup>250</sup> Die Priorität des Widerstands ist ein so integraler Bestandteil des politischen Denkens der Hizbollah, dass der militärische und politische Arm der Bewegung von den Mitgliedern miteinander identifiziert werden.<sup>251</sup> Die Hizbollah versteht alle Mitglieder der sozialen und politischen Organisationen und Institutionen der Bewegung als Widerstandskämpfer, gewissermaßen in konzeptioneller Symbiose als Teile eines „Widerstandskörpers“.

Die Priorität des Widerstands der Hizbollah entspringt aber ebenso religiösen Normen und der Notwendigkeit der Erfüllung einer legalen religiösen Pflicht, einen defensiven jihad<sup>252</sup> gegen die israelischen „Unterdrücker“ zu führen. Nach dem Verständnis der Hizbollah sei jeder Akt, in dem sich der Sache Gottes gewidmet wird, ein jihad, und in die Kategorie der Sachen, die sich Gott widmen, fallen „the cause of the people, the cause of the oppressed, the cause of pride, honour and glory, the cause of defense of the sacred, of religion and of values of humanity“.<sup>253</sup> Damit kann jede Tätigkeit, die in Verteidigung der genannten fünf Fälle ausgeführt wird, als jihad bezeichnet werden und bezieht sich damit nicht ausschließlich auf militärische Angelegenheiten.<sup>254</sup>

Auch der Kampf, den jeder Muslim mit sich selbst auszutragen habe, d.h. die Schwierigkeit, das eigene Begehren in Schranken zu weisen, fällt in die jihad-Konzeption der Hizbollah. Dieser individuelle jihad gilt als notwendige Bedingung für die anderen Formen des jihads, damit auch für den militärischen, denn es gelte sich zuerst selbst zu überwinden, bzw. die Angst vor dem eigenen Tod, um sich einem Feind erfolgreich stellen zu können. Unterschieden wird im Koran zwischen dem „kleinen jihad“ (jihad al-ashgar) und dem „großen jihad“ (jihad al-akbar), die sich in der „intellektuellen Struktur“ der Hizbollah

<sup>250</sup> Hassan Nasrallah, *Palästinensischer Nationalkongress*, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 116

<sup>251</sup> „The Resistance is Hizbu'llah and Hizbu'llah is Resistance“ Husain al-Musawi, Interview 21.08.1997, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 116

<sup>252</sup> Das arabische Nomen *jihad* leitet sich aus dem Verb *jahada* ab, was sich mit „unternehmen, anstrengen, sich bemühen“ übersetzen lässt. Das Konzept des *jihad* im Koran beschreibt eine Aktivität, durch die man sich für die Sache Gottes und des Islams einsetzt, was auf persönlicher oder gemeinschaftlicher Basis erfolgen kann.

<sup>253</sup> Hassan Nasrallah in *Amiru'l-zakira*, 24 *Dhu al-Qa'da* 1412, S. 222-223, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S.

122

<sup>254</sup> Damit kann jeder Tod, der sich in Verteidigung der genannten Angelegenheiten ereignet, als Märtyrertod bezeichnet werden. Man muss nicht im militärischen Kampf unterliegen, um als Märtyrer (*shahid*) bezeichnet zu werden. Abbas al-Musawi, der zweite Generalsekretär der Hizbollah, der 1991 einem israelischen Luftangriff zum Opfer fiel, wird beispielsweise als Märtyrer charakterisiert.

gegenseitig bedingen und keine Rangfolge im Sinne einer Wertigkeit darstellen. Wer versuche, den kleinen jihad zu vermeiden, der habe notwendigerweise die Herausforderung des großen jihads nicht bestanden<sup>255</sup> und in diesem Sinne ist der jihad, den es gilt, mit sich selbst zu bestehen, höherwertig als der militärische im Sinne einer Vorabbedingung, aber nicht in einem absoluten oder abstrakten Sinne. Daraus ergibt sich, dass der kleine jihad den *raison d'être* des großen jihads darstellt, beide aber von jedem Muslim verlangt werden.

Der jihad, der nach Lesart der Hizbollah einen der fünf Säulen des Islams ausmacht, ist ein integraler Bestandteil ihrer theologischen Doktrin und damit besitzt der Widerstand nicht nur den Charakter eines heiligen Rechts, was aufgehoben werden kann, sondern stellt eine *wajib shari'* (legale religiöse Pflicht) dar, die jeder Muslim auf sich nehmen müsse.<sup>256</sup> Der Widerstand, den die Hizbollah sich nicht nur auf der militärischen Ebene materialisieren sieht, sondern auch auf der kulturellen, politischen und ökonomischen, verliert damit seinen voluntaristischen Charakter und nimmt die Form einer Norm für die Völker an, deren Länder durch einen Besatzer unterdrückt werden. Die Auflehnung gegen die Besatzung muss aber nicht in Form eines islamischen Widerstands geschehen, aber der religiöse und essentiell islamische Charakter des Widerstands wird im eigenen Fall affirmiert durch die Porträtierung des Widerstands als Verfügung des *wajib shari'*.<sup>257</sup>

Ein integraler Teil der Konzeptualisierung des jihad der Hizbollah ist der Begriff des *shahid* (Märtyrer), der denjenigen bezeichnet, der nicht nur bereit ist, für die Sache Gottes zu kämpfen, sondern auch bereit ist, für diese sein Leben zu lassen. Unter die Definition des Märtyrers der Hizbollah fallen aber nicht nur diejenigen, die einen vorsätzlichen Tod in der militärischen Auseinandersetzung mit dem Feind in Kauf nehmen, sondern auch diejenigen, die einen unvorsätzlichen Tod außerhalb des Schlachtfelds erleiden. Das Märtyrertum und die Klassifizierung als Selbstopfer sind somit verbunden mit allen Formen des jihads, die eine Wahrscheinlichkeit des Todes mit einbeziehen. Die Hizbollah hat, wie in Kapitel 4.3. noch dargestellt wird, einen Märtyrer-Kult innerhalb seiner Anhängerschaft installiert und memoriert alljährlich an dem von Khomeini ausgerufenen *al-yawm al-shuhada* (Märtyrer-Tag) ihren gefallenen „Märtyrern“.

Wie die Priorität des Widerstands sich aus einer religiös auferlegten Pflicht und damit einer theologischen Norm ableitet, so lässt sie sich ebenso ableiten aus der Annahme der Hizbollah, dass das Führen des bewaffneten Widerstands das einzige wirksame Mittel darstellt, welches einen kompletten israelischen Rückzug aus dem besetzten Territorium einleiten könne. Aufgrund historischer Beispiele, die zeigten, dass durch einen aktiven

---

<sup>255</sup> Hassan Nasrallah, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 123

<sup>256</sup> Diese theoretisch jedem Muslim obliegende Pflicht wird eingeschränkt, falls eine ausreichende Proportion der Gesellschaft diese Pflicht leistet und sie damit die Form einer kollektiven Pflicht annimmt.

<sup>257</sup> Saad-Ghorayeb (2002), S. 126

Widerstand der Bevölkerung Besatzungsmächte besiegt werden können,<sup>258</sup> führt die Bewegung ihre Strategie des Widerstands mit dem Ziel, dem Besatzer so viele Opfer wie nur möglich zuzufügen, um in der israelischen Gesellschaft eine Debatte über den Sinn der Besetzung zu entfachen. Der „Krieg der Abnutzung“ solle das Militär, die Gesellschaft und die Regierung Israels vor das Dilemma stellen, welches nur die Alternativen Rückzug oder weitere Verluste zulasse. Ein weiteres Ziel des Widerstands, basierend auf einer Abschreckungslogik, ist das Bemühen, durch die Bedrohung Nord-Galiläas Israel präventiv davon abzuhalten, eine weitere Expansion auf libanesischem Territorium vorzunehmen. Gewalt stelle das einzige Mittel dar, was einen israelischen Rückzug herbeiführen könne, denn Israel verstehe nur die „Logik der Gewalt“<sup>259</sup>. Deshalb sieht die Hizbollah auch keine Begründung für Verhandlungen mit Israel, die sie als unbrauchbar und als „Anbetteln Israels um Frieden und Sicherheit“<sup>260</sup> qualifiziert, da durch bewaffnete Konfrontation beides ohne Konditionen erreicht werden könne. Zwischen Verhandlungen und dem bewaffneten Kampf wähle die Hizbollah den Kampf, was sich auf das Prinzip zurückführen lässt, dass Unterdrückung nicht belohnt und dem Besatzer keine Gewinne zuteil werden dürften, was unwiederbringliche Folgen von Verhandlungen seien. Die Hizbollah fühlte sich durch den unilateralen Rückzug Israels aus der „Sicherheitszone“ im Mai 2000 in ihrer Wahrnehmung der Logik des Widerstands bestätigt, was zur Folge hatte, dass noch im selben Jahr ein neues Konfliktfeld eröffnet wurde. Dies ermöglichte ihr, den „Widerstand“ fortzuführen und die für die interne wie externe Legitimation wichtige Doktrin des Widerstands aufrecht erhalten zu können.

### 3.4. Zwischenfazit: Die Strategie der Zweideutigkeit

Zusammenfassend lässt sich nach der Betrachtung der auf moralischen, religiösen und politischen Normen basierenden intellektuellen Struktur im Kontext mit der sich wandelnden soziopolitischen Realität des Libanon in finaler Analyse sagen, dass sich die Hizbollah-Führung dem Zwang ausgesetzt sah, ihre theoretischen Grundlagen zu reformulieren, um den politischen Realitäten der libanesischen Nachkriegsordnung als politischer Akteur gerecht zu werden. Wie gesehen, hat die Partei Gottes dabei ernsthafte Versuche unternommen, ihre moralischen Maßstäbe und theologischen Doktrinen zu bewahren, trotz des Entstehens diverser Widersprüche, wie der Verbindung zwischen islamischem Staatsideal der Partei und die Billigung der Demokratie, der intellektuellen Festlegung auf das Konzept des *wilayat al-faqih* und der gleichzeitigen Unterordnung unter die Autorität des libanesischen Staates, sowie auch die Priorisierung der islamischen Identität in Verbindung

<sup>258</sup> Der Teilrückzug der israelischen Armee 1985 in die „Sicherheitszone“ im Südlibanon scheint tatsächlich der Tatsache geschuldet, dass die Widerstandsattacken bis dahin 640 Opfer unter den israelischen Soldaten gefordert hatten. Wright (1985), S. 69

<sup>259</sup> Hassan Nasrallah, Rede am „Jerusalem-Tag“ 1997, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 119

<sup>260</sup> *Daily Star*, 16.01.1999, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 119

mit einem libanesischen Nationalismus. Die duale Strategie oder Strategie der Zweideutigkeit, das wesentlich Islamische wie auch Unerreichbare auf die theoretische und intellektuelle Ebene und das Erreichbare und Säkulare auf die politische Ebene zu verweisen, stellt sich zwar als eine Form der politischen Adaptation dar, verweist aber gleichzeitig darauf, dass die Hizbollah auf intellektueller Ebene ihre Transformation zu einem ausschließlich politischen Akteur nicht abgeschlossen hat und dies aufgrund ihrer Selbstdefinition als Widerstandsbewegung sowie interner und externer Zwänge auch nicht zu beabsichtigen scheint, da diese Funktion ihr in der libanesischen Bevölkerung eine weit reichende Legitimität und Anhängerschaft verschafft hat. Dennoch stellt sich die Frage, ob die kunstvolle Balance zwischen „intellektueller Struktur“ und politischem Diskurs auf unbestimmte Zeit von der Hizbollah aufrecht zu erhalten ist, da sie einen gewissen Ideologiespagat erfordert, der für politische Kräfte immer ein relativ unsicheres Unterfangen darstellt, besonders für solche, deren Identität so bedeutend mit einer Konfliktsituation verbunden ist. Es ist zu erwarten, dass einer der beiden Bestandteile in der Zukunft aufzugeben ist, bzw. zurückgewiesen werden muss.

Die Autorin Harik hat nachgewiesen, dass Hassan Nasrallah, Generalsekretär der Hizbollah, eine Strategie der ideologischen Zweideutigkeit in seinem politischen Diskurs anwendet, indem er in vier unterschiedlichen Kontexten den Widerstand der Hizbollah gegen die israelische Bedrohung, abhängig von den Adressaten, an die er sich wendet, präsentiert.<sup>261</sup> Vor der Anhängerschaft der Hizbollah und vor Schiiten in den südlichen Vorstädten Beiruts wird der *jihad* ausschließlich in einem religiösen Kontext präsentiert und beschrieben als eine heilige religiöse Pflicht, welche alle anderen Ziele überstrahlt. Die Israelis werden als Feinde und Ketzer beschrieben, welche es gelte, vom muslimischen Boden zu vertreiben. Der Konflikt zwischen der Hizbollah und Israel wird als Teil einer Gesamtkampagne mit dem Ziel dargestellt, Palästina zu befreien. Bei Diskursen mit einer Audienz weiterer Ausdehnung wird der *jihad* und Widerstand in einem nationalen Kontext präsentiert und als nationale Pflicht dargestellt, die jedem Libanesen auferlegt sei, um das Heimatland von der externen Besatzung zu befreien. Das libanesisches Volk wird als Volk des Widerstands präsentiert, welche Israel Widerstand leiste. Bestehen die Adressaten aus Libanesen aller Konfessionen, wird der Widerstand in einem nationalen Zusammenhang dargeboten und in einen Kontext des Imperialismus und des Eindringens des Westens in die Nahost-Region eingeflochten. Israel wird hier die Rolle eines Dieners oder Agenten Amerikas zugeschrieben, gegen den die Hizbollah als Speerspitze der arabischen Nation Widerstand leiste. Adressiert Nasrallah eine interregionale oder globale Audienz, wird die Idee des *jihads* der Organisation als ein durch das Völkerrecht legitimer Widerstandskampf, der besetzten Staaten vorbehalten ist, dargestellt und Israel wird als Brecher internationalen Rechts bezeichnet. Diese Strategie

---

<sup>261</sup> Harik (2004), S. 71-72

macht deutlich, wie es der Hizbollah möglich ist, aus den Transformationsdilemmata entstehende Hindernisse weitestgehend zu umgehen, bzw. diese miteinander in Einklang zu bringen, denn weiterhin kann so die Bindung zu der Anhängerschaft aufrecht erhalten werden durch Adressierung der islamischen Agenda, wie gegenüber der Gesellschaft die Position der Erweiterung der politischen Agenda vertreten werden.

Außerdem macht das Dargestellte einen weiteren wichtigen Aspekt deutlich. Die Führung der Hizbollah, an deren Spitze Kleriker stehen, müssen nicht nur Experten auf theologischem Gebiet sein, sondern sich auch als flexibel in ihrer Handhabung der Macht erweisen. Während im theologischen Bereich die Inhalte relativ unbiegsam sind, müssen sich die Kleriker in ihrer Funktion als politische Führer als innovativ und pragmatisch erweisen, um sich den wandelnden Realitäten anzupassen. Tun sie das nicht, werden sie politisch marginalisiert, wie das Beispiel des ersten Generalsekretärs Tufayli gezeigt hat. Sie müssen außerdem eine gewisse ideologische Flexibilität besitzen, die notwendig ist, um den Antagonismus zwischen denen zu reduzieren, die eine Trennung des Religiösen und Politischen favorisieren, ohne die grundsätzlichen Vorschriften ihres Glaubens zu vernachlässigen, was die Stamm-Anhängerschaft verunsichern würde. Die Einrahmung wichtiger islamischer Werte und Normen im Hinblick auf Identitäten und Ziele von Säkularisten anwendbar zu machen, erscheint sehr wichtig, um vorhandene Ängste vor einem Wiedererstarken des Radikalismus zu nehmen und die eigene Legitimität und damit den politischen Einfluss ausweiten zu können.

#### **4. Die „drei Gesichter“ der Hizbollah – Der strukturelle Aufbau der Organisation**

Die Hizbollah lässt sich nicht allein auf ihre Rolle als politische Partei im Parlament und in den kommunalen Körperschaften reduzieren, da sie über ein weitreichendes Spektrum an Wohlfahrts- und Dienstleistungsorganisationen wie über einen bewaffneten Arm paramilitärischen Charakters verfügt. Diese „drei Gesichter“ der Organisation und deren Aktivitäten werden im Folgenden, - nach einem Überblick über die Gesamtstruktur, die internen Entscheidungsprozesse und der Erstellung eines Profils der Kader und Anhängerschaft -, hinsichtlich ihrer Auswirkungen, die sie für eine Ausweitung der Legitimation auf politischer und gesellschaftlicher Ebene haben, dargestellt. Es ist zu erwarten, dass sich der Prozess der Öffnung und die damit verbundene Ausweitung der politischen Agenda sowohl in der Organisationsstruktur niederschlagen, wie auch auf die internen Entscheidungsprozesse Auswirkungen haben. Trifft diese Annahme zu, so lassen sich Rückschlüsse anstellen über den Umgang der Hizbollah mit dem internen wie auch externen Transformationsdilemma.

#### 4.1. Analyse der Organisationsstruktur

In ihrer Gründungsphase während des Bürgerkriegs operierte die Hizbollah größtenteils im Verborgenen und ließ ihre Organisationsstruktur<sup>262</sup> nicht öffentlich werden, was ihrer Widerstandsstrategie und ihren politischen Zielen geschuldet war.<sup>263</sup> Sie bestand in dieser frühen Entwicklungsphase aus weit gehend autonomen, lokalen muslimischen Initiativen im Südlibanon und in der Bekaa-Ebene, die sich mit zunehmend militärischem Erfolg zu einer Bewegung vereinigten. Die Kleriker der Führungsebene sahen sich vor die Entscheidung gestellt, eine zukünftige Struktur für die Organisation festzulegen. Ihnen stellten sich hinsichtlich dieser zwei Alternativen: (1) eine starre Struktur, wie die meisten der „Parteien“ im Libanon, oder (2) eine mehr lose und aufgeweichte Struktur, ähnlich der Führungsschicht der Kleriker im Iran, welche mehr oder minder auf dem persönlichen Charisma religiöser Führer basiert.<sup>264</sup> Man entschied sich für die Variante der strukturierten Organisation mit einer kollektiven Führung, die bereits 1985 über die wesentlichen Charakteristika einer „Partei“ im libanesischen Sinne mit Büros, Uniformen, Militärparaden, Flagge und einem Parteilogo verfügte.<sup>265</sup> Geschaffen wurde damit eine Funktionseinheit, welche einerseits deutlich hierarchische Strukturen aufweist, andererseits aber weit gehend autonome Bestandteile.

Den ersten Teil dieser Funktionseinheit bilden die Offiziellen, mehrheitlich Kleriker, die Positionen in der hierarchischen Struktur einnehmen und den Status eines „Teilnehmers“<sup>266</sup> der Hizbollah besitzen.<sup>267</sup> Der zweite Teil der Organisation besteht aus der Anhängerschaft, den Massen. Die Hizbollah hat damit, wie schon in den vorangegangenen Kapiteln angedeutet, keine Mitglieder im Stile westlicher Parteien, was ihrer Selbstdefinition als „intellektuelle Strömung“ oder „Zustand“ entspricht, dessen „intellektuelle Struktur“ es verlangt, die engen heimischen Grenzen einer konventionellen Partei zu sprengen. Wenn die Hizbollah zu einer öffentlichen Kundgebung aufruft, so befindet sich unter denen, die sich

<sup>262</sup> Alle im Folgenden referierten Informationen über den Organisationsaufbau stützen sich auf die Autoren Abu Khalil (1991), Hamzeh (1993), Harik (2004), Jaber (1997), Rosiny (1996) und Saad-Ghorayeb (2002). Da sich die Informationen teilweise frappierend widersprechen, sind die folgenden Aussagen zum organisatorischen Aufbau der Hizbollah mit Vorbehalt zu betrachten.

<sup>263</sup> „The nature of our formation required clandestine behaviour. In 1985 we made an announcement [der „Offene Brief“, E.M.]. This announcement made public some of our figures, but others remained unknown. Since then there have been serious schemes made against us.“ Sheikh Naim Kassim zitiert nach Jaber (1997), S. 62

<sup>264</sup> Die Gründer der Partei waren mehr von dem Stil Khomeinis angezogen aufgrund der populistischen Charakteristika und der Abwesenheit einer festen Kommandokette, aber Kritiker des iranischen Modells merkten an, dass ein charismatischer und symbolischer Führer gefunden werden müsse, welcher die notwendigen Anforderungen besitze, wie ein libanesischer Khomeini zu handeln. Sie bezweifelten, dass eine solche Figur im Libanon existierte. Auch angesichts der multikonfessionellen Gesellschaft im Libanon schien eine strukturierte Organisation eine notwendige Bedingung zu sein, um zu funktionieren. Jaber (1997), S. 63, Hamzeh (1993)

<sup>265</sup> „We concluded at the end that we needed a structural organisation which was in some aspects rigid enough to be able to prevent infiltration by the enemy and at the same time flexible enough to embrace the maximum sector of the people without having to go through a long bureaucratic process.“ Shaykh Nassim Qasim zitiert nach Jaber (1997), S. 63

<sup>266</sup> Jaber nennt den Begriff „Teilnehmer“ (*subscriber*). Jaber (1993), S. 65

<sup>267</sup> Da sich die schiitischen *ulama*, unabhängig von ihrer Mitgliedschaft in der Hizbollah, intern nach einer Rangfolge in der theologischen Gelehrsamkeit stratifizieren, existieren somit zwei Hierarchien, eine politische und eine theologische. Zwischen diesen beiden bestehen informelle Querverbindungen und Interdependenzen.

zusammenfinden, nur ein geringer Teil, der zum tatsächlichen Apparat gehört, während der überwiegende Teil sich aus jenen zusammensetzt, welche die von der Führung vorgegebene Politik unterstützen und sich mit ihr identifizieren, aber nicht zu einem „Teilnehmer“ werden können.

Das höchste Entscheidungsgremium der Hizbollah ist die *majlis al-shoura al-a'la* (Oberste *Shoura* (Rats-)Versammlung). Über die Mitgliederzahl und Zusammensetzung dieses an der Spitze der Hierarchie stehenden Gremiums existieren unterschiedliche Angaben,<sup>268</sup> aber es ist gewiss, dass es sich bis auf wenige Ausnahmen aus Klerikern zusammensetzt, denen die legislativen, exekutiven, judikativen, politischen und militärischen Angelegenheiten der Bewegung obliegen.<sup>269</sup> Bei Uneinigkeit unter den Mitgliedern der *Shoura* rufen sie den *wali al-faqih*, gegenwärtig Ali Akbar Khamenei, als oberste Schiedsautorität an. Jedem Mitglied dieses Gremiums ist ein bestimmter Tätigkeitsbereich der Organisation zugeteilt und ihm obliegt die Aufgabe, die Entscheidungen des Rats dort durchzusetzen. Den Vorsitz hat der Generalsekretär, dessen Amt 1989 eingeführt wurde, und der innerhalb des Gremiums gewählt wird.<sup>270</sup> Hassan Nasrallah, der seit 1991 dieses Amt bekleidet, tritt als Repräsentant der obersten Führungsebene in der Öffentlichkeit auf und fungiert ähnlich wie ein Parteichef. Er trifft sich mit den Vertretern anderer politischer Fraktionen und Repräsentanten staatlicher Institutionen. Ferner existieren auf der regionalen Ebene *Shoura*-Versammlungen in der Bekaa-Ebene, in Beirut, der *dahiyya* und im Südlibanon.

1989 fand im Rahmen des Prozesses der Öffnung neben der Einrichtung des Generalsekretariats eine Umstrukturierung der Organisationsstruktur statt. Neben dem *majlis al-shoura al-a'la* als oberstem Gremium wurde der Beschlussfassungsrat (*majlis al-shoura al-karar*) als die zweithöchste Autorität eingeführt<sup>271</sup> und ein Politbüro (*al-maktab as-siyasi*)<sup>272</sup> als oberste Verwaltungsbehörde geschaffen, dem die Oberaufsicht der technischen, administrativen und sozialkaritativen Suborganisationen der Hizbollah obliegt sowie den Sicherheitsorganen vorsteht. Auch die Schaffung eines Informations-/Medien-Department,

<sup>268</sup> Hamzeh (1993) nennt 17 Mitglieder, laut Jaber (1997), S. 65 sind es nur 7, aber sie betont, dass die Größe des Gremiums variiert. Als Mitglieder dieses Gremiums sind Ibrahim al-Sayyid, Hassan Nasrallah (gegenwärtiger Generalsekretär), Sheikh Subyi al-Tufayli (Ex-Generalsekretär), Sheikh Naim Kassim (gegenwärtiger Stellvertretender Generalsekretär), Abu Salim Yaghi und Husain al-Musawi als einziger säkularer Vertreter bekannt. Sie haben diese Position seit der Einführung des Gremiums inne. Harik (2004), S. 54. Während des Bürgerkriegs sollen auch eine Gruppe von Vertretern der iranischen Sicherheitsorgane Mitglieder des Obersten Rates der Hizbollah gewesen sein. Seit 1993 gehört ein Parlamentarier der Hizbollah ebenfalls dem Gremium an. Rosiny (1996), S. 130 Anm. 44

<sup>269</sup> Die bewaffneten Kampfverbände der Hizbollah unterstehen (wahrscheinlich) direkt dem obersten Gremium.

<sup>270</sup> Nach Angaben Rosinys wird der Generalsekretär von der Generalversammlung gewählt. Rosiny (1996), S. 130

<sup>271</sup> Nach anderen Angaben teilt sich die *majlis al-shoura* noch auf in die *majlis al-shoura al-karar* (Beschlussfassungs-Rat) und den *shoura tanfid* (Exekutiv-Rat). Der erste repräsentiere die Führungsebene der Hizbollah, welche die Entscheidungen treffe, und die zweite Körperschaft führe diese Direktiven aus. Der Exekutiv-Rat habe einen begrenzten Kompetenzbereich und dürfe nur weniger wichtige Angelegenheiten entscheiden, ohne den Beschlussfassungs-Rat anzurufen. Der Generalsekretär müsse dem Beschlussfassungsrat angehören. Jaber (1997), S. 66 und Harik (2004), S. 54, ICG (2003) a, S. 2-3

<sup>272</sup> Jaber (1997), S. 66 nennt 12 Mitglieder, andere nennen 15 wie Hamzeh (1993) und Rosiny (1996), S. 130.

welches direkt dem Generalsekretär untersteht und die Radio- und TV-Station und Zeitungen der Bewegung kontrolliert, kann als Beleg dafür dienen, dass sich die Bewegung gegenüber der Öffentlichkeit geöffnet hat, was selbstverständlich im Verhältnis zu der Klandestinität der Anfangsphase zu messen ist. Angesichts zahlreicher Bombenattacken gegen Mitglieder der Führungsebene scheint dieses Ausmaß an Geheimhaltung notwendig zu sein. Es lässt sich aber feststellen, dass die Bewegung aus der Verborgenheit in eine offenere Struktur mit dem Prozess der Annäherung an das politische System koinzidiert.

Eigene Wirtschaftsunternehmen, welche verbilligte Produkte für Mittellose herstellen und den Zweck haben, islamischen Sittenvorstellungen entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, an denen beispielsweise die Geschlechtersegregation verwirklicht wird, sollen für ein zweites Standbein sorgen, um die finanzielle Unabhängigkeit vom Mentor Iran zu fördern. Ferner werden eigene Wohnsiedlungen, Kreditinstitute und Baugenossenschaften von der Hizbollah unterhalten. Im Bereich der Kultur, Ausbildung und Wissenschaft wurden eigene Institutionen gegründet, und die Hizbollah unterhält eigene Primär-, Sekundär- und Berufsschulen, theologische Hochschulen und sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute.<sup>273</sup> Auch in Jugend- und Studentenorganisationen werden Mitglieder und Sympathisanten mobilisiert und potentielle Interessenten zielgruppenspezifisch angesprochen. Darüber hinaus existiert ein eigenes Gerichtssystem, dessen Urteile von dem obersten schiitischen Konfessionsschiedsgericht des Libanon legalisiert werden können.<sup>274</sup>

Die Hizbollah betreibt eine große Anzahl sozial-karitativer Institutionen und Organisationen, unterhält Behindertenheime, Kranken- und Waisenhäuser sowie Apotheken, in denen Medikamente verbilligt oder kostenlos an Bedürftige herausgegeben werden. Die religiösen Stiftungen, wie die *al-Shahid*-Stiftung (Märtyrer-Stiftung), versorgen Angehörige der Gefallenen des „Islamischen Widerstands“. Außerdem halten sie Stipendien für Schüler und Studenten bereit. Die Organisation *Jihad al-Bina* (Heiliger Kampf für den Wiederaufbau) hilft bei der Rekonstruktion der durch israelische Bombardements zerstörten Gebäude und Infrastruktur und übernimmt in den Hizbollah-Hochburgen wie der Bekaa-Ebene und den südlichen Vororten Beiruts die Trinkwasserversorgung, die Müllentsorgung und andere infrastrukturelle Aufgaben. Viele Ingenieure und ausgebildetes Personal finden sich in ihren

---

<sup>273</sup> Das eine der zwei sozialwissenschaftlichen Institute, die mit der Hizbollah assoziiert sind, ist das *Markaz ad-dirasat al-istratigiya wa-l-buhut wa-t-tautiq* (Zentrum für Strategische Studien, Forschung und Dokumentation), welche sich den Forschungsgebieten des Friedensprozesses und islamischen Bewegungen widmet. Sein wissenschaftlicher Stab setzt sich teilweise aus Hochschullehrern der Libanesischen Universität Beirut zusammen. Das *al-Markaz al-istisari li-d-dirasat wa-t-tautiq* (Beratungszentrum für Studien und Dokumentation) mit dem Vorsitzenden Ali Fayyad, ehemaliger Vorsitzender des Hizbollah-Informationsbüros und Mitglied des Politbüros, wurde als wissenschaftliches Institut gegründet, „um gesellschaftlichen und sozialen Problemen lokal und regional zu begegnen“. Das Zentrum hat eine Doppelfunktion als empirisch-wissenschaftliches Forschungsinstitut und als Organisation der Politikberatung und Projektplanung. Mitarbeiter des Institutes waren dem Autor bei der Recherche für die vorliegende Arbeit äußerst hilfreich. Zu den beiden Forschungsinstituten siehe Rosiny (1998) a

<sup>274</sup> Während des Bürgerkriegs hatten die Gerichte oberste juristische Autorität in den von der Hizbollah kontrollierten Gebieten, vgl. Hamzeh (1997), S. 94 ff. und Rosiny (1996), S. 290-296

Reihen und die Organisation arbeitet so effizient, dass sie die staatlichen Institutionen in ihren Tätigkeitsbereichen in bestimmten Gebieten weit gehend ersetzt hat.

Der Bildungsarbeit und den Medien misst die Hizbollah eine besondere Bedeutung zu. Sie nutzt alle modernen Massenmedien, denn diese sollen neben der Informationsverbreitung auch der „Erziehung“ der Muslime „zum gottgefälligen Leben“ dienen. Deshalb wird dem Aufbau von Bibliotheken, Schulen und theologischen Institutionen, ebenso dem Unterhalt von Massenmedien wie Internetseiten, Radio und Fernsehen,<sup>275</sup> wöchentlich und monatlich veröffentlichten Zeitschriften und Zeitungen und dem Verkauf preiswerter Bücher und Printmedien besondere Aufmerksamkeit geschenkt.<sup>276</sup>

Analysiert man die Struktur der Hizbollah anhand ihres organisatorischen Aufbaus, so lässt sich folgendes feststellen: die Führungsebene der Bewegung, die sich fast ausschließlich aus Geistlichen zusammensetzt, steht an der Spitze des pyramidalen Aufbaus und kontrolliert und koordiniert alle Entscheidungsprozeduren und Aktivitäten der Gesamtbewegung. Die Direktoren der sozialen Dienstleistungs- und Wohlfahrtsorganisationen und der Sicherheitskräfte, wie auch der parteieigenen Unternehmen unterstehen direkt dem Politbüro. Die pyramidale Struktur der Bewegung setzt sich in den jeweiligen Unterorganisationen bis in regionale Sub- und Nachbarschaftskomitees fort, wodurch einerseits ein hohes Maß an Kontrolle der Gesamtorganisation gewährleistet ist, es aber andererseits beinahe unmöglich erscheint, einen innerparteilichen Pluralismus entstehen zu lassen. Die Führungsebene der Kleriker besitzt nicht nur in ihrer Funktion als politischer Entscheidungsträger, sondern auch auf der theologischen Ebene hohe Autorität und Legitimität. Da es schwierig ist, den wirklichen Grad des internen Pluralismus nicht nur auf politischer Ebene zu validieren, lässt sich aus der streng hierarchischen, pyramidalen Struktur ableiten, dass „Gehorsam und Loyalität“ gegenüber der Führung eine große Rolle spielen.<sup>277</sup>

Wie schon angedeutet, strukturierte sich die Hizbollah in ihrer konstitutiven Phase zunächst entlang von Einflussbereichen schiitischer Kleriker und Theologen auf regionaler Ebene. Diese nahmen während der Strukturierungs- und Diversifizierungsphase der Bewegung Führungspositionen auf der obersten Entscheidungsebene der Hizbollah ein und haben diese größtenteils gegenwärtig noch inne. Die Bewegung folgt damit der von Ayatollah Khomeini konzipierten Lehre des *wilayat al-faqih*, wonach die Führung der *umma* während der Abwesenheit des *Imam al-Mahdi* den Geistlichen obliegt. Zu Beginn der 90er Jahre

---

<sup>275</sup> Schon 1982 gründete die Hizbollah ihre erste Rundfunkstation (Radio des Islam) in Baalbek. Das Radio *al-Nur* (das Licht) und der Fernsehsender *al-Manar* (der Leuchtturm) können national wie international empfangen werden.

<sup>276</sup> Zu Publikationen des schiitischen Islamismus im Umfeld der Hizbollah siehe Rosiny (2001)

<sup>277</sup> Ein Autor beschreibt den organisatorischen Aufbau als angelehnt an leninistische Organisationsprinzipien, Abu Khalil (1991). Andere stellen die Partei als „eiserne Einheit“ dar, in der Pluralismus verpönt und geächtet sind und nicht in geringstem Grad existieren. *al-Sahir* vom 18.08.1998, zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 43

traten diese Kleriker als politische Repräsentanten der Hizbollah<sup>278</sup> in die Öffentlichkeit, was ihr Erscheinungsbild als theokratische Organisation prägte. Nachdem aber einzelne Parlamentarier<sup>279</sup>, wie beispielsweise Muhammad Raad, die Hizbollah in der vierten Legislaturperiode im libanesischen Parlament vertreten und damit einer weiten Öffentlichkeit bekannt sind, ist damit zu rechnen, dass dieser Eindruck in der öffentlichen Wahrnehmung abgenommen haben dürfte. Das politische Tagesgeschäft wird nun mehrheitlich säkularen Funktionsträgern überlassen, deren Bedeutung mit der gesteigerten Professionalität und Diversifizierung für das Funktionieren des gesamten Apparats gestiegen ist.<sup>280</sup> Auf den Führungspositionen der diversen Unterorganisationen befinden sich wegen der benötigten Qualifikationen ohnehin säkular ausgebildete Kader und Technokraten, von denen einige eine Ausbildung im Ausland genossen haben.<sup>281</sup>

Die Angaben in der Literatur über die Anzahl der „Teilnehmer“ schwanken erheblich. Hamzeh nennt für 1992 eine Zahl von 20.000 organisierten Mitgliedern, von denen sich allein die Hälfte in der Bekaa-Ebene aufhielt.<sup>282</sup> Während die Hizbollah lange keinen formalisierten Mitgliederstatus kannte, erscheint es schwer, die tatsächliche Anzahl der „Teilnehmer“ anzugeben, da diese Informationen der Öffentlichkeit nicht preisgegeben werden. Die „Teilnehmer“ werden in *mutabi'un* („Folge Leistende“) der jeweiligen regionalen Führer, nicht etwa in politische Flügel aufgeteilt.<sup>283</sup> Eine Einordnung der „Teilnehmer“ in Moderate und Radikale vorzunehmen ist damit kaum möglich. Der Hizbollah-Parlamentarier Muhammad Raad hält diese Einteilung auch für falsch, da sie ideologische Tendenzen andeuten würde. Er hält eine Einordnung eines nicht-ideologischen Kontinuums mit den Polen „Flexibilität und Realismus“ und „weniger Flexibilität und Realismus“ für sinnvoller.<sup>284</sup> Die „Teilnehmer“ erhalten, nach gängiger Praxis der politischen Kräfte im Libanon, ebenso wie die Anhängerschaft, materielle Vergünstigungen und ihnen werden Ressourcen aller Art vermittelt. Somit scheinen sich materielle Interessen, politische Überzeugungen und

<sup>278</sup> Auf eine Nennung der Namen der Kleriker der obersten Führungsebene, die im Verlauf der Analyse schon vereinzelt gefallen sind, soll hier verzichtet werden. Siehe dazu Rosiny (1996), S. 142-158 und Ranstorp (1994) und (1997), S. 65-78. Zur Biographie des Generalsekretärs Hassan Nasrallah siehe Rosiny (2001), S. 11

<sup>279</sup> Unter den acht der 1992 ins Parlament gewählten schiitischen Abgeordneten der Hizbollah waren 3 Geistliche. Rosiny (1996), S. 142 Anm. 11

<sup>280</sup> Der Einfluss der Säkularisten und Parlamentarier gegenüber den Klerikern in der Hizbollah scheint nach dem israelischen Rückzug aus dem Südlibanon im Sommer 2000 wieder zurückgegangen zu sein, wobei als Erklärung die Entlassung des Parlamentariers Muhammad Raad von dem Amt des Vorsitzenden des Exekutiv-Rates herangezogen wird. ICG (2003) a, S. 3

<sup>281</sup> Ein Parteimitglied gab an, dass sich unter den Mitgliedern der Partei viele Anwälte, Ingenieure und Lehrer befinden. Harik (1996), S. 55. So auch Perthes (1994), S. 126

<sup>282</sup> Hamzeh (1993), S. 332

<sup>283</sup> Diese Angabe stammt von Rosiny (1996), S. 140. Ob dies gegenwärtig noch der Fall ist, konnte der Autor nicht verifizieren. Dort heißt es, dass ein Mitglied beispielsweise als *yutabi a la khatt 'Abbas al-Musawi* (der Linie Abbas al-Musawis folgend) bezeichnet wird.

<sup>284</sup> zitiert nach Saad-Ghorayeb (2002), S. 42-43

Opportunismus zu vermischen. Aber, wie vorher schon erwähnt, trennt die Hizbollah deutlich zwischen ihren Mitgliedern und ihrer Anhängerschaft, den Massen.<sup>285</sup>

Auch die Angaben über die Anhängerschaft der Hizbollah schwanken in der Literatur erheblich. Deshalb erscheint es als Herangehensweise sinnvoll, einen Einblick in den Umfang der Parteigänger und ihr sozioökonomisches Profil über die Ergebnisse der Hizbollah bei Parlamentswahlen zu gewinnen. Die Autorin Harik hat dies 1993 in einer empirischen Studie<sup>286</sup> vorgenommen, indem sie vier Komponenten (Religiosität, sozioökonomischer Status, politische Entfremdung und politische Präferenz) operationalisiert und in einen Fragebogen eingeflochten hat. Ergebnis der Befragung war, dass die Anhänger der Hizbollah weniger tief religiös als erwartet waren, sich über alle sozioökonomischen Schichten der libanesischen Gesellschaft verteilten<sup>287</sup> und sich nicht durch eine erheblich größere politische Entfremdung von dem politischen System auszeichneten als Anhänger anderer politischer Parteien. Damit wurden bisherige Untersuchungen über die Anhängerschaft der Hizbollah widerlegt, welche in ihren Ergebnissen stereotypische Einschätzungen über die Anhängerschaft islamitischer Parteien bestätigten, indem sie diese als auf das Ärgste dem politischen System entfremdet und als wahrscheinliche Mitglieder der sozioökonomisch niedrigsten Schicht darstellten.<sup>288</sup> Die Ergebnisse der Studie Hariks fördern außerdem zutage, dass die Strategie der Mehrdeutigkeit, die im politischen Diskurs des Generalsekretärs Nasrallah in der Adressierung verschiedener Kontexte festgestellt wurde, Erfolg zu haben scheint, da die Partei nicht nur bei den „Entrechteten“ und „Unterdrückten“ Unterstützung findet, sondern ihr Elektorat auf einer relativ breiten sozialen Basis fußt, was für den Erfolg der Integrationsbemühungen der Bewegung in die libanesischen Gesellschaft spricht.

#### **4.2. Die Hizbollah als politische Partei im Parlament und im elektoralen Prozess**

Der Prozess der Öffnung der Hizbollah hatte aber nicht die Auswirkungen auf ihre „intellektuelle Struktur“, sondern äußerte sich auch in einer alternierenden Wahrnehmung des Staates, was - neben anderen Faktoren und Zwängen - zur Folge hatte, dass sie die

---

<sup>285</sup> Nach Rosiny ist es schwer, zwischen Mitgliedern und der Anhängerschaft der Hizbollah eine Trennung vorzunehmen, denn der Übergang von Anhänger- zur Mitgliedschaft sei fließend. Rosiny (1996), S. 159. Dies widerspricht dem vorher Dargestellten.

<sup>286</sup> Harik (1996)

<sup>287</sup> Die Ergebnisse stimmen mit den Aussagen Ali Fayyats, des Direktors des Hizbollah-Instituts *The Consulting Center for Studies and Documentation* und Mitglied des Politbüros, überein, die er gegenüber dem Autor am 19.02.2004 machte, indem er das sozioökonomische Profil des Wählers der Hizbollah als klassenübergreifend, aus jeder gesellschaftlichen Schicht stammend und sowohl in ruralen wie städtischen Gegenden beheimatet beschrieb.

<sup>288</sup> Hamzeh (1993), S. 321 und Keddie/Cole (1986), S. 2. Im libanesischen Fall wird von vielen Wissenschaftlern angenommen, dass der niedrige Lebensstandard vieler Schiiten im Vergleich mit Mitgliedern anderer konfessioneller Gemeinschaften die politische Mobilisierung ermutigt und der Hizbollah weite Möglichkeiten der Rekrutierung eröffnet. Auch die Befragungen von Hanf (2003) widerlegen diese Annahmen, aus denen sich ersehen lässt, dass die Unterstützung für die Hizbollah seit der Bürgerkriegszeit gestiegen ist und dass die Schiiten sich nicht mehr als unterste Schicht der sozialen Stratifikationskala wahrnehmen. Staatliche Statistiken, welche den Wohlstand zu konfessioneller Zugehörigkeit in Beziehung setzen, existieren im Libanon nicht.

staatlichen Institutionen akzeptierte und sie 1992 an den ersten Parlamentswahlen der libanesischen Nachkriegsordnung teilnehmen ließ. Durch die relativ passablen Ergebnisse, die sie erreichte, konnte die Hizbollah acht Parlamentarier, neben vier weiteren, die auf ihrer Wahlliste in der Bekaa-Ebene aufgestellt waren, in der Legislative platzieren. Im Folgenden soll anhand parlamentarischer Interventionen<sup>289</sup> dieser acht gewählten Repräsentanten der Hizbollah, welche neben den Parlamentariern der sunnitischen islamistischen *Jama'a al-Islamiyya* die einzige fraktionelle Opposition der Legislaturperiode (1992-1996) des Parlaments darstellten, zu den Themenkomplexen (1) Konzeption von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, (2) Klientelismus, (3) Widerstand gegen Israel und (4) Islam die politische Programmatik und die Oppositionsstrategie analysiert werden, um die in Kapitel 3.1 getroffene Bezeichnung der „Protest-Antisystem-Partei/-Bewegung“ zu überprüfen und den Grad der Integration des politischen Arms der Hizbollah in das politische System zu bewerten.

Eingangs gilt es anzumerken, wie ein Beobachter des Vorkriegsparlaments erläutert, dass das libanesisches Parlament nicht den Charakter eines legislativen Rates trägt, sondern in der Realität eher ein Repräsentativrat darstellt, in den die Wähler durch ihre Stimmabgabe einen Repräsentanten entsenden, von dem sie glauben, dass sie auf ihn zählen können und dass er ihre Interessen und Forderungen vertritt.<sup>290</sup> Diese Aussage trifft auch auf erste Parlament der Zweiten Libanesischen Republik zu, denn, wie ein anderer Beobachter feststellt, wiesen die in dieser Legislaturperiode angenommenen Gesetze Unzulänglichkeiten auf und wurden in nur milder Strenge angewendet. Außerdem bestand seitens der Parlamentarier ein nur geringes Interesse für die wichtigen politischen Probleme des Landes, wie u.a. der Unabhängigkeit der Judikative, des sozialen Schutzes und dem inflationären Preisanstieg. Die Parlamentarier widmeten ihre Energie indessen der „Rückgabe der Dienste an die Söhne der Region“<sup>291</sup> und die Repräsentanten der Hizbollah können, wie zu sehen sein wird, von diesen Vorwürfen nicht völlig ausgeschlossen werden.

Die acht Hizbollah-Parlamentarier,<sup>292</sup> obwohl sie den größten fraktionellen Block des Parlaments darstellten, wurden nicht designiert, die Regierung zu bilden. Sie lehnten den von der Mehrheit des Parlaments unterbreiteten Vorschlag, den zukünftigen Premierminister Rafiq Hariri mit der Kabinettsbildung zu beauftragen, ab und sprachen in der

---

<sup>289</sup> Wahrscheinlich würde sich als noch aufschlussreicher eine Analyse der Arbeit der Hizbollah-Mandatsträger in den parlamentarischen Kommissionen erweisen, aber das libanesisches Gesetz untersagt es, diese zu veröffentlichen. Die folgenden Redebeiträge sind allesamt aus dem Text von el-Bizri (1999) entnommen und wurden vom Autor aus dem Französischen übersetzt. Im Folgenden werden nur die Seitenzahlen dieser Publikation angegeben.

<sup>290</sup> Harik, Ilya, *Man Yakhum Lubnan?* [Wer regiert den Libanon?], *Dar an-Nahar*, Beirut, 1972, zitiert nach el-Bizri (1999), S. 4

<sup>291</sup> Fares, Sassine, *Al-Tamthil was-sulta* [Die Repräsentation und die Gewalt], *Lebanese Center for Policy Studies*, Beirut, 1997, S. 71-82

<sup>292</sup> Die acht Parlamentarier stammten aus folgenden vier *muhafazat*: Muhammad Raad und Muhammad Fneich aus dem Südlibanon, Ibrahim Amin al-Sayyid, 'Ali Taha, Khodr Tlais und Muhammad Yaghi aus der Bekaa-Ebene, Muhammad Berjawi aus Beirut und 'Ali Ammar aus der *dahiyya*.

parlamentarischen Abstimmung dem Kabinetts ihr Mißtrauen aus,<sup>293</sup> unter der Angabe der Gründe, dass sich diese Regierung hauptsächlich aus reichen Industriellen zusammensetze und einen autoritären Regierungsstil pflege, und damit nicht die Interessen des libanesischen Volkes, sondern nur seine eigenen bedienen würde.<sup>294</sup> Im Bezug zu den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Vorstellungen, welche in den Interventionen der Hizbollah-Parlamentarier deutlich werden, sind, die staatlichen Institutionen und den Verwaltungsapparat betreffend, folgende hervorzuheben: die Anklage der Korruption, welche durch die Regierung und den öffentlichen Verwaltungsapparat im Rahmen des umfassenden Rekonstruktions- und Wiederaufbauprogramms gefördert werde, und damit in Verbindung stehend die Ernennung hoher Verwaltungsämter durch klientelistische und nepotistische Netzwerke sowie die geringe Kontrolle der höchsten staatlichen Instanzen.<sup>295</sup> Die Korruption<sup>296</sup> wird als Grundübel gebrandmarkt<sup>297</sup> und die konkrete Annahme und Anwendung eines Gesetzes gegen die private Bereicherung gefordert. Bei der Ernennung der Verwaltungsämter sei nicht die Qualifikation der Kandidaten entscheidend, sondern es zähle nur die Zugehörigkeit zu einem klientelistischen Netzwerk.<sup>298</sup> Diese Dysfunktionalität sei der Korruption in den Institutionen der öffentlichen Verwaltung geschuldet, welche sich außerhalb der Kontrolle der höchsten staatlichen Instanzen bewegten. Die Verwaltungsreform, die vom Kabinett Hariri vorgeschlagen wurde, ging den Hizbollah-Parlamentariern nicht weit genug und sie verglichen diese mit einem „Entwurf einer

<sup>293</sup> Die Parlamentarier der Hizbollah stellten 1992 und 1995 Misstrauensanträge gegen die Regierung.

<sup>294</sup> „Das Volk erwartet, dass es dem Staat diene und nicht einem Sultan“ (Ibrahim Amin al-Sayyid), S. 5; „Was ist das für ein Recht, dass er macht? Es ist gegen den Geist der Verfassung und es stellt einen Akt der Einschüchterung gegen jeden Minister dar, der gegen den Chef des Kabinetts Einspruch erhebt.“ (Muhammad Fneich), S. 5

<sup>295</sup> Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Bürgerkriegs stellten für den libanesischen Staat eine mindestens ebenso große Herausforderung dar wie die Wiederherstellung der Sicherheit. Der wirtschaftliche Schaden lässt sich in wirtschaftlichen Termini wie folgt: Einbruch der Wachstumsrate des BSP, Zerstörung von Wohlstand und ökonomischer Struktur, Emigration von Humankapital, Marktsegmentation, Eskalation der Inflationsrate, Abwertung der libanesischen Lira, hohes Budgetdefizit und Akkumulation der öffentlichen Verschuldung (siehe Chami (1992), Kurbusi (1999), Nasr (2003), Kassir (2000)), typische Erscheinungen einer sozioökonomische Folgen nach einem Bürgerkrieg (Debiel (1995), S. 62. ff.). Die erste Regierung Hariri reagierte darauf mit dem Entwurf eines umfassenden Rekonstruktionsprogramms, welches auf einen physischen Wiederaufbau des Landes und die Schaffung eines unternehmerischen Klimas abzielte. Die Inflationsrate konnte damit von über 100% auf 2-3% gesenkt werden und auch die Wirtschaft wurde wieder belebt, aber die Verschuldung des libanesischen Staates stieg bis zum Jahr 2002 auf eine Summe von 32.07 Milliarden US-Dollar und die Einkommensdisparitäten verschärften sich. Labaki (2003), S. 190. Zu den einzelnen Maßnahmen des Rekonstruktionsprogramms der Regierung Hariri siehe Perthes (1993), S. 85-91.

<sup>296</sup> Die Korruption und der Klientelismus durchdringen den gesamten Staats- und Verwaltungsapparat im Libanon. Vergegenwärtigt man sich die „Karrieren“ der obersten politischen Klasse, so liegen die Ursachen der Korruption auf der Hand. Jeweils ein Fünftel kam durch Geschäft und Wohlstand, bzw. durch syrische Unterstützung – ohne oder nur mit geringer Hausmacht – zu politischem Einfluss, etwa jeder Dritte war während des Krieges Chef einer Miliz und ein Viertel war zuvor selbst ein politischer Führer (*za'im*) oder mit einem solchen verwandt. Leenders (1999), S. 19. Zum Klientelismus siehe Khalaf (1991) und (2003)

<sup>297</sup> „Die Korruption hat sich in allen Institutionen ausgebreitet“ und „[i]n dem Budget dieses Jahres wurden die Verluste nicht berücksichtigt, die durch die Korruption der Verwaltung entstanden sind (‘Ali Taha 22.12.94), S. 5; „Der libanesischer Staat ist zu vergleichen „mit einem Bauernhof, dessen Güter zwischen den Politikern verteilt werden“. (‘Ali Ammar 23.01.93), ebd.

<sup>298</sup> „Die letzten Ernennungen, diktiert durch *istizlam* (Treuepflicht) und *mahsubiya* (Bedeutung klientelistischer Netzwerke für ein Individuum) .. , stellen sich nicht als die Politik eines Staates dar, der durch seine Institutionen regiert, sondern als jene von Stämmen, die an nichts anderes denken als an ihre Umgebung.“ (Khodr Tlaiss 20.03.93), S. 6; „ .. nach den letzten Ernennungen stellen wir fest, dass die Regierung unfähig ist, einen modernen Staat zu gründen, einen Staat der Bürger.“ (Ibrahim Amin al-Sayyid 02.02.93) S. 6.

Aneignung der Güter Dritter durch seine [Hariris, E.M.] Grundeigentums-Gesellschaft“.<sup>299</sup> Muhammad Raad machte dagegen zwei Vorschläge, welche geeignet seien, eine Reform der Verwaltung voranzutreiben: eine „Dezentralisation der Verwaltung“ und die „Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrats“.<sup>300</sup>

Auf der Ebene der Wirtschaftspolitik wurde besonders an vier Punkten des Regierungsprogramms Kritik geäußert: (1) an der Übertreibung bei den Staatsanleihen, welche die Regierung Hariri von internationalen Kreditgebern in Anspruch nahm, (2) an der Monopolbildung und dem Steuersystem, (3) den Privatisierungsmaßnahmen von Staatsgütern und (4) der Industrie- und Agrarpolitik. Alle Parlamentarier der Hizbollah sprachen sich gegen die Politik der Staatsanleihen bei internationalen Kreditgebern aus, da keine ausgearbeitete Strategie existiere, wie die Kredite zurückgezahlt werden sollten, was letztlich zu einem ökonomischen Ungleichgewicht und zum Verlust der nationalen Souveränität führen würde.<sup>301</sup> Die Monopole auf Kraft- und Rohstoffe sowie weitere Güter, welche mit der „Steuerpolitik des Staates verbunden seien“, werden als große Übel deklariert, denn „sie zehre(n) die Bürger auf und führen soziale Krisen herbei“,<sup>302</sup> da ihre Folgen Inflation und ein Anstieg der Preise seien. Da die Hizbollah eine protektionistische und interventionistische Wirtschaftspolitik favorisiert, wurden die Privatisierungsmaßnahmen kritisiert, die nichts seien als „die Konsequenz des Verschuldungsplans“ der Regierung und zur „Zerstörung des parlamentarischen Systems, seiner Institutionen und Ministerien führe“.<sup>303</sup> Auf dem Gebiet der Industrie- und Agrarpolitik, die als Produktivsektoren einen zentralen Platz in der Entwicklungsstrategie der Hizbollah einnehmen, welche sich an die ökonomische Literatur der 60er und 70er Jahre anlehnt, lehnen die Parlamentarier Verschuldung und Schaffung von Abhängigkeiten ab. Sie stellen der Entwicklungspolitik der Regierung, welche den tertiären Sektor ins Zentrum stellt, eine Strategie entgegen, die vorsieht, die Landwirtschaft und den Industriesektor zu subventionieren, die als Säulen einer „starken und stabilen nationalen (*sic!*) Wirtschaft“ betrachtet werden. Forderung

Wie eingangs erwähnt, pflegte auch die Mehrheit der Hizbollah-Parlamentarier einen bestimmten, im Vergleich mit anderen Parlamentariern aber geringeren Grad an Klientelismus gegenüber dem Elektorat ihrer jeweiligen Wahlbezirke. Die vier Mandatsträger aus der Bekaa-Ebene, - die weiterhin zu den sozioökonomisch rückständigsten Regionen des Libanon gehört -, forderten eine „Politik des Gleichgewichts“ und einer „ausgewogene

<sup>299</sup> Ibrahim Amin al-Sayyid 02.02.93, S. 6.

<sup>300</sup> Muhammad Raad 13.07.93, S. 6

<sup>301</sup> Das Land riskiere „einen Sprung ins Ungewisse“ (Muhammad Raad, 29.06.94), S. 7; „Weder Spenden, noch Hilfeleistungen wurden dem Libanon angeboten, und damit bleibt nur die Schuldenaufnahme.“ (Ibrahim Amin al-Sayyid 11.07.93) S. 7.

<sup>302</sup> 'Ali Taha 22.12.93, S. 7

<sup>303</sup> 'Ali 'Ammar 26.01.95, S. 8

Entwicklung“,<sup>304</sup> die sie konkretisieren als „Aufteilung der staatlichen Ausgaben nach Prioritäten und Bedürfnissen“. <sup>305</sup> Sie forderten eine positive Diskriminierung in dem Sinne, dass man die staatlichen Zuwendungen nicht nach dem Prinzip der Gleichheit, sondern nach dem des Bedarfs verteile. Muhammad Raad und Muhammad Fneich, beide Mandatsträger aus dem Südlibanon, betonten insbesondere die israelischen Aggressionen und deren Konsequenzen für die Besitztümer und das Leben der Menschen im Süden. Sie griffen die Verteilungspolitik der Entschädigungszahlungen des Rats des Südens, in dem Nahib Berri, - Ex-Warlord und in der vierten Legislaturperiode das Amt des Parlamentspräsidenten bekleidend -, den Vorsitz hatte, deutlich an und übten Druck auf die Regierung aus, wenn Zahlungen auf sich warten ließen. Die beiden Parlamentarier, die in Beirut und den südlichen Vororten gewählt waren, schienen nicht so besorgt zu sein, ihren Einfluss außerhalb ihres Wahlkreises durch Formulierung einer allgemeinen Kritik auszuweiten, aber Muhammad Berjawi griff das für eine nationale Versöhnung wichtige Thema der internen Vertriebenen und Flüchtlinge auf.

Die Reaktionen der Parlamentarier auf das „September-Massaker“ 1993 in den Beirut Vororten gewähren einen interessanten Einblick in die Beziehung zwischen den Abgeordneten der Hizbollah und ihrem Elektorat. Einstimmig verurteilten sie die Schüsse der Armee gegen „die Demonstranten gegen den Osloer-Vertrag“, welche auf Basis des Gesetzes, welches Demonstrationen verbietet, von der Regierung gerechtfertigt wurden. Der Staat habe den „nationalen Stolz und sein demokratisches System geschädigt“ und das Gesetz „töte die Freiheit und die Demokratie im Libanon“. Das Regime nähere sich mit seiner Politik „den Regimes der Sultane, der besetzten palästinensischen Territorien, Saudi-Arabiens und Saddams Husseins“ an, die konträr dem „Geist der Verfassung“ sei, welche „die Freiheiten des Ausdrucks, des Glaubens und der Meinung schütze“. <sup>306</sup>

Die unternommenen Maßnahmen zur „Dekonfessionalisierung“ des politischen Systems, die schon im „Offenen Brief“ gefordert wurden und damit als einer der prioritären politischen systemimmanenten Forderungen der Hizbollah gelten kann, erscheint den Abgeordneten, wie auch schon an der Kritik der Hizbollah am Ta'if-Abkommen deutlich wurde, nicht weit genug zu gehen, obwohl die „nationale Kommission zur Abschaffung des Konfessionalismus einen ersten Schritt in Richtung der Errichtung eines Staates“<sup>307</sup> bedeute. Oberste Priorität aber besaß und besitzt weiterhin das Thema des israelisch-arabischen Konfliktes und der Widerstand gegen Israel. Durch die Äußerungen der Hizbollah-Parlamentarier entsteht der Anschein, sie seien die einzigen Repräsentanten des Widerstands, in der Überzeugung,

<sup>304</sup> „Tausende Milliarden amerikanischer Dollar werden in bestimmte Regionen investiert“ und man müsse sich fragen, wie „ein Gleichgewicht hergestellt werden soll, wenn anderen Regionen keine Gelder bewilligt werden“ (Khodr Tlaiss 19.10.93), S. 9

<sup>305</sup> Ibrahim Amin al-Sayyid 06.06.95 S. 9

<sup>306</sup> Ali Ammar 14.09.93, S. 11

<sup>307</sup> Muhammad Fneich 26.01.95, S. 12

dass diese Haltung den Interessen ihrer Wählerschaft entspreche. Sie vervielfachten die Interventionen, das Dossier des Widerstands betreffend, was ihnen erlaubte, auf die zentrale Funktion, welche die Hizbollah durch den Widerstand im Libanon einnehme, wie auch die integrative Rolle des Widerstands auf nationalem Niveau und in dem kollektiven Gedächtnis hinzuweisen. Das Kabinett wurde kritisiert, weil es in sein Regierungsprogramm keine Passage über den Widerstand aufgenommen hatte. Auch das Parlament als staatliche Institution wurde angegriffen, da „es den Widerstand in einem Ton zur Sprache bringt, als handele es sich nur um eine Angelegenheit einer Gruppe oder einer Partei, was falsch ist“.<sup>308</sup>

Dem Widerstand wurde nachdrücklich integrative Wirkung zugesprochen und alle Libanesen seien eingeladen, daran teilzuhaben. Während, wie dargestellt, die Hizbollah in ihrem politischen Diskurs zu Anfang bis Mitte der 90er Jahre, abhängig von dem jeweiligen situativen Kontext, den „Widerstand“ als „islamisch“ qualifizierte, wurden im Parlament „Widerstand“ und „islamisch“ nicht automatisch verbunden, sondern deutlich dessen nationaler Charakter betont.<sup>309</sup> Die Parlamentarier forderten außerdem, dass der Staat sich um die Opfer, welche die Menschen im Süden aufgrund der israelischen Besatzung erleiden, kümmern müsse, griffen wiederholt die Angelegenheit der libanesischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen auf und verlangten, dass „der Staat den Widerstand unterstützen muss, indem er alle Regierungsinstitutionen in Institutionen des Widerstands transformiere“.<sup>310</sup> Da für die Parlamentarier der Kampf gegen Israel die oberste Priorität darstellte, wandten sie sich auch gegen das Osloer Vertragswerk<sup>311</sup> und die Teilnahme der nationalen Regierung an den Verhandlungen. Die Hizbollah-Parlamentarier forderten einen sofortigen Verhandlungsstopp und sahen im negativen Fall die Etablierung „einer amerikanischen und zionistischen Vorherrschaft“<sup>312</sup> über den Libanon vorher. Der syrische Einfluss im Libanon wurde auch deshalb nicht kritisiert, weil „das israelisch-amerikanische Vorhaben eine syrisch-libanesischer Allianz rechtfertige“, denn „in seinem Kampf gegen Israel ist Syrien viel stärker und effektiver als der libanesischer Staat und die Regierung“.<sup>313</sup> Die enge Verbundenheit und Freundschaft zwischen den beiden Ländern, die eine „nationale Strategie des zivilen Friedens“<sup>314</sup> hervorbringe, wurde vermehrt und ausdrücklich betont.

Die Hizbollah-Parlamentarier griffen in ihren parlamentarischen Diskursen weder eine Islamisierung der Gesellschaft noch das Konzept des „islamischen Staates“ auf und

<sup>308</sup> Ibrahim Amin al-Sayyid 06.07.93, S. 12

<sup>309</sup> el-Bizri (1999), S. 12

<sup>310</sup> 'Ali 'Ammar 09.10.92, S. 13

<sup>311</sup> Syrien und Libanon nahmen an der von den USA initiierten, multilateralen Friedenskonferenz von Madrid 1991 teil, traten aber während des Verlaufs wegen für sie nicht zufrieden stellenden Ergebnissen von den Verhandlungen zurück. Die Hizbollah, wie auch Syrien lehnte nicht nur die Geheimverhandlungen von Oslo, bei denen es zu einer Annäherung zwischen der PLO und Israel kam, sondern den Friedensprozess im Gesamten ab. Zum Vertragswerk von Oslo siehe Asseburg (2003)

<sup>312</sup> Ibrahim Amin al-Sayyid 31.01.96, S. 13

<sup>313</sup> Ibrahim Amin al-Sayyid 10.11.96, S. 13

<sup>314</sup> Ibrahim Amin al-Sayyid 26.06.94, S. 13

forderten ebensowenig die Anwendung der *shari'a*. Sie verteidigten zwar die Unabhängigkeit der religiösen Gerichtshöfe gegenüber dem Staat, wie auch die meisten libanesischen politischen Kräfte, aber es wurden, wie während der Diskussion zur Modifikation des Personalstandsrechts, keine Referenz an die *Shari'a* gemacht. Zwar betonten sie deutlich ihre islamischen Wertvorstellungen, wie beispielsweise in der Kritik an „pornographischen Inhalten“ im staatlich-libanesischen Fernsehen, aber zusammenfassend lässt sich sagen, dass der parlamentarische Diskurs der Hizbollah mit den auf religiösen Normen basierenden Teilen der „intellektuellen Struktur“ und damit bestimmten Positionen des internen Diskurses deutliche Differenzen aufweist.

Fasst man die Oppositionsstrategie der Hizbollah zusammen, so stellt sie sich nicht als eine Boykothaltung oder eine Fundamentalopposition dar, sondern vielmehr als eine kompetitive, in der die Regierung und ihre Politik kritisiert werden. Eine kohärente, oppositionelle Gesamtstrategie lässt sich aus dem Dargestellten zwar nicht skizzieren, aber durch die Auswahl der angesprochenen Themen, wie der politischen Korruption, der administrativen Effizienz, der Überbetonung der großen Wiederaufbau-Projekte, der Unterwicklung von vernachlässigten Gegenden und der Darstellung der Regierung als unterdrückerischem, aber legitimem Regime wird deutlich, dass es sich bei der Hizbollah um eine Partei/Bewegung handelt, die in ihrer Substanz zwar anti-systemisch, aber in ihrer Form verfassungsmäßig ist. Das Wesen der Opposition, um die Termini Sartoris erneut zu gebrauchen, ist mehr „konstitutionell“, als „anti-systemisch“, in dem sie den Grundzügen des politischen Systems zustimmt. Trotz des Lobes, welches die Hizbollah-Fraktion sogar vom politischen Gegner erhielt,<sup>315</sup> hat die Hizbollah bis zur Gegenwart auch in den Nachfolgeparlamenten von einer Regierungsbeteiligung abgesehen. Gerechtfertigt wurde diese politische Strategie damit, dass sie durch die Beteiligung an der Regierung Verantwortung für Fehler übernehmen müsse, welche sie nicht selbst verschulde.<sup>316</sup>

Wie bei der Darstellung der Funktion des Parlaments im libanesischen politischen System, gilt es vor den Ausführungen über die Strategie der Hizbollah im elektoralen Prozess, womit die Allianz- und Listenbildung bei den Parlamentswahlen 1996 und den Kommunalwahlen 1998 beschrieben werden soll, eine kurze Charakterisierung der Funktion vorzunehmen, die Parlamentswahlen im politischen libanesischen System innehaben. Sie erlauben allenfalls ein bestimmtes Maß an „Mitwirkung bei der Erneuerung der politischen Klasse und stellen eine begrenzte Mitentscheidung der Staatsbürger über ihre Repräsentation gegenüber der politischen Führung dar, die sich selbst als Souverän betrachtet oder als solcher sich aufführt und ihrerseits Wahlen und die in ihrem Rahmen geführten öffentlichen

<sup>315</sup> Saad-Ghorayeb (2002), S. 32; Perthes (1994), S. 78

<sup>316</sup> Eine Regierungsbeteiligung der Hizbollah unterliegt außerdem der für sie grundsätzlichen Bedingung, dass die Regierung in der Gegenwart und Zukunft nicht in Verhandlungen mit Israel eintrete.

Auseinandersetzungen über Politik nutzt, um die Bevölkerung zu mobilisieren, nach innen und außen politische Zeichen zu setzen oder sich für bestimmte Richtlinien ein politisches Mandat zu geben“.<sup>317</sup>

Wie bei den Parlamentswahlen 1992, die als „letztes Nachspiel des Bürgerkriegs mit politischen Mitteln“ geführt wurden, kam es ebenso im Vorfeld der Parlamentswahlen 1996 zu politischen Auseinandersetzungen im Parlament über das Wahlgesetz, das abermals eine gemischte Wahlkreiseinteilung vorsah. Im Unterschied zu den ersten Wahlen wurde aber in der Gesetzesinitiative darauf verzichtet, die gemischte Wahlkreiseinteilung als einmalige, besonderen Umständen geschuldete Option zu bezeichnen. Das Gesetz passierte trotz oppositioneller Stimmen das Parlament.<sup>318</sup> Der Wahlkampf und die Parlamentswahlen von 1996 standen im Schatten der von Israel lancierten Militäroffensive „Früchte des Zorns“ im April 1996,<sup>319</sup> welche ca. 200 Zivilisten das Leben kostete und materielle und infrastrukturelle Schäden in einer Höhe von einer halben Milliarde Dollar nach sich zog. Der Angriff hatte ferner zur Folge, dass das im Rahmen des Wiederaufbauprogramms wiedergewonnene Vertrauen ausländischer Geschäftsleute und Investoren in die libanesische Wirtschaft erschüttert wurde. Die libanesische Regierung, die wiederholt und öffentlich die Legitimität des Widerstands gegen die israelische Besatzung betont hatte, begann im Vorfeld der Wahlen eine politische Auseinandersetzung mit der Hizbollah einzuleiten, die dem Zweck diente, die Partei Gottes, welche sich nach der israelischen Offensive einem konfessionellen Grenzen überschreitenden Popularitätsgewinn in der Bevölkerung erfreute, unter Kontrolle zu bringen oder ihr zumindest die Flügel zu stützen, was letztlich eine Ausweitung der eigenen Souveränitätsmargen gegenüber der Hizbollah und Syrien bedeutet hätte. Die Eindämmungsstrategie der Regierung zielte darauf, dass die Hizbollah als „einzige nach Mitgliederzahl und Organisation tatsächlich nennenswerte Partei im Libanon“<sup>320</sup> ihre Mandate in Südbeirut und in der Bekaa-Ebene verliere. Der Wahlkampf wurde zur einer Auseinandersetzung zwischen „gemäßigter Politik“ und „Extremismus“ (*al-’itadal wa al-tatarruf*) hochstilisiert<sup>321</sup>. Die Hizbollah reagierte auf diese Angriffe des Regierungslagers

<sup>317</sup> Perthes (1997), S. 311

<sup>318</sup> Harik (1998), S. 166 ff. Auch vor den dritten Parlamentswahlen 2000 passierte am 22.12.1999 ein neues Wahlgesetz das Parlament, welches das 1996 beschlossene Gesetz in einer Weise modifizierte, dass in 14 Wahlbezirken gewählt wurde, was als besondere Maßnahme gerechtfertigt wurde angesichts der israelischen Besatzung. Trotz des israelischen Rückzugs drei Monate vor der Wahl wurde das Gesetz nicht rückgängig gemacht. Nassif (2000), S. 116. Siehe zur Entwicklung der Wahlgesetze im Libanon Scheffler (2003).

<sup>319</sup> Näheres über die Offensive „Früchte des Zorns“ und ihre Implikationen für die Hizbollah findet sich in Kapitel 5.1.2

<sup>320</sup> Perthes (1996), S. 321

<sup>321</sup> Politisch-programmatische Auseinandersetzungen fanden bei den Wahlen nur in einzelnen Wahlkreisen konzentriert statt. Inhaltlich ging es um Themen wie die Souveränitätsfrage, den wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs und Fragen der politischen Herrschaft (Rechtsstaatlichkeit, Durchsetzung staatlicher Macht und Machtmissbrauch). Die Hizbollah forderte in ihrem Wahlprogramm eine gerechtere Verteilung der Steuerlast und eine an menschlicher Entwicklung orientierte Wirtschaftspolitik, ferner die Abschaffung des politischen Konfessionalismus, administrative Dezentralisierung, eine amerikanischem Druck gegenüber standfeste Außenpolitik sowie ausgeglichene und unabhängige Beziehungen mit den arabischen und islamischen Staaten sowie dem Rest der Welt.

zuerst konfrontativ, indem sie erklärte, sich in keinem der Wahlkreise auf gemeinsame Listenbildung mit Regierungsmitgliedern einzulassen, sondern mit allen anderen Kräften der Opposition gemeinsam die Herausforderung anzunehmen. Dieses Selbstvertrauen, welches in der Aufstellung unabhängiger Listen seinen Ausdruck fand, fußte auf der zunehmenden Akzeptanz der Hizbollah in den christlichen konfessionellen Gemeinschaften. Im Vorfeld der Wahlen zeigten oppositionelle christliche wie auch liberaldemokratische Figuren unterschiedlicher Konfessionen zunehmendes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Partei, die „erstmalig weit über ihre eigene Klientel als bündnisfähige Kraft angenommen“<sup>322</sup> wurde.

Darauf ist zurückzuführen, dass Generalsekretär Hassan Nasrallah schon im August 1995, und damit nicht nur als Reaktion auf die konfrontative Wahlkampfstrategie der Regierung, auf einer Massenveranstaltung der Partei bekannt gab, dass sie eine unabhängige Liste von Kandidaten für die Parlamentswahlen in dem Wahlbezirk Südlibanon präsentieren werde, da die Versuche gescheitert seien, mit der Amal eine gemeinsame Liste zu bilden.<sup>323</sup> Nahib Berri als Führer der Liste hätte der Hizbollah nur drei Sitze zugestanden, was die Bewegung als ungerecht titulierte angesichts des Ausmaßes an Unterstützung, das sie im Südlibanon besitze. Eine weitere Bedingung Berris – laut Nasrallah – sei gewesen, dass auf der gemeinsamen Liste Kandidaten der Regierung aufgestellt werden. Nasrallah stellte die Entscheidung, eine eigene Liste aufzustellen, als ebenso „unabänderlich“ dar wie die Weiterführung des bewaffneten Widerstands gegen die israelische Besatzung. Eine Woche später wurden Nasrallah und Berri nach Damaskus eingeladen und am nächsten Tag wurde im staatlichen Radio berichtet, dass Hizbollah und Amal im Südlibanon gemeinsame Listen in den Wahlbezirken der Bekaa-Ebene und im Süden bilden würden, zu Bedingungen, welche nur marginale Verbesserungen gegenüber denen bedeutete, welche Berri vorher unterbreitet hatte und von Nasrallah vorher zurückgewiesen wurden. Als Ergebnis der gemeinsamen Listenbildung zog die Hizbollah im Südlibanon vier Kandidaten und in der Bekaa-Ebene drei Kandidaten für die acht zur Wahl stehenden Mandate für die Schiiten zurück.

Dieses Koalieren mit dem innerkonfessionellen, politischen Gegner während des elektoralen Prozesses unter syrischem Druck scheint zwei Annahmen, die während des Verlaufs der Analyse aufgestellt wurden, zu bestätigen. Erstens ist die Hizbollah bereit, für die Weiterführung des Widerstands zu Konditionen, mit denen sich die Hizbollah anscheinend arrangieren kann, Kosten einzugehen, d.h. konkret Restriktionen der Ausweitung des Elektorats.<sup>324</sup> Zweitens müssen alle politischen Akteure des Nachkriegslibanon die

---

<sup>322</sup> Perthes (1996), S. 329

<sup>323</sup> Usher (1997), S. 59

<sup>324</sup> Die Hizbollah verlor durch die Bildung der gemeinsamen Liste bei den Parlamentswahlen 1996 gegenüber der Wahl von 1992 einen Sitz eines Abgeordneten und eines Unterstützers.

Hegemonie des syrischen „Powerbrokers“ über die libanesische Politik aktiv oder passiv akzeptieren.<sup>325</sup> Sie besitzen zwar alle ein unterschiedliches Ausmaß an Unterstützung in ihrer konfessionellen Gemeinschaft, sind aber in unterschiedlichen Graden abhängig von dem „Segen“ aus Damaskus. Das Interesse Syriens, seine Dominanz im Nachkriegslibanon aufrecht zu erhalten, scheint durch die Strategie des Haltens guter Kontakte und gelegentlichem in die Schranken Weisen der libanesischen Alliierten aufzugehen. Durch das gegeneinander Auspielen und Ausbalancieren der Akteure gleicher konfessioneller Zugehörigkeit nach dem Prinzip „divide et impera“ kann kein politischer Akteur eine dominante Stellung erreichen, welche - bei Erlangen einer überwältigenden Mehrheit unter Allianzbildung mit anderen konfessionellen politischen Kräften - der syrischen Hegemonie ein Ende setzen könnte. Damaskus sah anscheinend durch den wachsenden Einfluss der Hizbollah gegenüber der Amal seine Strategie des Gleichgewichts gefährdet. Syrien bedurfte zwar weiterhin des Widerstands der Hizbollah für eventuelle Verhandlungen mit Israel, aber hatte kein Interesse, die Hizbollah, welche Teheran ideologisch näher steht als Damaskus, zur dominierenden schiitischen Kraft im Libanon werden zu lassen. Insgesamt stellten die Parlamentswahlen von 1996 im Großen und Ganzen ein Beispiel kontrollierter und auch eingeschränkter Partizipation dar. Eine Kontrolle fand primär über das Wahlgesetz und über die Einflussnahme libanesischer Akteure auf die Listenbildung statt, welche eine Vorstrukturierung der Wahlergebnisse bewirkten, ohne sie im einzelnen zu determinieren.<sup>326</sup> Als weiteres wichtiges Ergebnis lässt sich festhalten, dass die politischen Auseinandersetzungen vor und während den Wahlen über Zukunftsfragen des Landes geführt wurden und nicht zum Hauptgegenstand hatten, wie die Wahlen von 1992, wer als Sieger aus dem Bürgerkrieg hervorgegangen war. Es hatte sich damit eine Verschiebung der Konfliktlinien vollzogen.

Die Betrachtung der Kommunalwahlen von 1998, im Gegensatz zu den Parlamentswahlen zwei Jahre zuvor, lassen exaktere Aussagen über das Ausmaß der Unterstützung der politischen Akteure in der Bevölkerung zu, da ein politischer Wettkampf, weitgehend ohne Beeinflussung von außen, zwischen ihnen stattfand, und die Hizbollah betreffend, keine „Widerstandsregeln“ in Kraft traten.<sup>327</sup> Erneut fand mit Eintritt in den Wahlkampf eine

---

<sup>325</sup> Die Listenbildung der Hizbollah mit dem innerkonfessionellen politischen Gegner und die Unterordnung unter syrische Interessen zieht Usher als Kriterien für die Aussage heran, dass die Bewegung kein völliger autonomer Akteur des Libanons ist, was in unserer zweiten Beobachtung beinhaltet ist. Usher (1997), S. 67

<sup>326</sup> Perthes (1997), S. 331

<sup>327</sup> In den Administrationsbereich der Kommunalverwaltungen fallen die Annahme des jährlichen Budgets, die Bestimmung von Steuern und Gebühren, die Verwaltung der Gemeindegelder, die Errichtung von Schlachthäusern, die Gemeindeplanung und Ordnung des öffentlichen Verkehrs, die Benennung von Straßen, die Überwachung der Energieprojekte, die Bereitstellung der Feuerwehr und Ambulanz, der Vorschlag und die Verkündung von Gesetzen und Verordnungen für die Angestellten der Gemeinde. Die Gemeindetätigkeiten finanzieren sich aus der Miete staatlicher Gütern, Lizenzen, Gebühren und Steuern auf Hotels, Nachtclubs, Kinos, Restaurants, Werbung sowie weiterer Steuern (Tabak-, Petrol- und Erbschaftssteuer etc.), welche der Staat für die Gemeinde einnimmt. Das Innenministerium hat aber damit eine weit gehende Kontrolle über die Ausgaben der Gemeinden. Hamzeh (2000), S. 744-745

politische Auseinandersetzung über die Durchführung des Wahlkampfs statt. Monate vor der Wahl ließ Premierminister Hariri verlauten, dass jede Parteiunterstützung in den Kommunalwahlen missbräuchlich sei und nicht erlaubt werden sollte. Das alleinige Kriterium für die Zugehörigkeit zu einem Gemeinderat sollten die technischen und administrativen Fähigkeiten des Kandidaten sein. Hariri forderte, dass politische Verbindungen sich einschränkten und Parteien und Politiker ihre Arbeit auf nationale Wahlen richten sollten, um die lokale Bevölkerung in ihrer Wahlentscheidung alleine zu lassen. Festzuhalten gilt, dass kommunale Wahlen auch im Vorkriegslibanon eher „Familienangelegenheiten“ im Libanon darstellten, aber sie waren niemals „apolitischen“ Charakters. Im Wettbewerb stehende einflussreiche Familien trennten sich immer entlang politischer Linien und bekamen Unterstützung von Führern politischer Parteien, mit denen sie verbunden waren. Damit konkurrierten Parteien nicht selten um ein Familienmitglied, von dem angenommen wurde, dass es wahrscheinlich die höchste Anzahl an Stimmen gewinnen werde, um von seinem Einfluss auf lokaler Ebene zu profitieren.

Die Hizbollah ignorierte die Aufforderung Hariris, vom Wettbewerb der Kommunalwahlen zurückzutreten. Generalsekretär Nasrallah betonte, dass die Hizbollah-Kandidaten exakt den Anforderungen Hariris entsprächen, denn sie hätten durch ihre Arbeit in den sozialen Dienstleistungsorganisationen der Bewegung individuell ihre Fähigkeiten und Expertise bewiesen, welche sie zur Verbesserung der Bedingungen auf lokaler Ebene befähige. Falls die Befähigung der Kandidaten das entscheidende Kriterium darstellen würde, dann stelle sich die Frage, warum die Regierung annehme, dass ein unabhängiger Kandidat diese besser erbringen könne als ein Parteimitglied. Stelle es nicht das Ziel der Wahlen dar, den am höchsten qualifizierten Kandidaten im Amt zu platzieren, unabhängig von seiner Ideologie und persönlichen Überzeugung.<sup>328</sup> Ferner betonte Nasrallah, dass die Hizbollah verstehe, dass lokale Familien und Notabeln eine wichtige Rolle auf lokaler Ebene spielen und es nicht das Ziel seiner Partei darstelle, diese Personen und Repräsentanten von den Allianzen und Wahllisten auszuschließen. Die Hizbollah ließ damit erkennen, dass sie die Spielregeln der libanesischen Politik adoptiert hatte, welche verlangten, Bündnisse mit Clan-Mitgliedern und lokaler Bosse bei Wahlen eingehen zu müssen, um Erfolg zu haben.<sup>329</sup>

Analysiert man die eingegangene Allianzbildung in Form der Kandidatenlisten, so lassen sich drei verschiedene Arten von Allianzen feststellen: (1) „reine“ Parteilisten, auf denen ausschließlich Parteimitglieder kandidierten, (2) „gemischte Listen“ mit Parteimitgliedern und lokalen Notabeln, und (3) gemischte Listen mit Parteimitgliedern und Mitgliedern anderer

<sup>328</sup> Interview al-Manar TV, 16.04.1998, zitiert nach Harik (2004), S. 98

<sup>329</sup> Die Hizbollah-Wahlprogramme für die einzelnen Kommunen betonten in besonderem Maße ökonomische, soziale und Entwicklungsaspekte. Im Süden wurden die Befreiung von der israelischen Besatzung und die Priorität des Widerstands betont, sonst wurde Ideologisches weitgehend ausgeblendet. Einen generellen Überblick gibt Hamzeh (2000), S. 745

politischer Gruppierungen. In den Hochburgen der Partei (*dahiyya* und Bekaa-Ebene) setzte sie auf die weit reichende Unterstützung in der Bevölkerung, welche sie sich durch die Bereitstellung der sozialen Dienstleistungen hatte sichern können. Es stellten sich fast ausschließlich Parteimitglieder zur Wahl, die in den Wohlfahrtsorganisationen vor Ort tätig waren. In den konfessionell gemischten Kommunen der Hochburgen, wie beispielsweise in Baalbek, wurden zusätzlich unabhängige Kandidaten und Notabeln auf den Listen platziert. In Beirut ging man nach langer, parteiinterner Diskussion eine Allianz mit der „Regenbogenliste“ Hariris ein und formierte damit eine Koalition mit dem Regierungslager.<sup>330</sup> Im Südlibanon fand der intensivste Wahlkampf zwischen Amal und Hizbollah statt. Beide wetteiferten darum, Mitglieder und Kandidaten populärer Familien auf ihre Seite zu ziehen und auf ihren Listen aufzustellen. Amal versuchte zwar im Vorfeld, ein gegenseitiges Übereinkommen durchzusetzen, um eine Polarisierung zwischen den Familien und Clans zu vermeiden, aber die Hizbollah wies dies zurück und formierte Listen mit Kandidaten anderer Parteien und Notabeln.<sup>331</sup>

Die Wahlergebnisse lassen ersehen, dass die Hizbollah zur ersten politischen Kraft in der konfessionellen Gemeinschaft der Schiiten geworden war.<sup>332</sup> In der *dahiyya* konnte sie alle ihre Kandidaten durchsetzen und folglich Amal keinen einzigen Sitz erringen. Im Wahlbezirk Beirut wurde der Kandidat der Hizbollah mit den meisten Stimmen auf der „Regenbogenliste“ Hariris gewählt. In der Bekaa-Ebene fuhr die Hizbollah einen überwältigenden Sieg ein, nur in Baalbek, dem Zentrum ihrer sozialen Dienstleistungen, konnte sie nur zwei schiitische Kandidaten durchsetzen, während 16 der 21 Mandate des Gemeinderats von Kandidaten der Amal-Liste gewonnen werden konnten. Diese gegenläufige Entwicklung zu den Parlamentswahlen von 1996 erklärte sich aus der Tatsache, dass der ehemalige Generalsekretär Subhi al-Tufayli seine Anhängerschaft dazu aufrief, für die Kandidaten der Amal zu stimmen. Die „Hungerrevolte“ von 1996/97, der sich das Kapitel 5.1.1 widmet, hatte die Hizbollah Stimmen gekostet. Auch im Südlibanon – der traditionellen Amal-Hochburg – konnte die Hizbollah eine respektable Anzahl von Stimmen für sich gewinnen, aber als Tendenz zeigte sich, dass je näher die Wahlbezirke zur israelischen Grenze hin lagen, um

---

<sup>330</sup> Als Alternative stand eine Allianzbildung mit der Amal zur Verfügung, auf der drei Sitze von 24 für die Hizbollah-Kandidaten reserviert worden waren. Es regte sich innerparteilicher Widerspruch gegen die Option der Allianz mit dem Hariri-Lager, aber als perfekte Illustration ihres politischen Pragmatismus entschied die Führung, die Kandidaten auf der Liste Hariris zu platzieren. Dieses Eingehen einer multi-konfessionellen Wahlallianz sollte vermutlich die Authentizität der Haltung demonstrieren, den Dialog zwischen den Konfessionen zu fördern statt die Konfrontation zu suchen. Man traf sich sogar mit Mitgliedern der maronitischen Rechten, den ehemals erklärten Feinden des Bürgerkriegs, die sich auf derselben Liste befanden, zum Abgleich der Wahlkampfstrategie. Die Hizbollah hielt ihre Mitglieder an, für die gesamte Liste zu stimmen und nicht die Namen der Christen durchzustreichen, die vorher als Feinde gegolten hatten. Harik (2000), S. 99

<sup>331</sup> Ein ähnliches Muster der Allianzbildung ergab sich bei den Parlamentswahlen 2000: in Südbeirut wurden eine gemischte Liste mit unabhängigen Kandidaten aufgestellt, in Beirut koalierte man mit Hariri, in der Bekaa-Ebene ging man eine gemeinsame Liste mit Hussein Husseini ein. Im Südlibanon wurde auf syrischen Druck hin, im Unterschied zu den Kommunalwahlen, eine gemeinsame Liste mit Amal gebildet. vgl. Nassif (2000).

<sup>332</sup> Zu den Ergebnissen in den einzelnen Wahlbezirken siehe Harik (2004), S. 101-108 und Hamzeh (2000), S. 751-754

so mehr Stimmen gingen an die Amal. In den meisten Küstenstädten konnte die Hizbollah ihre Kandidaten durchsetzen.<sup>333</sup>

Die Allianzbildung in Form der Zusammensetzung der Wahllisten bei den Parlaments- und Kommunalwahlen der Hizbollah bestätigt damit nicht nur die Annahme, dass die Partei innerhalb des politischen Prozesses eine abwägend-pragmatische Strategie adoptiert hat, sondern auch bereit ist, ihre ideologischen Normen und Werte utilitaristischen Kriterien unterzuordnen, indem sie mit dem politischen Gegner paktiert,<sup>334</sup> was, wie aufgezeigt, eine essentiell notwendige Bedingung darstellt, um in der libanesischen Politik erfolgreich zu sein. Das Prinzip, Gewinne zu maximieren und Verluste zu minimieren, formt das Rückgrat ihres politischen Agierens, welches essentiell rational ist und sich von politischen Parteien westlichen Zuschnitts nicht unterscheidet. Der Erfolg der Hizbollah bei den Wahlen wird von Analysten unter anderem auf die effiziente Mobilisierung der Anhängerschaft durch ein zentrales Wahlkampfkomitee, dessen Existenz sie von den anderen politischen Akteuren im Libanon unterscheidet, und auf das Ausnutzen der Legitimation, welche durch die Bereitstellung der sozialen Dienstleistungen entstanden sind, zurückgeführt. Diese sollen im Folgenden im Fokus der Analyse stehen.

#### **4.3. Der „Anwalt der Vernachlässigten“ – Die Wohlfahrts- und Dienstleistungsorganisationen**

Vor der Darstellung der Wohlfahrts- und Dienstleistungsorganisationen der Hizbollah und ihrer Tätigkeiten und Aktivitäten gilt es, die Dynamiken, welche zur Entstehung dieses eigenständigen Systems sozialer Sicherung führten, noch einmal kurz anzuführen. Wie schon in Kapitel 2.1 erwähnt, konnte der libanesische Staat während des 15 Jahre andauernden Bürgerkriegs seine Aufgaben im Bereich der Sicherheit und Wohlfahrt nicht mehr wahrnehmen und die konfessionelle „Enklavenbildung“ trug dazu bei, dass die Milizen quasi-staatliche Verwaltungsstrukturen ausbildeten und Dienstleistungen wie Energieversorgung, Ausbildung, Medikamente, Straßenreparaturen, etc. bereitstellten, um so das entstandene Versorgungsvakuum auszufüllen. Die Hizbollah setzte sich von den anderen Milizen nicht nur durch die Art, wie die Dienstleistungen finanziert wurden, ab, sondern auch dadurch, dass die Organisationen ursprünglich gegründet wurden, um die bewaffneten Kämpfer und ihre Familien im Widerstand gegen die israelischen Besatzer materiell zu unterstützen. Erst schrittweise wurde die Unterstützung auf alle bedürftigen Zivilisten in den

<sup>333</sup> „This new geographical distribution demonstrates that Hizbullah was unaware surprisingly of the local realities in the south. The party, which possesses the most sophisticated military capability in fighting the Israeli occupation, has misjudged the needs of the people. Other than their need for the social services, the people wanted more freedom over their daily activities. ... As a result of this new political geographic map one is tempted to hypothesise that the farther the people from the battle zone, the higher the popularity of Hizbullah, the closer to the battle zone, the lower the party's popularity.“ Hamzeh (2000), S. 754

<sup>334</sup> Die rote Linie des Koalierens mit ideologischen Gegnern ist die Zusammenarbeit derselben mit Israel. Bei den Parlamentswahlen 2000 wurde ausdrücklich ehemaligen Angehörigen der *South Lebanese Army* eine Zusammenarbeit untersagt. *L'Orient Le Jour*, 16.08.2001

Gebieten, die unter Hizbollahs Einfluss standen, ausgeweitet.<sup>335</sup> Zudem waren die Schiiten die bedürftigste aller konfessionellen Gemeinschaften, einerseits bedingt durch ihre Herkunft aus den ökonomisch und infrastrukturell peripheren Regionen, andererseits durch die Zerstörungen der ehemals schon minimalen Infrastruktur durch die israelischen Angriffe im Südlibanon, die massive Migrationsbewegungen in die *dahiyya* zur Folge hatten, was die dort herrschenden Lebensbedingungen zunehmend verschlechterte.

Das nach Ende des Bürgerkriegs als „Hariri-Projekt“ bezeichnete staatliche Rekonstruktions- und Wiederaufbauprogramm hat bis zur Gegenwart nicht zu einer Anhebung des allgemeinen Lebensstandards und des Lohnniveaus, insbesondere in den peripheren Regionen, beitragen können. Der beinahe vollständige Schwund der öffentlichen Gesundheits- und Schulsysteme,<sup>336</sup> die steigenden Kosten der Privatschulen und Hospitäler, das unzulängliche System der Sozialversicherung,<sup>337</sup> die hohe Arbeitslosenquote, - welche von offizieller Seite mit 8,5%, angegeben, inoffiziell aber auf ca. 30% geschätzt wird,<sup>338</sup> - der Druck auf den Niedriglohnssektor, ausgelöst durch Arbeitskräfte aus Syrien und aus dem ostasiatischen Raum, die auf den libanesischen Arbeitsmarkt drängen,<sup>339</sup> und die trotz stabiler Währung galoppierende Inflation tragen zu einer Stagnation, bzw. Verschlechterung der ökonomischen Situation bei.<sup>340</sup> Vor diesen Hintergründen gilt es, das umfassende und leistungsfähige soziale Netz der Hizbollah zu betrachten.<sup>341</sup>

Auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge und -versorgung stellen die Hizbollah-Organisationen umfassende Dienstleistungen zur Verfügung. Die „Islamische Organisation für Gesundheit“, die auch *hayaa* abgekürzt und „Gesundheitskomitee“ genannt wird, wurde 1984 gegründet. Dies lässt vermuten, dass sie aus Sanitätseinheiten des militärischen Arms der Hizbollah entstanden ist. Ihr obliegt die Koordination der gesamten Gesundheitsarbeit

<sup>335</sup> Harik (1992), S. 29-30

<sup>336</sup> Zur Zuspitzung der Ungleichheiten im Gesundheitssektor siehe Hamdan (2000), S. 76

<sup>337</sup> Die libanesischen Sozialversicherung muss als äußerst unzulänglich bezeichnet werden. Nur ca. 50% der libanesischen Bevölkerung ist gegen die Risiken Krankheit, Arbeitsunfall oder Berufskrankheit versichert. Im Falle einer Krankheit sind exorbitante Zuzahlungen zu leisten und die Rente, die meist einer Abfindung gleichkommt, reicht nicht bis ans Lebensende. Rieger (2002), S. 22

<sup>338</sup> Hamdan (2000), S. 76

<sup>339</sup> Die Anzahl der syrischen Arbeitskräfte im Libanon ist hochgradig abhängig von der wirtschaftlichen Lage. Mitte der 90er Jahre, zum Höhepunkt der Rekonstruktionsaktivitäten, betrug ihre Anzahl ca. 600.000-700.000, ging aber bis Ende der Dekade auf ca. 250.000 zurück. Nasr (2003), S. 147

<sup>340</sup> Laut einer Studie des *United Nations Economic and Social Council for Western Asia* lebten bereits Ende 1993 mehr als ein Viertel der Libanesen unterhalb der Armutsschwelle (Befriedigung der Grundbedürfnisse). Die UNDP-Studie „Mapping of Living Conditions“ von 1998 nennt für periphere Regionen wie Hermel und Akkar gar einen Wert von 60-70%. Die Regierung hält dennoch an der neoliberal orientierten Wirtschaftspolitik fest, die - anstatt flankierende soziale Maßnahmen zu ergreifen - auf den sogenannten *Trickle-Down*-Effekt setzt, wonach bei zunehmendem Wirtschaftswachstum die positiven ökonomischen Effekte langfristig auch zu den unteren Bevölkerungsschichten durchsickern sollen. Bei mangelndem Wachstum kann diese Strategie ihre vorgesehenen Effekte nicht erreichen. vgl. Rieger (2002), S. 22

<sup>341</sup> Im Folgenden werden nur die Organisationen vorgestellt, die institutionell mit der Hizbollah verbunden sind. Organisationen, die der Hizbollah assoziiert sind, wie z.B. *Khomeini-Hilfe*, und indirekter Teil ihres sozialen Netzes sind, werden hier außer Acht gelassen.

aller Hizbollah-Organisationen.<sup>342</sup> Zu ihren zentralen Aufgaben gehört die medizinische Versorgung der Bevölkerung, u.a. durch den Betrieb von Krankenhäusern und ambulanten Behandlungszentren, die Erstversorgung verletzter Kämpfer, die Zivilverteidigung und die Katastrophenhilfe. Von der Organisation wird ein präventives System im Sinne der *primary health care* propagiert und damit ein sich nicht auf den kurativen Aspekt beschränkendes Konzept medizinischer Versorgung. In diesem Sinne führt sie Impfprogramme und Vorsorgeuntersuchungen in Schulen durch, gibt Kurse in Erster Hilfe und in Hygiene-Erziehung. In der Bekaa-Ebene, der *dahiyya* und im Südlibanon unterhält die Organisation eine Vielzahl von Hospitälern, die ursprünglich für die medizinische Versorgung der Kämpfer errichtet wurden, aber seit Ende des Bürgerkriegs auch allen anderen Bewohnern der Regionen offen stehen. In der *dahiyya* gibt es neben dem *al-Rasul al-Azam*-Hospital und einem weiteren, von der Hizbollah betriebenen Krankenhaus keine staatlichen Krankenhäuser. Die Behandlungskosten sind im Vergleich mit den Kosten, welche Libanesen für Gesundheit im Durchschnitt aufbringen müssen, extrem niedrig. In den Krankenhäusern herrscht der islamische Kleiderkodex für Frauen, aber angesichts der materiellen Bedürfnisse dürften viele sich diesem unterwerfen.<sup>343</sup> Die 1989 gegründete Kriegsversehrtenhilfe („Islamische Wohlfahrtsvereinigung für Kriegsverletzte im Libanon“/*al-jarha*) widmet ihre Arbeit der medizinischen Versorgung und Rehabilitation von Verletzten und Behinderten. Ihre Klientel sind „alle Opfer der israelischen Aggression“, seien es Kämpfer oder Zivilisten. Ihre Hauptaufgabe besteht in medizinischer, therapeutischer und psychologischer Betreuung, Arbeitsvermittlung, Gewährung monatlicher Unterstützung für Ausbildungskosten, Organisation von kulturellen Veranstaltungen sowie der Vermittlung von Ehepartnern.

Im Bereich der Bildung ist ein dem staatlichen Gesundheitssystem vergleichbar desolates, durch Personal- und Qualitätsmängel geprägtes öffentliches System zu beklagen, was für viele Libanesen ein gravierendes Problem darstellt. Wer sich die teuren Privatschulen und Universitäten nicht leisten kann, hat keinerlei Chancen auf eine adäquate schulische und universitäre Ausbildung. Die 1992 gegründete Erziehungs- und Bildungsorganisation der Hizbollah betreibt sieben Privatschulen, für deren Besuch ein symbolischer Betrag von einem US-Dollar zu zahlen ist, da das libanesisches Gesetz kostenlose Schulbildung verbietet. Außerdem vergibt die Organisation Stipendien und ermöglicht so vielen, aus

---

<sup>342</sup> Eine Aufzählung der medizinischen Organisationen und Hospitälern der Hizbollah findet sich in Hamzeh (1993). Da dieser Text älteren Datums ist, muss davon ausgehen werden, dass die Liste nicht vollständig ist.

<sup>343</sup> Rieger vermutet, dass dieser Kleiderkodex dazu führt, dass beispielsweise Christen davon absehen, das Hospital aufzusuchen und es deshalb ein auf die schiitische Gemeinschaft beschränktes Krankenhaus darstellt. Rieger (2002), S. 24. Hizbollah-Offizielle dagegen versichern, dass das Krankenhaus von Mitgliedern aller Konfessionen genutzt wird.

ärmeren Familien stammenden Studenten das Studium an libanesischen und ausländischen Universitäten.<sup>344</sup>

Auf der Ebene der Wohlfahrt lässt sich stellvertretend für andere Organisationen die 1991 gegründete Frauenorganisation der Hizbollah (*al-aaleb*) anführen, welche die gesamte Frauenarbeit der Hizbollah und deren Ableger koordiniert und Vorbereitungskurse für Schwangere, Hygieneerziehung und Alphabetisierungskurse anbietet. Frauen werden in Werkstätten auf Selbsthilfebasis in handwerklichen bzw. handarbeitlichen Tätigkeiten unterrichtet und finden dort Beschäftigung. Abgesehen von religiösen und kulturellen Einrichtungen entspricht die Palette der Aktivitäten des Frauenkomitees denjenigen der Einkommen schaffenden Projekte der internationalen Zusammenarbeit.<sup>345</sup>

Im Bereich der Entwicklungs- und Rekonstruktionshilfe ist die *Jihad al-Bina* (Rekonstruktions-Kampagne) tätig, die Mitte der 80er Jahre gegründet wurde, als in Folge der kriegerischen Auseinandersetzungen im Südlibanon viele Schiiten in die südlichen Vororte Beiruts geflohen waren. Ihr Hauptquartier befindet sich in Haret Hreik in der *dahiyya*, wo sich auch der Hauptsitz der Hizbollah befindet, aber sie unterhält auch regionale Filialen in der Bekaa-Ebene und im Südlibanon. Ihr Ziel und Zweck gibt die Organisation als Ausstattung, bzw. Bereitstellung einer besseren Lebensqualität für diejenigen, welche in den, nach der Definition der Hizbollah „vom Staat vergessenen Gebieten“ (Bekaa-Ebene, *dahiyya* und Südlibanon) leben, an.<sup>346</sup> Ihre primäre Tätigkeit ist die Bereitstellung einer Infrastruktur, welche für die Bereitstellung von Wasser- und Elektrizitätsversorgung benötigt wird, und nimmt deshalb Brunnengrabungen vor, stellt Wassertanks und Stromgeneratoren auf, installiert Wasser- und Elektrizitätsnetze und öffentliche Toilettenanlage in der *dahiyya*. Außerdem hat sie dort seit 1988 die tägliche Müllabfuhr übernommen. Obwohl das staatliche Reinigungsamt seit 1993 seine Arbeit wieder aufgenommen hat, sammelte die *Jihad al-Bina* täglich 300 Tonnen Abfall und behandelte diese mit Insektiziden, um den öffentlichen Dienst zu unterstützen. Während der letzten beiden Bürgerkriegsjahre, als die Wasser- und Elektrizitätsversorgung in der *dahiyya* fast völlig zusammengebrochen und das Wasser der wichtigsten Trinkwasserquelle durch Verschmutzung und Vernachlässigung unbrauchbar war, konnte die *Jihad al-Bina* durch schnelle Lieferungen von Trinkwasser Gunst bei den Bewohnern der *dahiyya* gewinnen. Sie löste diese Notlage, indem sie Wasserreservoirs in jedem Bezirk aufstellte und diese täglich mehrmals auffüllte. Ebenso machten Lastwagen mit Generatoren in der *dahiyya* die Runde, um die Menschen mit Elektrizität zu versorgen. 2001 war das Trinkwasserproblem in den Armutsgürteln der südlichen Vorstädte durch den Staat noch nicht behoben und die *Jihad al-Bina* ist dort weiterhin die Trinkwasser-Hauptversorger.

<sup>344</sup> Jaber (1997), S. 164-165

<sup>345</sup> Rieger (2002), S. 24. Jaber (1997), S. 162 ff.. Siehe zu der Frauenorganisation der Hizbollah auch el-Bizri (1995)

<sup>346</sup> Das Motto der *Jihad al-Bina* lautet: „Zusammen leisten wir Widerstand, zusammen bauen wir auf“.

Zwischen 1988-1996 hob die Organisation 57 künstliche Brunnen aus, die sie mit Pumpen ausrüstete, verlegte 1500 Meter Wasserleitungen, baute vier Wasser-Reservoirs und stellte zusätzlich 400 Trinkwassertanks in verschiedenen Nachbarschaften auf.<sup>347</sup> Einen zusätzlichen Popularitätsschub, nicht nur innerhalb der schiitischen Konfession, erlangte die *Jihad al-Bina*, als sie nach der israelischen Militäroperation „Früchte des Zorns“ im April 1996, durch die ein Sachschaden in der Größenordnung von 1 Milliarde US-Dollar entstand, beim Wiederaufbau der Häuser schnelle und effektive Hilfe leistete, ohne Rücksicht auf konfessionelle Zugehörigkeit zu nehmen. Damit sollte vermieden werden, dass Bauern aus dem Südlibanon weiterhin in die südlichen Vorstädte Beiruts strömten. Diese Maßnahmen führten dazu, dass die Zahl der Obdachlosen in der *dahiyya* reduziert werden konnte. Die Unterstützung für Obdachlose wurde im Laufe der 90er Jahre noch erweitert, denn während ihnen anfangs nur freie Unterbringung gewährt wurde, wurden bald öffentliche Häuser zu deren Unterbringung zu Verfügung gestellt.<sup>348</sup>

Die Reichweite der Dienstleistungen der *Jihad al-Bina* hat in den 90er Jahren stark zugenommen, dem eine Komplexität der Organisationsstruktur nachfolgte. Die *Jihad al-Bina* agiert im agrarischen Bereich, vor allem in der Bekaa-Ebene, ähnlich einer Agentur für ländliche Entwicklung. Sie stellt nach Art landwirtschaftlicher Genossenschaften Bauern Maschinen gratis zur Verfügung, gibt Samen zu geringen Preisen heraus, hat eine Tomaten-Verarbeitungs- und Konservenfabrik etabliert, veranstaltet Trainings- und Ausbildungsprogramme über moderne Bearbeitungs- und Erntemethoden, druckt kostenloses Lehrmaterial und hat eine Veterinärklinik sowie ein modernes agrartechnisches Zentrum eröffnet. Eine weitere wichtige Dienstleistung ist die Versorgung der Bauern mit Krediten und einer Sozialversicherung zu einem geringen Beitragssatz. Zusätzlich schloss die Organisation Verträge mit 120 Ärzten und Hospitälern im Südlibanon ab, was den Versicherten 30-50% Preisnachlässe auf medizinische Rechnungen gewährt. Ferner verspricht die Organisation, die Analphabetenrate in den „vergessenen Gebieten“ zu senken und richtete deshalb Schulen und kulturelle Zentren ein, da sie in einer unzureichenden Ausbildung die Hauptursache für sich fortsetzende Armut sieht.

Wie auch in den anderen Initiativen der Hizbollah im sozialen Dienstleistungsbereich basiert der Prozess der Beratung im agrarischen Bereich auf intensiven Untersuchungen durch Erstellung wissenschaftlicher Studien. Im Planungsstab der Organisation arbeitet eine

---

<sup>347</sup> Harik (2004), S. 84

<sup>348</sup> Die Politologin und Urbanistin Mona Harb el-Kak, Professorin an der Fakultät für Architektur der *American University of Beirut*, hatte in zwei interessanten Studien die Rolle der Hizbollah in dem staatlichen Rekonstruktionsprojekt „Elyssar“ in der *dahiyya* untersucht. Sie hat festgestellt, dass das Engagement wie auch die dortigen sozialen Missstände für politische Ziele der Partei instrumentalisiert werden. Harb el-Kak (1996) und (1999). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Fawaz (2000).

Vielzahl qualifizierter Ingenieure,<sup>349</sup> welche die Prioritätensetzung der Entwicklungsprojekte bestimmen, die sie anhand der Bedürfnisse der Bevölkerung auf Exkursionen und durch intensiven Kontakt mit den Zielgruppen definieren. Dies ist gepaart mit einem Mobilisierungsmuster auf lokaler Ebene, indem die Organisation versucht, Bewohner- und Berufsgruppen zu organisieren, um die Regierung in dringlichen Fragen unter Druck zu setzen. Inner- und außerparlamentarische Mobilisierung gehen dabei Hand in Hand, indem die Bevölkerung in von *Jihad al-Bina* organisierten Streiks und Demonstrationen ihren Unwillen kundtut und die Parlamentarier der Hizbollah Gesetzesinitiativen in der Legislative einbringen.<sup>350</sup>

Finanziert werden die Aktivitäten aller Organisationen der Hizbollah zu einem Teil durch Überweisungen aus dem Iran,<sup>351</sup> aus religiösen Spenden schiitischer Libanesen und Emigranten<sup>352</sup> und aus dem Erlös der Produkte der parteieigenen Wirtschaftsunternehmen. Dank dieser finanziellen Quellen verfügt Hizbollah und die mit ihr verbundenen Institutionen und Organisationen über beträchtliche Summen, mit denen die sozialen Einrichtungen anderer Konfessionen nicht konkurrieren können. Ende der 90er Jahre wurden rund 25.000 Bedürftige über einen längeren Zeitraum finanziell unterstützt sowie eine fünfstellige Anzahl von Schülern und Studenten mit Stipendien im Wert von 1,9 Millionen US-Dollar ausgestattet.<sup>353</sup> Das dargestellte soziale Netz ist aber nur ein kleiner Ausschnitt des Hizbollah-nahen Spektrums von Organisationen, Vereinen, Abteilungen und Wirtschaftsbetrieben, zu dem sich zusätzlich Verlagshäusern, eine Radio- und Fernsehstation, eine Bank sowie verschiedene Kooperationen im Produktions-, Vermarktungs- und Konsumentenbereich addieren.

Dina Danawi hat in einer Fallstudie über die *al-Shahid*-Stiftung (Märtyrer-Stiftung) die Mobilisierungs- und Rekrutierungsstrategien in der sozialen Matrix der Hizbollah und der konfessionellen Gemeinschaft der Schiiten sowie den stiftungsinternen Prozess der Öffnung

---

<sup>349</sup> Die Angestellten der *Jihad al-Bina* werden nach libanesischen Maßstab äußerst gut bezahlt, was die Organisation zu einem begehrten Arbeitgeber macht. Bei der Stiftung verdient ein Ingenieur ca. 1500 US-Dollar, während in der freien Wirtschaft dieser Posten durchschnittlich mit ca. 800 US-Dollar entlohnt wird. Danawi (2000), S. 71

<sup>350</sup> Im Jahr 2000 wollte die Hizbollah das Gesundheitsministerium dazu bringen, staatliche Hospitäler mit modernen Gerätschaften auszustatten, da das Vertrauen in die staatlichen Institutionen gesunken sei und als Resultat die privaten und teureren Hospitäler mit Patienten überschwemmt würden. Harik (2004), S. 89

<sup>351</sup> Es gibt keine genauen Informationen und Angaben über die finanziellen iranischen Transferleistungen in den Libanon, aber es ist von mehreren 10 Millionen US-Dollar jährlich auszugehen. Das Ausmaß scheint aber wegen der dort herrschenden prekären Wirtschaftslage im Laufe der 90er Jahre stark abgenommen zu haben. Harik (2000), 87 und Jaber (1997), S. 150

<sup>352</sup> Die religiösen Spenden sind die freiwillige Abgabe *sadaqa* und die Bußabgabe *kaffara* für nicht erfüllte religiöse Pflichten, vor allem aber der sogenannte *khums* (ein Fünftel der zuerworbenen, im Laufe eines Jahres nicht verkonsumierten Vermögenswerte. Ein Drittel dieses *khums* geht an religiöse Gelehrte und der Rest, nach Sure 8:41 des Korans, an Waisen und Arme. Da viele der Kleriker auch Positionen in der Partei einnehmen, fließt ein großer Anteil des *khums* an Hizbollah. Nach Angaben von Hajj Hussein al-Shami, des Vorsitzenden des sozialen Wohlfahrtsprogramms, ist die Summe vergleichbar mit dem BIP einer reichen Nation. Jaber (1997), S. 151

<sup>353</sup> Rieger (2002), S. 24

untersucht.<sup>354</sup> Unter der Betrachtung der Dichotomie zwischen der öffentlichen Wahrnehmung und dem ideologischen Grundgerüst, der Mechanismen und Überzeugungen, auf die sich die Märtyrer-Stiftung gründet, geht die Autorin von der These aus, dass die *al-Shahid*-Stiftung erfolgreich war in der Adaption und Ausweitung des Prozesses der „Libanonisierung“, indem sie ihr wahres Gesicht verbergen konnte. Die Autorin versucht in der Fallanalyse aufzudecken, inwieweit die Zugehörigkeit zur schiitischen Konfession für die Empfängnis sozialer Leistungen ins Gewicht fällt und ob die Stiftung, der in der Mobilisierungsstrategie der Hizbollah eine wichtige Funktion zukommt, ein Hinderungsgrund für die Transformation der Hizbollah von einem Gewaltakteur in eine politische Bewegung darstellt. Im Folgenden sollen die Ergebnisse der Studie kurz vorgestellt werden, da der Autor davon ausgeht, dass diese Rückschlüsse auf das interne Legitimationsdilemma (Transformationsdilemma I) zulassen.

Das Ziel der 1982, einen Tag nach der israelischen Invasion gegründeten *al-Shahid*-Stiftung (Märtyrer-Stiftung)<sup>355</sup> wird mit der Unterstützung des Islamischen Widerstands (*moqawama*) angegeben. In ihrer Konzeption des *shahid* (Märtyrer) wird zwischen zwei Kategorien von Märtyrern unterschieden: passive Märtyrer, worunter Opfer der israelischen Angriffe, Bombardements und Gefangennahmen verstanden werden, und aktive Märtyrer, d.h. die Kämpfer des Islamischen Widerstands, die als die wahren *mujahidin* („die den *Jihad* Führenden“) gelten. Die Stiftung unterstützt die Familien der bewaffneten Kämpfer, da sie davon ausgeht, dass die Effektivität der Kämpfer an der Front nur dann gewährleistet ist, wenn die materielle und spirituelle Absicherung und Unterstützung ihrer Familien garantiert ist und sie im Todesfall des Kämpfers die Ausbildung der Kinder und die finanzielle Absicherung der Witwen übernimmt. Ergänzend muss hier angefügt werden, dass der Tod eines aktiven Märtyrers seiner Familie ein hohes soziales Prestige innerhalb der Hizbollah-Anhängerschaft einbringt, dessen sich der Kämpfer bewusst ist.<sup>356</sup> Des weiteren widmet sich die Stiftung der Propagierung der Ideologie des Märtyrertums, was sie zu einer Schlüsselressource in der Mobilisierung der zukünftigen *shuhada* (Märtyrer) macht. Diese immaterielle Unterstützung sorgte durch Förderung einer kollektivistischen Sichtweise für die Bewahrung der Gesellschaft des Widerstands;<sup>357</sup> sie stellt damit eine wichtige Institution dar, deren Hauptfunktion darin besteht, das Individuum der Doktrin der Partei Gottes unterzuordnen.

Die Struktur der Stiftung ist, wie die der Gesamtorganisation der Hizbollah, pyramidal und hierarchisch aufgebaut. Sie besteht aus fünf Instituten, die getrennt sind nach ihrer Funktion

---

<sup>354</sup> Danawi (2002)

<sup>355</sup> Bis 1988 trug die Stiftung den Namen *al-Shahid-al-Thawarawi*-Stiftung (Revolutionäre Märtyrer-Stiftung).

<sup>356</sup> Danawi hat Befragungen in Schulen der Hizbollah vorgenommen und Kinder nach deren Berufswünschen befragt: Nach den Nennungen Ingenieur und Arzt rangierte der Berufswunsch „Märtyrer“ auf dem dritten Platz. Danawi (2002), S. 31.

<sup>357</sup> „As Lebanese and as Muslims, the struggle to preserve our society is the best way to support the *muqawamat*.“ Hassan Nasrallah, zitiert nach Danawi (2002), S. 31

und den Humanressourcen, aus denen sie bestehen. Jedes Institut besitzt regionale Subkomitees in den verschiedenen Hizbollah-Hochburgen. Die nächste Hierarchieebene bilden Angestellte<sup>358</sup>, denen jeweils freiwillige Helfer zugeordnet sind. So ist die Omnipräsenz der Stiftung in den Hochburgen der Hizbollah gewährleistet. Ebenso wie bei der Gesamtstruktur der Hizbollah lassen sich sowohl positive als auch negative Aspekte aus dieser Hierarchie ableiten, denn einerseits ist dadurch eine strikte Kontrolle der einzelnen Teile der Stiftung gewährleistet, andererseits kann sich diese Kontrolle als nicht vertrauensfördernd erweisen und zu einer gewissen Isolation der Entscheidungsträger führen, die zu Ineffektivität zur Folge haben kann.

Das Kulturinstitut der Stiftung widmet sich der Förderung der Ideologie des *shahada* (Martyrium) und damit der „Etablierung und Bewahrung der Kultur des Martyriums“. Ziel des Instituts ist die Bewahrung der leiblichen Überreste des *shahid* und deren Transformation in Erinnerungs- und Kulturobjekte.<sup>359</sup> Sie hat zu diesem Zweck Museen in Wohnungen der Heimatorte der Märtyrer etabliert, die in eine Art „Schrein“ verwandelt werden.<sup>360</sup> Dem *Check-and-Balance*-Institut der Stiftung obliegt die Aufgabe der Beobachtung, Kontrolle und Unterstützung der Märtyrerfamilien. Es überwacht und kontrolliert die Projekte der Stiftung, um sicherzustellen, dass keine Korruption in den Handlungen der Angestellten und Freiwilligen der Stiftung entsteht, und sorgt außerdem für die Befriedigung der Bedürfnisse der Märtyrerfamilien.<sup>361</sup> Das Gesundheitsinstitut organisiert die Gesundheitsdienstleistungen für die „Märtyrer“-Familien. In den der Hizbollah assoziierten Hospitälern erhalten sie, ebenso wie die verletzten Kämpfer, bevorzugte Behandlung und müssen nur eine nominelle Gebühr bezahlen. Das Sozialinstitut unterhält Schulen mit bis zu 750 Schülern und fachspezifische Ausbildungseinrichtungen in mehreren Fachrichtungen (Schwesternschulen, Management- und Informatik-Schulen, Theater, Kliniken, Speziallabore, Behinderten-Einrichtungen, etc.), in denen Kinder von *shuhada* eine gute Ausbildung erhalten, die Kindern mit einem vergleichbaren sozioökonomischen Hintergrund in Gebieten, in denen nur wenige staatliche Schulen existieren, verwehrt bleibt. Das *takaful*-Institut<sup>362</sup> der Stiftung wurde zur Gewährleistung der finanziellen Unabhängigkeit der Märtyrer-Kinder etabliert,

<sup>358</sup> Der monatliche Verdienst der Angestellten liegt bei ca. 600-800 US-Dollar. Das Einkommen ist eines der höchsten Einkommen von Angestellten im Libanon, besonders in den Gebieten, in denen die Stiftung aktiv ist. Der monatliche Verdienst staatlicher Angestellter übersteigt die Grenze von 500 US-Dollar nicht. Danawi (2002), S. 50

<sup>359</sup> Die Memorabilia sind u.a. blutbefleckte Kleidung, Bilder der Kämpfer in Uniform und ihrer Familien, handgeschriebene Testamente, welche die Motive der Selbstopferung erklären und Videos der *shahada*, die käuflich zu erwerben sind. Nach Angaben des Direktors des Kulturinstitutes erwirbt so gut wie jeder Besucher eines dieser Videos. Danawi (2002), S. 39

<sup>360</sup> In den Museen werden Videos des „Martyriums“ der Kämpfer, d.h. Aufnahmen von gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der israelischen Armee und der SLA mit Todesfolge, gezeigt. Diese Museen sollen dazu beitragen, bei den Besuchern eine Begeisterung für das Martyrium zu erzeugen und eine neue Generation von Märtyrern vorzubereiten.

<sup>361</sup> „In short, it guarantees the best allocation of the goods and energies of the Foundation and invests in safeguarding an adequate team in its realms.“ Danawi (2002), S. 37

<sup>362</sup> *takaful* = (arab.) „einen Mensch unter seine Obhut nehmen/für einen Menschen Verantwortung übernehmen“

nach der ansteigenden Anzahl der Märtyrer wurde diese Unterstützung auf die Familien ausgeweitet. Damit soll das Martyrium des Vaters materiell entlohnt werden. Zur Unterstützung dieser Familien bedarf es Wohltätern, die durch Anzeigen in den Hizbollah-Medien in Libanon und Übersee gesucht werden. Das Institut stellt einen direkten Kontakt zwischen diesen Wohltätern und den Familien her und die Geldgeber verpflichten sich durch Abschluss eines Vertrags mit dem Institut, für die Ausbildung des Kindes aufzukommen. Aber nicht nur die imminenden Bedürfnisse der Kinder werden bedient, sondern – um für ihre Zukunft zu sorgen – werden Bankkonten eingerichtet, auf die Geldgeber mindestens 250 US-Dollar jährlich einzahlen müssen. Bis 2002 haben 1.419 Kinder von diesem Projekt profitiert. Außerdem unterhält das Institut das *taakhy*-Projekt (Schwesterschaftsprojekt), um „Märtyrer-Witwen“ Unterstützung zu gewährleisten. Falls sich die Witwen wiederverheiraten oder ihr Verhalten nicht der Definition der Stiftung einer guten Muslimin entspricht, wird ihnen die finanzielle Unterstützung entzogen.<sup>363</sup>

Die Autorin Danawi hat in ihren Recherchen zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich als diffizil herausstellt, eine Trennung zwischen Stiftungsmitarbeiter und den Unterstützung erhaltenden Märtyrerfamilien vorzunehmen, da mehrheitlich ein verwandtschaftliches Verhältnis zwischen ihnen besteht.<sup>364</sup> Sie kommt zum dem Schluß, dass die Stiftung Bedeutung in dem Leben jeder Familie der Hizbollah-Anhängerschaft in der *dahiyya* besitzt und damit tief in der schiitischen konfessionellen Gemeinschaft verwurzelt ist. Ebenso stellte sie eine personale Korrelation des Stiftungspersonals und den Wahlhelfern der Hizbollah fest. Da es das libanesisches Abstimmungsverfahren zulässt, dass zwei Delegierte jedes zur Wahl stehenden Kandidaten als Helfer in den Wahllokalen tätig sind, könne das Stiftungspersonal/die Wahlhelfer nach Auszählung der Stimmen kontrollieren, ob die von ihr finanziell unterstützten Familien zur Wahl gehen und ihre Stimme der Hizbollah geben. Wer bei den Parlamentswahlen 1996 seine Stimme der Hizbollah vorenthalten habe, dem wurde nach Angaben der Autorin die Leistungen nach dem Prinzip verweigert und er wurde zukünftig von den Dienstleistungen ausgeschlossen. Dieser „Sanktionierungs“-Mechanismus habe dazu geführt, dass nicht nur die Popularität der Hizbollah durch Zwang verstärkt wurde, sondern sie auch eine Rückmeldung über das Wahlverhalten ihrer Mitglieder erhielt.

Durch die soziale Absicherung der Märtyrerfamilien wie durch den Bezug auf die religiöse Doktrin, welche besagt, dass die Märtyrer nach dem Tod ein besseres Leben als im Diesseits erwartet, habe es die Stiftung geschafft, einen „Märtyrer Kult“ innerhalb der

---

<sup>363</sup> „If the woman follows the „rules“, she retains her title of *shahid* wife and always has a place of respect in society. If she doesn't, she becomes a social pariah and the Foundation takes her children away from her.“ Danawi (2002), S. 46

<sup>364</sup> „In sum, most of the „staff“ of the Foundation are *shahid* family members that work within its structure and hierarchy to support other *shahid* families. To be more specific, 90% of all those who live in *Dahhiyat* are related to at least one *shahid*.“ Danawi (2002), S. 57

Anhängerschaft zu etablieren.<sup>365</sup> Aus diesem Erfolg der Stiftung lässt sich aber bezüglich der Transformation der Gesamtbewegung ein Dilemma ableiten. Die Analyse der Stiftungstätigkeit zeigt einen Wohlfahrtsverband, dessen Tätigkeit sich letztlich darauf konzentriert, eine militärisch-politische Aktivität zu legitimieren, zu stärken und zu stützen. Um dem Prozess der Öffnung des politischen Arms der Hizbollah nachzufolgen, muss sie sich von ihrer zugrunde liegenden Ideologie trennen und sich in einen Wohlfahrtsverband mit ausschließlich ziviler Agenda transformieren. Außerdem würde die Existenzgrundlage der Stiftung nach der Auflösung des militärischen Arms obsolet werden. Dadurch bestände die Gefahr, dass ein Teil der Basis-Unterstützung der Hizbollah wegbrechen würde, was sich in Einbußen von Wählerstimmen äußern könnte. Erste Schritte der „Libanonisierung“ der Stiftung scheinen vollzogen mit Amtsenthebungen iranischer Geistlicher, die der Stiftung vorstanden, sowie dem Erreichen der finanziellen Unabhängigkeit vom iranischen *shahid*-Ministerium, da die Stiftungsprojekte sich gegenwärtig selbst tragen.

Wie aufgezeigt, hat das soziale Netz der Hizbollah eine äußerst wichtige Funktion für die Mobilisierung, Bindung und Rekrutierung der Parteikader und der Anhängerschaft und damit für die Ausweitung der Legitimation vor allem innerhalb der schiitischen Konfession. Obwohl die Hizbollah nachdrücklich betont, dass die sozialen Einrichtungen der gesamten Bevölkerung, ungeachtet der Konfession, offen stehen, ergibt sich aus dem Charakter der Organisationen und deren Zielsetzung, dass Angehörige anderer Konfessionen und Parteien in der *dahiyya* kaum in den Genuss der Benutzung der sozialen Dienstleistungen kommen.<sup>366</sup> Es ist deshalb davon auszugehen, dass es sich bei dem sozialen Netz – trotz mehrfacher, tatsächlich Konfessionen übergreifender geleisteter Nothilfe während des Bürgerkriegs und der späteren israelischen Militäroperationen im Südlibanon – um ein auf die schiitische Gemeinschaft und innerhalb dieser auf die Anhänger und Sympathisanten der Hizbollah beschränktes Netz sozialer Sicherung handelt.<sup>367</sup> Diese Tatsache führt die inhärente Problematik mit sich, dass beispielsweise notwendige Entwicklungsprojekte aus politischen Erwägungen aufgrund fehlender Übereinstimmung mit Gesamtzielen der Bewegung und ihrer einseitigen religiösen Zusammensetzung nicht angegangen werden. Somit fördern die entlang konfessioneller und ideologischer Linien erbrachten Leistungen sozialer Sicherung deutlich konfessionelle und parteipolitische Loyalitäten zu Lasten der

---

<sup>365</sup> „The consequences of their deaths on their families have been so well contained by the work of the Foundation that even their wives wish that, if necessary, their husbands die on the battlefield. Their children’s ambition is to become a *shahid*, and their families hold a privilege place (one many envy) in society.“ Danawi (2002), S. 63

<sup>366</sup> Es ist zu vermuten, dass dies divergiert in den unterschiedlichen Regionen. Im Südlibanon stehen die Hospitäler der Hizbollah Menschen aller Konfessionen offen, wie berichtet wird in „Hizbullah hospital wins praise along the border“, *Daily Star*, 27.05.2003

<sup>367</sup> „Wirtschaftssektor und soziales Netz bilden zwar nicht direkt einen Staat im Staate, aber doch ein vom sozialen und politischen Leben der Libanesen sowohl anderer Konfessionen als auch anders eingestellten oder säkular orientierten schiitischen Bevölkerung weitgehend getrenntes soziales System.“ Rieger (2002), S. 25

staatsbürgerlichen Identität, was zu einem Teil des politischen Diskurses der Hizbollah im Widerspruch steht.

#### 4.4. Die „Waffe des Widerstands“ – Der militärische Arm der Hizbollah

Die vorerst auf lokaler Ebene organisierten, bewaffneten Widerstandsinitiativen und – verbände gegen die israelische Armee und die von ihr unterstützte Söldnertruppe SLA im Südlibanon sind bedeutende Entstehungsfaktoren der Hizbollah zu sehen. Durch die Ausbildung von Kämpfern durch die PLO und iranische Revolutionäre Garden (*Pasdaran*) und die Einbindung verschiedener bewaffneter muslimischer Verbände fand eine Zentralisierung der Widerstandsaktivitäten statt, die in der Formation des militärischen Arms der Hizbollah, des Islamischen Widerstands (*al-moqawama al-islamiyya*)<sup>368</sup> gipfelte, der sich 1985 von dem „Libanesischen Nationalen Widerstand“ abspaltete. In dieser frühen Phase bestanden die Widerstandsaktionen weitgehend aus Selbstmordattentaten, ausgeführt von einzelnen Personen, welche mit Sprengsätzen, die in Pkws oder Lkws installiert waren, in Zusammenstößen mit israelischen Patrouillen zur Explosion gebracht wurden, Sprengsätzen, die entlang der Straßen in der „Sicherheitszone“ platziert wurden, und Angriffen von kleineren Guerilla-Verbänden.<sup>369</sup> Diese Angriffe wurden von der israelischen Armee mit massiven Bombardements beantwortet, welche unter der Zivilbevölkerung im Südlibanon viele Opfer forderte und die Legitimität des Islamischen Widerstands innerhalb dieser nicht unbedingt erhöhte.

Im Laufe der Jahre professionalisierte sich die militärische Performanz des Islamischen Widerstands erheblich, so dass davon ausgegangen werden kann, dass mit Ende des libanesischen Bürgerkriegs der Guerillaverband den Charakter einer regulären professionellen Armee mit fester Kommandostruktur und Aufklärungs-, Infanterie- und Artillerieeinheiten besaß.<sup>370</sup> Von der Platzierung von Sprengsätzen entlang der Straßen und den Selbstmordaktionen wurde zunehmend abgesehen, dafür nahmen die Angriffe bewaffneter Verbände gegen israelische und SLA-Armeeposten in der „Sicherheitszone“ und die Bedrohung der israelischen Nordgrenze durch aus dem Iran stammenden Katyusha-

<sup>368</sup> Dieser Dachverband aus militanten Gruppen bestand nach Angaben von Hamzeh aus sunnitischen und schiitischen Verbänden. Als Mitglieder nennt er *al-Jama'a al-Islamiyya* (Islamische Vereinigung), die *Harakat al-Twahid al-Islami* (Islamische Einheitsbewegung), palästinensische Gruppen, den *Islamischen Jihad*, die *Islamische Amal*, die *Islamische Bewegung* und bewaffnete Verbände der Hizbollah. Hamzeh (1993), S. 30, Hillenkamp (1998), S. 58

<sup>369</sup> „Before 1991 it was basically a case of giving a Kalashnikov to some guy and telling him to charge up the hill. They had no fire support teams, they had no reconnaissance and their field security was terrible.“ Timur Göksel, zitiert nach Blanford (1999) a, S. 28. Angaben über die Zahl der bewaffneten Kämpfer basieren wohl weitgehend auf Schätzungen. Blanford geht von 300 Guerillas und 2.000 Standby-Kämpfern aus, was bedeuten würde, nimmt man die Schätzungen Perthes über die Anzahl der Hizbollah-Kämpfer von 3.000-5.000 als Richtwert, dass eine große Anzahl Bewaffneter demilitarisiert wurden. Blanford (1999), S. 28

<sup>370</sup> „The Resistance today can boast of having specialised regiments each with its own weaponry. We now have an infantry, an engineering division, an artillery force, a general staff, a signals body and the financial backing required to carry on. In other words, we have all the ingredients of a regular army.“ Sheikh Nabil Qaouq, zitiert nach Jaber (1997), S. 39

Raketen zu, was eine Reduzierung der Opfer in den eigenen Reihen zur Folge hatte. Den Wandel und die Professionalisierung der militärischen Taktik führt Timur Göksel, ehemaliger Sprecher der im Südlibanon stationierten UNIFIL-Truppe, auf einen Wandel der Befehlsstruktur im Jahr 1991 zurück, im Rahmen dessen dem Islamischen Widerstand der Status eines unabhängigen Körpers in der Organisationsstruktur der Hizbollah eingeräumt wurde. Die militärischen Entscheidungen zur Ausführung der täglichen Attacken wurden nun nicht mehr von der obersten Hizbollah-Führungsebene gefällt, sondern wurden anhand der herrschenden Bedingungen im Südlibanon getroffen.<sup>371</sup> Außerdem wurde ein militärisches Hauptquartier in Sidon gegründet, in dem Sheikh Nabil Qaouq das Kommando innehat. Größere Militäroperationen des Islamischen Widerstands, die Kommandoführung einer Elitetruppe, wie die Formulierung der militärischen Gesamtstrategie, z.B. der Einsatz von *Katyusha*-Raketen, obliegen aber weiterhin der politischen Führungsebene in Beirut.

Wie schon eingangs erwähnt, basieren die Angaben über die Einbettung des bewaffneten Arms in die organisatorische Gesamtstruktur der Hizbollah größtenteils auf Vermutungen, aber es lässt sich mit Sicherheit sagen, auch aufgrund der Zentralität und Priorität der Doktrin des Widerstands, dass der militärische Arm einen großen Einfluss auf Entscheidungsprozesse in der Hizbollah besitzt. Nach Angaben des ICG ist der ehemalige Kommandeur des Islamischen Widerstands Mitglied des Beschlussfassungsrats der Obersten *Shoura*. Hochrangige Widerstandskämpfer genießen privilegierte Wahlrechte in der Hizbollah-Generalversammlung und ihnen werden weitreichende Spielräume in der Kandidaten-Nominierung für die höchsten Entscheidungsgremien der Bewegung eingeräumt.<sup>372</sup> Auch wenn es unter Betrachtung der internen Dynamiken der Hizbollah schwierig ist, den militärischen Arm von dem politischen zu trennen, - eingedenk der Tatsache, dass dem Führen des bewaffneten Widerstands ein großer Anteil ihrer Legitimität in der libanesischen Bevölkerung geschuldet ist -, bedurfte es der Schaffung politischer und sozialer Institutionen, um ihn in der Nachkriegsordnung politisch zu legitimieren. Er lässt sich damit nicht zu einem bloßen militärischen Anhängsel der Hizbollah reduzieren<sup>373</sup> und er dominiert auch nicht die politischen Institutionen der Gesamtbewegung. In finaler Analyse lässt sich sagen, dass die militärischen Verbände dem Befehl der Obersten *Shoura*, bzw. des Generalsekretärs unterstehen.

---

<sup>371</sup> „Now, so long as the guys in the south stay within the guidelines by the headquartes in Beirut, they pretty have autonomy in what they want to do. Only with the major operations they still may require permission from Nasrallah.“ Timur Göksel, zitiert nach Blanford (1999) a, S. 28

<sup>372</sup> Auch die Sicherheits- und Aufklärungsdienste, wie der *Amn al-Hizb* (Sicherheit der Partei) und der *Amn al-Muddad* (Spionageabwehrdienst), dem Veteranen des Islamischen Widerstands vorstünden, haben entscheidenden Einfluss auf die internen Entscheidungsprozesse der Hizbollah. ICG (2003) a, S. 3.

<sup>373</sup> „It is in this respect that Hizbullah departs significantly from other political parties in the world that are divided into a political and military wing. At least for now, Hizbu'llah is more akin to an army with administrative and combative departments, than a party with two mutually exclusive wings. This analogy stems from the fact that each and every male affiliated with Hizbu'llah's social and political institutions is considered a potential Resistance fighter. For this reason, all male adherents are subject to military training upon subscribing to the party, and thereby expected to partake in the Resistance if and when the need arises.“ Saad-Ghorayeb (2002), S. 117

Militärbeobachter im Südlibanon führen den Erfolg der militärischen Kampagne des Islamischen Widerstands, der im Mai 2000 zum vollständigen Rückzug der israelischen Truppen aus der „Sicherheitszone“ führte, letztlich auf die Kombination von Guerilla-Taktiken mit konventioneller Kriegsführung zurück, womit die militärische Unterlegenheit gegenüber der israelischen Armee kompensiert werden konnte.<sup>374</sup> Die israelischen Truppen wurden nicht nur an den Grenzen der „Sicherheitszone“ in Überraschungsangriffen attackiert, sondern zunehmend wurden die Attacken tiefer im Innenraum der „Sicherheitszone“ ausgetragen. Bei diesen Attacken wurden auch unterschiedliche Waffengattungen, wie Artillerie, Maschinengewehre bis hin zu Boden-Luft-Raketen, variabel eingesetzt, die es den israelischen Truppen erschwerten, den Gegner einzuschätzen. Ferner wurden Waffen in atypischer Manier angewendet.<sup>375</sup> Der militärische Erfolg ist aber der Tatsache geschuldet, dass die bewaffneten Kämpfer nach den Attacken in die lokale Bevölkerung untertauchen konnten, die mit ihnen sympathisierte. Die Unterstützung der Zivilbevölkerung schien in die militärische Strategie fest eingeplant gewesen zu sein, um die militärische Überlegenheit des Gegners durch erhöhte Beweglichkeit ausgleichen zu können.<sup>376</sup> Damit war eine Grenzziehung zwischen Nonkombattanten, d.h. der Zivilbevölkerung, und den bewaffneten Einheiten erschwert. Die israelische Armee ging daraufhin rücksichtslos gegen die Zivilbevölkerung vor, da sie diese als Quasi-Kombattanten betrachtete.<sup>377</sup> Das Ausmaß der Unterstützung der Bevölkerung für den Islamischen Widerstand ließ mit Fortdauer des Konfliktes nicht nach, sondern wuchs nach den beiden großen israelischen Militäroperationen 1993 und 1996 weiter an.

Als ein weiteres wichtiges Element der Militärstrategie stellte sich der Einsatz der Hizbollah-Medien heraus, die als psychologische Waffen eingesetzt wurden und weiterhin weiterhin zum Einsatz kommen.<sup>378</sup> Kamerateams des Senders *Al-Manar* TV sind in die Guerilla-

---

<sup>374</sup> Die Hauptcharakteristika einer Guerilla-Strategie sind ein fixiertes Ziel, die Benutzung leichter Waffen, ein Überraschungsmoment, die Unterstützung der Widerstandskämpfer durch die lokale Bevölkerung und eine Begrenzung des Zeitraums und des geographischen Raums, in dem die Attacke ausgeführt wird. vgl. Münkler (2003), S. 173-178

<sup>375</sup> Beispielsweise wurde ein alter sowjetischer Panzer in einer Höhle platziert und nicht bewegt, so dass er nicht auf den israelischen Hitzesensoren sichtbar wurde. Die israelische Armee habe Monate gebraucht, um diesen zu finden. Ebenso lassen sich die ferngesteuerten, Panzer sprengenden Raketen anführen, die auf kleine Öffnungen in den israelischen Bunkern abgefeuert wurden, wie auch die Sprengkörper entlang der Straßen, die durch Steinimitationen getarnt wurden, so dass sie nicht leicht identifiziert werden konnten. Harik (2004), S. 132 und Jaber (1997), S. 42

<sup>376</sup> „Der Partisanenkrieg unterscheidet sich von den konventionellen Formen der Kriegsführung also darin, dass er in hohem Maße Kosten-Nutzen-Kalkulationen in die Bilanz der Kriegsführung einzubringen versucht, und er kann dies dort besonders erfolgreich, wo die Bevölkerung der Gebiete, in denen die Partisanen operieren, sich ihrerseits nicht an – zumindest kurzfristigen – Kosten-Nutzen-Bilanzen orientiert und die Partisanen unterstützt, ungeachtet der schweren Lasten, die dies für sie zur Folge hat, während die politischen und gesellschaftlichen Eliten der Gegenseite mit Blick auf die Kosten des Krieges diesen durch Rückzug beenden.“ Münkler (2003), S. 255

<sup>377</sup> Anhand von Statistiken lässt sich ersehen, dass der Widerstandskampf unter der Zivilbevölkerung die meisten Opfer forderte. vgl. die Statistiken für den Zeitraum 1989 – 1993 Norton (1993), S. 72. Zu den repressiven Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung im Südlibanon siehe Hirst (1999), S. 13 ff.

<sup>378</sup> Mit dem Beginn der *Intifada* werden auf *Al-Manar* TV auch Inhalte in russischer und hebräischer Sprache gesendet, die an das israelische Publikum gerichtet sind und in denen u.a. vor palästinensischen

Verbände eingebettet. So können erfolgreich verlaufene Angriffe durch die Fernsehausstrahlungen der libanesischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Als 1997 eine israelische Eliteeinheit in der Nähe von Sidon, außerhalb der „Sicherheitszone“, von Hizbollah-Einheiten gestellt wurde, wurde dies noch am selben Tag im Fernsehen ausgestrahlt, was die Effektivität des Widerstands der Hizbollah unter Beweis stellte.<sup>379</sup> Die über die Hizbollah-Medien ausgestrahlte Propaganda dürfte nicht unerheblich zur Legitimation der Bewegung über die Kernanhängerschaft hinaus beigetragen haben.<sup>380</sup>

Die Konfliktaustragung des *low intensity war*<sup>381</sup> zwischen den Kräften des Islamischen Widerstands und der israelischen Armee/SLA bis zum israelischen Rückzug stellte sich aber nicht als entgrenzte dar, sondern verlief anhand gewisser Regeln ab, die von beiden Seiten mehr oder weniger eingehalten werden.<sup>382</sup> Die israelischen Militärinterventionen 1993 und 1996 hatten zur Folge, dass sich in den Waffenstillstandsvereinbarungen geeinigt wurde, alle Kriegauswirkungen gegen Zivilisten oder die Initiierung solcher Akte zu ächten, wie 1996 eine Beobachtergruppe mit Vertretern aus den USA; Frankreich, Syrien, Israel und Libanon einzurichten, an die ein Brechen der Regeln berichtet werden sollte. Diese installierten Regeln konnten die Auseinandersetzung zwar nicht beenden und wurden von beiden Seiten mehrfach gebrochen, grenzten ihn aber insgesamt ein.<sup>383</sup> Ferner hat auch die UNIFIL, als deren Aufgaben die Beobachtung des Konflikts sowie der Schutz der libanesischen Zivilbevölkerung definiert sind, eine gewisse Schiedsrichterfunktion inne. Auch nach dem israelischen Rückzug aus der „Sicherheitszone“ sind gewisse, ungeschriebene Regeln zwischen den Konfliktparteien in Kraft, die sich, abhängig von der Entwicklung der regionalen Konfliktsituation in ständiger Modifikation befinden.<sup>384</sup> Die Funktion des bewaffneten Arms der Hizbollah hat sich nach dem Abzug der Besatzungsmacht von der Lancierung

---

Selbstmordattentätern gewarnt wird, um die israelische Bevölkerung psychologisch zu schwächen. „Hizbollah shows mastery of psychological warfare“, in *Daily Star*, 15.11.2003

<sup>379</sup> Harik (2004), S. 131

<sup>380</sup> „While it is important for Israel to portray the battle as a fight between Israel and Hezbollah, it is more important for us to show it in its real form – a war, not just between Hezbollah and the Israeli soldier but one in which the whole of Lebanon are in danger. In this we can say that Hezbollah has largely succeeded in transforming the outlook of the people towards its Resistance.“ Sheikh Nabil Qaouq, zitiert nach Jaber (1997), S. 43

<sup>381</sup> Die AKUF Hamburg stuft die Auseinandersetzungen im Südlibanon zwischen 1990-2000 als Kriegstyp CE-2 ein. Zu dem Begriff *low intensity war* siehe Crefeld (1998), S. 42 ff.

<sup>382</sup> Damit entspricht er trotz der Beteiligung eines nichtstaatlichen Akteurs, der atypische Waffen anwendet und mit Guerillataktiken agiert, nicht den „neuen Kriegen“, als deren Merkmale Münkler Entstaatlichung, Asymmetrisierung und Autonomisierung ausmacht. Münkler (2003), S. 10-11. Die Hizbollah hat vielmehr eine Stellvertreterrolle für die libanesische Armee nach dem Prinzip der Arbeitsteilung übernommen. Der Eingriff in die Konflikthandlungen seitens des libanesischen Staates hätte wahrscheinlich einen zwischenstaatlichen Krieg ausgelöst. Israel akzeptierte durch die Waffenstillstandsverhandlungen von 1993 und 1996 die Hizbollah *de facto* als staatlichen Akteur.

<sup>383</sup> In dem Zeitraum vom 16.07.1998-15.01.1999 fanden laut einem UNIFIL-Report 386 Hizbollah-Angriffe gegen die israelische Armee und die SLA statt, die mit 18.000 Salven Artillerie, Mörsern und Raketen beantwortet wurden, welchen 24 libanesische Zivilisten zum Opfer fielen. Während dieses Zeitraum wurden keine israelischen Zivilisten getötet. Hirst (1999), S. 11

<sup>384</sup> „The ever-changing rules of Hizbollah and Israeli strikes“, *Daily Star*, 02.12.2000

einer Widerstandskampagne in die einer Grenzbewachung gewandelt. Dennoch hat sich die Sicherheitslage im Südlibanon bis zur Gegenwart noch nicht stabilisiert.<sup>385</sup>

Zu Mitte der 90er Jahre war sich ein nicht geringer Teil von Analysten einig, dass das Ende des bewaffneten Widerstands und damit eine Auflösung des militärischen Arms auch das Ende für die Hizbollah bedeuten würde. Im Vorfeld des israelischen Rückzugs im Mai 2000 wurde gemutmaßt, dass sich der Islamische Widerstand mit Wegfall der Rechtfertigung seiner Existenz auflösen würde, was der Bewegung aber kaum den Todesstoß versetzen würde.<sup>386</sup> Aufgrund ihrer Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit und der Orientierung der Hizbollah an gegebenen Realitäten, die sie in der Vergangenheit gezeigt hatte, glaubte man, dass die Partei eine Zeremonie für ihre Kämpfer abhalten würde, in der sich diese dann selbst entwaffneten und von dem bewaffneten Kampf verabschiedeten. Dass eine Fraktion innerhalb der Hizbollah existiere, die einer Auflösung des bewaffneten Arms kritisch gegenüber stünde, einen Frieden zwischen Libanon und Israel ablehnen und sich unter Umständen von der Bewegung abspalten würde, wurde von der Haltung Syriens und Irans gegenüber den neuen regionalen Realitäten abhängig gemacht. Wie das folgende Kapitel aber zeigen wird, konnte durch Eröffnung eines neuen Konfliktfeldes die Auflösung des militärischen Arms und das organisationsinterne Dilemma, sich von der Identität als Befreiungs- und Widerstandsbewegung verabschieden zu müssen, verhindert werden, auch wenn diese bewaffnete Kampagne innerhalb der libanesischen Bevölkerung nicht mehr das Ausmaß an Legitimität besitzt wie vor dem israelischen Rückzug. Es hat den Anschein, dass der Abschied von der Doktrin des bewaffneten Widerstands und der damit verbundenen Reformulierung der Selbstdefinition als politische Bewegung die Hizbollah vor größere Probleme stellt als die Anpassung an die libanesischen Nachkriegsordnung.

#### **4.5. Zwischenfazit: Eine Partei wie jede andere?**

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die Gesamtstruktur der Bewegung in dem Prozess der Transformation der politischen Ordnung und dem damit verbundenen Prozess der Öffnung oder Anpassung der Hizbollah nicht umgehend modifiziert hat, was sich aber nicht als Hindernis für den Transformationsprozess erwiesen hat. Die strikte Hierarchie sowie die Kontrolle der organisationsinternen Prozesse durch die Führungsebene, gestützt durch das hohe Ausmaß an Autorität, hat vielmehr dazu beigetragen, die Ausweitung der politischen Agenda in der Anhängerschaft leichter zu legitimieren, bzw. durchsetzen zu können. Anhand der Bestimmung der parlamentarischen Oppositionsstrategie der Hizbollah als einer „konstruktiven“ und Darstellung ihrer Verhaltensmuster während des elektoralen Prozesses ließ sich ersehen, dass die Hizbollah als Akteur vollständig in das politische

---

<sup>385</sup> In Kapitel 5.2 wird auf die Funktion der Hizbollah und ihre Rolle in der regionalen Konfliktodynamik nach dem israelischen Rückzug eingegangen.

<sup>386</sup> So beispielsweise Blanford (1999), S. 25 und Saad-Ghorayeb (2002), S. 117

System der Nachkriegsordnung integriert ist und sich ihre politischen Verhaltensmuster nicht bedeutend von anderen Akteuren unterscheiden, auch wenn die politische Strategie und ihre Zielsetzungen teilweise substantiell differiert. Ihren Zielen wird durch die umfassenden Tätigkeiten der Bewegung Rechnung getragen, die es ihr erleichtern, Legitimität in der libanesischen Gesellschaft und auf politischer Ebene zu gewinnen, da sie sich an Problemen, denen die libanesischen Nachkriegsgesellschaft ausgesetzt ist, orientieren. Die sozioökonomischen Auswirkungen des Bürgerkriegs kommen der Hizbollah damit gewissermaßen zugute. Es gelingt ihr außerdem, insbesondere durch die Bereitstellung der Dienstleistungen, ihre Anhängerschaft in einem hohen Maße zu mobilisieren. Allerdings konnte durch die Fallstudie der *al-Shahid*-Stiftung aufgezeigt werden, dass sich daraus auch Hindernisse für den Prozess der Gesamttransformation der Bewegung ableiten. Das Festhalten der Doktrin des Widerstands, was sich aus der Identität und Selbstdefinition der Bewegung erklärt, bringt politische Kosten mit sich, welche die Partei Gottes bereit ist, hinzunehmen. Da bis zum Rückzug der israelischen Truppen aus der Besatzungszone im Mai 2000 in weiten Teilen der libanesischen Gesellschaft aufgrund historischer Erfahrungen sowie der Wahrnehmung der israelischen Präsenz als Bedrohung Einigkeit darüber herrschte, dass die Widerstandskampagne der Hizbollah gerechtfertigt ist, hat sich das Festhalten an der Gewaltstrategie aber nicht nur negativ ausgewirkt, sondern ihr vielmehr einen nicht unbedeutenden Nutzen eingebracht, der sich positiv auf die Gewinnung externer Legitimität auswirkt.

## **5. Gratwanderung zwischen *Jihad* und Mandat**

Nach der Darstellung des Integrationsprozesses der Hizbollah in die politische Nachkriegsordnung, welche sich bis zur Mitte der 90er Jahre insofern stabilisiert hatte, dass ein erneutes Ausbrechen von gewaltsamen Konfrontationen entlang der Konfliktlinien des Bürgerkriegs unwahrscheinlich wurde und sich die politischen Auseinandersetzungen weitestgehend an politischen Sachfragen orientierten, wendet sich nun die Analyse der Frage zu, ob sich die Hizbollah als „durchschnittlicher“ Akteur im politischen und gesellschaftlichen System des Libanons charakterisieren lässt. Es wird im Folgenden versucht, über Reaktionsmuster auf Herausforderungen nationaler und regionaler Ebene, welche Modifikationen in der politischen Strategie verlangten, ihren Integrationsgrad in der politischen Nachkriegsordnung zu bestimmen, bzw. den Zustand ihrer Transformation zu validieren.

### **5.1. Herausforderungen nationaler Tragweite**

Die „Sonderrolle“ unter den politischen Akteuren, welche der Hizbollah durch die Exklusion aus den allgemeinen Demobilisierungsmaßnahmen eingeräumt wurde, stand der

Ausweitung ihrer Legitimation in der multikonfessionellen Gesellschaft, wie aus dem Dargestellten deutlich wurde, nicht im Wege, sondern wurde vielmehr durch die gegebenen Realitäten begünstigt. Der Prozess der Integration in die politische Nachkriegsordnung lief für die Hizbollah relativ reibungslos ab, da allen Gewaltakteuren, welche die in Ta'if ausgehandelten „Regeln“ akzeptierten und sich bereit erklärten, auf den Reform- und Transformationsprozess einzulassen, politische Partizipation in der neuen staatlichen Ordnung eröffnet wurde. Herausforderungen auf nationaler Ebene sollten aber durch die israelische Besatzungsmacht wie von einem ehemaligen Mitglied der Führungsebene an die Hizbollah herangetragen werden, welche partiell Reaktionen, bzw. Neuausrichtungen der Strategie verlangten. Im Folgenden werden die Reaktionen der Hizbollah auf diese Herausforderungen dargestellt, um deren Auswirkungen auf die externe wie interne Legitimation zu sichtbar zu machen.

### **5.1.1. Die Operation „Früchte des Zorns“: Versuch der Delegitimierung von außen**

Den Konflikt zwischen der israelischen Armee, der Söldnermiliz SLA und der Hizbollah im Südlibanon verkürzt darzustellen, stellt sich äußerst diffizil heraus, da eine Vielzahl von Akteuren – der libanesischer Staat, die Hizbollah, Syrien, Israel und im weiteren Umfeld die USA, der Iran und palästinensische Organisationen – direkt und indirekt auf ihn Einfluss nehmen und er in den weiteren Kontext der nahöstlichen Konfliktdynamik eingebettet ist. Die Strategien, Reaktionsmuster und militärischen wie politischen Ziele der Akteure interagieren und lassen sich damit kaum unabhängig voneinander betrachten. In der folgenden Darstellung der israelischen Militäroperation „Früchte des Zorns“ im Libanon im April 1996 wird sich aber auf die vier erstgenannten Akteure beschränkt, mit der Absicht, die Beziehungen zwischen der Hizbollah, dem libanesischen Staat und Syrien zu kennzeichnen, sowie Implikationen der Offensive, die sich als ein Delegitimierungsversuch der Hizbollah durch einen externen Akteur werten lässt, für den Transformationsprozess der Partei Gottes zu kennzeichnen. Dabei wird in der Darstellung von der These ausgegangen, dass die israelische Regierung die Militäroperation mit dem Ziel lancierte, durch die massive Zerstörung von Infrastruktur und Bedrohung der Sicherheit der libanesischen Bevölkerung Druck auf die libanesischer Regierung auszuüben, um sie zu „motivieren“, die Widerstandsaktionen der Hizbollah einzudämmen.

Obwohl der Hizbollah im Rahmen des Ta'if-Verhandlungsprozesses von der libanesischen Regierung, bzw. von Syrien, die Funktion der „Waffe des Widerstandes“ gegen die Besatzungsmacht im Süden zugeteilt wurde, - was zur Folge hatte, dass sie von den allgemeinen Demilitarisierungsmaßnahmen der Milizen ausgenommen blieb -, war die Beziehung zwischen dem libanesischen Staat und der Hizbollah auch weiterhin eine konfliktreiche, denn es standen sich die Interessen einer Regierung, welche versuchte, die

staatliche Autorität nach Jahren der Ohnmacht aus den Händen der substaatlichen Gewaltakteure wiederzuerlangen, und eines weiterhin bewaffneten Akteurs, der von dem Staat unabhängige militärische Aktionen auf dem nationalen Territorium ausführte, gegenüber. Die Hizbollah führte den Widerstand im Südlibanon auch im Interesse des libanesischen Powerbrokers Syrien, da sich das Regime in Damaskus ausrechnete, dass Israel so wieder an den Verhandlungstisch über die von Israel besetzten Golanhöhen gebracht werden konnte.<sup>387</sup> Die libanesischen Nachkriegsregime befanden sich damit in einem Dilemma, denn angesichts der Rolle, welche die syrische Armee bei der Befriedung des Bürgerkriegs und der Wiederherstellung der staatlichen Ordnung gespielt hatte, der Schwäche der libanesischen Armee gegenüber der regional stärksten Armee Israels, und der Tatsache, dass das Vorgehen mit konventionellen Streitkräften gegen die israelischen Besatzungskräfte einen zwischenstaatlichen Krieg ausgelöst hätte, in dem Syrien dem Libanon wegen der bilateralen Verträge hätte beistehen müssen, waren sie gezwungen, diese Art der Arbeitsteilung zu akzeptieren. Wenn der Druck auf die Besatzungsmacht aufrechterhalten werden sollte, um die territoriale Integrität wiederherzustellen, musste die Regierung die vereinte syrisch-libanesisch Außenpolitik unterstützen, was gleichzeitig aber die Vernachlässigung staatlicher Prärogative bedeutete sowie die Einnahme einer Position der offenen Unterstützung für die Gruppe, welche den Widerstand führen konnte. Zusätzlich verkomplizierte sich die Situation dadurch, dass die der Hizbollah entgegengebrachte Unterstützung in der Bevölkerung über die Jahre, als Resultat des Erfolges der militärischen Operationen gegen die Besatzer, angewachsen war, wodurch die Hizbollah durch die Propagierung des Widerstands als „nationalen Dienst“ nicht unwesentlich dazu beigetragen hat. Eine Einschränkung der Widerstandsaktivitäten der Hizbollah wäre damit für die Regierung schwer durchsetzbar gewesen, da dem Widerstand von der Bevölkerung nationale Priorität eingeräumt wurde.<sup>388</sup>

Ferner blieb der Regierung durch die von der Hizbollah angewandten Guerillastrategie, die Geheimhaltung voraussetzte und in deren Rahmen die Hizbollah die staatlichen Sicherheitskräfte außen vorließ, häufig nur eine Reaktion auf die massiven Flüchtlingsströme und die Zerstörung der Infrastruktur als Folgen der Auseinandersetzungen zwischen Widerstandskräften und Besatzern übrig. Somit blieb der Regierung nichts anders übrig, als sich auf die Wahrnehmung der verbleibenden Prärogativen zu beschränken und durch Ausübung diplomatischen Drucks auf Israel zu versuchen, die Besatzung und damit die Auseinandersetzungen im Süden zu beenden. Durch die Kampagne für die Implementierung

---

<sup>387</sup> Syrien insistierte bis zum israelischen Rückzug im Mai 2000 aus der „Sicherheitszone“ darauf, dass Libanon nicht unabhängig mit Israel verhandelte und die „libanesisch Angelegenheit“ nur im regionalen Kontext zu lösen sei. Diese Kopplung, d.h. die Insistierung auf der Doktrin des *talazum al-masarayn* („Verbindung der gemeinsamen Wege“), die sich zur *wihat al-masar wa-l-masir* („Einheit des (Verhandlungs-)Wegs und des Schicksals“) entwickelte, hat in besonderer Weise die libanesisch Haltung im nahöstlichen Friedensprozess beeinflusst. Kassir (2003), S.90.

<sup>388</sup> Harik (2004), S. 113

der UN-Resolution 425, welche den vollständigen Rückzug der israelischen Truppen von libanesischem Territorium einforderte, hoffte die Regierung, ihre Ziel erreichen zu können, nicht nur die nationale Integrität und die staatliche Souveränität komplett wiederherzustellen, sondern gleichzeitig auch damit den bewaffneten Aktivitäten der Hizbollah ihre Grundlage zu entziehen und Verhandlungen mit Damaskus über einen Rückzug der auf libanesischem Territorium verbleibenden syrischen Truppen zu initiieren, die nach offizieller Verlautbarung aufgrund der israelischen Besatzung weiterhin für die Sicherheit im Libanon sorgten. Es lässt sich damit feststellen, dass sich die verfolgten Ziele der Regierung und der Hizbollah, die Verhandlungen mit Israel grundsätzlich ablehnte (und weiterhin ablehnt) und der Kampf gegen die israelischen Besatzer und die SLA ihr *raison d'être* darstellte, diametral gegenüberstanden.<sup>389</sup> Zu dieser Divergenz der Interessen kam hinzu, dass die Erfolge des Widerstands nicht nur Unterstützung hervorgerufen hatten und Mitglieder der politischen Klasse, insbesondere der Parlamentspräsident und Amal-Führer Nahib Berri, die Hizbollah kritisierten, dass sie diese für die Ausweitung der Bewegung ausnütze. Außerdem schienen noch nicht jegliche Zweifel an der Aufrichtigkeit des Standpunkts der Hizbollah, von der Forderung der Errichtung eines islamischen Staats abzusehen, bei Christen und säkularen Muslimen ausgeräumt. Israelische Strategen waren sich dieser auf wackligen Füßen stehenden Solidarität mit der Hizbollah bewusst und spekulierten, dass die Unterstützung für die Widerstandskampagne der Hizbollah sich auflösen könnte, falls die Widerstandsaktionen mit Angriffen beantwortet würden, welche die Sicherheit der Zivilbevölkerung aufs Spiel setzte. Unter Anwendung dieser Strategie wurde am 25.07.1993 die Militäroffensive „Operation Rechenschaft“ lanciert.<sup>390</sup>

Aber die israelische Strategie ging nicht auf. In der libanesischen Bevölkerung ließ sich trotz gemischter Reaktionen kein ins Gewicht fallender Grad an Entfremdung der Solidarität von der den Widerstand führenden Hizbollah verzeichnen. Die Regierung startete eine diplomatische Offensive, um den Konflikt zu beenden und begrenzte ihre Aktionen auf Hilfsmassnahmen für die 200.000-300.000 Flüchtlinge aus dem Süden. Von Regierungsseite wurde aber kein Versuch unternommen, die Angriffe der Hizbollah gegen die israelische Armee und Nordisrael einzuschränken. „Operation Rechenschaft“ schlug nicht nur in dem Versuch fehl, die dargestellten Spannungen zwischen der Guerilla und dem libanesischen Staat auszunutzen, sondern Syrien kam in den Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Hizbollah und Israel eine Schlüsselrolle zu, was Israel in keinem Fall intendiert hatte.<sup>391</sup>

<sup>389</sup> „In other words, while taking draconian measures to avoid a run-in between the Lebanese Army and Israeli forces in the South, and staying out of Hezbollah's way, the government is nevertheless pursuing a goal diametrically opposed to that of the Party of God.“ Harik (2004), S. 114

<sup>390</sup> Zum Ablauf der „Operation Rechenschaft“, welcher 120 Zivilisten zum Opfer fielen, ca. 500 verletzt wurden und ca. 200.000 - 300.000 Libanesen und Palästinenser zu temporären Flüchtlingen machte siehe Jaber (1997), S. 171-173

<sup>391</sup> Die Autorin Harik beobachtete die Reaktionsmuster der libanesischen Regierung und der Hizbollah während der „Operation Rechenschaft“ und leitete daraus ein hypothetisches, von Damaskus vorgegebenes Regelwerk für

In der nicht schriftlich niedergelegten Waffenstillstandsübereinkunft („Juli-„ oder „Damaskus-Übereinkunft“) wurden „Spielregeln“ vereinbart, dass zukünftige militärische Aktionen beider Akteure nur noch innerhalb der „Sicherheitszone“ durchgeführt und zivile Ziele innerhalb wie außerhalb der „Sicherheitszone“ von beiden Seiten nicht mehr angegriffen werden. Falls diese Regeln von einer Seite gebrochen würden, wurde der anderen Seite das Recht zugesprochen, einen Vergeltungsschlag auszuführen und es ihr gleichzutun.<sup>392</sup> Damit wurde der Hizbollah das Recht gegeben, Ziele in Nordisrael anzugreifen, falls Israel vorher libanesische Zivilisten attackiert hatte. Diese „Regeln“ sollten in den nächsten Jahren mehr oder minder von beiden Seiten befolgt werden.<sup>393</sup> Ferner wurde damit der militärische Widerstand der Hizbollah implizit von Israel als legitim anerkannt.

Die Guerilla-Taktiken der Hizbollah nahmen in den nächsten Jahren an Effizienz zu und den israelischen Truppen und der SLA-Milizen konnten häufig Verluste zugefügt werden. Die israelische Regierung nahm daraufhin einen Vergeltungsschlag der Hizbollah auf israelische Dörfer, der als Antwort auf eine israelische Attacke außerhalb der „Sicherheitszone“ ausgeführt wurde, zum Anlass und lancierte am 11. April 1996 die Offensive „Früchte des Zorns“.<sup>394</sup> Das Ziel der israelischen Regierung war wie schon bei der „Operation Rechenschaft“, durch massive Militärschläge eine Spaltung zwischen der libanesischen Regierung und der Hizbollah herbeizuführen, bzw. Syrien zu „motivieren“, die Hizbollah in die Schranken zu weisen.<sup>395</sup> Daraus hätte sich das regionale Gleichgewicht dahingehend

---

die beiden Akteure in Konfliktsituationen ab. Beide hätten sich innerhalb der Rahmenbedingungen dieses Regelwerks verhalten und Syrien könne dadurch die Spannungen zwischen den beiden Akteuren, - die Israel versuchte, mit dem Militärschlag auszunutzen -, kanalisieren, um ihr jeweiliges Ziel zu erreichen. Beide libanesischen Akteure seien darin von Damaskus unterstützt worden, aber ihr Verhalten in Krisensituationen sei strikt reguliert, um einer Beeinflussung der jeweiligen Einflussosphäre – Diplomatie und Gewalt – vorzubeugen. Die hypothetischen Regeln, die Harik aufstellt, sind folgende: (1) Hizbollah verfolgt den bewaffneten Widerstand in der „Sicherheitszone“, während der libanesische Staat Widerstand leistet, indem er die Verantwortung trägt für die Zivilbevölkerung auf libanesischem Territorium außerhalb der „Sicherheitszone“, wo er die volle Souveränität genießt; (2) Beiden Akteuren ist das Recht gegeben, jedes militärische, politische oder soziale Mittel einzusetzen, ihr jeweiliges Ziel vis-à-vis der Besetzung zu verfolgen und wird dabei von Damaskus unterstützt; (3) Keiner der Akteure ist verpflichtet, seine Aktivitäten in Bezug auf die Besetzung miteinander abzustimmen, denn die zwei verschiedenen Wege dienen der syrischen Strategie; (4) der latente Konflikt zwischen Hizbollah und dem libanesischen Staat wird vielleicht eingegrenzt durch ein striktes Übereinkommen, dass keiner der beiden Akteure auf Kosten der Ziele des jeweils anderen Gewalt anwendet; (5) Ausschluss sämtlicher weiterer interner libanesischer oder externer Akteure (z.B. Iran oder Frankreich); (6) Falls die beiden Akteure eine Sackgasse in einer Auseinandersetzung erreicht haben, darf allein Syrien zwischen ihnen vermitteln. Harik (2004), S. 116

<sup>392</sup> Hillenkamp (2000), S. 51, Lebanon Report (1996) b

<sup>393</sup> Nach Angaben der Hizbollah attackierte die israelische Armee zwischen 1993 und 1996 231 Mal zivile Ziele im Libanon, woraufhin die Hizbollah 13 Mal Katyusha-Raketen über Nordisrael abschoß. Internationale Militärbeobachter bestätigten dies. Jaber (1997), S. 173, Norton (2000), S. 29

<sup>394</sup> Innerhalb der regionalen Konfliktodynamik lassen sich weitere Gründe anführen, die zur Lancierung der Offensive beigetragen haben: (1) israelische Parlamentswahlen im Monat Mai desselben Jahres, in denen das Thema Sicherheit eine große Rolle spielte; (2) eine Serie von Bombenattentaten der palästinensischen Hamas im Februar 1996, denen 64 Israelis zum Opfer fielen; (3) Nach dem Anti-Terrorismus-Gipfel 1996 in Sharm el-Sheik, an dem Syrien nicht teilnahm, und dem Abbruch der Land-für-Frieden-Verhandlungen zwischen Syrien und Israel kühlte sich das Verhältnis zwischen Peres und Asad schnell ab und die Zeit schien reif für eine indirekte Konfrontation zwischen den beiden Staaten. Jaber (1997), S. 176 ff.; Harik (2004), S. 117 ff.

<sup>395</sup> „I would define it [die politische Ziel der Militäroperation, E.M.] as negotiations with Syria so that it will help the Lebanese government to impose on Hizballah an effective ceasefire ... If Syria wants, it can prevent Hizballah from operating. ... What we have to do is to make Syria motivated enough to use their influence, which they not

verändert, dass durch die Neutralisierung des libanesischen Widerstands Israel eine günstigere Ausgangssituation bei zukünftigen Friedensverhandlungen mit Syrien zugekommen wäre.

Die Operation „Früchte des Zorns“ besaß gegenüber der drei Jahre vorher lancierten Offensive eine neue Qualität. Im Laufe der 11 Tage anhaltenden Angriffe wurden nicht nur die Zivilbevölkerung im Südlibanon und Südbeirut ins Ziel genommen, sondern Israel versuchte durch gezielte Zerstörung der schon neu rekonstruierten Infrastruktur die libanesischen Regierung zu motivieren, die Hizbollah im Süden einzudämmen.<sup>396</sup> Als Resultat der insgesamt 1.200 Luftangriffe, in denen 25.000 Bomben über dem Libanon abgeworfen wurden, flüchteten ca. 500.000 Menschen in Richtung Norden, um Schutz vor den Angriffen zu suchen. Die Kosten, welche durch die Angriffe entstanden, werden auf ca. 1 Milliarde US-Dollar geschätzt.<sup>397</sup> Besondere, auch internationale, Aufmerksamkeit erregte die Bombardierung des UNIFIL-Stützpunktes Qana im Südlibanon, bei der 103 Flüchtlinge, die dort Schutz gesucht hatten, und vier UN-Soldaten aus Fidschi den Tod fanden.<sup>398</sup>

Trotz der immensen, durch die israelischen Luftangriffe ausgelösten Zerstörung feuerte die Hizbollah während der gesamten Dauer der Operation ohne Unterbrechung Katyusha-Raketen nach Nordisrael ab und die militärische Armee fand kein Mittel, die mobilen Guerilla-Einheiten davon abzuhalten. Durch die Genauigkeit der militärischen Operationen und den unbeweglichen Standpunkt, welchen die Hizbollah-Offiziellen während der Offensive einnahmen, sollte der Eindruck vermittelt werden, dass es unmöglich sei, sie von der Fortsetzung der Widerstandskampagne abzuhalten, völlig unabhängig von den Konsequenzen, die damit für den Libanon verbunden waren. Syrische und libanesischen Autoritäten erweckten ebenfalls den Eindruck, dass es ihnen unmöglich sei, die Hizbollah von der Bombardierung Nordisraels abzuhalten, und dass sie eine unabhängige Kraft darstelle, welche sich außerhalb der Kontrolle des libanesischen Staates und Syriens bewege.<sup>399</sup> Die Hizbollah lehnte jegliche Waffenstillstandsverhandlungen auf der Grundlage

---

have been prepared over the last two or three months.“ Israelischer UN-Botschafter Ibrahim Rabinovich, zitiert nach Seale (1996), S. 21

<sup>396</sup> Unter anderem wurden dabei zwei Kraftwerke, Straßen, Brücken und zahlreiche Trinkwasserreservoirs vor allem im Südlibanon zerstört. Es wird vermutet, dass Israel intendierte, der libanesischen Regierung aufzuzeigen, dass der Wiederaufbau nicht vorangetrieben werden konnte, wenn sie gleichzeitig den Widerstand unterstütze. Jaber (1997), S. 177

<sup>397</sup> Eine Auflistung der ökonomischen, infrastrukturellen und sozialen Kosten findet sich in Lebanon Report (1996) a und Gambill (1998), S. 63 ff.

<sup>398</sup> Eine UN-Untersuchung der Bombardierung von Qana, unter dem Vorsitz des militärischen Beraters des UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali, General-Major Franklin van Kappen, kam zu dem Ergebnis, dass es „sehr unwahrscheinlich sei, dass grobe technische und/oder prozessuale Fehler zu dem Bombardement des UN-Lagers geführt hatten“. Dieser Satz des Untersuchungsberichts brachte van Kappen großen diplomatischen Druck seitens Israels und der USA ein, aber es kann als beinahe sicher gelten, dass Israel, aus welchem Grund auch immer, die Zivilisten in der UN-Basis absichtlich ins Ziel genommen hatte. Der UN-Untersuchungsbericht findet sich in Lebanon Report (1996).

<sup>399</sup> Premierminister Hariri antwortete auf die Frage eines ausländischen Journalisten, warum der libanesischen Staat, angesichts der massiven Zerstörungen, die Hizbollah nicht stoppe: „If the Israelis with their war machine can't do it, how can you expect us to?“, in *an-Nahar*, 22.04.1996, zitiert nach Harik (2004), S. 118

von Bedingungen ab, die sie nicht akzeptieren könne, und machte deutlich, dass sie solche nur auf Basis des 1993 getroffenen Übereinkommens zu einem Waffenstillstand bereit sei, der die Fortführung des Widerstands im Südlibanon legitimiere.<sup>400</sup>

Die von der Hizbollah, dem libanesischen Staat und Syrien verfolgte Konterstrategie konnte aber nur aufgehen, weil die libanesische Regierung weiterhin Unterstützung in der libanesischen Bevölkerung genoss und nicht unter dem israelischen Druck zusammenbrach, die Hizbollah in ihren Aktivitäten zügeln zu müssen. Viel hing dabei von der Fähigkeit Premierminister Hariris ab, die Unternehmungen des Staates als eine nicht-gewalttätige Form und integrierten Teil des nationalen Widerstands gegenüber der libanesischen Bevölkerung darzustellen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, angesichts der massiven Zerstörungen im Libanon untätig zu sein. So ließen sich die Aktionen der Hizbollah glaubhaft als Teil einer nationalen Widerstandskampagne zur Schau stellen, die den Direktiven des Staates unterstanden.

Während in Teilen der libanesischen Bevölkerung während der „Operation Rechenschaft“ 1993 noch Kritik an dem von der Hizbollah geführten Widerstand geäußert wurde, stellte sich während der Operation „Früchte des Zorns“ ein nationaler Konsens ein. Der durch die Regierung ausgerufene nationale Notstand, welcher die Medien unter Kontrolle brachte und die Bemühungen der Regierung damit nicht kritisiert werden konnten, hatte einen wichtigen Effekt auf die öffentliche Meinung, denn so wurden die Bürger in die Bemühungen des Staates eingeweiht, den israelischen Angriff zurückzuschlagen.<sup>401</sup> Es konnte damit das Bild erzeugt werden, dass die „ganze Nation Widerstand leiste“,<sup>402</sup> die tatsächlich über konfessioneller Linien hinweg zusammenrückte und die Widerstandsaktivitäten der Hizbollah einheitlich unterstützte. Vor allem das israelische Bombardement der Elektrizitätswerke in christlichen Bezirken und der UN-Basis in Qana dürften zu diesem nationalen Konsens beigetragen. Entlang der „grünen Linie“ in Beirut, die Demarkationslinie zwischen dem christlichen und muslimischen Teil der Stadt während der langen Jahre des Bürgerkriegs, wurden Solidaritäts- und Unterstützungskundgebungen abgehalten und Schüler und Studenten sammelten Geld für Flüchtlinge und die Kämpfer des Widerstands. Der israelische Angriff wurde in der Bevölkerung als eine Kampagne wahrgenommen, mit der Israel und die

---

<sup>400</sup> Seit Beginn des Angriffs waren zwei diplomatische Initiativen im Umlauf, um die Krise zu lösen. Eine Initiative des französischen Außenministers de Charette schlug vor, zu dem mündlichen Übereinkommen von 1993 zurückzukehren, mit dem Unterschied, dass diesmal ein schriftliches Waffenstillstandsabkommen aufgesetzt und ein *Monitoring Committee* etabliert werde, um die Einhaltung der „Regeln“ zu überwachen. Das Dokument der US-amerikanischen Initiative, geleitet von Außenminister Christopher, sah vor, die Hizbollah-Attacken gegen Israel und innerhalb der „Sicherheitszone“ zu beenden. Dieses hätte der Hizbollah die Legitimation für die Fortführung des Widerstands entzogen und fand deshalb weder in Damaskus noch bei der Hizbollah Zustimmung. Die Position der USA in den Verhandlungen und ihre Initiative wurde zudem durch den israelischen Angriff auf Qana geschwächt. Die Texte der Verhandlungsvorschläge finden sich in *L'Orient Le Jour*, 18.05.1996

<sup>401</sup> Staatspräsident Hrawi überbrachte dem UN-Sicherheitsrat persönlich eine Beschwerde über den israelischen Angriff.

<sup>402</sup> Harik (2004), S. 120

USA versuchten, den Libanon ihren regionalen Entwürfen zu unterwerfen, indem ein Krieg gegen das legitime libanesische Recht auf Widerstand geführt wurde.<sup>403</sup>

Am 25. April 1996 verurteilte die UN-Generalversammlung das israelische Vorgehen und forderte ein sofortiges Einstellen der Militäroperationen im Libanon. Die Waffenstillstandsverhandlungen, die zwischen Syrien und den USA in Damaskus geführt wurden und an denen die direkten Konfliktparteien nicht teilnahmen, endeten am folgenden Tag. Die 1993 nur mündlich getroffenen „Regeln“ wurden wiederholt, dieses Mal aber schriftlich in dem „April-Abkommen“ niedergelegt. Durch die Etablierung eines multinationalen *Monitoring Committee*, in das neben Israel und Libanon auch Syrien, die USA und Frankreich Beobachter entsandte und die Funktion hatte, die Beschwerden der beiden Akteure bei einem Brechen der „Regeln“ des „April-Abkommens“ aufzunehmen,<sup>404</sup> wurde der Konfliktaustrag weiter formalisiert.

Bewertet man den Ausgang der israelischen Militäroperation „Früchte des Zorns“, so lässt sich feststellen, dass die von Israel intendierten Ziele nicht erreicht wurden. Die Militäroperation hatte der Hizbollah keinen Schaden zugefügt, sondern sie trug vielmehr dazu bei, dass der von ihr geführte Widerstand gewissermaßen nationalisiert, bzw. „libanonisiert“ wurde.<sup>405</sup> Das „April-Abkommen“ legalisierte explizit die Fortführung der Widerstandskampagne gegen die israelische Armee und die SLA-Kämpfer in der „Sicherheitszone“ und Israel erkannte die Hizbollah als legitimen Akteur an. Syriens Stellung wurde durch seine Funktion als Mediator in den Waffenstillstandsverhandlungen gestärkt und stellte das einzige Mitglied des *Monitoring Committee* dar, welches ein ausreichendes Maß an Einfluss auf die Hizbollah ausüben konnte. Sollten zukünftige Spannungen im Südlibanon auftreten, würde man an einer Verhandlung mit Syrien nicht vorbeikommen. Außerdem erhielt damit Syrien erstmals eine offizielle Rolle in der Konfliktdynamik im Südlibanon. Die libanesische Öffentlichkeit feierte den Mitgliedsstatus in dem *Monitoring Committee* als einen Sieg, denn damit habe der libanesische Staat vor der Weltöffentlichkeit an Glaubwürdigkeit zurück gewonnen.<sup>406</sup>

Kurz nach Ende der Kampfhandlungen brachen zwischen Premierminister Hariri und HizbollahKadern Streitigkeiten aus, die über die Presse ausgetragen wurden. Hariri beschuldigte die Hizbollah des Versuchs, den Widerstand zu monopolisieren und zu

<sup>403</sup> Die Hizbollah veröffentlichte offensive Anzeigen in der lokalen Presse, in denen sie zu Spenden für die Unterstützung der Kampagne zur „Verteidigung unseren Landes und Volkes, unserer Frauen und Kinder“ und gegen die „Konfrontation der sündhaften zionistischen Aggression gegen den Libanon“ aufrief. Die Autorin Jaber berichtet von bizarr anmutenden Szenen, in denen Christen 25.000 US-Dollar an die Hizbollah spendeten, mit der Aufforderung, davon Katyusha-Raketen zu kaufen und sie in ihrem Namen auf israelische Dörfer in Galiläa abzuschießen. Jaber (1997), S. 196 -199

<sup>404</sup> Zur Errichtung und Funktion des *Monitoring Committee* siehe Canal-Forgues (1998)

<sup>405</sup> „In some ways, we can say that it not only boost the party's „Lebanonization“, but succeeded in „Lebanonizing“ the resistance in the South“. Chartouni-Dubarry (1996), S 62

<sup>406</sup> So schrieb die Tageszeitung *L'Orient Le Jour* am 27.05.1996

politisieren,<sup>407</sup> woraufhin Generalsekretär Nasrallah entgegnete, dass niemand davon abgehalten werde, sich dem Widerstand anzuschließen, um die israelische Besatzung im Süden zu beenden.<sup>408</sup> Ebenso entzündeten sich politische Auseinandersetzungen darüber, wer den internen Flüchtlingen Hilfe leisten und wem Rekonstruktionsgelder zugeteilt werden sollten. Parlamentspräsident Nahib Berri bestand in seiner Funktion als Vorsitzender des „Rats des Südens“ darauf, dass die staatliche Agentur sämtliche Rekonstruktionsarbeiten übernehme. Ende Juni 1996 aber hatte *Jihad al-Bina* bereits 2.8000 Häuser in 106 Dörfern im Süden wiederaufgebaut.<sup>409</sup> Die Kontroversen zwischen der libanesischen Regierung und der Hizbollah, welche Art des Widerstands und welchem Ausmaß diese zum „libanesischen Sieg“ beigetragen hatten und wer den Menschen im Südlibanon bei der Rekonstruktion zur Behebung der Kriegsschäden assistieren sollte, legten sich recht schnell, nachdem durch Guerilla-Attacken der Hizbollah bereits zwei Monate nach dem Waffenstillstandsabkommen neun israelische Soldaten getötet und 21 in der „Sicherheitszone“ verwundet wurden.

Das Kalkül der israelischen Regierung, durch Ausübung von militärischem Druck auf Kosten der libanesischen Bevölkerung die Regierung dazu zu zwingen, die Hizbollah einzudämmen, ging nicht auf.<sup>410</sup> Der Hauptleidtragende der israelischen Militäroperation, die libanesischen Bevölkerung, zeigte sich resistent gegenüber dem externen Versuch, das Recht auf Widerstand zu delegitimieren. Die Angriffe trugen vielmehr dazu bei, die Wahrnehmung und Anerkennung der Hizbollah als nationaler „Waffe des Widerstands“ in der libanesischen Gesellschaft zu festigen. Innerhalb der Hizbollah dürften die militanten Kräfte insgesamt gestärkt worden sein, da die verfolgte Strategie der Gewalt der Bewegung Erfolge einbrachte, d.h. Legitimität verschaffte, was der Transformation in Richtung einer zivilpolitischen Bewegung letztlich entgegenwirkte. Nach der Darstellung des externen Delegitimierungsversuch der Hizbollah wendet sich die Analyse einer von „innen“ an sie herangetragenen Herausforderung zu, mit der sich die Partei Gottes konfrontiert sah.

### **5.1.2. Die „Revolte der Hungernden“: Herausforderung der Partei Gottes von innen**

Die Bekaa-Ebene, im Westen und Osten von den Bergketten des Libanon und Antilibanon eingeschlossen und im Norden und Osten an Syrien grenzend, und vor allem die Stadt Baalbek, war der geographische Ort, an dem sich die Hizbollah in ihren Anfängen organisierte, wohl auch aus dem Grund, weil das Gebiet weitgehend von den gewaltsamen Auseinandersetzungen des Bürgerkriegs verschont blieb. Die Menschen der Bekaa sind mehrheitlich als Kleinbauern in der Landwirtschaft tätig und eines ihrer traditionellen

<sup>407</sup> Die Auswirkungen der Operation „Früchte des Zorns“ auf die Parlamentswahlen 1996 sind in Kapitel 4.2 dargestellt.

<sup>408</sup> *L'Orient Le Jour*, 29.05.1996, S. 5, zitiert nach Harik (2004), S. 123

<sup>409</sup> Harik (2004), S. 124

<sup>410</sup> „It is time that Israel realised that putting pressure on the citizens of southern Lebanon, from them to put pressure on the Lebanese government, for it to put pressure on the Syrian government, for it, in turn, to put pressure on Hizbollah, is not a workable calculation.“ Nasrallah (1996), S. 85

Anbaugüter ist der Hanfanbau, um daraus Haschisch zu produzieren. Die libanesische Regierung unternahm zu Mitte der 90er Jahre eine Initiative, um den Anbau zu stoppen, und zwang die Bauern, ihre Felder mit Kartoffeln und anderen Erntegütern zu bestellen, ohne ihnen Kompensationszahlungen zu leisten. Zudem wird der libanesische Markt von großen Mengen syrischer Agrargüter überschwemmt, die wegen der Offenheit der libanesischen Wirtschaft nicht mit Einfuhrzöllen belegt werden, was die heimischen Agrarprodukte ihnen gegenüber nicht konkurrenzfähig macht.

Der erste Hizbollah-Generalsekretär Sheikh Subhi al-Tufayli, der 1988 im Rahmen des Prozesses der Öffnung der Bewegung seines Amt enthoben wurde, da er sich gegen eine Beteiligung der Mitarbeit an den staatlichen Institutionen aussprach, stammt aus Brital in der Bekaa-Ebene und besitzt dort eine Anhängerschaft.<sup>411</sup> Nach seiner Amtsenthebung konnte Tufayli von der Führungsebene marginalisiert werden, in der Generalsekretär Hassan Nasrallah trotz der Festlegung auf ein kollektives Führungsgremium immer mehr an Autorität gewann und auch nicht vor Intrigen zurückschreckte, um parteiinterne Gegner aus Institutionen und Organisationen auszubooten.<sup>412</sup> Tufayli gründete 1995 die parteiinterne Fraktion/ Strömung *Ansarallah* (die Getreuen/Anhänger Gottes), in der sich hochrangige Hizbollah-Kader aus der Bekaa-Ebene, - teilweise mit Tufayli verwandt, wie z.B. der ehemalige Parlamentarier Khodr Tleiss -, verbündeten. Diese Fraktion/Strömung eröffnete ihr eigenes Büro, welches von der Hizbollah unabhängige Pressemitteilungen veröffentlichte, bildete eigene Sicherheitsstrukturen heraus und kritisierte des öfteren intern die Führungsebene, während vor der Öffentlichkeit weiterhin Harmonie propagiert wurde. Trotz eines Mangels an detaillierten Informationen liegt die Vermutung nahe, dass innerhalb der Hizbollah ein Machtkampf zwischen Hassan Nasrallah und Tufayli stattfand.<sup>413</sup>

Im Mai 1997 kündigte der „rote Sheikh“, wie Tufayli auch genannt wird, eine Initiative des zivilen Widerstands an, der er den Namen „Revolte der Hungernden“ (*thawarat al-jiyaa*) gab und deren erste Veranstaltung am 4. Juli 1997 in Baalbek stattfinden sollte. Da Menschen in der Bekaa-Ebene aufgrund des Ausbleibens von strukturellen Anpassungsmaßnahmen und Kompensationszahlungen der Zentralregierung Hunger litten, so Tufayli, forderte er sie auf, ihre Steuern und Rechnungen für Wasser, Elektrizität und Telefon nicht mehr an den Staat zu zahlen. Gegenüber der Regierung stellte er die Forderungen, den Widerstandskämpfern

<sup>411</sup> Wie in Kapitel 4.2 dargestellt, gliedert sich die Anhängerschaft der Hizbollah in Fraktionen, die ihrem jeweiligen regionalen Führer nachfolgen.

<sup>412</sup> In den höchsten Gremien der Partei und der karitativen Organisationen finden sich viele Verwandte Nasrallahs und Kader aus dem Südlibanon, der Herkunftsregion Nasrallahs. Dafür wurden Kader aus der Bekaa-Ebene aus den Institutionen ausgebootet. Außerdem hat Nasrallah die direkte Kontrolle über die Märtyrer-Stiftung übernommen. Ihm werfen interne Stimmen Nepotismus und Klientelismus vor. „La révolte des affamés“, ou la crise du mouvement islamiste chiite“, *L'Orient Le Jour*, 24.03.1997, vgl. auch Rosiny (2001), S. 11

<sup>413</sup> Am 16. Mai 1997 übernahm *Ansarallah* die Veranstaltung der Feierlichkeiten zur Erinnerung an das Martyrium Imam Hussein, des höchsten Feiertags der Schiiten, in Baalbek. Zum ersten Mal seit 1982 wurde dort die Zeremonie nicht unter dem Namen der Hizbollah ausgerichtet, die eine wesentlich kleinere Veranstaltung außerhalb der Stadt abhielt. ebd.

Pensionen, angepasst an die der Armee, zu bezahlen, Bürgern mit geringem Einkommen Schulgebühren und gewisse Steuern zu erlassen, ihnen Medikamente kostenlos zu Verfügung zu stellen, einen Strukturplan für die Landwirtschaft zu entwerfen sowie Gesetze zu erlassen, welche Bauern und Arbeitslose schütze und ihnen Unterstützung gewähre. Da das libanesische Gesetz öffentliche Demonstrationen verbietet, besaß die Ankündigung der Veranstaltung in Baalbek besondere Brisanz. Tufayli hingegen argumentierte, dass die Durchsetzung seiner Forderungen nur Aussicht auf Erfolg hätte, wenn sich der Staat durch friedlichen, zivilen Widerstand dazu genötigt sehe, zu reagieren. Die Kampagne sei keine politische, sondern ein konfessionenübergreifendes soziales, nationales Projekt, zu dessen Teilnahme er alle Libanesen aufrufe.<sup>414</sup> Generalsekretär Nasrallah antwortete auf die Ankündigung der Initiative, dass die Forderungen angesichts der ökonomischen Unterentwicklung der Bekaa-Ebene gerechtfertigt seien, aber durch die Lancierung einer Kampagne zivilen Widerstands würden diese Probleme nicht behoben und ferner sei es nicht gesetzeskonform, unter dem Vorwand, gegen den Hunger zu kämpfen, zivile Zwiste zu provozieren.<sup>415</sup>

Die Parlamentarier der Bekaa-Ebene reagierten auf die Forderungen des Sheikhs, indem sie die Bekaa-Ebene als „vernachlässigte Zone“ bezeichneten und Gesetzesinitiativen für die Finanzierung von Entwicklungsprogrammen<sup>416</sup> in der Region Baalbek ins Parlament einbrachten. Die Regierung lancierte ebenfalls eine Initiative für die Bereitstellung von Entwicklungsprojekten, denn es wurde befürchtet, dass sich der zivile Widerstand auf nationale Ebene ausdehnen und andere politischen Parteien als Trittbrettfahrer auf den Zug aufspringen würden.<sup>417</sup> So versuchte man, die Identifikation mit den Forderungen Tufaylis und eine daraus resultierende Unterstützung der Bevölkerung, die sich nicht allein auf die Bekaa-Ebene beschränkte, einzudämmen.

Trotz des Demonstrationsverbots und eines massiven Aufgebots der Armee und internen Sicherheitskräften fand die „Revolte der Hungernden“ am 04.07.1997 in Baalbek statt, zu der sich 5.000-7.000 Teilnehmer einfanden. Repräsentanten der Hizbollah hielten sich von der Kundgebung fern. Der Sheikh wiederholte auf der Veranstaltung seine Forderungen und kündigte eine Ausweitung der Proteste und einen Marsch nach Beirut an. Die Regierungsinitiativen und Bereitstellung von Geldern als Reaktion auf seine Forderungen

<sup>414</sup> „Toufayli invite les chrétiens à participer à la Révolte des affamés le 4 juillet“, *L'Orient Le Jour*, 13.06.1997

<sup>415</sup> „Fadlallah et Toufayli parlent de „desobeissance civile“, *L'Orient Le Jour*, 24.05.1997. Die Autorin Saad-Ghorayeb begründet die Haltung damit, dass die Forderungen nach Verbesserung der Lebensumstände der Hizbollah zwar legitim erschienen, aber der Gebrauch von Gewalt, als den sie die Kampagne des zivilen Widerstands verstand, gegen ein unterdrückerisches, aber legitimes Regime moralisch und religiös nicht gerechtfertigt sei. Saad-Ghorayeb (2002), S. 30

<sup>416</sup> Diese sahen vor u.a. die Etablierung einer Bank mit einem Kreditrahmen von 100 Mio. US-Dollar für Bauern, Bewässerungsanlagen, eine öffentliche Ausschreibung für Straßenarbeiten in der Region, Ausbildungsmaßnahmen für Bauern, Errichtung von staatlichen Hospitälern, Reglementierungen für verschmutztes Trinkwasser, Anbindung aller Dörfer an Trinkwasserleitungen, vor. „Les députés de la Békaa se mobilisent contre le sous-développement de leur région“, *L'Orient Le Jour*, 01.07.1997

<sup>417</sup> „Révolution des affames“: Le compte à rebours commence ...“, *L'Orient Le Jour*, 26.06.1997

qualifizierte er als einen Versuch der Korruption ab.<sup>418</sup> Während gewaltsame Zusammenstöße am Tag der Demonstration ausblieben, fand ein Tag später in Baalbek eine große Verhaftungswelle statt, in deren Rahmen mehr als Hundert Personen festgenommen und verhört wurden.<sup>419</sup>

Die nationale Ausweitung der Proteste aber scheiterte. Drei Wochen später fanden sich auf einer Kundgebung des Sheikhs in Akkar im Nordlibanon, einer ebenfalls ökonomisch unterentwickelten Region, nur 300 Teilnehmer ein. In der *dahiyya* stießen die Forderungen Tufaylis bei der Anhängerschaft der Hizbollah auf große Resonanz, aber der Partei-Führung gelang es, öffentliche Proteste einzudämmen. Die Regierung reagierte, indem sie die Verteidigung der Rechte von Benachteiligten zwar als legitim erklärte, aber die Aufforderung Tufaylis an seine Anhängerschaft, keine Steuern und Rechnungen mehr zu zahlen, als Rechtsbruch darstellten, der juristisch verfolgt werden würde. Außerdem wurden Einheiten der Armee in der Bekaa-Ebene und in der *dahiyya* stationiert und zukünftige öffentliche Versammlungen verboten. Während Nasrallah den bisherigen Ablauf der „Revolte der Hungernden“ mit gespielter Gelassenheit nahezu ignoriert hatte, reagierte er auf die Stationierung der Armee und der Sicherheitskräfte in den von Schiiten bewohnten Gebieten und forderte Tufayli auf, dem Staat keinen Vorwand zu liefern, Sicherheitsmaßnahmen zu verschärfen, die in gewaltsamen Auseinandersetzungen enden würden.<sup>420</sup>

Nach dem Scheitern der Ausweitung der Kampagne zog sich Tufayli nach Baalbek zurück, aber zeigte sich weiterhin unnachgiebig gegenüber dem Staat. Sein Diskurs nahm an Radikalität zu, indem er den Abgeordneten aus der Bekaa-Ebene sowie Ministern den Zutritt nach Baalbek verwehrte, betonte aber, dass die von ihm geführte Widerstandskampagne sich nicht gegen die Armee, sondern ausschließlich gegen die Regierung richte, die durch Korruption und Nepotismus keine Legitimität besitze.<sup>421</sup> Zu ersten gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Anhängerschaft Tufaylis und Armeeeinheiten kam es Ende November 1997, die sich in den nächsten zwei Monaten vermehrten.

Am 25. Januar 1998 kündigte Tufayli an, die Gedächtnisfeier zum Jerusalemtag der Hizbollah durch eine von seiner „Bewegung“ in Baalbek zu ersetzen. Innerhalb der nächsten 24 Stunden wurde Tufayli aus der Hizbollah ausgewiesen, basierend auf der Anklage, dass er die Hizbollah aufgrund eigener Interessen zu spalten beabsichtige.<sup>422</sup> Tufayli reagierte, indem er zu einer Vermittlung in der Angelegenheit durch den Iran aufrief, aber als er am darauf folgenden Tag mit 200 Anhängern eine theologische Schule der Hizbollah in Baalbek besetzte, rief die Hizbollah die Armee zu Hilfe. Mehrere Anhänger Tufaylis sowie Soldaten

<sup>418</sup> „Toufayli proclame la désobéissance civile dans la Békaa“, *L'Orient Le Jour*, 05.07.1997

<sup>419</sup> „Vaste campagne de perquisitions et arrestations à Baalbeck“, *L'Orient Le Jour*, 07.07.1997

<sup>420</sup> „Nasrallah tire à boules rouges sur l'Etat“, *L'Orient Le Jour*, 09.08.1997

<sup>421</sup> „L'Etat et Toufayli cherchent à éviter la confrontation“, *L'Orient Le Jour*, 13.11.1997; „Révolte des affamés: Toufayli revient à la charge“, *L'Orient Le Jour*, 08.12.1997

<sup>422</sup> „Toufayli exclue du Hezbollah“, *L'Orient Le Jour*, 26.01.1998

kamen in der bewaffneten Auseinandersetzung ums Leben. Tufayli selbst konnte durch die Unterstützung seiner Anhängerschaft an einen unbekanntem Ort in der Gegend seines Heimatorts Brital flüchten, an dem er sich weiterhin versteckt hielt. Die Armee gab am 3. Februar 1998 die Suche nach ihm auf, wobei anzunehmen ist, dass dies auf syrische Intervention hin geschah. Auch von einer juristischen Anklage sah der Staat ab.<sup>423</sup>

Im Laufe der Jahre 1998-1999 meldete sich Tufayli auf der politischen Bühne zurück, indem er in seinem Versteck Zeitungen Interviews gab. 1998 rief er seine Anhänger dazu auf, bei den Kommunalwahlen 1998 in Baalbek für die Liste der Amal zu stimmen, was der Hizbollah bedeutende Stimmverluste in dem Wahlkreis zufügte.<sup>424</sup> Zu den Parlamentswahlen 2000 stellte er eine eigene Wahlliste („Entscheidung der Bekaa“) auf und konnte mehr als 20.000 Stimmen gewinnen, mit einem Bündnis, welches sich gegen das parlamentarische System aussprach und sich damit gegen libanesisches Gesetz definiert.<sup>425</sup> Die staatliche Strategie der Inklusion von „systemfeindlichen“ Akteuren wird im Libanon also auch weiterhin verfolgt. Tufayli und seine Anhängerschaft kritisieren ferner Hassan Nasrallah<sup>426</sup> und die Hizbollah, und betonen, dass die Partei Gottes die Interessen der *umma* vernachlässige und diese nicht mehr vertrete. Nach dem israelischen Rückzug aus dem Südlibanon im Mai 2000 warf Tufayli der Hizbollah vor, ihre Überzeugungen und Ideale verraten zu haben,<sup>427</sup> aufgrund der Kompromisse, die sie bereit wäre, mit der Regierung einzugehen. Nasrallah konterte, dass eine Herausforderung des Status quo, der von Syrien unterstützt werde, selbstmörderisch sei.<sup>428</sup> Presseberichte, wonach eine Annäherung, bzw. eine Reintegration der Fraktion Tufaylis in die Hizbollah bevorstünde, wurden zurückgewiesen.<sup>429</sup>

Setzt man die „Revolte der Hungernden“, die sich als eine Herausforderung der Hizbollah von innen werten lässt, in Bezug zu dem Prozess der Transformation der Hizbollah, so lässt sich feststellen, dass mit der Anpassung an die staatlichen Autoritäten politische Kosten verbunden waren. Ermöglicht durch die Identifikation eines Teils der Hizbollah-

<sup>423</sup> Zur juristischen Erklärung der Anklage siehe „Mandat d'arrêt: explication juridique“, *L'Orient Le Jour*, 22.08.2000

<sup>424</sup> vgl. Kapitel 4.2

<sup>425</sup> Nassif (2000), S. 120-121

<sup>426</sup> Die „Söhne des Sheikh Tufaylis“ veröffentlichten anlässlich der parteiinternen Wahl des Generalsekretärs am 13.09.2001 eine Mitteilung, in der sie Nasrallah anklagen, dass er um jeden Preis sein Mandat verlängern wolle, entgegen des internen Reglements der Hizbollah. Nasrallah „entleere die Szene jedweder Opposition, ..., um sein Mandat als Generalsekretär der Hizbollah zu verlängern.“ „Les partisans de Toufayli se déchainent contre Nasrallah“, *L'Orient Le Jour*, 14.09.2001

<sup>427</sup> Tufayli zielt ab auf Nasrallah: „Unfortunately, in our country and in the Middle East generally, people have little hesitation in laying their convictions to one side in order to keep their places. This sort of thing is against my principles.“ Wörn (2003), S. 20

Im Vorfeld des israelischen Rückzug wandte sich ein Gefolgsmann in einem Artikel gegen die Hizbollah, die ein Gesetz vorschlug, den SLA-Milizionären Amnestie zukommen zu lassen: „We can't accept the bill to pardon the militiamen who collaborated against their people. [And we] can't understand how the resistance movement whose goal was to destroy Israel, can accept the UN Resolution 425 and hint that it may stop attacking Israel in the case of a full withdrawal from the south ...What happened to the goal of liberating Jerusalem, the city revered by Muslims? Has the resistance movement limited its goal to the implementation of 425?“, in *Daily Star*, 21.04.1998

<sup>428</sup> Wörn (2003), S. 20

<sup>429</sup> „Partis Toufayli dément tout rapprochement avec le Hezbollah“, *L'Orient Le Jour*, 07.07.2004

Anhängerschaft mit einer lokalen Autorität und die herrschende ökonomische Situation in den peripheren Regionen des Landes, führte die Adressierung des sozialen Missstandes zu einer Abspaltung einer Fraktion, wobei sich darüber spekulieren lässt, inwieweit die interne Rivalität zwischen Nasrallah und Tufayli dazu beigetragen hat. Ein Teil der Adressaten des Diskurses Tufaylis wie dessen Prioritätensetzung sind denen der Hizbollah identisch und auch die Strategie, durch die Betonung des überkonfessionellen Charakters der „Revolte“, weist Gemeinsamkeiten auf. Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass Tufayli versuchte, seine Forderungen gegenüber der staatlichen Autorität außerhalb des legalen Rahmens durchzusetzen, was zum Scheitern verurteilt war. Die Hizbollah konnte, - angesichts der Wahlergebnisse der Parlamentswahlen 2000 in Baalbek, bei der sie auf syrischen Druck hin eine Wahlallianz mit der Amal einging und auf ihre Kandidaten die meisten Stimmen entfielen -, die Tufayli-Fraktion erfolgreich marginalisieren. Dennoch lässt sich feststellen, dass ein gewisses Potential von Mitgliedern innerhalb wie auch außerhalb der Bewegung existiert, welche den Prozess der Anpassung nicht vollzogen hatte. Im Hinblick auf das externe Legitimationsdilemma dürfte diese Abspaltung der Hizbollah Vorteile verschafft haben.

### **5.1.3. Israelischer Rückzug aus dem Südlibanon und Eröffnung eines neuen Konfliktfeldes**

Ehud Barak, Kandidat der Arbeiterpartei für das Amt des israelischen Premierministers, hatte in seiner Wahlkampagne 1999 den Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon im Kontext einer politischen Übereinkunft mit Syrien und Libanon zu einer Priorität seines Wahlprogramms gemacht. Angesichts der hohen personellen Verluste, welche die israelischen Besatzungstruppen in der „Sicherheitszone“ durch die zunehmende Effektivität der Guerillastrategie erlitten,<sup>430</sup> welche die israelische Gesellschaft in diesem Maße nicht mehr zu tragen bereit war, sprach sich die Mehrheit der Israelis für einen Rückzug aus und wählte Ehud Barak zum Ministerpräsidenten.<sup>431</sup> Die Ankündigung der Regierung Barak, die israelischen Truppen aus dem Südlibanon im Austausch für Sicherheitsgarantien an der libanesisch-israelischen Grenze zurückzuziehen, - was im Mai 2000 nach 22 Jahren Besatzung Wirklichkeit werden sollte -, hatten gravierende Auswirkungen auf das regionale Gleichgewicht<sup>432</sup> sowie für die strategische und politische Rolle der Hizbollah. Für die

<sup>430</sup> Nach UNIFIL-Quellen wurden 1999 24 israelische und 33 SLA-Soldaten getötet, aber nur drei Hizbollah-Kämpfer. Hirst (1999), S. 11

<sup>431</sup> Gerges (2001), S. 106

<sup>432</sup> Die Strategie Baraks war es, durch einen unilateralen Rückzug der israelischen Armee die libanesisch „Angelegenheit“ von der Besatzung der syrischen Golanhöhen zu entkoppeln, um damit Syrien einen Trumpf für zukünftige Verhandlungen zu entreißen. Durch das Obsoletwerden des Widerstands der Hizbollah sollte die Verhandlungsposition Syriens geschwächt werden. Dafür war Barak bereit, eine nationale „Niederlage“ in Kauf zu nehmen. Blanford (1999), S. 23. Hillenkamp stellte 1999 die These auf, dass eine Lösung des Konflikts zwischen Israel und Libanon, bzw. der Hizbollah nicht wahrscheinlich sei, falls nicht die syrisch-libanesischen wie auch die israelischen (Sicherheits-)Interessen umfassend verhandelt würden. Einseitige Lösungen, ohne die

libanesische Regierung und die Hizbollah gab es, angesichts der Ankündigung des Rückzugs, in Absprache mit Damaskus folgende Angelegenheiten zu adressieren: (1) Da der israelische Rückzug unilateral erwogen wurde, ohne diesen mit Verhandlungen über die besetzten Golanhöhen zu verbinden,<sup>433</sup> stand die syrisch-libanesische „Einheit der zwei Verhandlungsschienen“ zur Disposition. Damit stand die Entscheidung an, ob die Widerstandskampagne der Hizbollah aufrechterhalten werden sollte, die durch den israelischen Rückzug ihre Legitimität einbüßen würde. (2) Ferner musste der Rückzug so vorbereitet werden, ohne ein Sicherheitsvakuum im Süden entstehen zu lassen, welches libanesischen wie palästinensischen Akteuren ermöglichte hätte, vom Südlibanon aus Nordisrael zu attackieren, was mit hoher Wahrscheinlichkeit militärische Vergeltungsschläge Israels nach sich gezogen hätte. Im Folgenden soll skizzenhaft dargestellt werden, wie sich der israelische Rückzug vollzog und wie es der Hizbollah unter Koordination libanesischer und vor allem syrischer Interessen gelang, durch die Eröffnung eines neuen Konfliktfeldes ihre militärische „Widerstandskampagne“ aufrecht zu halten und zu legitimieren, und folglich nicht gezwungen wurde, ihren militärischen Arm aufzulösen und sich zu entwaffnen.

Kurz nach der Wahl Ehud Baraks zum Premierminister im Juni 1999 begann der Islamische Widerstand die Intensität der Angriffe auf Stellungen der SLA und israelischer Truppen zu erhöhen. Die SLA, deren Kämpfer in den meisten Stellungen am nördlichen Rand der Sicherheitszone stationiert waren<sup>434</sup> und harte Vergeltungsmaßnahmen der Hizbollah befürchteten, begann sie sich aus dem Gebiet um Jezzine am Nordrand der „Sicherheitszone“ zurückzuziehen, da sie es militärisch nicht mehr halten konnten. Da der SLA, und vor allem den Mitgliedern ihres *General Security Service* (einer lokalen Erweiterung des israelischen *Shin Bet*), während der Besatzungszeit weit reichende Handlungsfreiheit gegeben war und ihr Beaufsichtigung der libanesischen Gefangenen im berüchtigten Gefängnis Khyam<sup>435</sup> oblag, schienen die Befürchtung von Vergeltungsmaßnahmen gerechtfertigt, da die Hizbollah in der Vergangenheit vor allem gegen die schiitischen Mitglieder der Miliz besonders hart vorgegangen war.<sup>436</sup> Christliche religiöse und politische Führer<sup>437</sup> entfachten eine nationale Diskussion, ob die Hizbollah im Falle des Rückzugs an der lokalen Bevölkerung Vergeltungsmaßnahmen verüben würde und wie sie beabsichtige, mit den Mitgliedern der mit Israel kollaborierenden SLA zu verfahren. Sie verlangten, dass

---

Berücksichtigung und Sicherung der Interessen aller Beteiligten, würden nicht zu einer dauerhaften Befriedung führen. Hillenkamp (1999), S. 52

<sup>433</sup> Der israelische Rückzug war von Syrien, durch den Tod Hafiz al-Asads erheblich geschwächt, weder erwartet noch gewollt. In Damaskus war man „vielmehr davon ausgegangen, dass man den libanesischen Widerstand als wichtigste Karte im strategischen Poker mit Israel bis zu einer syrisch-israelischen Einigung behalten würde“. Perthes (2000), S. 3

<sup>434</sup> Nach Angaben von Norton hielten die SLA-Milizionäre 48 der 50 Stellungen in der Sicherheitszone zum Zeitpunkt des Rückzugs. Norton (2000), S. 29

<sup>435</sup> *Persona non Grata: The Expulsion of Civilians from Israeli-occupied Lebanon*, Human Rights Watch, 1999 (<http://www.hrw.org/reports/1999/lebanon/index.htm>)

<sup>436</sup> Hirst (1999), S. 16

<sup>437</sup> Der Südlibanon ist zwar mehrheitlich von Schiiten besiedelt, aber in dem Gebiet der „Sicherheitszone“ ist eine griechisch-orthodoxe Minderheit angesiedelt.

die libanesische Armee in das zurückeroberte Gebiet einrücke, um eventuelle Übergriffe auf die lokale Bevölkerung zu vermeiden.<sup>438</sup> Die Hizbollah begegnete dieser Diskussion, indem sie eine Botschaft an die Kämpfer der SLA sandte: „Ergebt Euch und Ihr werdet der Obhut des Staates übergeben. Falls Ihr Euch nicht ergebt, müsst Ihr es mit dem Widerstand aufnehmen.“<sup>439</sup> Die sich nach Süden zurückziehenden SLA-Kämpfer, die sich der Hizbollah nicht ergeben wollten, wurden während ihres Rückzugs weiter attackiert.

Während sich die Hizbollah-Kämpfer in Richtung Süden vorkämpften, verhandelte die libanesische Regierung über die Bedingungen des Rückzugs mit Israel.<sup>440</sup> Israel verlangte weiterhin Garantien für seine Nordgrenze nach Vollendung des Rückzugs und angesichts der sich nähernden Guerillaeinheiten der Hizbollah wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen der UNIFIL, der libanesischen und israelischen Armee für eine Übergangszeit von sechs Monaten vorgeschlagen. Die libanesische Regierung lehnte den israelischen Vorschlag ab und insistierte auf einen vollständigen und bedingungslosen Rückzug gemäß den UN-Sicherheitsratsresolutionen 425 und 426. Außerdem stände es außer Frage, so Beirut, zu versuchen, in die Widerstandsaktivitäten der Hizbollah zu intervenieren, da sie sich angesichts des Rückzugs auf einem Höhepunkt ihrer Popularität und Legitimität befinde. Auch Sicherheitsgarantien wollten die libanesischen Verhandlungsführer Israel nicht zugestehen, falls nicht Übereinkünfte über die Rückgabe des gesamten arabischen Territoriums, was Israel besetze, getroffen worden seien („Land für Frieden“). Die libanesische Führung war sich einig, dass Israel der Rückzug nicht leicht gemacht werden sollte und man in keinem Fall Sicherheitsgarantien für die israelische Nordgrenze aussprechen werde.<sup>441</sup> Die Hizbollah ließ während des Verhandlungseitraums der Regierungen ihre Muskeln spielen und attackierte unaufhörlich die israelischen und SLA-

<sup>438</sup> In der Rückschau erscheint es offensichtlich, dass die Hizbollah nicht beabsichtigte, an der lokalen Bevölkerung in der „Sicherheitszone“ pauschal Vergeltung zu üben, da dies wahrscheinlich weitere Übertritte zur SLA zur Folge gehabt hätte. Als weiteren Grund lässt sich anführen, dass die Befreiten in den Parlamentswahlen 2000 Repräsentanten zu wählen hatten und das letzte, was Hizbollah beabsichtigte, waren Stimmenverluste. Die Autorin Harik macht als Grund der entfachten Diskussion der christlichen Politiker die Absicht aus, um implizit auf den Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon abzielen, da die Stationierung der libanesischen Truppen im Süden die Anwesenheit der syrischen Einheiten im Libanon hätte obsolet werden lassen, da die volle Souveränität wieder hergestellt wäre. Die Folge daraus wäre eine Unterminierung der Rolle der Hizbollah gewesen. Harik (2004), S. 126

<sup>439</sup> Harik (2004), S. 126. Die gefangengenommenen SLA-Kämpfer wurden in Gefängnissen inhaftiert und von Militärrichtern abgeurteilt. Insgesamt fanden 2200 Verfahren gegen „Kollaborateure“ statt und es wurde zwischen kleineren Vergehen, wie Grenzübertritt, Zugehörigkeit zur SLA etc., und schweren Vergehen, wie Hochverrat, Spionage, Kollaboration etc. unterschieden. Amnesty International kritisierte die Verhandlungen als „Justizparodie“, denn jedem Angeklagten blieben de facto nur sieben Minuten zur Verteidigung. Ausgesprochen wurden Strafen zwischen einigen Wochen und mehreren Jahren Haft. Hillenkamp (2000), S. 52

<sup>440</sup> Parallel dazu führten im Januar 2000 Syrien und Israel Friedenserhandlungen in den USA, die scheiterten. US-Präsident Clinton, in ständiger Konsultation mit Premierminister Barak, nahm im März 2000 erneut Verhandlungen mit Syrien in Genf auf, die ebenfalls fehlschlagen. ICG (2002), S. 5

<sup>441</sup> Schon 1996 wurde der von Premierminister Netanyahu vorgebrachte Plan *Lebanon First* von Syrien und Libanon zurückgewiesen, der vorsah, dass Israel die syrische Vormachtstellung im Libanon anerkannte, aber dafür als Gegenleistung von Syrien Sicherheitsgarantien für die Integrität der israelischen Nordgrenze verlangte. Als weitere Punkte beinhaltete der Plan die Eingliederung von 1.500 – 2.500 SLA-Soldaten niedriger Dienstgrade in die libanesische Armee, gemeinsame libanesisch-israelische Grenzkontrollen und die Entwaffnung der Hizbollah. Asad lehnte den Plan ab. Hillenkamp (1999), S. 67

Stellungen. Nasrallah verkündete, dass es keine Gewährleistung gebe, dass sich die israelischen Truppen tatsächlich aus dem Libanon zurückziehen würden und dies erst sicher sei, wenn sich der gesamte Rückzug tatsächlich vollzogen habe.<sup>442</sup> Die Propaganda der Hizbollah, wie auch der israelischen Regierung erreichte in diesen Monaten ihren Höhepunkt. Um israelischen Argumenten wie auch Ängsten der christlichen Bevölkerung im Südlibanon zu begegnen, dass nach dem Einzug der Hizbollah ihre Sicherheit gefährdet sei und die libanesische Armee deshalb im Süden stationiert müsse, hielt die Hizbollah-Führung ihre Kämpfer an, Auseinandersetzungen mit der lokalen Bevölkerung zu vermeiden, um dem Bild einer nationalen Widerstandsbewegung zu entsprechen. Die Bevölkerung im Süden wurde von Hizbollah-Offiziellen in Pressekonferenzen als Geiseln Israels dargestellt. Nasrallah ließ in einer Pressekonferenz verlauten: „Ob Muslime oder Christen, die Mehrheit der Menschen in der „Sicherheitszone“ sind ein unterdrücktes Volk ... sie sind unsere Verwandten und wir kämpfen für ihre Freiheit.“<sup>443</sup>

Trotz des Ausbleibens libanesischer Sicherheitsgarantien für die israelische Nordgrenze hielt Barak sein Wahlversprechen.<sup>444</sup> Das besetzte Territorium zerbrach in zwei Teile, da die israelischen Truppen nach und nach ihre Stellungen verließen und die SLA-Einheiten das Gebiet nicht mehr halten konnten, bzw. den angekündigten Widerstand nicht mehr leisteten. 200 SLA-Kämpfer ergaben sich der Hizbollah und 6.500 der SLA-Milizionäre überquerten mit ihren Familien die Grenze nach Israel. Vergeltungsakte der vordringenden Hizbollah-Kämpfer blieben weit gehend aus, wohl auch, weil die libanesische Bevölkerung voreilig in die Dörfer vordrang und sie sich somit teilweise in die Schusslinien begaben. Am 24. Mai 2000 hatten die letzten israelischen Einheiten nach 22 Jahren Besatzung den Südlibanon verlassen.

In der nachfolgenden Periode sollte aber schnell deutlich werden, dass die von Syrien unterstützte militärische Kampagne der Hizbollah durch den israelischen Rückzug nicht ihr Ende finden sollte, obwohl ein legitimer Grund für einen militärischen „Widerstand“ nicht mehr gegeben schien. Noch am Tag des vollständigen Rückzugs machte der libanesische Staatspräsident Emile Lahoud in einer über das Fernsehen ausgestrahlten Rede an die Nation deutlich, dass der erreichte Sieg nicht ausreichte, um den erwünschten ausgedehnten Frieden herzustellen. Israel müsse das gesamte arabische Territorium, inklusive der libanesischen Shebaa-Farmen, einen ca. 10 km<sup>2</sup> großen, wasserreichen Landstreifen, der 2% des gesamten libanesischen Territoriums ausmacht, zurückgeben.<sup>445</sup> Die israelischen Truppen hatten sich aus dem Gebiet der Shebaa-Farmen nicht zurückgezogen, da dies in

<sup>442</sup> Hassan Nasrallah, Interview auf *al-Manar TV* am 24.06.1999, zitiert nach Harik (2004), S. 135

<sup>443</sup> Hassan Nasrallah, *al-Manar TV* am 04.04.1999, zitiert nach Harik (2004), S. 136

<sup>444</sup> Am 05.03.2000 beschloss das israelische Kabinett, sich aus dem Libanon zurückzuziehen. Fünf Deklarationen wurden verabschiedet, darunter eine, die besagte, dass der Rückzug der israelischen Truppen bis zur internationalen Grenze bis Juli 2000 vollzogen werden sollte. Eshel (2000), S. 22 ff.

<sup>445</sup> Die Rede Lahouds findet sich in *Daily Star*, 22.05.2000

den Forderungen der UN-Sicherheitsrats-Resolutionen 425 und 426 nicht enthalten war. Die libanesische Regierung nahm zu dieser Frage aber eine andere Haltung ein. Tatsächlich war die territoriale Frage des Gebiets der Shebaa-Farmen in der Vergangenheit nie definitiv geklärt worden. Es gibt zwar Anzeichen dafür, dass es sich um libanesisches Territorium handelt und auch libanesische Bauern das Gebiet bewirtschafteten, aber zu Beginn der 60er Jahre wurden dort syrische Sicherkräfte stationiert, um Schmuggler aufzuspüren. Im Sechstagekrieg (1967) hatten außerdem syrische Einheiten versucht, das Gebiet gegen die israelische Armee zu verteidigen.

Eine UN-Kommission unter Leitung von Terje Roed-Larsen, dem UN-Sondergesandtern für den Mittleren Osten, vermaß und kartographierte die Grenzregion, um zu verifizieren, ob die Sicherheitsratsresolution 425 erfüllt sei, und um eine zukünftige Demarkationslinie festzusetzen.<sup>446</sup> Nachdem die Demarkationslinie, „Blue Line“ genannt, und nicht der internationale Grenzverlauf festgesetzt wurde, stellte am 16. Juni 2000 UN-Generalsekretär Kofi Annan fest, dass Israel sich komplett aus dem Libanon zurückgezogen hatte und damit die Resolutionen 425 und 426 implementiert seien.<sup>447</sup> Das Gebiet der Shebaa-Farmen gehörte nach Ansicht der UN-Kommission nicht zu libanesischem Territorium und sei damit Gegenstand der Friedensverhandlungen zwischen Israel und Syrien im Rahmen der UN-Sicherheitsratsresolution 242.

Die libanesische Regierung dagegen reklamierte, dass es sich bei dem Rückzug um einen nur partiellen Rückzug handelte und bezichtigte Israel des politischen Manövrierens, denn die Shebaa-Farmen seien libanesisches Territorium.<sup>448</sup> Syriens Regierung unterstützte diesen Standpunkt, der erlaubte, den Konflikt mit Israel weiterhin offen zu halten. Die israelische Regierung, die ursprünglich auf kleinen Grenzverschiebungen nördlich der „blauen Linie“ bestanden hatte, ging mit der UN-Position einher, da so alle zukünftigen grenzüberschreitenden Aggressionen in dem Gebiet ihre Legitimität als Widerstandsakte verlieren würden und Israel damit ein Recht auf Vergeltung besitze.<sup>449</sup> In der politischen Klasse des Libanons brach daraufhin eine Diskussion über die Angelegenheit aus und die Mehrheit der christlichen Politiker forderte die Stationierung der nationalen Armee im Grenzgebiet. Die Regierung aber nahm die Position ein, dass ein israelischer endgültiger

---

<sup>446</sup> Nach der militärischen Invasion von 1982 hatte Israel an mehreren Stellen den Grenzzaun („Purple Line“) einige hundert Meter nach Norden und Westen verschoben. Die Aufgabe der UN-Kommission war es deshalb, den vor der Invasion existierenden Grenzverlauf zu erkunden („Blue Line“).

<sup>447</sup> *Report of the Secretary-General on the Implementation of Security Council Resolutions 425 (1978) und 426 (1978)*, 16.06.2000. Neben dem Rückzug hatte Israel die beiden weiteren Forderungen, die Auflösung der SLA und der Befreiung aller libanesischen Gefangenen aus dem Gefängnis Khyam, erfüllt.

<sup>448</sup> Siehe zur juristischen Diskussion um die Shebaa-Farmen Kaufman (2002) und Ghantous (2001). Die Autoren kommen, aufgrund historischer Recherchen zu dem Schluss, dass die Shebaa-Farmen dem Libanon zurechnet werden können.

<sup>449</sup> Ein Rückzug aus dem Gebiet der Sheeba-Farmen kam für die israelische Regierung nicht in Frage. Angesichts der spärlichen Population und der geographischen Verhältnisse, welche die Infiltration von Terroristen auf israelisches Territorium ermöglichte, sei eine militärische Präsenz aus Sicherheitsinteressen vonnöten. Harik (2004), S. 143

Rückzug eine notwendige Voraussetzung für eine Stationierung derselben im Grenzgebiet sei.<sup>450</sup> Sie revidierte damit ihre vorher getroffene Aussage, die Stationierung der Armee von der offiziellen Bestätigung des vollständigen israelischen Truppenrückzugs seitens der UN abhängig zu machen.<sup>451</sup> Die libanesisch Öffentlichkeit war über die Angelegenheit der Shebaa-Farmen gespalten, aber die wahre Intention des libanesischen Staates, sowie Syriens und der Hizbollah, einer Weiterführung des bewaffneten Kampfes der Hizbollah weiterhin Legitimität als nationalem Widerstand verschaffen zu wollen, war für die Mehrheit offensichtlich.<sup>452</sup>

Die Androhung, die Generalsekretär Hassan Nasrallah während eines Treffens mit UN-Generalsekretär Annan aussprach, die „Blue Line“ nicht anzuerkennen und eine Befreiung des Landes weiter zu verfolgen,<sup>453</sup> ließ erkennen, dass sich die Konfliktlage im Grenzgebiet durch den israelischen Rückzug aus dem Süden auch in Zukunft nicht beruhigen sollte.<sup>454</sup> Die Bedrohung des nordisraelischen Territoriums hatte durch den unilateralen Rückzug zugenommen, denn die Pufferzone zu den Stellungen der Hizbollah war nicht mehr existent und die israelischen Siedlungen befanden sich nun in der Reichweite der Hizbollah-Artillerie.<sup>455</sup> Der Rückzug stellte sich zwar für Israel als eine militärische Niederlage dar, aber das Abschreckungspotential gegen zukünftige, Grenzen überschreitende Attacken erhöhten sich und in der regionalen Konfliktdynamik wurde die syrische Position für zukünftige Verhandlungen mit Israel geschwächt. Von der Hizbollah wie auch der libanesischen Bevölkerung wurde der israelische Rückzug als großer Sieg gefeiert, von dem sich die Hizbollah eine Ausweitung ihrer Popularität auf nationaler Ebene versprach.

Nach dem israelischen Rückzug war die Hizbollah auch auf der innenpolitischen Ebene mit einer neuen Situation konfrontiert, denn ihre Rolle als „Waffe des Widerstands“ war für diejenigen, welche die Position vertraten, dass die Angelegenheit der Sheeba-Farmen für die Hizbollah nur einen vorgeschobenen Grund darstellte, um den militärischen Kampf nicht

<sup>450</sup> Mitte August 2000 wurde ein 1.000 Mann starkes Kontingent der libanesischen Armee in der ehemaligen „Sicherheitszone“ stationiert. Als deren Aufgabe wurde nicht die Überwachung der Grenzen, sondern der inneren Sicherheit angegeben. Hillenkamp (2000), S. 52, Blanford (2000), S. 26

<sup>451</sup> Hillenkamp (2000), S. 51

<sup>452</sup> Issa Ghorayeb, Chefredakteur der Beiruter Tageszeitung *L'Orient Le Jour*, fragte in einem Kommentar am 02.06.2000, warum die Territorialfrage um die Shebaa-Farmen nie vorher aufgekommen sei.

<sup>453</sup> „Für uns [die Hizbollah, E.M.] bedeutet die gezogene „Blue Line“ nichts ... wir fordern die UN auf, schnellstens gegen die israelischen Verletzungen etwas zu unternehmen. Wir werden nicht lange auf internationale Bemühungen warten, die Grenzverletzungen zu beenden, und wir werden, wie schon in der Vergangenheit, daran arbeiten, um das kleinste Stück unseres kleinen Landes zu befreien.“ *L'Orient Le Jour*, 21.06.2000 (Übersetzung durch den Autor). Annan lobte auf dem Treffen die Zurückhaltung, welche die Hizbollah während des Rückzugs gezeigt hatte, und ihr Versprechen, zu kooperieren. Norton (2000), S. 33.

<sup>454</sup> Schon in der „Siegesrede“ zwei Tage nach dem israelischen Rückzug deutete Nasrallah an, dass die Hizbollah beabsichtige, „die Befreiung zu vollenden“, und forderte nicht nur einen Rückzug aus dem Gebiet der Shebaa-Farmen, sondern die Befreiung aller libanesischen Inhaftierten aus israelischen Gefängnissen und ein Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge. *Hizbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallahs Siegesrede in Bent Jbeil am 26.05.2000*, zitiert nach ICG (2002), S.8

<sup>455</sup> Vor allem israelische Militärs kritisierten Baraks Entscheidung, sich ohne Sicherheitsgarantien aus dem Südbanon zurückzuziehen, denn angesichts des Heranrückens der Katyusha-Raketenstellungen der Hizbollah, welche die gesamte Bevölkerung Nordisraels bedrohte, seien Verluste von 20 – 30 israelischen Soldaten pro Jahr durch Guerillaattacken der Hizbollah in der Sicherheitszone zu verkraften gewesen. Harik (2004), S. 144-145

einstellen zu müssen, obsolet geworden. Teile der Bevölkerung, die forderten, die libanesische Armee in das Grenzgebiet zu entsenden, waren vorhanden. Die libanesischen Parlamentswahlen, die im August und September 2000 stattfanden, lassen sich damit gewissermaßen als Votum der libanesischen Bevölkerung werten, den Erfolg des Widerstands zu ent- oder belohnen, bzw. die Rolle, welche die Hizbollah in der neuen strategischen Situation beabsichtigte einzunehmen, zu legitimieren oder sich dagegen auszusprechen. Die Wahlergebnisse der Parlamentswahlen, bei denen, wie auch bei vorherigen, - durch die Beeinflussung des *grand électeur* auf die Listenaufstellung –, nur ein begrenzter Wettbewerb stattfand, lassen aber darauf schließen, dass die Popularität der Hizbollah weiterhin ungebrochen war. Vergleicht man die erreichte Stimmzahl der Hizbollah-Kandidaten mit denen der Kandidaten anderer Wahllisten, vor allem in den „Widerstandszonen“ im Süden und in der Bekaa-Ebene, so lässt sich feststellen, dass die Hizbollah für „ihren Sieg“ belohnt wurde. Neun Abgeordnete der Hizbollah wurden in das Parlament gewählt und damit wurde sie erneut zur stärksten fraktionellen Kraft.<sup>456</sup> Sie konnte ihre Popularität in der Bevölkerung ausbauen und verstand die Wahlergebnisse als ein Votum der Bevölkerung, den „Widerstand“ im Gebiet der Shebaa-Farmen fortzuführen.<sup>457</sup>

Innenpolitisch hatte seit sich 1999 durch den Antritt des Staatspräsidenten Emile Lahoud eine neue Kräftekonstellation ergeben. Der ehemalige Chef der libanesischen Armee, der kurz nach seinem Amtsantritt die Regierung Hariri entließ und eine Kampagne gegen die Korruption in den staatlichen Institutionen ausrief, die er allerdings schnell wieder einstellte, als ausländische Investoren Kredite aus dem Libanon zurückzogen, ist ein enger Verbündeter Syriens.<sup>458</sup> Mit Beginn seines Mandats kam es zu einer „Militarisierung“ der Verwaltung und eine Gruppe von Liaison-Offizieren, die direkten Kontakt zum Kommandozentrum im Präsidentenpalast hält, übt direkten Einfluss auf Angelegenheiten der Ministerien und der öffentlichen Verwaltung aus. Die Armee und der Sicherheitsapparat konnten seitdem eine in der Geschichte der libanesischen Republik nie erreichte Stellung einnehmen und sind so zu bedeutenden Machtfaktoren in der nationalen Politik geworden.<sup>459</sup> Durch die Präsidentschaft Lahouds, der die Errichtung eines autoritären, vom Militär dominierten Staates verfolgt, konnte Syrien nicht nur über die Aufstellung von Wahllisten und die Verbindungen zu Parlamentsabgeordneten seinen Einfluss auf die libanesische Politik

---

<sup>456</sup> Die Hizbollah sah trotz ihres Wahlerfolgs erneut von einer Regierungsbeteiligung ab, da sie innerhalb der Regierung keine Möglichkeit sehe, die von ihr befolgte Politik zu erreichen und sie es deshalb vorziehe, im Parlament auf der Oppositionsbank Platz zu nehmen. Außerdem sähe es die Strategie der Hizbollah nicht vor, Teil der Regierung zu sein, da der Libanon weiterhin von Israel bedroht werde. Harik sieht darin die Bestätigung des von Syrien aufgestellten Regelwerks. Harik (2004), S. 149. Zu den Ergebnisse der Parlamentswahlen 2000 siehe Nassif (2000)

<sup>457</sup> Harik (2004), S. 151

<sup>458</sup> „Damascus intervenes to stop 'vicious' criticism of Lahoud“, *Daily Star*, 07.04.2004

<sup>459</sup> el-Husseini zählt zu den politischen Entscheidungsträgern (d.h. gewählte oder ernannte Inhaber eines politischen Amtes) auf nationaler Ebene: (1) ehemalige Warlords (Nahib Berri, Walid Jumblatt); (2) Religiöse „Rebellen“ (Hizbollah); (3) den Militär- und Sicherheitsapparat (Lahoud); (4) Notabeln; (5) das Unternehmertum (im Umfeld Hariris). El-Husseini (2002). S. 140

ausüben, sondern dieser wurde gewissermaßen auch in einem höchsten Staatsamt institutionell gefestigt.<sup>460</sup> Die Beziehungen zu Syrien, die durch die Veränderung der regionalen Konstellation im Wahlkampf der Parlamentswahlen 2000 auf die politische Agenda rückten,<sup>461</sup> wurden erstmals auch in einer öffentlichen Debatte thematisiert, was zuvor noch als Tabu gegolten hatte.<sup>462</sup> Der Machtzuwachs des Militärs, verkörpert durch den Staatspräsidenten Lahoud, der als ehemaliger Armeechef einen bedeutenden Einfluss auf die internen Sicherheitskräfte und die Armee ausübt und eng mit dem syrischen Regime verbunden ist sowie in außenpolitischen Themen einen der Hizbollah nahen Standpunkt einnimmt,<sup>463</sup> sollte Einfluss haben auf die Rolle, welche die Hizbollah im Rahmen der „neuen Regeln“ an der Südgrenze einnehmen sollte.

Wenig hätte die Hizbollah zu gewinnen gehabt, wenn sie versucht hätte, militärische Angriffe gegen israelisches Territorium auszuführen, da dies heftige israelische Vergeltungsschläge gegen den Libanon zur Folge gehabt hätte. Ihr anerkannter Status als legitime Widerstandsorganisation war durch den Rückzug obsolet geworden, auch wenn sie in Koordination mit dem syrischen und libanesischen Regime weiterhin darauf bestand, dass es die Shebaa-Farmen als nationales Territorium zu befreien gelte. Angriffe gegen israelisches Territorium hätten damit als illegale Kriegsakte gegen eine souveräne Nation gegolten. Außerdem verbat die Bindung an ihre heimische Wählerschaft, die, wie gezeigt, nicht nur aus gläubigen Schiiten bestand, den Widerstand nicht in dem gewohnten Maße fortzuführen, denn sollten die israelischen Truppen auf libanesisches Territorium zurückkehren, wäre die Legitimität der Bewegung selbst bei den Kernanhängern wahrscheinlich in hohem Maße

---

<sup>460</sup> Auch andere libanesische Politiker in den höchsten Staatsämtern, wie z.B. der Parlamentspräsident Nahib Berri oder der ehemalige Präsident Elias Hrawi waren und sind enge Alliierte Syriens, aber sie brachten im Vergleich mit Lahoud eine kleinere „Hausmacht“ mit.

<sup>461</sup> Die Parlamentswahlen von 2000 stellten nach Perthes eine Art Referendum über die Unabhängigkeit des Landes und für politische Veränderung dar. Wer für eine Revision des Verhältnisses zu Damaskus eintrat, erhöhte damit seine Wahlchancen. Perthes (2003), S. 110

<sup>462</sup> Es bildeten sich zwei Positionen heraus, die sich als „anti-syrisch“ und als „pro-syrisch“ kennzeichnen lassen und die politische Klasse, vor allem nach dem israelischen Rückzug und angesichts der neuen regionalen Entwicklungen, die in den folgenden Kapiteln noch dargestellt werden, spalten. Nach el-Husseini unterscheiden sich die Positionen aber nicht wirklich, denn man ist sich einig darüber, dass sich Syrien zu sehr in die inneren Angelegenheiten des Libanons einmischte, aber es besteht ein weitgehender Konsens, dass sich durch die syrische Präsenz die permanente Gefahr von konfessionellen Auseinandersetzungen verringert. Die politischen Eliten treten mehrheitlich für die Entwicklung der syrisch-libanesischen Beziehungen zu einer Partnerschaft ein, die sich hauptsächlich auf die Pflege der Wirtschaftsbeziehungen und auf die durch den arabisch-israelischen Konflikt bedingte außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit beschränken sollte. Nach dem 11. September 2001 sind aber die Forderungen von weniger syrischer Einmischung, besonders im Hinblick auf die libanesischen Beziehungen zu Israel, lauter geworden el-Husseini (2002), S. 153

<sup>463</sup> Auf die Frage hin, ob er (Lahoud) es für normal halte, dass ein souveräner Staat die Präsenz einer bewaffneten Miliz erlaube und wann zu erwarten sei, dass die Hizbollah entwaffnet werde, antwortete Lahoud: „Die Waffen der Hizbollah sind jene des Widerstands, die den größten destruktiven Militärapparat der Region zerstört haben. Warum soll man den Widerstand entwaffnen, wenn Israel weiterhin einen Teil des libanesischen Territoriums besetzt? ... Ich möchte darauf hinweisen, dass die Hizbollah sich in die Gesellschaft und das libanesische politische Leben integriert hat. ... Es obliegt den Verantwortlichen der Partei, ihren Status zu bestimmen.“ Lahoud (2001), S. 47 (Übersetzung durch den Autor)

minimiert worden.<sup>464</sup> Andererseits gab es für die Hizbollah auch keinen Grund, Israel Sicherheitsgarantien zu geben und die Abschreckung aufzuheben.

Im Oktober 2000 fanden die ersten Zusammenstöße zwischen der Hizbollah, die im Süden entlang der „Blue Line“ Grenzstellungen installierte und sämtliche Bewegungen im Grenzgebiet kontrollierte, und israelischen Soldaten im Gebiet der Shebaa-Farmen statt. Die israelische Regierung reagierte darauf nicht mit den angekündigten Vergeltungsschlägen. Als aber drei israelische Soldaten im Gebiet der Shebaa-Farmen und ein israelischer Geschäftsmann und ehemaliger Colonel der Armee von der Partei Gottes gekidnappt in der Schweiz wurden, wurde eine syrische Radarstation, ca. 45 Kilometer entfernt von Beirut, bombardiert. Einen Raketenangriff auf einen israelischen Panzer im Gebiet der Shebaa-Farmen beantwortete die israelische Luftwaffe erneut mit derselben Vergeltungsmethode und „neue Regeln“ schienen sich etabliert zu sein. Syriens Führung schien die „neuen Regeln“ zu akzeptieren und signalisierte, dass es an einer Deeskalation der Situation kein Interesse habe.<sup>465</sup> Die Hizbollah war folglich gezwungen, die Angriffe auf israelische Truppen zu minimieren. Israelische Kampfflugzeuge, welche über libanesischem Territorium die Schallmauer durchbrechen und teilweise auf palästinensische Flüchtlingslager Scheinangriffe fliegen, was von der UN als Verletzung der „Blue Line“ verurteilt wird, beantwortet die Hizbollah seitdem mit Flugabwehrfeuer und dem Abschuss von sowjetischen S60-Flugabwehrgeschützen über nordisraelischen Siedlungen, die in der Luft explodieren und deren Trümmer auf die Siedlungen niederregnen. Dieses Artilleriefeuer zielt nicht darauf ab, Zerstörung anzurichten, sondern dient der Abschreckung. Im Jahr 2003 hat die Hizbollah Angriffe auf israelische Stellungen im Gebiet der Shebaa-Farmen unterlassen, und trotz vereinzelter militärischer Schlagabtausche im besagten Gebiet scheint die Hizbollah die Funktion eines Grenzwächters übernommen zu haben. Auch die libanesischen Bevölkerung im Grenzgebiet, wie im Rest des Landes steht der „Widerstandskampagne“ zunehmend skeptisch gegenüber<sup>466</sup> und die Hizbollah scheint darauf zu reagieren, indem sie von ihrer aggressiven Doktrin abrückt: „Der essentielle Punkt ist, dass es unser Recht ist, gegen die Besetzung von Shebaa Widerstand zu leisten, auch wenn wir nicht davon Gebrauch

---

<sup>464</sup> Die israelische Regierung machte schnell nach dem Rückzug deutlich, dass sie grenzüberschreitende Attacken mit harten Vergeltungsmaßnahmen beantworten und nicht nur Hizbollah, sondern auch Libanon und Syrien dafür verantwortlich gemacht würden. „If, after the withdrawal, terrorism continues, Israel will react forcefully ... This reaction will be directed against both the terrorist organisations and those [i.e. Syria] which extended aid to these organisations“ Israel Foreign Ministry, Information Division, *The Israeli Withdrawal from Southern Lebanon: Background Points*, 24.05.2000, zitiert nach ICG (2002), S. 8

<sup>465</sup> Nicht nur, dass Syrien durch den israelischen Rückzug eine Schwächung seiner Verhandlungsposition erfuhr, sondern der Rückzug hatte, wie schon dargestellt, auch die libanesischen Öffentlichkeit für die anhaltende Präsenz der syrischen Truppen auf libanesischem Territorium sensibilisiert. Ferner geriet Syrien zunehmend unter US-amerikanischen Druck und war nach dem Tod Asads innenpolitisch instabil. Damaskus hatte die veränderte Lage im Süden erkannt, was es motivierte, zu kooperieren, um die Stabilität im Südlibanon zu erhalten. Gerges (2001), S. 111, Blanford (2000), S. 28, ICG (2002), S. 8

<sup>466</sup> ICG (2003) a, S. 8

machen.“<sup>467</sup> Widerstand wurde damit praktisch zur Abschreckung und auch trotz martialischer Rhetorik und einer Mobilisierung auf israelischer wie auf Seiten der Hizbollah blieben die Auseinandersetzungen im Vorfeld des Irakkriegs im Frühjahr 2003 auf die besagte Grenzwächterfunktion beschränkt. Seit Oktober 2003 kam es aber erneut zu einer Anspannung der Situation an der Grenze, was Ereignissen geschuldet ist, die in den palästinensischen Autonomiegebieten ihren Ausgang nehmen und darauf aufmerksam machen, wie der israelisch-libanesischer Grenzkonflikt mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt verbunden ist, was im folgenden Kapitel Gegenstand der Analyse sein soll.

Nach dem israelischen Rückzug sah sich die Hizbollah nicht nur zum ersten Mal seit Beginn ihres Bestehens mit einem strategischen Dilemma konfrontiert, welches sie dazu zwang, ihre militärische Strategie zu modifizieren und sich selbst Zurückhaltung aufzuerlegen. Es stellte sich damit auch die Frage ihrer Demobilisierung angesichts der Wiederherstellung der staatlichen Integrität.<sup>468</sup> Da sich die libanesischer Regierung wie auch Syrien<sup>469</sup> mit der Hizbollah einig waren, dass mit dem israelischen Rückzug aus dem Südlibanon nicht der gesamte Libanon befreit ist, ist die Weiterführung der „Widerstandskampagne“ und damit die Beibehaltung des bewaffneten Arms der Hizbollah aus Sicht der staatlichen Autorität weiterhin legitim. Der Abschied von der Gewaltstrategie und damit die Einstellung des bewaffneten Kampfes, welche die Hizbollah an fünf Bedingungen knüpft,<sup>470</sup> die nicht nur israelisch-libanesischer, sondern auch regionale Sachverhalte betreffen, wurde damit auf unbestimmte Zeit verschoben.

Obwohl mehrere Analysten die Meinung vertreten,<sup>471</sup> dass die endgültige Entwaffnung und Aufgabe des bewaffneten Widerstandes nicht das Ende der Hizbollah bedeuten würde, da sie in die libanesischer Gesellschaft integriert sei, und eine Transformation in eine politische Partei mit entwicklungspolitischer Agenda sie damit nicht vor unüberwindliche Probleme stellen würde, ist die Aufgabe des bewaffneten Widerstandskampfes doch zutiefst mit ihrer

---

<sup>467</sup> Interview mit einem Hizbollah-Offiziellen im Mai 2003, zitiert nach ICG (2003) a, S. 8

<sup>468</sup> Wertet man den Prozess der Anpassung an das politische System der Hizbollah zu Anfang bis Mitte der 90er Jahre nicht als eine Transformation des Akteurs, sondern bettet diese ein in die Transformation des libanesischen Systems (siehe Kapitel 2.4), dann steht mit dem Ende der Besatzung und der damit verbundenen Fragen der Entwaffnung und des Abschieds von der Gewaltstrategie die „erste“ Transformation an.

<sup>469</sup> Da die israelische Regierung militärische Angriffe der Hizbollah mit Vergeltungsschlägen auf syrische Einrichtungen im Libanon beantwortet, gewannen die Interessenkonflikte zwischen Syrien und Hizbollah wieder an Deutlichkeit. Obwohl Damaskus weiterhin den „Widerstand“ der Hizbollah für legitim hält, kann es nicht in syrischem Interesse sein, dass Hizbollah „entgrenzt“ militärische oder zivile israelische Ziele attackiert. Außerdem ist eine von Syrien unterstützte Entwaffnung der Hizbollah höchst unwahrscheinlich, angesichts einzelner bewaffneter palästinensischer Verbände in den Flüchtlingslagern im Libanon.

<sup>470</sup> Als fünf Bedingungen werden die Befreiung aller von Israel besetzten arabischen Gebiete, einschließlich der Shebaa-Farmen, die Freilassung aller libanesischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen, Sicherheitsgarantien für die staatliche Integrität des Libanons, Reparationszahlungen für die Kriegsschäden und die Rückführung aller palästinensischen Flüchtlinge genannt. Hillenkamp (2000), S. 52

<sup>471</sup> Beispielweise Norton (1999), Blanford (1999)

Identität und der Selbstwahrnehmung als Widerstandsbewegung verbunden.<sup>472</sup> Die Führung der Hizbollah hat angedeutet, dass dessen Aufgabe, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden, nicht in Frage komme, da dies gleichbedeutend sei mit „politischem Selbstmord“.<sup>473</sup> Die Beibehaltung des militärischen Arms wird gerechtfertigt als eine nationale Pflicht, die besonders angesichts der jüngsten Ereignisse, wie der US-Kampagne gegen den Terrorismus und der Erhöhung des diplomatischen Drucks auf Syrien und den Iran, der Hizbollah auferlegt sei.<sup>474</sup> Die Zurückweisung der Entwaffnung ist aber nicht nur der Identität der Bewegung und regionalen Zwängen geschuldet, sondern erklärt sich auch aus der Zurückweisung der Hizbollah, sich vollständig in das von „Korruption zerfressene“<sup>475</sup> politische System des Libanons zu assimilieren. Obwohl sie bereits für das libanesische System typische Verhaltensmuster übernommen hat, müsste sie Praktiken, wie konstantes Feilschen und Verteilung von öffentlichen Ämtern und Ressourcen anhand konfessioneller Kriterien, adoptieren, welche sie bis jetzt stets zurückgewiesen hat und die ihrer politischen Programmatik entgegenstehen. Die Hizbollah versteht sich auch weiterhin nicht ausschließlich als eine politische Partei, sondern als Bewegung, die höhere Ziele verfolgt als die, welche ihr von der nationalen Politik diktiert werden. Aus diesem Kontext erklärt sich auch die Tatsache, dass die Hizbollah sozioökonomische Probleme nicht prioritär adressiert,<sup>476</sup> obwohl, angesichts der Zuspitzung der sozioökonomischen Situation im Libanon, die soziale Frage nach einer Lösung verlangt, die von keinem politisch etablierten Akteur angegangen wird.<sup>477</sup> Bis zum Zeitpunkt der Befreiung fußte die Legitimität der Hizbollah in der libanesischen Bevölkerung auf einer vereinten Abneigung gegen den externen Feind und der damit verbundenen Rechtfertigung des bewaffneten Kampfes der Bewegung. Der militärische „Sieg“ über die israelische Armee hat der Hizbollah ohne Zweifel in der libanesischen Bevölkerung, wie auch in der gesamten arabischen Welt, Popularität eingebracht, aber nach der Befreiung scheinen die sozialen Probleme für die libanesischen Bürger höhere Priorität zu besitzen als die Befreiung des Gebiet der Shebaa-Farmen, dessen Zugehörigkeit zum libanesischen Territorium nicht eindeutig geklärt ist. Der bewaffnete Kampf ist nach Ansicht der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr gerechtfertigt.

---

<sup>472</sup> Fayyad, Ali – „La résistance au Liban-sud: une défense stratégique à fonctions offensives“, [Der Widerstand im Südlibanon: eine Defensivstrategie mit offensiven Funktionen] unveröffentlichtes Manuskript, *International Conference: The Islamic World & Europe*, 18.02.2004, Beirut

<sup>473</sup> Hassan Nasrallah in einer Rede am 25.05.2003, ICG (2003) a, S. 16

<sup>474</sup> „Die Waffen des Widerstands sind Symbole der Ehre und der Würde für ein Volk, welches gekämpft hat und ehrwürdige Männer in der Befreiung des Landes verloren hat. Sie sind ein preisloser Wert.“ Hassan Nasrallah in *al-Hayat*, 02.06.2003, zitiert nach ICG (2003), S. 17

<sup>475</sup> „Es ist nicht das libanesische System, welches korrupt ist, sondern Korruption ist zum System geworden“, Nasri al-Sayyigh, „Brief über die Korruption“, *al-Intiqad*, 11.06.2003

<sup>476</sup> „Hizbullah in the spotlight. Will group increase socioeconomic efforts?“, *Daily Star*, 05.06.2004

<sup>477</sup> Im April 2004 fanden in der *dahiyya* Demonstrationen gegen die Preiserhöhungen und die herrschenden sozioökonomischen Bedingungen statt, die von den internen Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst und bei denen mehrere Menschen getötet wurden. „Klima der Gewalt im Libanon. Brutale Niederschlagung sozialer Proteste“, in *NZZ*, 29./30.05.2004. Die Hizbollah kritisierte zwar das Vorgehen des Staates, aber die Ursachen der Proteste wurden nicht adressiert. „Hizbullah MP calls report on last month's riots vague“, *Daily Star*, 22.06.2004

Nach der Wiederherstellung der staatlichen Integrität muss aber auch die Frage nach der staatlichen Autorität und Souveränität gestellt werden. Durch die Stationierung eines nur kleinen Kontingentes von staatlichen Sicherheitskräften in der Grenzregion wurde der Hizbollah und anderen substaatlichen bewaffneten Akteuren (Amal, SSNP) dort die Ausübung der Autorität weit gehend überlassen. Hizbollah mobilisierte alle Ressourcen, um ihre Legitimität in der Grenzregion auszubauen und der Abwesenheit staatlicher Institutionen Abhilfe zu leisten. Die Autorin Picard zeigt auf, wie trotz der ökonomischen Unterentwicklung<sup>478</sup> der ehemaligen „Sicherheitszone“ der Staat eine indifferente Haltung gegenüber der lokalen Bevölkerung angenommen und die Entwicklung der Region gegenüber der regionalen Konfliktdynamik hinten angestellt wurde.<sup>479</sup> Auch wenn es unmöglich erscheint, den syrischen Einfluss auf die libanesische Politik qualitativ zu bestimmen, so lässt sich aber dennoch sagen, dass die politischen Eliten, gefördert durch das System des politischen Konfessionalismus, auf syrische Kontakte zurückgreifen, um Machtzuwächse gegenüber politischen Gegnern innerhalb des konfessionellen Gleichgewichts zu erreichen, was der Ausweitung der libanesischen Souveränitätsmarge entgegenläuft und gleichzeitig den syrischen Einfluss im Libanon institutionalisiert. Die Adressierung der ökonomischen und sozialen Probleme, mit denen der Libanon, neben der Sicherheitslage, gegenwärtig konfrontiert ist, wird bis zur Gegenwart von keinem politisch relevanten Akteur geleistet.<sup>480</sup>

## 5.2. Neue regionale Herausforderungen

Nach dem israelischen Rückzug aus dem Südlibanon wurde die Hizbollah nicht nur erstmalig seit Beginn ihres Bestehens mit einem strategischen Dilemma konfrontiert, sondern ihr *raison d'être* als Widerstandsbewegung wurde insgesamt in Frage gestellt. Dieser Einbuße der Legitimationsgrundlage ließ sich abhelfen, indem sie, gestützt durch das libanesische und syrische Regime, ein neues Konfliktfeld eröffnete und damit die Fortsetzung ihrer militärischen Widerstandstätigkeit erneut legitimieren konnte. Im Folgenden werden regionale Herausforderungen jüngerer Datums, denen sich die Hizbollah direkt wie auch indirekt ausgesetzt sieht, im Hinblick auf ihre Reaktionsmuster, unter Berücksichtigung der Zwänge, denen sich die Organisation ausgesetzt sieht, untersucht. Es wird eine Evaluation von Kosten und Gewinnen aufgestellt, die sich in Bezug zu ihrer Transformation herstellen lassen.

<sup>478</sup> Nach dem israelischen Rückzug sind in der ehemaligen „Sicherheitszone“ ca. 4000 Arbeitsplätze weggefallen und die Infrastruktur musste in der ohnehin schon traditionell unterentwickelten Region rehabilitiert werden. Zu den sozioökonomischen Bedingungen in der ehemaligen „Sicherheitszone“ siehe ICG (2002), S. 18

<sup>479</sup> „In den Wochen, welche auf den Rückzug folgten, haben die politischen Parteien, säkular wie konfessionell, alle einstimmig loyal gegenüber dem Regime und seinem syrischen Bruder, schamlos das Grenzterritorium aufs Spiel gesetzt und sich gegenüber der lokalen Bevölkerung durchgesetzt. Picard (2000), S. 42 (Übersetzung des Autors)

<sup>480</sup> Zur Verflechtung der politischen Klasse mit der syrischen Dominanz siehe Kassir (2003), S. 100 ff

### 5.2.1. Die US-Kampagne gegen den Terrorismus und die „Palestinianisation“ der Hizbollah

Die Ereignisse des 11. September 2001 und die als Reaktion daraufhin lancierte Antiterror-Kampagne der USA (*War against Terrorism*) haben weit reichende Auswirkungen auf die Staaten, Akteure und geopolitischen Konstellationen im Nahen Osten und damit auf den Libanon und die Hizbollah. Der diplomatische Druck, der zuvor im Rahmen des Nahostkonflikts von Seiten der USA auf die Hizbollah ausgeübt wurde, sollte sich im Rahmen der Antiterror-Kampagne verschärfen.<sup>481</sup> Die Bush-Administration erklärte, dass sie ihre Kampagne auf alle Terrororganisationen „mit globaler Reichweite“, was nach der Klassifikation der USA auf die Hizbollah zutrifft,<sup>482</sup> ausweiten werde. Diese Anklage war nicht neu,<sup>483</sup> aber im Rahmen der Antiterrorkampagne sollte die Klassifizierung der Hizbollah als Terrororganisation<sup>484</sup> die US-Administration dazu autorisieren, unilaterale Sanktionen gegen jede dritte Partei oder jeden Staat zu verhängen, der ihren Aufforderungen nicht nachkommt, Konten von Terrororganisationen einzufrieren oder ihre Mitglieder auszuliefern. Angesichts des Integrationsgrades der Hizbollah in der libanesischen Gesellschaft und Politik und der Tatsache, dass Mitglieder derselben in der libanesischen Legislative Mandate innehaben, schien dies ein gewagtes, wenn nicht sogar unmöglich durchführbares Unterfangen. Im Folgenden sollen die im Rahmen der US-Antiterrorkampagne gegen die Hizbollah und die libanesischen Regierung angedrohten Sanktionen kurz skizziert und in den Kontext der „Palestinianisation“<sup>485</sup> der Organisation gestellt werden, um daraus mögliche Implikationen für die Transformation der Organisation und eine eventuelle Modifikation in ihrer Strategie in der nahöstlichen Konfliktodynamik abzuleiten.

Die Hizbollah setzte ihre militärische Kampagne nach dem israelischen Rückzug aus dem Südlibanon in einen direkteren Bezug zu dem israelisch-palästinensischen Konflikt.<sup>486</sup> Obwohl sie seit Beginn ihres Bestehens betont, dass sich ihre Agenda auf den arabisch-

<sup>481</sup> Auf die theoretische Diskussion der Differenzierung zwischen legitimem Widerstand und Terrorismus soll hier nicht aufgegriffen werden. Eine interessante Darstellung, welche die westliche Perspektive der arabischen gegenüberstellt, liefert Alagha (2003), S. 385-388.

<sup>482</sup> „Hizballah has not attacked U.S. interests in Lebanon since 1991, but continues to maintain the capability to target U.S. personnel and facilities [in Lebanon] and abroad.“ U.S. Department of State, *Patterns of Global Terrorism 2001*, S. 57

(<http://www.state.gov/s/ct/rls/pgtrpt/2001/pdf/>)

<sup>483</sup> Die US-Anklage gegen die Hizbollah fußt auf einer vermuteten Involvierung in eine Reihe von Operationen während des libanesischen Bürgerkriegs, wie den Bombenanschlägen gegen die US-amerikanische Botschaft und amerikanische Kasernen sowie Geiselnahmen. Ferner werden Mitglieder der Hizbollah für die Flugzeugentführung des TWA-Flugs 847 nach Beirut im Jahr 1985 verantwortlich gemacht. Andere Anklagen beziehen sich auf einen Bombenschlag gegen die israelische Botschaft in Buenos Aires im Jahr 1992. Auch wenn die USA keine direkten Beweise für diese Anklagen vorbringen kann, so scheinen die Verbindungen, welche Hizbollah mit palästinensischen Gruppen wie Hamas und Islamischer Jihad unterhält und dies auch nicht bestreitet, als Beweise auszureichen, um die Klassifizierung aufrecht zu erhalten.

<sup>484</sup> In dem Aprilabkommen hatten die USA die Hizbollah als legitime Widerstandsbewegung anerkannt.

<sup>485</sup> Der Begriff „Palestinianisation“ beschreibt die regionale Ausweitung und Verknüpfung der bewaffneten Kampagne im Südlibanon mit der palästinensischen Intifada. ICG (2002), S. 13

<sup>486</sup> Ihre erste Attacke im Oktober 2000 im Gebiet der Shebaa-Farmen widmete die Hizbollah den „Märtyrern der palästinensischen al-Aqsa-Intifada“, die einen Monat vorher ausgebrochen war. *Al-Anwar*, 09.10.2000, zitiert nach ICG (2002), S. 14

israelischen Konflikt bezieht und sie den Libanon nur als einen Teil eines erweiterten Handlungsraums mit dem Ziel der Befreiung Palästinas betrachtet, blieb ihr militärisches Operationsfeld bis zum israelischen Rückzug auf den Südlibanon beschränkt. Nachdem ihre Popularität in der arabischen Welt durch den „Sieg“ gegen die israelische Armee einen Höhepunkt erreicht hatte, schien die Hizbollah ihre Rolle regional ausdehnen zu wollen, was mit dem Beginn der al-Aqsa-Intifada, die am 28. September 2000 mit dem Besuch des israelischen Premierministers Ariel Sharon auf dem Tempelberg, nur vier Monate nach dem israelischen Rückzug aus dem libanesischen Süden, begann, zeitlich koinzidierte. Nachdem der Rat Ali Khameinis, des *wali al-faqi* und Schiedsautorität der Bewegung eingeholt worden war,<sup>487</sup> welchem politischen Ziel sich die Aktivitäten der Organisation in der Zukunft prioritär widmen sollten, versuchte die Hizbollah, ihre „Befreiungsmision“ Palästinas zu erfüllen, in dem sie die palästinensische Intifada rhetorisch wie auch materiell unterstützte. Generalsekretär Nasrallah betonte, dass sich die Hizbollah als „Vorhut (*tali'a*) des palästinensischen Kampfes“ begreife, und sich weigere, „zwischen ihrer Rolle im Libanon und in Palästina eine Trennung vorzunehmen, ganz zu schweigen von einer Priorisierung libanesischer Interessen“.<sup>488</sup> Auf der alljährlichen Gedenkveranstaltung des „Jerusalemtags“ am 14.12.2001 drückte Nasrallah die volle Unterstützung der Hizbollah für die Intifada aus, rechtfertigte Selbstmordattentate gegen israelische Zivilisten als legitime Widerstandsakte, da keine Bürger in der zionistischen Entität existierten, sondern alle israelischen Bürger Aggressoren und Teilnehmer der Angriffe gegen das palästinensische Volk seien.<sup>489</sup> Aber die Unterstützung sollte nicht nur rhetorisch bleiben, denn es gab Anzeichen, dass die Hizbollah palästinensischen islamistischen Organisationen, wie dem Islamischen Jihad und der Hamas, auch materielle Unterstützung zukommen ließ. Im November 2001 wurden zwei Hizbollah-Mitglieder in Jordanien festgenommen, die versuchten, Katyusha-Raketen in die Westbank zu schmuggeln. Außerdem wird vermutet, dass die Organisation im März 2002 in eine von Palästinensern ausgeführte Attacke, der sechs israelische Zivilisten zum Opfer fielen, verstrickt war und auf libanesischem Territorium Mitglieder der beiden genannten palästinensischen Organisationen in Trainingscamps ausbildet, was Offizielle der Hizbollah auch nicht bestreiten.<sup>490</sup>

---

<sup>487</sup> Nach Angaben des ICG hatte sich eine Gruppe der Mitglieder des obersten Entscheidungsgremiums für eine Konsolidierung der Stellung auf der nationalen politischen Bühne ausgesprochen, während sich eine andere Gruppe, darunter Hassan Nasrallah, für eine Ausweitung der Rolle auf regionaler Ebene einsetzen. ICG (2002), S. 14. Der Rat Khameinis wurde eingeholt, welcher der Hizbollah geraten habe, eine breite islamische Agenda zu verfolgen und andere islamische Gruppen zu beeinflussen, um sich auf die kommende Schlacht um *al-Quds* vorzubereiten. Blanford (2002), S. 27

<sup>488</sup> Nasrallah in einem *Al-Jazeera*-Interview am 12.12.2000, zitiert nach ICG (2002), S. 14, siehe auch Alagha (2002), S. 35

<sup>489</sup> *as-Safir*, 15.12.2001, zitiert nach ICG (2002), S. 14

<sup>490</sup> *Middle East Reporter (Weekly)*, 102, 1188, 09.03.2002, S.4-5. Im Libanon befinden sich nach UNRWA-Schätzungen ca. 250.000-410.000 palästinensische Flüchtlinge in zwölf Lagern, denen das Recht auf Einbürgerung verwehrt bleibt und die auch sonst nur eingeschränkte Rechte besitzen. „Im Gastland Libanon unerwünscht“, *NZZ*, 15.11.2003. Die Flüchtlingslager im Norden wie in Beirut werden von syrischem

Trotz der genannten Anstrengungen der Hizbollah, die Palästinenser in ihrer Intifada zu unterstützen, lässt sich feststellen, dass sich der Beistand der Partei Gottes prioritär auf einen moralischen, politischen und psychologischen Zuspruch beschränkt und die Hizbollah nicht beabsichtigt, dafür einen bewaffneten Konflikt gegen Israel von libanesischem Territorium aus vom Zaun zu brechen.<sup>491</sup> Generalsekretär Nasrallah mahnte die Palästinenser, die Intifada in ihren eigenen Händen zu halten und sich von niemandem abhängig zu machen, was sich auch auf die eigene Organisation bezog, die nach eigenen Angaben keinen organisatorischen Ableger in Palästina unterhält. Aber, so Nasrallah, die Kader der Hizbollah fühlten sich geehrt, als Soldaten unter dem Banner der Hamas, des Islamischen Jihads oder anderen islamischen palästinensischen Organisationen zu kämpfen.<sup>492</sup>

Für die Verschiebung und Ausweitung der Aktivitäten der Hizbollah auf die palästinensische Arena lassen sich mehrere Gründe anführen. Einerseits scheint es eine Kompensation für den Ausfall der zentralen Bestimmung – der Befreiung des Libanons von der israelischen Besatzung –, welcher sich die Organisation seit Beginn ihres Bestehens gewidmet hatte, zu sein. Einige Mitglieder der Führungsebene gaben an, dass befürchtet wurde, dass ohne die Weiterführung einer militärischen Kampagne, – die militärische Kampagne im Gebiet der Shebaa-Farmen wurde, wie gezeigt, von der libanesischen Bevölkerung nur als beschränkt legitim betrachtet,<sup>493</sup> – ihr extraordinärer Status als bewaffneter substaatlicher Akteur im Libanon verloren gehen würde und die Organisation dadurch gezwungen würde, sich als regulärer politischer Akteur auf der nationalen Bühne zu integrieren. Man kann also davon ausgehen, dass sie deshalb bemüht war, durch Adressierung der Solidarität mit dem palästinensischen Volk, ihren Sonderstatus zu erhalten, um die Aufgabe des bewaffneten Arms und damit der Transformation in einen konventionellen Akteur zu entgehen. Ferner

---

Geheimdienst und pro-syrischen palästinensischen Verbänden, wie der *Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando* (PFLP-GC), kontrolliert. In den südlichen Camps bei Tyre, besitzt die *Fatah* die Kontrolle, aber in dem südlichen Camp Ain el-Hiweh, in der Nähe Sidons, sind Hamas und Islamischer Jihad sehr aktiv. Die palästinensischen Flüchtlinge, vor allem im Süden, werden im Libanon als ein großes Risiko für die Stabilität betrachtet, da sie im Libanon nichts zu verlieren haben und deshalb den israelischen Norden attackieren könnten. Als im März 2004 eine solche *cross-border*-Attacke von zwei palästinensischen Aktivisten versucht wurde, wurde sie von der libanesischen Politik wie auch der Gesellschaft scharf verurteilt. „Palestinian resistance fighters should respect Lebanon's sovereign territory“, *Daily Star*, 26.03. 2004.

Die Hizbollah befindet sich damit in ihrer Grenzwachterfunktion in einer ähnlichen Position wie die israelische Armee, die zwischen 1970-1982 die libanesischen Grenze überwachte, um palästinensische Infiltrationen und Attacken nach Nordisrael abzuwehren. Diese Bedrohung wird aber auch weiterhin existent bleiben, solange es keine Lösung für die palästinensische Flüchtlingsfrage gibt, ungeachtet des Zustands der regionalen Friedensverhandlungen. Zu dem Problem der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon siehe Suleiman (1999), Rougier (2000) und *World Refugee Survey 2003 Country Report Lebanon*, (<http://www.refugees.org/world.countryrpt/mideast/2003/lebanon.cfm>).

<sup>491</sup> Der politische Berater von Hassan Nasrallah, Hajj Hussein Khalil, gab an, dass die Hizbollah nicht akzeptieren könne, dass der Kampf von libanesischem Territorium aus geführt werden könne, und sie das Problem schnell und diskret gelöst habe, um Zusammenstöße zu vermeiden. *L'Orient Le Jour*, 25.01.2201

<sup>492</sup> Alagha (2002), S. 35

<sup>493</sup> Die Fokussierung auf die Shebaa-Farmen half der Hizbollah zwar, ihre Demilitarisierung weiter heraus zu schieben, aber die Legitimität für die Kampagne scheint sich mit der Zeit aufzulösen. Im Laufe der Zeit wurde Shebaa, – die „designated keep-Hizbollah-alive-zone“ (UNIFIL-Offizieller) –, „abgewertet und langweilig“. ICG (2002), S. 15

wurde durch die Eskalation der Gewalt in den palästinensischen Gebieten ein gewisser Druck auf die Hizbollah ausgeübt, die sich nach dem israelischen Rückzug zur „Speerspitze des arabischen Widerstands“ gegen Israel erklärte. Wäre sie angesichts der militärischen Aktionen gegen die Palästinenser inaktiv geblieben, so wurde befürchtet, dass dies Popularitätseinbußen auf der nationalen Bühne wie in der arabischen Welt zur Folge gehabt hätten. Als weiterer Grund wird vermutet, dass sie sich nicht als eine konfessionelle schiitische, sondern als eine Bewegung mit panarabischer Agenda darstellen wollte, die sich für sunnitische Palästinenser einsetze und für sie kämpfe.<sup>494</sup>

Nachdem die US-amerikanische Administration ihre Kampagne gegen den Terrorismus mit dem Ziel deklariert hatte, international aktive terroristische Organisationen zu verfolgen, welche die Sicherheit der USA bedrohen, wurde die Unterstützung der Hizbollah für die palästinensischen Organisationen und weiterer Anklagen zum Anlass genommen,<sup>495</sup> Libanon, Syrien und Iran mit Sanktionen zu drohen, würden sie ihre Unterstützung für die Hizbollah nicht einstellen.<sup>496</sup> Sogar Anzeichen für Entwürfe von Szenarien militärischer Invasionen in den genannten Staaten nach dem Irakkrieg soll es gegeben haben, von denen man sich aber wohl angesichts der Eskalation der Gewalt im „Nachkriegsirak“ schnell wieder verabschiedet hat.<sup>497</sup> Die angedrohten Maßnahmen im Rahmen der Antiterrorkampagne lassen sich nur schwer trennen von US-amerikanischen Interessen im Nahen Osten und der Allianz zu dem Verbündeten Israel, welches sich von der Ausübung des US-amerikanischen Drucks Vorteile gegenüber den arabischen Nationen im Nahostkonflikt erhofft und diese auch instrumentalisiert.

Die US-Administration erwartete, dass man durch die Androhung unilateraler Sanktionen gegen den Libanon die staatlichen Autoritäten dazu verleiten könnte, sich von der Hizbollah zu distanzieren und den militärischen Arm einzudämmen. Diese Politik sah zwar nicht vor, den Libanon ernsthaft zu destabilisieren oder abzustrafen, sondern es sollte ein Druck auf

---

<sup>494</sup> ebd.

<sup>495</sup> Die weiteren Argumente fußen auf Anklagen der Existenz von organisatorischen und operativen Verbindungen der Hizbollah zur al-Qaida, des Unterhalts einer operativen Infrastruktur in der Westbank und im Gazastreifen und dem Glauben, dass „Hizbollah’s agenda and activities in and of themselves constitute an urgent and massive threat to the USA, its citizens and interests, in the Middle East as well as inside its own borders.“ Strindberg (2003), S. 25. Die Anklagen der Verbindungen der Hizbollah zur al-Qaida basieren auf zwei Vermutungen: die Präsenz und Aktivitäten beider Organisationen in dem Grenzgebiet zwischen Paraguay, Argentinien und Brasilien, und der Rolle von Imad Mughniyeh, einem der 22 vom FBI gesuchten Topterroristen, der als Verbindungsmann der Hizbollah zur al-Qaida, Syrien, Iran und Irak gilt. Europäische Geheimdienste sind mit ihren Anklagen eher vorsichtiger und betonen, dass die US-amerikanischen Anklagen aufgefüllt seien durch politische Momente der US-Antiterrorismuskampagne und wenig zu tun hätten mit gegenwärtigen Aktivitäten der Hizbollah und Bedrohungen der USA. Eine rationale Begründung von Verbindungen zwischen al-Qaida und der Hizbollah lässt sich auch nicht anführen, denn Hizbollah hätte durch eine Kooperation mit al-Qaida nur wenig zu gewinnen, denn damit würden die Verbindungen zur libanesischen Regierung wie auch zu Syrien leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Hizbollah streitet eine solche Verbindung strikt ab. ICG (2002), S. 20-21. Siehe auch „Hizbullah and al-Qaeda: Friends or foes?“, *Daily Star*, 20.08.2004

<sup>496</sup> „Terrorists have declared war on civilisation and states like Iran, Iraq and Syria are inspiring and financing a culture of political murder and suicide bombing. The president has declared war on terrorism.“ Donald Rumsfeld, *US Secretary of Defense* im April 2002, zitiert nach Strindberg (2003), S. 25

<sup>497</sup> ICG (2003), S. 4, Byman (2003). S. 62 ff.

ökonomischer Ebene durch den amerikanischen Einfluss in internationalen Finanzinstitutionen und auf westliche Geberstaaten ausgeübt werden, was angesichts der hohen Verschuldung des Libanons den amerikanischen Strategen Erfolg versprechend erschien. Gemäß den Grundsätzen der Antiterrorstrategie, die internationalen Finanzflüsse von Terrororganisationen zu stoppen, forderte die US-Administration die libanesische Regierung auf, die Konten der Hizbollah einzufrieren, was diese zurückwies, basierend auf der Begründung, dass die Hizbollah keine terroristische, sondern eine Widerstandsbewegung sei. Auf diese Zurückweisung reagierte die US-Administration mit einer ambivalenten Strategie, indem der US-Botschafter im Libanon darauf verwies, dass die Forderung nicht bedeute, dass dies einen sofortigen Einzug der Gelder bedeute, während Condoleezza Rice, Beraterin für Nationale Sicherheitsfragen, in einem Fernsehinterview eine indirekte Bedrohung gegen den Libanon aussprach, indem sie anmerkte, dass die Bemühungen des Libanons, seine Wirtschaft neu zu beleben und sich in die globale Wirtschaft zu integrieren, drohten durchkreuzt zu werden, falls Beirut nicht den amerikanischen Forderungen nachkomme.<sup>498</sup> Diese Aussage beunruhigte die politische Klasse im Libanon zutiefst, aber nachdem es bei Vorbereitung der „Paris II Economic Conference 2002“, die darauf abzielte, internationale Fördergelder für den Wiederaufbau der libanesischen Infrastruktur und Wirtschaft zu beschaffen, nicht zu Verstimmungen zwischen Beirut und Washington kam, atmete man in Beirut auf und die Androhung wurde als nicht imminente Bedrohung verstanden. Da sich die libanesische Regierung aber nicht sicher sein konnte, worauf die Forderungen der amerikanischen Administration abzielten, begann sie, internationale Unterstützung für ihren Standpunkt, dass die Hizbollah eine Widerstandsbewegung sei, einzuholen und mobilisierte die libanesische Öffentlichkeit, den offiziellen Standpunkt zu unterstützen. Der libanesischen Bevölkerung versicherte man, dass aus dem amerikanischen Druck gegen den Libanon keine Nachteile erwachsen würden.

Staatspräsident Lahoud und andere Regierungsmitglieder appellierten an die nationale Einheit, welche schon ermöglicht hätte, den Libanon von der israelischen Besatzung zu befreien, und die Solidarität, welche den Libanon gegen US-amerikanischen Druck schützen würde. Mit dieser staatlichen Kampagne wurde erreicht, dass sich die religiösen Autoritäten gegen die Klassifizierung der Hizbollah als Terrororganisation aussprachen<sup>499</sup> und die staatlichen Autoritäten mussten in der Folge Emotionen der Bevölkerung zügeln, damit sich nicht nach Freitagsgebeten vor Moscheen spontane anti-amerikanische Demonstrationen bildeten. Premierminister Hariri versuchte auf internationalem Parkett, Unterstützung für die Position der libanesischen Regierung zu gewinnen und hatte damit teilweise Erfolg. Auf der

<sup>498</sup> „Lebanon’s efforts to reinvigorate its economy and advantageously integrate itself into the global economy will remain thwarted if Beirut doesn’t respond to America’s demand.“ Interview, ABC Television, 11.11.2001, zitiert nach Harik (2004), S. 179

<sup>499</sup> „These men are Lebanese citizens trying to free their country from foreign occupation. We all thank them for their effort.“ maronitischer Kardinal Nasrallah Butros Sfeir, *an-Nahar*, 26.10.2001, zitiert nach Harik (2004), S. 180

Konferenz der Organisation islamischer Staaten (OIC) in Doha im Oktober 2001 wurde eine Deklaration verabschiedet, in der die Attentate des 11. Septembers verurteilt und „jeder Versuch, den Islam mit dem Terrorismus zu verbinden, und jede Verlinkung von Terrorismus mit dem legitimen Recht der Völker – besonders des palästinensischen und libanesischen –, sich gegen die israelische Besatzung zur Wehr zu setzen, zurückgewiesen“<sup>500</sup> wurden. Die Botschaft der islamischen Staaten, welche die Deklaration unterzeichneten, richtete sich an die USA, die, falls die Länder weiterhin in der Koalition gegen den Terrorismus verweilen sollten, über jede Aktion, die sie gegen arabische Widerstandsgruppen unternehme, zweimal reflektieren sollte.

Die libanesische Zentralbank, an welche die Forderung des Einfrierens der Hizbollah-Konten herangetragen wurde, verkündete in einem Dossier am 08.11.2001, dass die Forderung, da sie von den USA und nicht von Vereinten Nationen aufgestellt wurde, nicht bindend sei. Das Dossier gab ferner kund, dass die im September 2001 adoptierten Maßnahmen, um den internationalen Terrorismus zu bekämpfen, innerhalb des Kontextes der UN-Sicherheitsratsresolution 1373 indossiert seien und dass man diese in einer Konferenz 2002 in Betracht ziehe, zu vollziehen. Außerdem seien die Forderungen nicht vom Internationalen Gerichtshof, dessen Anforderungen international bindend sind, sondern von der amerikanischen Regierung aufgestellt worden. Es liege aber keine internationale Anklage gegen die Hizbollah vor, welche für eine solche Intervention der Zentralbank nötig sei. Außerdem existierten keine bilateralen Abkommen zwischen den USA und dem Libanon, welche vorschreiben, Guthaben auf Anfrage einer der beiden Staaten zu blockieren<sup>501</sup>. Bis zur Gegenwart hat die USA keine dieser Argumente offiziell zurückgewiesen.

Nachdem die Hizbollah erkannte, dass die libanesische Regierung ihrer Widerstandsrolle internationale und nationale Legitimation verschafft hatte und sie sich, trotz der amerikanischen Drohungen, weiterhin auf ihre Unterstützung verlassen konnte, setzte sie ihre gelegentlichen Angriffe auf israelische Stellungen in dem Gebiet der Shebaa-Farmen fort und beschoss israelische Flugzeuge, die in den libanesischen Luftraum eindringen, mit Flugabwehrgeschossen. Generalsekretär Nasrallah betonte, dass der Widerstand fortgeführt werde, unabhängig von Ereignissen, die sich im Rest der Welt zutragen<sup>502</sup> und verschärfte die Rhetorik angesichts der US-Anklagen.<sup>503</sup> Eine Waffenruhe setzte allerdings ein, als sich

---

<sup>500</sup> Harik (2004), S. 180

<sup>501</sup> Harik (2004), S. 181

<sup>502</sup> *al-Manar* TV, 04.10.2002, Harik (2004), S. 184.

<sup>503</sup> „What is the most that the Americans can do to us? Kill us? Dignity is the opposition of humiliation, and death to humiliation. In order to stay alive, they want us to prostrate to Condoleezza Rice, Rumsfeld, Dick Cheney and that crazy idiot Georg Bush, than for sure, we prefer death, one thousand times than to live such a life of [humiliation] ... I do not promise you martyrdom in battle with the enemy; however, with full confidence, I pledge you triumph in every battle, with an enemy, and we are ready for this victory.“ *Al-Intiqad*, 24.05.2002, zitiert nach Alagha (2003), S. 395

im Winter 2001 Fortschritte in den Nahostverhandlungen zwischen Syrien und den USA abzeichneten.<sup>504</sup>

Die Lancierung der israelischen Militäroperation „Schutzschild“ im März 2002, - die sich als Antwort Premierminister Sharons auf die Initiative des Arabischen Gipfels vom 27. – 28.03.2002 in Beirut interpretieren lässt<sup>505</sup> -, mit dem Ziel, in der Westbank „Terroristen“ auszuheben und Arafat zu isolieren, sollte auch an der libanesisch-israelischen Grenze Folgen nach sich ziehen. Die Hizbollah attackierte Stellungen der israelischen Armee im Gebiet der Shebaa-Farmen mit erhöhter Intensität, wie seit dem israelischen Rückzug aus dem Südlibanon nicht mehr. Als Ziele und Absichten lassen sich dafür anführen, dass die Hizbollah sich so als Kombattant der Intifada an der Seite der Palästinenser darstellen konnte, da *al-Manar TV* die militärische Kampagne live im Fernsehen übertrug, die auch international per Satellit ausgestrahlt wurde. Außerdem sollten Spannungen an der Grenze erzeugt werden, um die israelische Armee zu zwingen, ihre Ressourcen, die sie gegen die Palästinenser richtete, aufzuteilen.<sup>506</sup> Da durch die israelischen Aktionen den Befürwortern der „Land für Frieden“-Option, die immer, wenn israelisch-palästinensische Konfrontationen auftreten, diese anführen, um ihrer eigenen Agenda zu nutzen, neue Nahrung gegeben wurde, wollte die Hizbollah mit diesem Angriff wahrscheinlich diese Art von Versuchen unterlaufen, und vielmehr ihre Doktrin „Kein Land, kein Frieden“ in den Vordergrund drängen.

Nach den Auseinandersetzungen zwischen israelischen Soldaten und Palästinensern im Flüchtlingslager Jenin im März 2002 eröffnete die Hizbollah erneut das Feuer auf Stellungen der israelischen Armee im Gebiet der Shebaa-Farmen, wandte dabei aber modernere Waffen an als die antiquierten Flugabwehrgeschosse, mit denen die israelischen Flugzeuge bei ihrem Eindringen in den libanesischen Luftraum beschossen werden, was Israel vor die Herausforderung stellte, wie die Vergeltungsreaktion ausfallen sollte, da sich die Regierung Sharon einer massiven internationalen Kritik angesichts des Vorgehens in den palästinensischen Gebieten ausgesetzt sah und außerdem zu befürchten war, dass tatsächlich eine zweite Front im Norden eröffnet wurde. Das Spiel wiederholte sich am 29. August 2002, als einem Hizbollah-Angriff ein israelischer Soldat zum Opfer fiel und zwei verwundet wurden. Am 5. September 2002 nannte John Armitage, stellvertretender US-

---

<sup>504</sup> Die Anklagen Syriens im Rahmen der Antiterrorkampagne als ein den Terrorismus unterstützender Staat waren unspezifischer Natur, betrafen aber vor allem die Unterstützung palästinensischer Organisationen wie Islamischer Jihad und Hamas. In den Jahren 2001-2002 operierte die US-Administration mit ähnlichen Sanktionsdrohungen gegen Damaskus wie gegen den Libanon, die das Baath-Regime aber weitgehend ignorierte.

<sup>505</sup> Die „Saudi-Initiative“, welche die Staaten auf dem Arabischen Gipfel adoptierten, sah vor, dass alle arabischen Staaten Israel voll anerkennen und normale Beziehungen aufnehmen, wenn sich Israel in die Grenzen von vor 1967 zurückziehe. Die palästinensische Flüchtlingsfrage wurde in die Initiative nicht mit aufgenommen, sondern man sah „eine gerechte Lösung“ für die Flüchtlinge vor, basierend auf der UN-Resolution 194. Die Hizbollah lehnte die Initiative ab.

<sup>506</sup> Generalsekretär Nasrallah drohte mit der Errichtung einer zweiten Front im Norden. Alagha (2003), S. 401

Außenminister, die Hizbollah das „A-Team des Terrorismus“ und dass nun Zeit zum Handeln sei. Der US-amerikanische Botschafter im Libanon unterstützte die Aussage und ließ verlauten, dass die Hizbollah eine „Terror-Organisation“ bleibe. Die Hizbollah antwortete darauf in der gewohnten Weise, indem sie in einem Pressecommuniqué verlauten ließ:

„Wir rufen der muslimischen *umma* zu, dass die amerikanische Administration für jeden Angriff gegen den Libanon verantwortlich gemacht wird und wir betonen, dass wir bereit sind, jeder auftretenden Eventualität entgegenzutreten und unser Volk zu verteidigen.“<sup>507</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich bis zur Gegenwart keine Änderungen der Strategie, der Doktrin oder einer Mäßigung der Hizbollah aufgrund der Androhung von Sanktionen durch die USA im Rahmen der Antiterrorkampagne abzeichnen. Auch in der libanesischen Bevölkerung wie in der politischen Klasse scheint die Weiterführung der militärischen Kampagne, obwohl diese weniger Legitimität besitzt als noch zur Zeit der israelischen Besatzung, und die „Palestinianisation“ nicht dazu geführt zu haben, die Hizbollah als „Terror-Organisation“ wahrzunehmen. Die Vermutung liegt nahe, dass die Erhöhung des externen Drucks dazu beigetragen hat, der Legitimation der „Widerstandskampagne“ der Hizbollah erneute Nahrung zu verschaffen. Es ließe sich die These aufstellen, dass die Hizbollah die Unterstützung der Intifada rhetorisch wie auch materiell verstärkt hat, gerade weil die US-Administration, trotz der Integration der Organisation in die gesellschaftliche und politische Sphäre, ihre Angriffe gegen die Hizbollah verschärft hat und islamische (Widerstands-)Bewegungen pauschal als Terrororganisationen brandmarkt.<sup>508</sup> Ebenfalls haben die gewaltsamen Auseinandersetzungen in den palästinensischen Autonomiegebieten im Kontext der Intifada und die konfrontative Politik der Regierung Sharon eine katalysierende Wirkung auf die Ausweitung der regionalen Rolle der Hizbollah. Es lässt sich damit feststellen, dass die Hizbollah gewissermaßen eine Politik des zweiseitigen Schwerts praktiziert, in dem sie auf nationaler Ebene eine integrative Politik in Konformität zu ihrer politischen Programmatik verfolgt, während sie auf regionaler Ebene eine aggressive und konfrontative Politik im Einklang mit ihrer politischen Ideologie/„intellektuellen Struktur“ verfolgt und es bisher geschafft hat, diese beiden miteinander in Einklang zu bringen.<sup>509</sup> Bezüglich der Transformation der Hizbollah in politische Bewegung lässt sich somit sagen, dass die US-Antiterrorkampagne, der damit verbundene Druck sowie die regionale Ausweitung und Verknüpfung der militärischen

<sup>507</sup> Politische Deklaration, veröffentlicht vom „Zentralen Pressebüro“ der Hizbollah, 06.09.2002, zitiert nach Alagha (2003), S. 401

<sup>508</sup> „The goal of riding the region of militant and armed non-state actors no longer is seen as a by-product of U.S. peacemaking, as it has been at times in the past – but as a priority objective in and of itself that is likely to be pursued relentlessly.“ ICG (2003) a, S. 6

<sup>509</sup> Alagha (2003), S. 412. Saad-Ghorayeb stellt dagegen die These auf, dass die Hizbollah ihre nationale Agenda ihrer regionalen unterwirft und sie dazu tendiert, die erstgenannte auf Kosten der letzteren zu strapazieren. Saad-Ghorayeb (2002), S. 191.

Kampagne im Südlibanon mit der Intifada („Palestinianisation“) mit dazu beigetragen haben, den Abschied von der Gewaltstrategie und die damit verbundene Transformation weiter hinauszuzögern. Außerdem ist zu vermuten, dass innerhalb der Organisation die der Transformation zugeneigten Kräfte an Einfluss verloren haben.<sup>510</sup>

### **5.2.2. Der Krieg im Irak und neue geopolitische Konstellationen im Nahen Osten**

Obwohl der Irakkrieg auch nach ungefähr anderthalb Jahren seines erklärten Endes nicht die von seinen amerikanischen Befürwortern intendierten Dominoeffekte in der Region des Nahen Osten gezeigt hat, stellt er dennoch eine „geopolitische Revolution“<sup>511</sup> dar, denn zum ersten Mal seit der Zeit der Dekolonialisierung wurde ein arabischer Staat durch eine außerregionale Macht erobert und besetzt, ohne dass die umliegenden Staaten eine nennenswerte Rolle dabei spielen. Es ist davon auszugehen, dass trotz der Schwierigkeiten, mit denen sich die US-amerikanischen Truppen gegenwärtig konfrontiert sehen, ein Abzug der militärischen Präsenz aus dem Irak und der Region in naher Zukunft nicht wahrscheinlich ist. Die USA stellen damit nicht nur in der Luft, sondern auch auf dem Boden die stärkste Militärmacht in der Region dar und die Staaten des Nahen Osten müssen sich mit dieser Tatsache zu arrangieren. In den neuen politisch-strategischen Verhältnissen im Nahen und Mittleren Osten dürften drei Themenkomplexe von Bedeutung sein: die regionale Machtstruktur, die Zukunft regionaler Institutionen und Organisationen sowie die Chancen externer Ordnungsprojekte. Im Folgenden soll nur der erstgenannte Themenkomplex in die Analyse miteinbezogen werden.

Wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt, sah sich die US-Administration im Rahmen ihrer Antiterrorkampagne nicht nur autorisiert, gegen Terrororganisationen, sondern auch ihre vermeintlichen Unterstützerstaaten vorzugehen. Es wurden in Folge dessen Forderungen an Damaskus gestellt, die Unterstützung, die es nicht nur der Hizbollah, sondern auch palästinensischen Organisationen, wie dem Islamischen Jihad und der Hamas in Syrien leistet, einzustellen. Nach dem offiziellen Ende des Krieges im Irak und der sich daran anschließenden anglo-amerikanischen Besatzung in Verbindung mit den angekündigten Anstrengungen der US-Administration, die palästinensisch-israelischen Gewalttätigkeiten zu beenden, konnte der Druck auf Damaskus und auf die Hizbollah intensiviert werden. Die US-Streitkräfte in der direkten Nachbarschaft erhöhten das Drohpotential und die Kapazität, um ihre Forderungen wenn nötig auch mit einer militärischen Offensive durchzusetzen. Das Kalkül Washingtons bestand darin, in der Nachwirkung des militärischen Erfolgs im Irak sich dem schwelenden Grenzkonflikt an der israelisch-libanesischen Grenze zu widmen und die militärischen Kapazitäten der Hizbollah

<sup>510</sup> Nach Aussagen eines libanesischen Journalisten, die von einem libanesischen Offiziellen bestätigt wurden, ist die Gefolgschaft der Hizbollah, mehr als die Führungsebene, fest entschlossen, den Kampf mit Israel aufzunehmen. ICG (2002), S. 15

<sup>511</sup> Perthes, Volker, „Der mittlere Osten nach dem Irakkrieg“, *NZZ*, 20.04.2004

aufzulösen. Der Hizbollah wie ihren externen Alliierten Syrien und Iran wurde deutlich gemacht, dass jede Art der Überschreitung der von der US-Administration gezogenen „roten Linie“, - der Unterstützung von Widerstandstätigkeiten im Irak oder die Auslösung eines Konflikts mit Israel -, nicht näher definierte Konsequenzen nach sich ziehen würde. Die Bedrohung der direkten militärischen Konfrontation lag in der Luft.

Auch wenn sich viele der von den USA gestellten Forderungen nicht direkt auf die Hizbollah beziehen, so haben sie doch alle mehr oder weniger direkte und indirekte Auswirkungen auf sie. Damaskus als primärer Adressat der US-amerikanischen Drohungen wurde angeklagt, Mitgliedern des gestürzten irakischen Baath-Regime Zuflucht zu gewähren und einige ihrer Massenvernichtungswaffen zu verstecken, Freiwillige zu ermuntern, an den Widerstandsaktivitäten gegen die US-Truppen im Irak teilzunehmen, ein eigenes Massenvernichtungswaffen-Programm zu entwickeln, die Stationierung der libanesischen Armee an der israelisch-libanesischen Grenze zu verhindern, seine Truppen aus dem Libanon abzuziehen und Terrororganisationen, wie die Hizbollah, der Hamas und dem Islamischen Jihad Unterstützung zu gewähren.<sup>512</sup> Diese Forderungen gingen mit einer Steigerung konfrontativer Rhetorik von Mitgliedern der US-Administration einher,<sup>513</sup> sodass das syrische Regime eine militärische Offensive seitens der USA nicht ausschließen konnte.

Ebenso wurde durch die US-amerikanische Legislative Druck auf Damaskus ausgeübt. Im Oktober 2002 verabschiedete der US-Kongress den „Syria Accountability and Lebanese Sovereignty Restoration Act“, der eine Reihe von Sanktionen gegen Syrien vorsah,<sup>514</sup> würde es die amerikanischen Forderungen nicht erfüllen, inklusive denen, welche die Hizbollah und den Südlibanon betreffen.<sup>515</sup> Die US-Administration unterstützte diese Gesetzesinitiative vorerst nicht und sie wurde daraufhin von den republikanischen Senatoren blockiert, um dem Weißen Haus freie Hand im Umgang mit dem syrischen Regime zu lassen. Am 11. November 2003 passierte das Gesetz den Senat und wurde am 12. Dezember von der US-Administration angenommen. Syrien wurde in dem Gesetz als offiziell Verantwortlicher für zukünftige Angriffe erklärt, die von der Hizbollah oder anderen militanten Akteuren gegen Israel ausführen würden.

---

<sup>512</sup> ICG (2003) a, S. 4

<sup>513</sup> US-Präsident Bush klagte Damaskus an, „[to] harbour and assist terrorists“, für das es zur Rechenschaft gezogen würde. *IHT*, 22.06.2003, zitiert nach ICG (2003) a, S. 5

<sup>514</sup> Das Gesetz spezifiziert sechs Arten von Sanktionen, von denen der Präsident gezwungen ist, zwei auszuwählen: (1) Bannung aller US-Exporte außer Nahrung und Medizin, (2) Bannung von US-Investitionen und geschäftlichen Tätigkeiten in Syrien, (3) Einschränkung der Bewegungsfreiheit der syrischen Diplomanten im US-Luftraum, (4) Reduzierung der diplomatischen Kontakte, (5) Einfrierung syrischer Vermögen in den USA. vgl. Strindberg (2004), S. 10

<sup>515</sup> Weitere Forderungen betreffen die Schließung der Grenze zum Irak, die Verhinderung des Transits von Personen, falls dieser nicht von der „Coalition Provisional Authority“ im Irak autorisiert würde, die Bereiterklärung zum kompletten Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon, die Einstellung der Stationierung von Boden-Boden-Raketen mittlerer und langer Reichweite und der Entwicklung biologischer und chemischer Waffen sowie die Aufforderung, in Verhandlungen ohne eigene Konditionen mit der israelischen Regierung zu treten, um die Realisierung eines dauerhaften Friedens zu ermöglichen.

Ähnlich wie im syrischen Fall wurde diplomatischer Druck auf den Iran ausgeübt und neben der Aufforderung, von der Unterstützung terroristischer Gruppen abzulassen, fokussierten sich die Anklagen auf die Entwicklung seines Nuklearprogramms und eine mutmaßliche Einflussnahme auf Widerstandsaktivitäten im Irak.<sup>516</sup> Die Sanktionen, welche der Regierung in Beirut angedroht wurden, falls sie die Konten der Hizbollah nicht einfriere, sind schon im vorangegangenen Kapitel dargestellt worden, und entsprechen weitgehend denen, welche gegenüber der palästinensischen Autonomiebehörde hinsichtlich Hamas und Islamischem Jihad ausgesprochen wurden.

Die Reaktionen der staatlichen Akteure und der Hizbollah auf die Sanktionsandrohungen fielen unterschiedlich aus. Syrien, dessen Führung als erstes arabisches Regime eine öffentliche und aktive Position gegen den Irakkrieg bezogen hatte und verlauten ließ, dass es ein „strategisches Interesse“ am Scheitern der Invasion besitze,<sup>517</sup> sicherte seine Grenzen zum Irak ab und gab irakischen Flüchtlingen kein Asyl mehr, zog Teile seiner Streitkräfte aus dem Libanon ab, wobei es sich dabei aber eher um symbolische Rückzüge handelte.<sup>518</sup> Büros palästinensischer Organisationen wurden in Damaskus geschlossen, was der amerikanischen Regierung anzeigen sollte, dass Bashar al-Asad alles tue, um Terroristen von syrischem Territorium zu vertreiben.<sup>519</sup> Als Antwort auf den „Syrian Accountability and Lebanese Restoration Act“ wurde im März 2003 ein Resolutionsentwurf in den Sicherheitsrat eingebracht, welcher eine Massenvernichtungswaffen-freie Zone im Nahen Osten vorschlug, was eine harsche Antwort seitens der USA und ein Veto im Sicherheitsrat zur Folge hatte.<sup>520</sup> Im Kern zielt das Gesetz darauf ab, Syrien zu einem Einverständnis zu zwingen und einen vollständigen Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon zu erreichen, die weiterhin einen gewissen Schutzpuffer für die militärischen Einheiten der Hizbollah im Südlibanon darstellen.<sup>521</sup> Ebenso machte Bashar al-Asad im Mai 2003 Anzeichen, in die *Roadmap* des Friedensplans involviert zu werden, was die israelische Regierung ablehnte, denn sie versprach sich von einem isolierten Aushandlungsprozess eine bessere Ausgangsposition.<sup>522</sup>

Das iranische Regime zeigte sich vorsichtig positiv in dem Bezug auf die Invasion im Irak, befürwortete zwar den Regimesturz Saddams, aber befürchtete gleichzeitig, dass Teheran

---

<sup>516</sup> ICG (2003) a, S. 5

<sup>517</sup> Die arabischen Nationen sollten „...support the Iraqi resistance to the aggression..., crush the invading forces and drive them out of the Iraqi territories“, Vizepräsident Khaddam, *al-Hayat*, 07.04.2003. Syrien hatte als einziges arabisches Mitglied im Sicherheitsrat für die Resolution 1441 gestimmt, aber betonte, dass dies nur unter der Zusicherung geschehen sei, dass dies keinen Automatismus für den Krieg bedeutete. Eine zweite Resolution wurde von Syrien blockiert. Perthes (2003), S. 3. und Haytham/Strindberg (2004), S. 47

<sup>518</sup> In den letzten zwei Jahren wurden die syrische Armeepräsenz von 20.000 auf 15.000 Mann reduziert. Strindberg (2004), S. 9

<sup>519</sup> Angesichts der hohen Anzahl an palästinensischen Flüchtlingen in Syrien wies Bashar al-Asad darauf hin, dass die Schließung von Büros sinnlos sei, da sich jeder Palästinenser in Syrien frei bewegen und aus einem Appartement ebenso Aktivitäten weiterführen könne. ICG (2003), S. 8

<sup>520</sup> Strindberg/Wärn (2004), S. 22

<sup>521</sup> Strindberg (2004), S. 35

<sup>522</sup> Strindberg (2004), S. 36

das nächste Ziel der amerikanischen Strategie darstellen könnte. Offiziell wurde die Intervention verurteilt und der „Regimewandel“ durch die militärische Intervention zurückgewiesen, aber inoffiziell sandte der Iran eine Serie von Botschaften des guten Willens nach Washington, wo in Folge dessen Treffen zwischen iranischen Delegationen und amerikanischen Vertretern stattfanden. Außerdem attackierten iranische Truppen Militärbasen der *Mujahidin al-Khaq* im nördlichen Grenzgebiet zwischen Iran und Irak und der Oberste Rat der Islamischen Revolution im Irak (SCIRI) wurde persönlich von Khamenei und Khatami anerkannt. Auf die Forderung der Einstellung des Atomprogramms wurde nicht eingegangen, was gegenwärtig droht, eine weitere Krise erheblichen Ausmaßes auszulösen.<sup>523</sup>

Auch wenn die Hizbollah das Regime Saddam Husseins ablehnte, da es die Schiiten im Irak unterdrückte und den Mentor Iran im ersten Golfkrieg bekämpft hatte, hielt sie die von den USA angeführte Invasion, welche das Baath-Regime in Bagdad stürzte, für eine große Gefahr für den Irak und die gesamte Nahostregion.<sup>524</sup> Die US-Strategie der Erneuerung des Nahen Osten habe in Bagdad begonnen und solle dort auch enden. Die Invasion im Irak würde einen ersten Schritt darstellen, die Region auseinander zu reißen, in kleine schwache Staaten einzuteilen und in jedem eine US-amerikanische Militärbasis zu stationieren.<sup>525</sup> Aus Antrieb des Spannungsverhältnisses zwischen Ablehnung der irakischen Diktatur und dem „amerikanischen Kolonialismus“ schlug die Hizbollah im Februar 2003 ein Treffen zwischen irakischen oppositionellen Gruppen und Saddam vor, welche sich durch Mediation der Arabischen Liga auf weit reichende Reformen einigen sollten und somit die US-Invasion verhindern hätte können.<sup>526</sup> Dieser Plan wurde aber von den irakischen Oppositionellen strikt zurückgewiesen. Nasrallah sah sich in der Folgezeit einem Rechtfertigungszwang ausgesetzt, da er durch die Ablehnung der US-Invasion nicht gleichzeitig Saddams Regime rechtfertigen wollte.<sup>527</sup> Irakische Widerstandsaktivitäten, die kurz nach Kriegsende in noch relativ engem Rahmen stattfanden, wurden von der Hizbollah begrüßt und sie verwies darauf,

<sup>523</sup> Thränert (2003) und „Atombomben für die Ajatollahs?“, *Der Spiegel*, Nr. 38/13.09.2004

<sup>524</sup> „There is no doubt that the occupation of Iraq represents a great event, concerning its influences and outcomes on the entire condition of the region and the world. No sane person can deny this truth. The first of these outcomes or deteriorations is the direct increasing American control of the region and its oil and wealth. Naturally the Americans want to employ this victory in favor of enhancing their prestige throughout the world, concerning political, economic and security level. They also want to widen and deepen further their control of the Arab world in particular and especially the Middle East region.“ „Interview mit Hassan Nasrallah“, *al-Ahram* [englische Ausgabe], 24.05.2003

<sup>525</sup> ICG (2003) a, S. 10

<sup>526</sup> Der „Ta'if-Plan“ der Hizbollah für den Irak findet sich in *al-Intiqad*, 14.02.2003

<sup>527</sup> „As for the American war on Iraq, our stance was always clear. We were against the war and we called it the American aggression, but at the same time we did not support the Iraqi system. Some people tried to classify the issues on the basis that you are either with the Americans or with Saddam Hussein. So, if you are not with the Americans you are with Saddam Hussein. And if you wanted to stand against Saddam Hussein you had to support the Americans. This classification was false and unaccepted from our viewpoint. We never supported Saddam Hussein; rather I considered in more than one occasion that this system was not only a tyrannical system; but also oppressive, despotic and draconian.“ „Interview mit Hassan Nasrallah“, *al-Ahram* [englische Ausgabe], 24.05.2003

dass der Beginn einer großen Widerstandskampagne nicht mehr lange auf sich warten lassen werde.<sup>528</sup>

Festzuhalten gilt, dass die Hizbollah den mit der amerikanischen Militärintervention in Verbindung stehenden regionalen Wandel und die sich daraus ergebende geopolitische Konstellation im Nahen Osten erkannt hatte. Schon vor der Invasion gaben verschiedene Mitglieder an, dass sie das neue regionale Mächtegleichgewicht im Nahen und Mittleren Osten in die zukünftige Strategie der Bewegung mit einbeziehen<sup>529</sup> und Hassan Nasrallah erklärte, dass er den tiefen Wandel, welcher durch die amerikanische Invasion in einem arabischen Schlüsselstaat und die Bedrohungen, die daraus für den Libanon und Syrien erwachsen, anerkenne, wodurch Modifikationen in Rhetorik, Methoden und Taktiken vonnöten seien.<sup>530</sup> Aber dieser Wandel würde nicht bedeuten, dass die Hizbollah ihre Position gegenüber dem Konflikt mit Israel ändern werde.<sup>531</sup>

Der ICG-Report (2003) konstatiert, dass die Hizbollah eine Taktik des Ausharrens (*wait and see*) und einer relativen Passivität angesichts der neuen geopolitischen Konstellation im Nahen Osten adoptiert hat.<sup>532</sup> Die Organisation schien die Auswirkungen des Irakkriegs und die Lebensfähigkeit des israelisch-palästinensischen Waffenstillstands abschätzen zu wollen. Tatsächlich fand in dem Grenzgebiet zwischen Israel, Libanon und Syrien in dem Zeitraum von Februar bis Oktober 2003 eine relative Waffenruhe statt, die nur durch den Beschuss von israelischen Kampfflugzeugen, welche in den libanesischen Luftraum eindrangen, gestört wurde. Als Spiegelbild der neuen Ordnung, welche auch „neue Regeln“ verlangte, bombardierte die israelische Luftwaffe als Reaktion auf einen palästinensischen Selbstmordanschlag in Haifa, - gemäß der im „Syrian Accountability and Lebanese Restoration Act“ formulierten US-Doktrin, dass Syrien für zukünftige Angriffe, die von der Hizbollah oder anderen militanten Akteuren gegen Israel ausgeführt würden, zur Rechenschaft gezogen werde -, am 5. Oktober 2003 erstmals seit 21 Jahren ein Ziel in Syrien. Nach israelischen Angaben handelte es sich dabei um ein Ausbildungslager palästinensischer Terroristen und es wurden mit weiteren Militärschlägen gedroht, sollte Damaskus zukünftig nicht die Unterstützung palästinensischer „Terrorgruppen“ einstellen.<sup>533</sup> Infolge dessen fanden im israelisch-libanesischen Grenzgebiet militärische Schlagabtausche zwischen der Hizbollah und der israelischen Armee statt und es kam zu einer erneuten Anspannung der

<sup>528</sup> Es gibt positive wie negative Berichte darüber, dass die Hizbollah Personal in den Irak geschickt hat, aber Kämpfer dürften aus rationaler Perspektive nicht dabei sein. ICG (2003) a, S. 11-12

<sup>529</sup> ICG (2003) a, S. 6

<sup>530</sup> ICG (2003), S. 7

<sup>531</sup> „ This fact makes us highly comfortable and capable of confronting the pressures. We insist on our constancies, requests, rights and existence on the arena and we are continuing our struggle as we did in the past. Facing the existing condition, we are not ready to abandon any of our rights and we cannot do so.“ „Interview mit Hassan Nasrallah“, *al-Ahram* [englische Ausgabe], 24.05.2003

<sup>532</sup> ICG (2003) a, S. 2

<sup>533</sup> Kurz vor Fertigstellung der vorliegenden Analyse tötete am 26.09.2004 der israelische Geheimdienst einen Hamas-Funktionär in Damaskus durch eine Autobombe.

Konfliktsituation. Eine positive Entwicklung begann sich im August 2003 abzuzeichnen, als unter deutscher Vermittlung unterbrochene Verhandlungen über einen Geiselaustausch zwischen Israel und der Hizbollah wieder aufgenommen wurden. Am 29.01.2004 wurden die Leichen dreier israelischer Soldaten und der israelische Geschäftsmann Tennenbaum gegen 30 libanesische Häftlinge und 400 während der Intifada inhaftierte Palästinenser ausgetauscht, was der Hizbollah über den Libanon hinaus große Popularität einbrachte.<sup>534</sup> Dies konnte die Konfliktlage an der Südgrenze aber nur kurzzeitig beruhigen, denn mit zunehmender Intensität der palästinensisch-israelischen Auseinandersetzungen in den Autonomiegebieten und den gezielten Tötungen der Hamas-Führer<sup>535</sup> nahmen auch die Gefechte im Grenzgebiet zwischen der israelischen Armee und der Hizbollah wieder zu. Die Auseinandersetzungen folgen einer gewissen Choreographie, um einen gewissen Grad an Spannung mit Israel aufrecht zu erhalten und bewegen sich nicht auf eine Entgrenzung der Konfliktsituation hin. Sie sind vielmehr ein Produkt aus mehreren Faktoren, unter denen die Aufrechterhaltung der Gewaltstrategie, welcher der Hizbollah ihre Sonderrolle unter den libanesischen politischen Akteuren sichert, und die damit verbundene Legitimation eine wichtige Rolle spielt.

Das durch die militärische Präsenz in direkter Nachbarschaft, den diplomatischen Druck sowie den Forderungen der US-Administration in die Enge gedrängte Syrien, welches eine wichtige Rolle für die Fortsetzung der militärischen Kampagne der Hizbollah innehat, nutzte seinen Einfluss auf die politische Klasse im Libanon und drängte sie, das Mandat des libanesischen Staatspräsidenten Lahoud, welches im November 2004 nach sechsjähriger Amtszeit ausgelaufen wäre, zu verlängern, was eine Änderung der libanesischen Verfassung vonnöten machte. Die USA und Frankreich brachten deshalb, um den Einfluss Syriens im Libanon zu unterbinden und die syrischen Truppen zum Abzug zu zwingen, einen Resolutionsentwurf in den UN-Sicherheitsrat ein, der am 2. September 2004 als Resolution 1559 angenommen wurde. Einen Tag später stimmte das libanesische Parlament der nötigen Gesetzesinitiative zur Änderung der Verfassung zu.<sup>536</sup> Damit konnte sich Syrien für weitere drei Jahre seinen Einfluss im Libanon sichern, denn es ist gegenwärtig sehr unwahrscheinlich, dass den in der Resolution gestellten Forderungen des Rückzugs syrischer Truppen aus dem Libanon sowie der Entwaffnung der bewaffneten substaatlichen Akteure, - die Hizbollah wird in der Resolution nicht namentlich erwähnt – militärische Sanktionsmaßnahmen nachfolgen. Außerdem betont die ein Großteil der libanesischen politischen Klasse weiterhin, dass die syrische Truppenpräsenz angesichts der unsicheren

---

<sup>534</sup> „Gunfire and rockets: a nation swept with joy“, *Daily Star* 30.01.2004, „Heimkehr von Gefangenen in Nahost“, *NZZ*, 30.01.2004

<sup>535</sup> „Israeli Army chief warns Hizbullah not to play with fire“, *Daily Star*, 24.03.2004

<sup>536</sup> „Syrien setzt sich im Libanon durch“, *FAZ*, 04.09.2004

Sicherheitslage legitim sei und sich in Konformität zu den in Ta'if vereinbarten Bestimmungen befinde.<sup>537</sup>

## 6. Fazit und Ausblick

In der vorangegangenen Analyse wurde der Transformationsprozess der im anomischen Zustand des libanesischen Bürgerkriegs als islamische Guerillabewegung entstandenen Hizbollah im staatlichen Konsolidierungsprozess des Libanon dargestellt. Seit der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols, ermöglicht durch den „verhandelten Frieden“ von Ta'if, hat die Organisation bis in die Gegenwart eine Entwicklung durchlaufen, die einherging mit Modifikationen ihrer politischen Programmatik, ihrer auf religiösen, moralischen und politischen Normen basierenden „intellektuellen Struktur“ sowie in Teilen ihrer Organisationsstruktur. Ihren Ursprung nehmend als paramilitärischer Gewaltakteur, mit den primären Zielen, sich durch die Lancierung einer militärischen Widerstandskampagne gegen die israelische Besatzung im Südlibanon zur Wehr zu setzen und der Errichtung eines islamischen Staates auf libanesischem Territorium, nahm sie während des staatlichen Rekonstruktionsprozesses Abschied von ihrer feindlichen Haltung gegenüber der staatlichen Ordnung und erklärte sich bereit, als legitimer politischer Akteur an der politischen Nachkriegsordnung zu partizipieren. Abschließend sollen die Faktoren, die sich dabei als erleichternd, und somit als Chancen für den Transformationsprozess der Hizbollah im Kontext des staatlichen Transformationsprozesses und der Konsolidierung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung im Libanon herausgestellt haben, noch einmal zusammengefasst werden. Partiiell lässt sich eine strikte Trennung von fördernden sowie hemmenden Faktoren hinsichtlich der Transformation nur schwer vornehmen, da sich von verschiedenen Dynamiken und Prozessen sowohl positive als auch negative Implikationen für den Gesamtprozess der Transformation der Hizbollah ableiten lassen. In diesen Fällen wird die ambivalente Wirkung jener Prozesse auf die Transformation der Hizbollah in Richtung eines politisch-zivilen Akteurs und ihrer Integration in die politische Nachkriegsordnung aufgezeigt.

Das in Ta'if ausgehandelte „Dokument der nationalen Versöhnung“ als Grundlage des Transformationsprozesses der politischen und gesellschaftlichen Ordnung stellte nicht nur einen geeigneten Konfliktlösungsmechanismus bereit, welcher es ermöglichte, den langjährigen Bürgerkrieg zu beenden und das Primat der Politik im Libanon wiederherzustellen, sondern konnte auch strukturelle Hemmnisse für einen Friedenskonsolidierungsprozess aus dem Weg räumen. Es erwies sich als konstruktive Grundlage, die substaatlichen Gewaltakteure des Bürgerkriegs in die neue politische Ordnung einzubinden, indem es ihnen eine Rolle in dem staatlichen Rekonstruktionsprozess

---

<sup>537</sup> Lahoud: Syrian troop presence legitimate“, *Daily Star*, 14.09.2004

zukommen ließ. Damit konnte den von den Autoren Ferdowsi und Matthies als Erfolgsbedingungen benannten Prozessen - der Einbeziehung möglichst aller politischen und militärischen Akteure in den Prozess der Friedenskonsolidierung, die Integration konkurrierender Eliten („Prinzip der Inklusivität“) und der Lösung des Sicherheitsdilemmas im Rahmen der friedenskonsolidierenden Maßnahmen - genüge getan werden, um die Wiederherstellung, bzw. Erneuerung funktionaler Staatlichkeit zuzulassen. Diese Ermöglichung der Inklusion der Gewaltakteure in die politische Ordnung steht als notwendige Voraussetzung am Anfang des Transformationsprozesses der Hizbollah, die durch die Teilnahme an den drei Jahren nach Abschluss des Ta'if-Abkommens stattfindenden Parlamentswahlen, durch welche die politische Nachkriegsordnung ihre Legitimation auch vor dem Souverän fand, ihr Interesse bekundete, am politischen Entscheidungsprozess zu partizipieren.

Die sich mit Ende des Bürgerkriegs einstellende, durch militärische Hegemonie ermöglichte Dominanz Syriens im Libanon, die im Laufe des Ta'if-Prozesses und darauf folgender bilateraler Verträge legitimiert und legalisiert wurde, trug nicht nur zur Wiederherstellung der staatlichen Autorität bei, sondern ermöglichte Damaskus ebenso, einen weit reichenden Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse auszuüben, der sich bis in Gegenwart fortsetzt. Im Rahmen der nahöstlichen Konfliktdynamik lag es in syrischem Interesse, auf Israel, welches weiterhin mit seinen Truppen die „Sicherheitszone“ im Südlibanon besetzt hielt, militärischen Druck auszuüben. Die Interessen des „externen Stabilisators“ und der Hizbollah, die während der Bürgerkriegsjahre die Widerstandskampagne ins Zentrum ihrer Aktivitäten gestellt hatte, konvergierten im Hinblick auf den gemeinsamen Feind, was der Fortsetzung der Widerstandskampagne in der libanesischen Nachkriegsordnung zur Legitimation verhalf. Die regionale Konfliktsituation hat für das syrische Regime bis in die Gegenwart Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen des Libanon. Somit lässt sich feststellen, dass die von Syrien unterstützte Konfliktregelung von Ta'if gleichzeitig auch dazu beigetragen hat, eine staatliche Souveränität im Libanon zu erzeugen, welche sich durch Unvollständigkeit auszeichnet. Die Wiederherstellung des inneren Friedens und der Rekonstruktion der Staatlichkeit konnte damit nur auf Kosten einer unvollständigen Souveränität erreicht werden. Exemplarisch zeigt sich dies in der Tatsache, dass die libanesischen Regierung sich nach dem israelischen Rückzug aus der „Sicherheitszone“ und der Wiederherstellung der nationalen Integrität der von Damaskus diktierten außenpolitischen Doktrin der „Einheit des gemeinsamen Schicksals und (Verhandlungs-)Schiene“ unterwarf, die eigenen nationalen Interessen und die der Bürger nachrangig behandelte und damit der regionalen Konfliktdynamik ihren Tribut zollte. Evaluiert man die Einflussnahme Syriens auf den politischen Prozess in der libanesischen Nachkriegsordnung und setzt man sie in Bezug zu dem Transformationsprozess der Hizbollah, so lässt sich fest-

stellen, dass der externe Akteur implizit wie explizit dazu beigetragen hat, den ehemaligen Gewaltakteur in die politische Ordnung zu integrieren und sich somit als ein die Transformation fördernder Faktor erweist, aber gleichzeitig zur Institutionalisierung ihrer „Sonderrolle“ unter den politischen Akteuren beitrug, sowie die damit in Verbindung stehende Fortsetzung der Widerstandsaktivitäten und Beibehaltung der Gewaltstrategie ermöglichte und damit der Transformation in Richtung eines politisch-zivilen Akteurs entgegenwirkt.

Durch die Exklusion aus den allgemeinen Demobilisierungsmaßnahmen ermöglichte Sonderrolle der Hizbollah in der libanesischen Nachkriegsordnung durch die Interessenkonvergenz mit Damaskus, - die libanesische Regierung hatte zwar ebenso ein Interesse daran, mit Ausgang des Bürgerkriegs die nationale Integrität wieder herzustellen, aber Syrien nahm die Entscheidung für eine Alternativlösung vorweg, - wurde es der Partei Gottes erleichtert, die Integration in das von ihr während der Bürgerkriegszeit als „ketzerisch“ und „unrein“ gebrandmarkte System des politischen Konfessionalismus, obwohl es durch in Ta'if vereinbarte Reformen nicht umfassend modifiziert wurde, gegenüber ihren Mitgliedern und ihrer Anhängerschaft durchzusetzen. Diese ließen sich durch eine Kosten-Nutzenabwägung davon überzeugen, dass die Integration in die politische Ordnung der Bewegung im Hinblick auf die Ausweitung der Legitimität der Widerstandsrolle in der libanesischen Gesellschaft und der Politik Vorteile mit sich bringen würde. Als weiterer, diesen Prozess begünstigender Faktor, stellte sich dabei der mit dem Ende des libanesischen Bürgerkriegs koinzidierende politische Wandel im Iran und die damit verbundene Modifikation und „Mäßigung“ in der Ausrichtung der Außenpolitik heraus, was die Durchsetzung von „pragmatischeren“ Kräften in der Hizbollah-Führungsebene, welche sich gegen eine Opposition außerhalb des Systems aussprachen und die Annäherung und Integration in das politische System befürworteten, erleichterte. Der Einfluss des externen ideologischen und finanziellen „Mentors“ hatte aber, ebenso wie der des syrischen „Powerbrokers“, ambivalente Auswirkungen auf den Prozess der Transformation der Hizbollah, denn die Integration in das politische System wurde dadurch zwar gefördert, aber die Weiterführung des Widerstands und damit eine Aufschiebung der Entwaffnung wurden von den beiden externen Alliierten gestützt. Ihnen blieb durch ihre Unterstützung materieller und finanzieller Art, wie im iranischen Falle, oder durch ein gewisses Drohpotenzial, wie im Fall Syriens, ein unmittelbarer Einfluss auf die Hizbollah erhalten. Eine Legitimation in der libanesischen Gesellschaft jedoch konnten sie ihr nicht verschaffen, der es zu einer erfolgreichen Integration in die politische Ordnung bedurfte. Da zahlreiche externe Akteure in die Auseinandersetzungen des Bürgerkriegs an den Seiten der substaatlichen Gewaltakteure involviert waren, standen Teile der libanesischen Bevölkerung externen Einflussnahmen auf Akteure in der Nachkriegsordnung eher misstrauisch gegenüber. Das führte dazu, dass die Integrationsbestrebungen der Hizbollah, die während des Bürgerkriegs als eine von Teheran gesteuerte Bewegung

wahrgenommen wurde, als eine taktische Maßnahme zur Legitimierung der Widerstandsrolle betrachtet wurde und sie dadurch zu Beginn des Nachkriegsprozesses als ein Akteur wahrgenommen wurde, der sich weiterhin einer externen Agenda unterwarf. Die zahlreichen Initiativen der Hizbollah zur Knüpfung von Kontakten mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Geistlichen anderer Konfessionen wirkten dieser Wahrnehmung wiederum entgegen.

Die nach den langen Jahren gewaltsamer Auseinandersetzungen kriegsmüde und ausgezehrt, entlang konfessioneller Linien gespaltene Bevölkerung erhoffte sich nach dem Schweigen der Waffen eine Friedensdividende. Obwohl eine kollektive Identifizierung mit der neuen staatlichen Ordnung erst langsam einsetzte, wurde die israelische Besetzung eines Teils des libanesischen Territoriums über die Grenzen der Konfessionen hinweg als eine „nationale Schmach“ wahrgenommen und in allen politischen Lagern abgelehnt. Durch die Einsicht der Bevölkerung, dass die im Rekonstruktionsprozess befindliche nationale Armee militärisch zu schwach war und ein Eingreifen seitens Syriens einen erneuten Kriegsausbruch zur Folge gehabt hätte, - ganz abgesehen davon, dass Damaskus aufgrund strategischer Gründe und der eigenen Agenda sich wahrscheinlich nicht dazu bereit gezeigt hätte -, blieb die Hizbollah als einziger weiterhin bewaffneter Akteur, der das militärische Potential besaß, gegenüber den israelischen Truppen Erfolg versprechend Widerstand zu leisten, übrig, um die nationale Integrität wiederherzustellen. Diese Tatsache trug einen nicht unerheblichen Anteil dazu bei, dass sich die Wahrnehmung der Bevölkerung gegenüber der Hizbollah zunehmend wandelte und ihr die Weihe als „nationale Bewegung“ verlieh. Damit war die Anwesenheit der Besatzungsmacht dem Prozess der Integration und Legitimation der Hizbollah als jene die Besetzung bekämpfende Organisation in die libanesischen Gesellschaft förderlich und bot gleichzeitig der sonst entlang ethnisch-konfessioneller Linien gespaltenen Gesellschaft eine Projektionsfläche, die nationale Identifikation ermöglichte. Die beiden größeren israelischen Militäroffensiven in den Jahren 1993 und 1996, welche darauf abzielten, durch Ausübung militärischen Drucks auf die Zivilbevölkerung und Zerstörung der rekonstruierten Infrastruktur, die libanesischen Regierung zu motivieren, über den Weg nach Damaskus die militärische Widerstandskampagne der Hizbollah einzudämmen, riefen in der libanesischen Bevölkerung eine Reaktion konträr der von Israel intendierten hervor. Sie zeigte sich resistent gegenüber dem externen Versuch, das Recht auf Widerstand zu delegitimieren, und die Militärschläge trugen nur dazu bei, die Hizbollah als nationale „Waffe des Widerstands“ in der libanesischen Gesellschaft tiefer zu verankern und ihr einen erneuten Legitimationsschub zu verschaffen. Der dialektische „Mechanismus der Bedrohung“ - je stärker sich ein Bedrohungspotential darstellt, umso fester verbinden sich kollektive Identitäten – wird hier deutlich bestätigt.

In der Analyse der auf moralischen, religiösen und politischen Normen basierenden „intellektuellen Struktur“ und dem politischen Diskurs im Kontext der sich wandelnden soziopolitischen Realität und der politischen Ordnung konnte aufgezeigt werden, dass sich die Hizbollah-Führung in dem Prozess der Annäherung an den Staat und dem damit verbundenen Prozess der Öffnung dem Zwang ausgesetzt sah, Reformulierungen und Modifikationen innerhalb ihres Normenkonzepts vorzunehmen, um der politischen Realität der Nachkriegsordnung gerecht zu werden. Es wurden dabei ernsthafte Versuche unternommen, die folgenden auf theologischen Doktrinen basierenden, moralischen Maßstäbe zu bewahren: die Aufrechterhaltung der Doktrin des islamischen Staatsideals in Verbindung mit der Anerkennung der pluralistischen, demokratischen Ordnung, die intellektuelle Festlegung auf das Konzept des *wilayat al-faqih* und die gleichzeitige Unterordnung unter die Autorität des libanesischen Staates sowie die Herausstellung der obersten Wichtigkeit der islamischen Identität in Verbindung mit einem propagierten libanesischen Nationalismus - trotz des Entstehens diverser Widersprüche, die sich durch den Prozess der Anpassung einstellten. Die dualistische Strategie, das in der Realität Unerreichbare und die wesentlichen islamischen Elemente auf die intellektuelle oder theoretische Ebene, und das Erreichbare und die säkularen Elemente auf die politische Ebene zu verweisen, stellt sich als eine Form politischer Adaptation dar, die zwar einen gewissen Ideologiespagat erfordert, sich aber durch die stetige Ausweitung des Elektorats als erfolgreich herausgestellt hat. Diese kunstvolle Balance zwischen politischer Programmatik und „intellektueller Struktur“ ließ sich bis zur Gegenwart aufrechterhalten. Bedingt durch den israelischen Rückzug, den Ausbruch der Intifada und den damit verbundenen Bestrebungen der Ausweitung der regionalen Rolle wurde der Hizbollah die Möglichkeit eröffnet, auf der nationalen Ebene weiterhin eine integrative Politik in Konformität mit ihrer politischen Programmatik und auf der regionalen Ebene, und damit nicht mehr nur auf intellektueller, eine aggressive und konfrontative Politik in Konformität mit der „intellektuellen Struktur“ /politischen Ideologie zu verfolgen. Bis zu dem israelischen Rückzug hätte das Führen der Widerstandskampagne unter islamischem Banner einer Ausweitung der Legitimität in der Bevölkerung entgegengewirkt und wurde deshalb unter nationalem Vorzeichen als ein staatlicher Dienst präsentiert.

Da sich das konfrontative Element aber ausschließlich nach außen richtet und sich nicht auf die interne nationale Ebene bezieht, lassen sich „intellektuelle Struktur“ und politische Programmatik miteinander in Einklang bringen. Diese Simultanstrategie von Anpassung und Konfrontation wie auch die im politischen Diskurs festgestellte alternierende Adressierung bestimmter Sachverhalte je nach situativem Kontext ermöglichen eine Ausweitung des Elektorats jenseits der Kernanhängerschaft und machen die Hizbollah auch für säkulare Wähler attraktiv, während die Bindung zu Kernanhängern gleichzeitig aufrechterhalten

werden kann durch die Kontinuität des islamischen Diskurses. Somit können die beiden Transformationsdilemmata miteinander in Einklang gebracht werden und machen die Hizbollah außerdem als kooperativem Partner für den libanesischen „Powerbroker“ Syrien attraktiv. Im Nukleus dieser Verbindung stehen zwar gemeinsame Interessen und die Triebfeder ist strategisch-militärischer Natur, aber trotz des Säkularismus des Baath-Regimes und des Islamismus der Hizbollah sind politische und ideologische Gemeinsamkeiten unverkennbar. Damit lässt sich ein aus der "intellektuellen Struktur" erwachsendes Hindernis für die Integration in die politische Nachkriegsordnung nicht feststellen. Im Hinblick auf die Transformation der Hizbollah in einen Akteur mit einer ausschließlich politisch-zivilen Agenda steht aber die Doktrin des Widerstandes, die im Zentrum der Identität und Selbstwahrnehmung der Bewegung steht, im Wege. War ihre materielle Ausformung während des Zeitraums der israelischen Besatzung zunächst beschränkt auf die Ausweitung der Legitimation innerhalb der Gesellschaft, so erwachsen aus ihr auch nach dem Ende der Besatzung durch die bewusste Verknüpfung der militärischen „Widerstandskampagne“ mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt bis zur Gegenwart keine Nachteile. Im Hinblick auf eine, wenn auch sich gegenwärtig noch nicht abzeichnende regionale Konfliktlösung oder eines Abkommens zwischen dem Libanon und Israel, mit oder ohne syrische Beteiligung, wird die Hizbollah sich dem Zwang ausgesetzt sehen, ihren identitären Kern zu modifizieren.

Als weiteres Ergebnis der Analyse wurde deutlich, dass sich die organisatorische Gesamtstruktur der Hizbollah im Transformations- und Konsolidierungsprozess der staatlichen Ordnung nur insofern verändert hat, als dass sie entsprechend der Zunahme ihrer Aktivitäten zusätzliche Organisationen und Institutionen, vor allem im Wohlfahrts-, Dienstleistungs- und Ausbildungsbereich, geschaffen hat. Die Führungsebene, die an der Spitze des pyramidalen und streng hierarchischen Aufbaus der Gesamtorganisation steht und sich mehrheitlich aus schiitischen Geistlichen mittleren Ranges zusammensetzt, kontrolliert alle für die Gesamtstrategie als wichtig erachteten, internen Entscheidungsprozesse und –prozeduren. Die pyramidale Struktur der Organisation setzt sich von dem obersten Entscheidungsgremium bis in die regionalen und lokalen Komitees der Suborganisationen fort und gewährleistet damit ein hohes Maß an Kontrolle und Koordination der unterschiedlichen Aktivitäten der Gesamtorganisation. Aus dieser Struktur lassen sich im Hinblick auf die Transformation der Organisation fördernde wie hemmende Faktoren ableiten, denn einerseits ist zwar ein hohes Maß an Effizienz und Umsetzung der Entscheidungen der Führung gewährleistet, aber gleichzeitig ist es unwahrscheinlich, dass diese strikte Hierarchie einen nur geringen Grad an internem Pluralismus entstehen lässt und die Kontrolle sich nicht als unbedingt vertrauensfördernd erweist.

Dieser Organisationsaufbau erweist sich aber im gesamten nicht als Hindernis, sondern trägt dazu bei, dass die Führungsebene, deren Mitglieder eine Doppelfunktion als geistliche und politische Führer besitzen und über ein hohes Maß an Autorität verfügen, die Entscheidungen, die mit der Erweiterung der politischen Agenda im Prozess der Integration in das politische System getroffen wurden, gegenüber den Mitgliedern und der Anhängerschaft leichter legitimieren, bzw. durchsetzen kann. Die Mitglieder der Führungsebene gehören mehrheitlich zu den Gründern der Organisation, was im Hinblick auf die Transformation in eine politisch-zivile Organisation hinderlich erscheint und außerdem den Grad des weit reichenden Spektrums der Aktivitäten der Gesamtbewegung nicht widerspiegelt. Ebenso besitzen ehemalige Mitglieder des militärischen Arms gewichtigen Einfluss auf die Zusammensetzung der obersten Organisationsgremien, was der Bedeutsamkeit der Widerstandsdoktrin als im Zentrum der Identität stehendem Grundsatz geschuldet ist, aber eine die Transformation hemmende Wirkung mit sich bringt. Im Laufe der Entwicklung haben aber säkulare Funktionsträger und Technokraten in zunehmendem Maße mittlere Positionen in der Organisation eingenommen, deren Bedeutung mit der Diversifizierung und Professionalisierung ansteigt; bis in die Gegenwart bleibt ihnen aber der Zutritt zu den obersten Entscheidungsgremien verwehrt. Ein organisationsinterner Prozess der Öffnung hat damit eingesetzt, aber ist, wie die Analyse gezeigt hat, hochgradig abhängig von der Ausrichtung der Gesamtstrategie der Hizbollah, welche alleine die Führungsebene festlegt. Nach dem israelischen Rückzug aus dem besetzten Südlibanon, der die Hizbollah zu einer Neuausrichtung der militärischen Strategie zwang, nahm im Rahmen der „Palestinianisation“ der Einfluss der Mitglieder des militärischen Arms in der Organisation erneut zu.

Durch den hohen organisatorischen Kohäsionsgrad wurde die Führungsebene vor nicht allzu große Hindernisse gestellt, gegenüber den Mitgliedern die Anpassung und Integration in die politische Nachkriegsordnung durchzusetzen, wobei der Respekt und die unanfechtbare Legitimität der Kleriker in der Führung sowie die Ermöglichung, den bewaffneten Kampf gegen die Besatzer fortzusetzen, die ausschlaggebenden Kriterien dabei darstellten. Damit wurde auch von den Mitgliedern und der Anhängerschaft der Fortsetzung des Widerstands höhere Priorität eingeräumt als die Kosten, die sie mit der Integration in das politische System verbunden sahen.

Anhand der Analyse der parlamentarischen Oppositionsstrategie der Hizbollah sowie ihrer Verhaltensmuster während des elektoralen Prozesses in den Parlaments- und Kommunalwahlen hat sich gezeigt, dass sie als politischer Akteur vollständig in das System der Nachkriegsordnung integriert ist. Die erfolgreiche Adoption libanesischer politischer Verhaltensmuster und Traditionen hat dazu geführt, dass die Organisation seit der ersten Parlamentswahl der Nachkriegsordnung im Jahr 1992 bis zur Gegenwart ihre Stimmanteile

nicht nur konsolidieren, sondern sogar ausweiten konnte, und die größte Fraktion im Parlament und die einzige, nach westlichem Verständnis, politische Partei im Libanon darstellt. Ihre Wählerschaft besteht mehrheitlich nicht, wie viele Analysten suggerieren, aus Strenggläubigen der unteren sozioökonomischen Schicht, sondern verteilt sich über alle sozialen Klassen. Dies verweist nicht nur auf die Anerkennung der Integrationsbestrebungen der Hizbollah durch das Elektorat, sondern auch auf den Erfolg der Simultanstrategie von Integration/Aggression und der im politischen Diskurs festgestellten Strategie der unterschiedlichen Adressierung politischer Sachverhalte je nach Kontext. Die Bildung von Wahlallianzen mit politischen Gegnern, welche bei Parlamentswahlen dem Eingreifen des „großen Wählers“ aus Damaskus geschuldet ist, aber ebenso seine Ursache in dem System der libanesischen Konkordanzdemokratie findet, zeigt auf, dass die Hizbollah im politischen Prozess einen ebensolchen politischen Pragmatismus an den Tag legt, wie die anderen politischen Akteure der Nachkriegsordnung. Die durch Damaskus forcierten Wahlallianzen mit dem innerschiitischen politischen Gegner, der Amal-Bewegung, haben außerdem zwei Annahmen im Verlauf der Analyse bestätigt, nämlich, dass die Hizbollah für die Weiterführung der Widerstandstätigkeit bereit ist, Kosten, d.h. Restriktionen in der Ausweitung der Mandate in Kauf zu nehmen, und auch, dass alle politischen Akteure die Einflussnahme des syrischen „Powerbrokers“ akzeptieren müssen, um erfolgreich an der libanesischen Politik teilhaben zu können. Die Wahlerfolge der Hizbollah lassen sich auf die straffe Organisation der „Wahlmaschine“ und die dafür zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, welche eine umfassende Mobilisierung der Wählerschaft ermöglichen, die durch die Widerstandsaktivitäten erreichte Legitimität über die eigene konfessionelle Basis hinaus, wie auch auf das umfassende Netzwerk der Dienstleistungen im sozialen Bereich zurückführen, was den politischen Arm mit den Hizbollah-Organisationen und -Institutionen verbindet.

Durch die Analyse des umfassenden sozialen Netzes wurde deutlich, wie es der Hizbollah durch die Bereitstellung von Dienstleistungen gelingt, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren, indem ihnen materielle Anreize und Vergünstigungen zuteil werden. Dabei kommen ihr gewissermaßen die ökonomischen Auswirkungen des Bürgerkriegs und des staatlichen Rekonstruktions- und Wiederaufbauprogramms, was sich primär an den Interessen des libanesischen und ausländischen Großkapitals orientiert, den Mittelstand und den lohnabhängigen Teil der Bevölkerung aber vernachlässigt, entgegen. Die Einkommensdisparitäten, die sich seit Ende des Bürgerkriegs noch verschärft haben, der Mangel eines staatlichen Gesundheits- und Ausbildungssystems sowie die unzulänglichen Strategien und fehlenden finanziellen Ressourcen für die ökonomische Entwicklung ländlicher, peripherer Regionen machen die kostengünstigeren und sich mehrheitlich durch höhere Qualität auszeichnenden Dienstleistungen der Hizbollah für einen Großteil der Bevölkerung attraktiv. Die Bereitstellung von effektiven Hilfe- und Dienstleistungen und die

materiellen Vergünstigungen haben dazu beigetragen, die Legitimität der Hizbollah in der libanesischen Bevölkerung auszuweiten, dennoch sind viele dieser Dienstleistungen an die Zugehörigkeit zur schiitischen Konfession gebunden. Dies ergibt sich aus dem Charakter der Organisationen sowie deren Zielsetzungen, die mit der Gesamtstrategie der Hizbollah in enger Verbindung stehen. Innerhalb der schiitischen Gemeinschaft hat das soziale Netz eine äußerst wichtige Funktion für die Rekrutierung, Mobilisierung und Bindung der Mitglieder und damit für die Ausweitung der Legitimität. Die Fallstudie der *Shahid*-Stiftung, die den stiftungsinternen Prozess der Öffnung untersucht hat, hat nicht nur aufgezeigt, dass mit der Empfängnis von materiellen Dienstleistungen bestimmte Pflichten verbunden sind, sondern ließ auch ein Dilemma zutage treten, welches sich aus der „Indoktrination“ der Dienstleistungsempfänger ergibt. Die Stiftung besitzt nach außen hin den Charakter eines Wohlfahrtsverbands, aber konzentriert sich letztlich darauf, eine militärisch-politische Aktivität zu legitimieren und zu stützen. Um den Prozess der Öffnung des politischen Arms nachzufolgen, müsste sich die Stiftung von ihrer ihr zugrunde liegenden Ideologie des „Märtyrertums“ trennen und sich in einen Wohlfahrtsverband transformieren. Die Existenzgrundlage der Stiftung würde außerdem mit dem Ende der militärischen Tätigkeit obsolet, wodurch ein wichtiger Teil der Anhängerschaft wegbrechen könnte, was sich wahrscheinlich in einem Verlust von Wählerstimmen äußern würde. Solange aber die militärische Aktivität der Hizbollah aufrechterhalten werden kann, besitzt die Stiftung weiterhin ihre Legitimitätsgrundlage. Die Wohlfahrts- und Dienstleistungsorganisationen haben damit hinsichtlich Transformation eine ambivalente Wirkung, denn sie erleichterten in jedem Fall die Ausweitung der Legitimität in der libanesischen Gesellschaft über konfessionelle Grenzen hinaus, wie auch innerhalb der schiitischen konfessionellen Gemeinschaft, aber tragen ebenso partiell dazu bei, die Mentalität des Widerstands und damit die Unterstützung der militärisch-politischen Aktivität der Hizbollah innerhalb der Anhängerschaft und bei den Mitgliedern ideologisch zu festigen, was der Loslösung von der Gewaltstrategie und der Transformation in einen politisch-zivilen Akteur entgegenwirkt.

Anhand der von dem in der Hizbollah marginalisierten, ehemaligen Generalsekretär Sheikh Subhi al-Tufayli initiierten „Revolte der Hungernden“, deren Ursachen in der stagnierenden ökonomischen Entwicklung der peripheren libanesischen Regionen sowie der Identifikation eines Teils der Anhängerschaft mit einer lokalen Autorität zu suchen sind, lässt einerseits ersehen, welche Kosten aus der Anpassung und Integration in die staatliche Ordnung entstanden sind – nämlich der Verlust einiger Kernanhänger aus der Bürgerkriegszeit -, zeigt aber ebenso der Hizbollah aus diesem Prozess entstandene Vorteile auf. Ein Großteil der Adressaten des Diskurses von Tufayli wie auch seine Setzung politischer Prioritäten sind denen der Politik, welche die Hizbollah im Parlament vertritt, beinahe identisch und auch die Strategie, wie z.B. die Betonung des überkonfessionellen Charakters des Protestes, weist

Gemeinsamkeiten auf. Aber Tufayli versuchte, seine Forderungen außerhalb des legalen Rahmens gegenüber den staatlichen Autoritäten durchsetzen und schreckte auch vor Drohungen gegen politische Mandatsträger nicht zurück. Dieser Unterschied zwischen der Hizbollah als parlamentarischer Kraft und der temporären außerparlamentarischen Protestbewegung zeigt gewissermaßen den fortgeschrittenen Integrationsgrad der Hizbollah in das politische System auf. Die von Generalsekretär Nasrallah gewählte, scheinbar abwartende Strategie durch weitgehende Nichtbeachtung der „Revolte der Hungernden“ im politischen Diskurs, aber die gleichzeitige Unterdrückung von Protestveranstaltungen der eigenen Anhängerschaft in den südlichen Vorstädten Beiruts macht deutlich, inwieweit die Hizbollah durch diesen vorerst zivilen Protest herausgefordert wurde. Erst als die Eskalation der Situation nicht mehr zu verhindern war, zog die Führungsebene die Konsequenzen und schloss den „roten Sheikh“ aus der Bewegung aus, was ihr im Hinblick auf die externe Legitimation Vorteile verschafft haben dürfte. Auch die Auflösung der Situation durch die Inanspruchnahme der staatlichen Sicherheitskräfte, obwohl Besitztum der Hizbollah durch den Sheikh und seine Anhängerschaft besetzt wurde, scheint für ihre Integration und Anerkennung der staatlichen Ordnung zu sprechen. Allerdings dürfen auch die Machtverhältnisse innerhalb der Hizbollah nicht außer Acht gelassen werden, da sich die Vermutung aufdrängt, dass Nasrallah sich eines internen politischen Gegners entledigen konnte, um daraus politisches Kapital zu erzielen.

Trotz dieser, nicht nur taktischem Kalkül geschuldeten Integration und Anpassung an die politische Nachkriegsordnung, hält die Hizbollah bis zur Gegenwart weiterhin an ihrer Gewaltstrategie und der damit verbundenen Beibehaltung ihres militärischen Arms fest, was es deshalb nicht zulässt, sie als ausschließlich politisch-zivile Bewegung zu kennzeichnen. Trotz der Ereignisse der jüngeren Vergangenheit, - der Rückzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon und die damit einsetzende innerlibanesischen Debatte über die Legitimität des Widerstands, die internationalen Bemühungen um den nahöstlichen Friedensprozess, die US-Antiterrorstrategie und die Erhöhung des Drucks auf die externen Alliierten Syrien und Iran im Rahmen der sich neu ergebenden geopolitischen Konstellationen durch den Irakkrieg -, in der sich ihre regionalen wie lokalen „Trümpfe“ auflösen, zeigt sie sich bisher in ihrem Verhalten weitgehend resistent gegenüber diesen Dynamiken und verlässt sich auf eine verhaltene Strategie des Abwartens. Da bis in die Gegenwart die militärische Widerstandstätigkeit nicht nur den Zusammenhalt der Bewegung gestärkt hat, sondern auch zur Ausweitung der Legitimation und Popularität in der libanesischen Gesellschaft beigetragen hat, wie sich nach den beiden israelischen Militärkampagnen in den 90er Jahren aufzeigen ließ, scheint ihr diese Strategie des Ausharrens angesichts der regionalen Dynamiken, welche sie direkt und indirekt betreffen, Erfolg versprechend. Durch ihre ideologische Flexibilität, die Interessenkonvergenz mit

Damaskus im Kontext der regionalen Konfliktdynamik, die Trennung von „intellektueller Struktur“ und politischer Programmatik und der damit verbundenen Simultanstrategie von Integration/Aggression sowie weiterer in der Analyse dargestellten internen wie externen Faktoren und Dynamiken wurde es ihr ermöglicht, die Transformation in eine Bewegung mit ausschließlich politisch-ziviler Agenda nicht vollziehen zu müssen und damit die Demobilisierung weiter hinausschieben zu können. Die Fortsetzung der Widerstandskampagne, die zutiefst mit der Identität und ihrer Selbstwahrnehmung als Widerstandsbewegung verbunden ist, wird weiterhin als eine nationale Pflicht gerechtfertigt, die ihr angesichts der Ereignisse der jüngeren Vergangenheit auferlegt sei. Aber die Zurückweisung der Selbstentwaffnung erklärt sich nicht nur aus der organisatorischen Herausforderung, die damit verbunden wäre, sondern auch durch die programmatische Zurückweisung bestimmter Mechanismen und Prozeduren des libanesischen politischen Systems, die sie gezwungen wäre, nach einer Entwaffnung und dem damit verbundenen Verlust der Sonderrolle, anzunehmen. Die Hizbollah versteht sich auch weiterhin nicht als politische Partei, sondern als eine politische Bewegung, die höhere Ziele verfolgt, als die, welche ihr von der nationalen Politik diktiert werden. Die meisten Analysten sehen ihre zukünftige Rolle nach einer Entwaffnung in einer politischen Partei mit entwicklungs- und sozialpolitischer Agenda, welche die sozioökonomischen Probleme, die gegenwärtig das höchste Konfliktpotential im Libanon ausmachen, adressiert, was durch ihre gegenwärtigen Aktivitäten im Wohlfahrts- und Dienstleistungsbereich wahrscheinlich erscheint. Die Führung der Hizbollah scheint aber auch erkannt zu haben, dass die politische Adressierung von sozioökonomischer Entwicklung eine größere Herausforderung darstellt als die militärische Konfrontation mit Israel und sich nicht unbedingt als Erfolg versprechender darstellt. Ein Kausalverhältnis zwischen dem militärischen Erfolg einer Widerstandsbewegung und ihrer Kapazität, Herausforderungen sozioökonomischer Entwicklungen auf politischer Ebene zu adressieren, lässt sich jedenfalls nicht herstellen.

Wer eine gewissenhafte Prognose über die Zukunft der Hizbollah anstellen will, der muss dabei nicht nur regionale, die nahöstliche Konfliktsituation betreffende Prozesse in Erwägung ziehen, sondern auch organisationsinterne Prozeduren und ideologische Strukturen wie auch nationale Entwicklungen und Dynamiken im Libanon berücksichtigen. Die organisationsinterne, schwer zu nehmende Hürde würde nach Ansicht des Autors nicht die Entwaffnung der militärischen Kräfte darstellen, sondern die Transition von der Mentalität/Identität des Widerstands in eine zivile, denn darauf fußt nicht nur ein Grossteil der politischen Programmatik, sondern auch der Einfluss der militärischen Kräfte innerhalb der organisatorischen Struktur.

Hinsichtlich der regionalen Konfliktsituation und der strategischen Allianz der Hizbollah mit Syrien lassen sich angesichts des tief greifenden Wandels, dem die Region des Nahen und

Mittleren Ostens gegenwärtig ausgesetzt ist, keine mittelfristigen, sondern nur kurzfristige Prognosen anstellen. Manche Analysten sind der Ansicht, dass die neue geopolitische Konstellation und die weit reichende militärische Dominanz der USA in der Region dazu führen könnten, dass sich die Hizbollah durch den externen Druck dazu genötigt sehe, sich zu entwaffnen. Da aber der militärischen Kampagne der Hizbollah ein Großteil ihrer Legitimität in der libanesischen Bevölkerung geschuldet ist, müsste ihr aus der Entwaffnung ein Vorteil entstehen, welcher sie zu dieser Option greifen lassen würde. Eine sich an dem Grundsatz“ Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ orientierende Strategie kann solche Anreize selbstverständlich nicht schaffen. Eine weitere Bedingung wäre die Ausarbeitung eines Konzepts, welches einen dauerhaften und gerechten Frieden Syriens mit Israel ermöglicht, auch wenn dieses nicht direkt implementiert würde. Eine von außen erzwungene Entwaffnung der Hizbollah würde angesichts des momentanen Klimas im Nahen Osten auf politischem Wege zum Scheitern verurteilt sein.

Trotz national wie international lauter werdender Kritik an der syrischen Dominanz im Libanon scheint deren Aufrechterhaltung, - die nicht nur der Präsenz der Armee und des Geheimdienstapparates geschuldet ist, sondern sich zu einer Institution im System des politischen Konfessionalismus entwickelt hat, auf den die Mitglieder der politische Klasse, die sich bedroht sehen, marginalisiert zu werden, stetig zurückgreifen -, zwar zunehmend abzunehmen, aber bleibt auf kurzfristige Sicht weiterhin eine Konstante der politischen Ordnung. Diese stellt die vorherrschende Konfliktlinie zwischen der Zivilgesellschaft und dem politischen Establishment dar, die durch die Mandatsverlängerung des Staatspräsidenten Lahoud vorerst unantastbar scheint. Hier zeigt sich idealtypisch ein Dilemma der politischen Stabilisierung im Prozess der Friedenskonsolidierung in einer Nachkriegsbürgerkriegsgesellschaft auf. „Strukturelle Stabilität“ im Sinne einer Verstetigung des Friedensprozesses benötigt die Eröffnung für Entfaltungs- und Partizipationschancen zivilgesellschaftlicher Kräfte und damit die Ausweitung des Friedensprozesses auf die mittleren und unteren Ebenen von Gesellschaft und Staat. Durch die Betonung der sicherheitspolitischen Dimension im Rekonstruktionsprozess der Staatlichkeit hat das Sicherheitsestablishment, welches mit den im Libanon agierenden syrischen Kräften eng zusammenarbeitet, kontinuierlich an politischem Einfluss gewinnen können. Eine erfolgreichere Einbindung, bzw. Entfaltung der zivilgesellschaftlichen Kräfte, - die als einzige politischen Akteure überkonfessionellen Charakter im Libanon besitzen -, in den politischen Entscheidungsprozess würde wahrscheinlich auch Auswirkungen auf die Hizbollah hinsichtlich einer Loslösung von ihrer Gewaltstrategie haben, für die mittelfristig allerdings noch keine Anzeichen in Sicht sind. Weitere, wenn auch nur marginale Erkenntnisse ermöglicht die Analyse des noch nicht abgeschlossenen Transformationsprozesses der Hizbollah für das Konzept der Friedenskonsolidierung: erstens wurde die Annahme bestätigt,

dass die Inklusion in die politische Ordnung und die Ermöglichung politischer Partizipation ehemalige Gewaltakteure dazu zwingt, ihre Strategien und Ziele zu mäßigen, und zweitens determiniert, wie gesehen, weder Religion noch Ideologie politisches Verhalten, was es damit rechtfertigt, sich in einem Transformationsprozess befindliche Gewaltakteure im Modell des kollektiven rationalen Akteurs zu analysieren, der auf der Grundlage eines Kosten-Nutzen-Kalküls wohlüberlegte Entscheidungen trifft.

## 7. Bibliographie

- Abu Khalil, Asad (1991) – “Ideology and Practice of Hizballah in Lebanon: Islamization of Leninist Organizational Principles”, in *Middle Eastern Studies*, 27 (Juli 1991) 3, S. 390-403
- Agha, Hussein (1996) – „The Syrian-Iranian Axis in Lebanon“, in: Hollis, Rosemary/Shehadi, Nadim (eds.), *Lebanon on Hold. Implications for Middle East Peace*, London, S. 24-30
- Agha, Hussein/Khalidi, Ahmad S. (1995) – *Syria and Iran. Rivalry and Cooperation*, London
- Ajami, Fouad (1986) – *The Vanished Imam. Musa al-Sadr and the Shia of Lebanon*, Cornell University Press, Ithaca [u.a.]
- Alagha, Joseph (2002) – “Hizbullah, Iran and the Intifada”, in *ISIM-Newsletter* 09/2002, S. 35
- Alagha, Joseph (2003) – „Hizbullah, Terrorism, and September 11“, in *Orient*, 44 (2003) 3, Opladen, S. 385-412
- Alagha, Joseph (2004) – „Hizbullah and Martyrdom“, in *Orient*, 45 (2004) 1, Opladen, S. 47-74
- Al-Zayn, Jihad (1993) – “Loyalty and opposition in Lebanon: a tale of two deaths”, in *The Beirut Review*, Nr. 6 (Herbst), The Lebanese Center for Policy Studies, Beirut, S. 85-89
- Anderson, Lisa (1997) – „Fulfilling Prophecies: State Policy and Islamist Radicalism“, in: Esposito, John (ed.) - *Political Islam. Revolution, Radicalism or Reforms?*, Boulder, Colorado, 1997, S. 17-31
- Arjomand, Said Amir (2001) – „Authority in Shiism and Constitutional Developments in the Islamic Republic of Iran“, in: Brunner, Rainer/Ende, Werner (ed.), *Twelver Shia in Modern Times. Religious Culture and Political History*, Leiden, et al., S. 301-332
- Asseburg, Muriel (2003) – “Die palästinensischen Selbstverwaltungsgebiete: Konflikteinhegung statt Konfliktlösung“, in: Ferdowsi, Mir/Matthies, Volker (Hrsg.), *Den Frieden gewinnen*, Bonn, S. 118-140
- Aziz, Talib (2001)– „Fadlallah and the Remaking of the Marja’iya“, in: Walbridge, Linda S. (ed.), *The Most Learned of the Sh’ia. The Institution of the Marja’ Taqlid*, Oxford, S. 205-215
- Bahout, Joseph (1993) – « Liban: les élections législatives de l’été 1992 », in *Monde arabe - Maghreb Machrek* (Jan.-März 1993) 139, Paris, S. 53-84
- Beck, Ulrich (1999)– „Über den postnationalen Krieg“, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8/1999, S. 984-990
- Beydoun, Ahmad (1992) – “The South Lebanon Border Zone: A Local Perspective, in *Journal of Palestine Studies*, 11/3 (Frühjahr), Berkeley/CA, S. 35-53
- Beydoun, Ahmad (2003) – „A Note on Confessionalism“, in: Hanf, Theodor/Salam, Nawaf (ed.), *Lebanon in Limbo: Postwar Society and State in an Uncertain Regional Environment*, Baden-Baden, S. 75-86
- Beyoghlow, Kamal A. (1989) – “Lebanon’s New Leaders: Militias in Politics“, in *Journal of South Asian and Middle Eastern Studies*, 12 (Frühjahr) 3, S. 28-36
- Blanche, Ed (1999) – „Light at the end of the tunnel?“, in *Jane’s Intelligence Review*, 11 (Dezember) 12, Coulsdon, S. 25-28
- Blanford, Nicholas (1999) – „Die Hizbullah im Südlibanon“, in *INAMO*, 5 (Winter) 20, Berlin S. 23-25
- Blanford, Nicholas (1999) a – „Hizbullah: Lebanon’s heir apparent“, in *Jane’s Intelligence Review*, 11 (November) 11, Coulsdon, S. 28-33
- Blanford, Nicholas (2000) – „Post-Israel stability in south Lebanon“, in *Jane’s Intelligence Review*, 12 (Oktober) 10, Coulsdon, S. 25-28
- Blanford, Nicholas (2002) – “Hizbullah prepares to open up front along the Israeli border“, in *Jane’s Intelligence Review*, 14 (April) 4, Coulsdon, S. 26-29
- Blanford, Nicholas (2003) – „USA focuses on Hizbollah in post-war environment“, in *Jane’s Intelligence Review*, 15 (August) 8, Coulsdon, S. 18-19
- Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit/DGVN (2001) – *Sicherheit, Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung*, BMZ Spezial Nr. 26, Bonn
- Byman, Daniel L. (2003)– „Should Hezbollah be next?“, in *Foreign Affairs*, 11/12, Vol. 82, No.6, S. 54-66

- Calic, Marie-Janine/Perthes, Volker (1995) – "Krieg und Konfliktlösung in Bosnien und Libanon: ein Strukturvergleich", in *Internationale Politik und Gesellschaft*, Heft 2, S. 141-156
- Canal-Forgues, Eric (1998) – « La surveillance de l'application de l'arrangement du avril 1996 (Israël-Liban) », in *Revue générale de droit public international*, (Juli-Sept. 1998), S. 723-746
- Chami, Saade E. (1992) – „Economic Performance in a War-Economy: The Case of Lebanon“, in *Canadian Journal of Development*, Jhr. 13, Nr. 3, S. 325-336
- Chartouni-Dubarry, May (1996) - „Hizballah: From Militia to Political Party“, in: Hollis, Rosemary/Shehadi, Nadim (Hrsg.): *Lebanon On Hold: Implications for Middle East Peace*. London, S.59-62
- Chevalérias, Alain (1997) – « Le Hezbollah libanais, une force politique », in *Stratégie*, Nr. 66-67, S. 145-159
- Cobban, Helena (1986) – "The Growth of Shi'i Power in Lebanon and Its Implications for the Future, in: Cole, Juan/Keddie, Nikkie (Hg.) – *Shiism and Social Protest*, New Haven, S. 137-155
- Corm, Georges (1994) – „The War System: Militia Hegemony and Reestablishment of the State“, in: Collings, Deidre (ed.), *Peace for Lebanon? From War to Reconstruction*, Boulder, S. 215-230
- Corm, Georges (1998) – "Reconstructing Lebanon's Economy", in Shafik, Nemat (Hrsg.), *Economic Challenges Facing Middle Eastern and North African Countries*, London, S. 116-135
- Dahl, Roald (1973) – *Regimes and Opposition*, New Haven
- Danawi, Dina (2002) - *Hizbullah's pulse : Into the dilemma of Al-Shahid and Jihad Al-Bina foundations*, Beirut, Friedrich-Ebert-Stiftung
- Debiel, Tobias (1995) – Tobias (1995) – "Von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Kosten des Krieges und Sozialökonomische Bedingungen der Friedenskonsolidierung", in: Matthies, Volker (Hrsg.): *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*, Bremen, S.58-82
- Debiel, Tobias (2002) - "Haben Krisenregionen eine Chance auf tragfähigen Frieden? - Zur schwierigen Transformation von Gewaltstrukturen", in: ders. (Hrsg.): *Der zerbrechliche Frieden. Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung*. Bonn, S. 292-323
- Deeb, Marius (1998) – "Shia Movements in Lebanon: Their Formation, Ideology, Social Basis, and Links with Iran and Syria", in: *Third World Quarterly*, 10 (April) 3, S. 683-698
- Der Koran. Das heilige Buch des Islams* –Henning, Max (Übersetzung)/ Hofmann, Murad Wilfried (Hg.), Kreuzlingen/München, 2003
- Drysdale, Alasdair/Hinnebusch, Raymond (1991) – *Syria and the Middle East Peace Process*, New York
- Duffield, Marc (2001) – *Global Governance and the New Wars. The Merging of Development and Security*, London
- Ehteshami, Anoushiravan (2002) – „The Foreign Policy of Iran“, in: Hinnebusch, Raymond/Ehteshami, Anoushiravan, *The Foreign Policy of Middle East States*, Boulder/London, S. 283-309
- El-Bizri, Dalal (1995) – *L'ombre et son double. Femmes islamistes, libanaises et modernes*, Beirut, CERMOC
- El-Bizri, Dalal (1999) – *Islamistes, Parlamentaires et Libanais. Les interventions à l'Assemblée des élus de la Jama'a Islamiyya et du Hizb Allah (1992-1996)*, Beirut, CERMOC Nr. 3
- el-Husseini, Rola (2002)– „Geschlossene Gesellschaft: Libanons Nachkriegselite“, in: Perthes, Volker (Hrsg.), *Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran*, SWP-Studie 41, Berlin, S. 138-155
- el-Khazen, Farid (1997) – "Permanent Settlement of Palestinians in Lebanon: A Recipe for Conflict", in *Journal of Refugee Studies*, Jhr. 10, Nr. 3, Oxford
- el-Khazen, Farid (2003) – "Political Parties in Postwar Lebanon: Parties in Search of Partisans", in *Middle East Journal*, Jhr. 57, Nr. 4, S. 605-624

- el-Khazen, Farid (2003) a – „The Postwar Political Process: Authoritarianism by Diffusion“, in: Hanf,
- el-Khazen, Farid (2004)– „Hizbollah: The Exception to the Norm“, in *Carnegie's Arab Reform Bulletin*, Vol. 2 (Februar) 2, (Download am 27.08.04 – <http://www.ceip.org/files/Publications/ARB-2-13-04.asp?p=1&from=pubdate#Hizbollah>)
- el-Shazyl, Nadia/Hinnebusch, Raymond (2002) – „The challenge of Security in the Post-Gulf War Middle East System“, in: Hinnebusch, Raymond/Ehteshami, Anoushiravan, *The Foreign Policy of Middle East States*, Boulder/London, S. 71-90
- Elwert, Georg (1997) – „Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt“, in: von Trotha, Trutz (Hrsg.), *Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft, Nr. 3/1997, Köln, S. 86-101
- Eshel, David (2000)– „Plans for Israel's military pull-out“, in *Jane's Intelligence Review*, 12 (Mai) 5, Coulsdon, S. 22-25
- Esposito, John (1988) – *Islam. The straight path*, Oxford
- Esposito, John (1997) – „Introduction“, in: ders. (Hrsg.) - *Political Islam. Revolution, Radicalism or Reforms?*, Boulder, Colorado, S. 1-16
- Esposito, John L. (1983) – „Introduction: Islam and Muslim Politics“, in: ders. (Hrsg.), *Voices of Resurgent Islam*, New Yor., S. 3-16
- Fadlallah, Muhammad Hussein (1985) - „The Future of the Islamic and National Resistance: Interview with Shaykh Muhammad Husayn Fadlallah“, in *Journal of Palestine Studies*, Vol. 14 (Sommer) Nr. 4, S. 164-166
- Fadlallah, Muhammad Hussein (1995) - „Islamic Unity and Political Change: Interview with Shaykh Muhammad Husayn Fadlallah“, in *Journal of Palestine Studies*, Vol. 25 (Herbst) Nr. 1, Berkeley/Ca, S. 61-75
- Fadlallah, Muhammad Hussein (2002) – „On U.S. Policy (February 17, 1987)“, in: Rubin, Barry / Colp
- Faris, Hani (1994) – „The Failure of Peace Making in Lebanon, 1975 – 1989“, in: Collings, Deidre (Hg.), *Peace for Lebanon? From War to Reconstruction*, Boulder, S. 17-30
- Fawaz, Mona M. (2000) - „Agency and Ideology in the Service Provision of Islamic Organization in the Southern Suburb of Beirut, Lebanon“, Draft Discussion Paper on *UNESCO Conference "NGO and Governance In Arab Countries*, Kairo, 29. – 31.03.2000
- Ferdowsi, Mir A. (1997) – „Naher und Mittlerer Osten“, in Opitz, Peter J. (Hg.) – *Der globale Marsch. Flucht und Migration als Weltproblem*, München, S. 223-236
- Ferdowsi, Mir A. (1998) – „Die Rolle externer Akteure bei der Genese und Regulierung von Bürgerkriegen“, in: Krumwiede, Heinrich-W./Waldmann, Peter – *Bürgerkriege: Folgen und Regulierungsmöglichkeiten*, Baden-Baden, S. 61-84
- Ferdowsi, Mir A./Matthies, Volker (2003) – „Kriege, Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung“, in: ders. (Hg.) – *Den Frieden gewinnen . Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften*, Bonn, S. 14-40
- Ferdowsi, Mir A./Matthies, Volker (2003) a – „Zentrale Problemdimensionen der Friedenskonsolidierung und ihre konstruktive Bearbeitung“, in: ders. (Hg.) – *Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften*, Bonn, S. 322-357
- Ferhad, Ibrahim (2004) – „Iran und die arabische Welt“, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 9/2004, Bonn, S. 39-47
- Gambill, Gary C. (1998) – „The balance of terror“, in *Journal of Palestine Studies*, 28 (Herbst) 1/109, Berkeley/CA, S. 51-66
- Gerges, Fawaz A. (2001) – „Israel's Retreat from South Lebanon: Internal and External Implications“, in *Middle East Policy*, Vol. VIII, März, S. 106-116
- Gerges, Fawaz A. (2002) – „Introduction: Understanding the Phenomenon of Hizbullah“, in: Danawi, Dima – *Hizbullah's Pulse. Into the dilemma of Al-Shahid and Jihad Al-Bina Foundations*, FES Beirut, S. 9-27
- Ghantoux, Marie (2001) – *Les Hameaux de Chebaa et le Droit International Public*, Mokhtarar, Beirut

- Haddad, Yvonne Yazbeck (1997) – „Islamists and the Peace Process“, in: Esposito, John (Hrsg.) – *Political Islam. Revolution, Radicalism or Reforms?*, Boulder, Colorado, S. 207-229
- Halm, Heinz (1994) – *Der schiitische Islam. Von der Religion zur Revolution*, München
- Hamdan, Kamal (2000) – « Le social dans la reconstruction du Liban », in : *monde arabe - Maghreb- Machrek*, Nr. 169 Juli-Sept., Paris, S. 70-79
- Hamzeh, A. Nizar (1997) - “The role of Hizbullah in conflict management within Lebanon's Shia community”, in: Salem, Paul (Hrsg.) - *Conflict resolution in the Arab world*, Beirut, S. 93-118
- Hamzeh, A. Nizar/Dekmejian, R. Hrair (1993) - “The Islamic spectrum of Lebanese politics”, in *Journal of South Asian and Middle Eastern Studies*, 16 (Frühling) 3, S. 25-42
- Hamzeh, Nizar A (2001) – “Clientelism, Lebanon: roots and trends”, in *Middle Eastern Studies*, 07/2001 Jhrg. 37, Nr. 3, S. 161-178
- Hamzeh, Nizar A. (1993) a – “Lebanon's Hizbullah: from Islamic revolution to parliamentary accommodation”, in *Third World Quarterly*, Jhrg. 14, Nr. 2
- Hamzeh, Nizar A. (1997) a – “Islamism in Lebanon: A guide to the troupes”, in *Middle East Quarterly*, 1997, Jhrg. 4, Nr. 3, S. 47-53
- Hamzeh, Nizar A. (2000) – “Lebanon's Islamists and local politics: a new reality”, in *Third World Quarterly*, Jhrg. 21, Nr. 5, S. 739-759
- Hanf, Theodor (1990)– *Koexistenz im Krieg. Staatszerfall und Entstehen einer Nation im Libanon*, Baden-Baden, 1990
- Hanf, Theodor (1993) – „Zwischen arabischem Nationalismus und Islamismus. Soziale und politische Krisen im Nahen Osten“, in: Schwarz, Jürgen. (Hrsg.), *Der politische Islam, Wirkungen und Intentionen*, Paderborn, et. al., S. 155-175
- Hanf, Theodor (2003) – „The Sceptical Nation. Opinions and Attitudes Twelve Years after the End of the War“, in: Hanf, Theodor/Salam, Nawaf (Hrsg.), *Lebanon in Limbo: Postwar Society and State in an Uncertain Regional Environment*, Baden-Baden, S. 197-228
- Harb el-Kak, Mona (1996) – *Politiques urbaines de la banlieue sud de Beyrouth*, Les Cahiers du CERMOc Nr. 14, Beirut
- Harb el-Kak, Mona (1999) – “Elyssar: les négociations dans la reconstruction de la banlieue sud-ouest de Beyrouth”, in : Huybrechts, Eric/Douayhi, Chawqi (ed.) - *Reconstruction et Réconciliation au Liban*, Beirut, S. 109-124
- Harik, Judith – “Syrian Foreign Policy and State/Resistance Dynamics in Lebanon”, *American University of Beirut*  
(<http://ddc.aub.edu.lb/projects/pspa/judith-harik.html>)
- Harik, Judith (1992) – *The Public and Social Services of the Lebanese Militias*, Centre for Lebanese Studies, Oxford
- Harik, Judith (1996) – “Between Islam and the System: Sources and Implications for the Popular Support of Lebanon's Hezbollah”, in *The Journal of Conflict Resolution*, Jhrg., 40, Nr. 1 (März), S. 41-67
- Harik, Judith (1997) – „The Effects of Protracted Social Conflict on Resettlement of The Displaced in Postwar Lebanon“, in: Salem, Paul (Hrsg.), *Conflict Resolution in the Arab World: Selected Essay*, Beirut, S. 384-409
- Harik, Judith (1998) – “Citizen disempowerment and the 1996 parliamentary elections in the governante of Mount Lebanon”, in *Democratization*, Jhrg. 25, Nr. 1, S. 158-182
- Harik, Judith (2004) – *Hezbollah: The Changing Face of Terrorism*, London/New York
- Hassan, Riaz (2004) – „Suicide Attacks: Life as a Weapon“, in *ISIM Newsletter* 14, Juni, S. 8-9 ([www.isim.nl/files/newl\\_14.pdf](http://www.isim.nl/files/newl_14.pdf) - Download am 01.08.2004)
- Hillenkamp, Bernhard (1999) – „Die vielen Leben des Süd-Libanon“, in *Beiruter Blätter* 6-7, Beirut, S. 52-72
- Hillenkamp, Bernhard (2000) – „Südlibanon: "Nur wenn Ihr wiederkommt, kommen auch wir wieder!““, in *INAMO*, 6 (Herbst-Winter) 23-24, Berlin, S. 50-53
- Hinnebusch, Raymond (2002) – „The Middle East Regional System“, in: Hinnebusch, Raymond/ Ehteshami, Anoushiravan, *The Foreign Policy of Middle East States*, Boulder/London, S. 29-53

- Hinnebusch, Raymond (2002) a – „The Foreign Policy of Syria“, in: Hinnebusch, Raymond/Ehteshami, Anoushiravan, *The Foreign Policy of Middle East States*, Boulder/London, S. 141-165
- Hinnebusch, Raymond (2002) b – „Introduction: The Analytical Framework“, in: Hinnebusch, Raymond /Ehteshami, Anoushiravan, *The Foreign Policy of Middle East States*, Boulder/London, S. 1-29
- Hinnebusch, Raymond A. (2004) – *Syria after the Iraq War: between the neo-con offensive and internal reform*, DOI Focus Nr. 14, März 2004, Hamburg
- Hiro, Dilip (1992) - *Lebanon. Fire and Embers. A History of the Lebanese Civil War*, New York
- Hirst, David (1999) – “South Lebanon: The War that Never Ends?”, in *Journal of Palestine Studies*, Jhrg. 28 Nr. 3 (Frühjahr), Berkeley/CA, S. 5-18
- Hobsbawm, Eric (2000) – *Das Gesicht des 21. Jahrhunderts*, München
- Hooglund, Eric (1995) – „Iranian Views of the Arab-Israeli Conflict“, in *Journal of Palestine Studies*, Jhrg. 25 (Herbst) Nr.1, Berkeley/CA, S. 86-95
- Human Rights Watch a – *Disappearances in Lebanon by Syrian Security Forces* (<http://www.hrw.org/press/lebsy975.htm>)
- Human Rights Watch b – *Israel's Withdrawal from South Lebanon: The Human Rights Dimension* (<http://www.hrw.org/campaigns/lebanon/israel/051000.thm>)
- Huntington, Samuel (1996) - *Political Order in Changing Societies*, London
- International Crisis Group (2002) - *Old Games, New Rules: Conflict on the Israel-Lebanon Border*, ICG Middle East Report No. 7, Amman/Brüssel, 18.11.2002
- International Crisis Group (2002) a - *Iran: The Struggle for the Revolutions's Soul*, ICG Middle East Report No. 5, Amman/Brüssel, 05.08.2002
- International Crisis Group (2003) - *Iran: Discontent and Disarray*, ICG Middle East Briefing, 15.10.2003, Amman/Brüssel
- International Crisis Group (2003) a - *Hizbollah: Rebel without a cause?*, ICG Middle East Briefing, Amman/Brüssel, Juli 2003
- International Crisis Group (2004) – *Syria under Bashar (1): Foreign Policy Challenges*, ICG Middle East Report Nr. 23, Amman/Brüssel, 11.02.2004
- Jaber, Hala (1997) - *Hezbollah. Born with a vengeance*, New York, Columbia Univ. Press
- Kail, C. Ellis (2002) - „Lebanon's Challenge: Reclaiming Memory and Independence“, in: ders. (Hrsg.), *Lebanon's Second Republic. Prospects for the Twenty-first Century*, University of Florida Press, S. 1-13
- Kaldor, Mary (2000) – *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt/Main
- Kassir, Samir (2000) – “Dix années après, comment ne pas réconcilier une société divisée” (Wie man eine geteilte Gesellschaft nach zehn Jahren nicht versöhnt), in *monde arabe Maghreb-Machrek*, Nr. 169 (Juli – Sept.), S. 6-22
- Kassir, Samir (2003) – „A Polity in an Uncertain Regional Environment“, in: Hanf, Theodor/Salam, Nawaf (Hrsg.), *Lebanon in Limbo: Postwar Society and State in an Uncertain Regional Environment*, Baden-Baden, S. 87-106
- Kaufman, Asher (2002) – “Who owns the Sheeba Farms? Chronicle of a territorial dispute”, in *The Middle East Journal* (Washington D.C.), Jhrg. 56 (Herbst) 4, S. 576-596
- Kepel, Gilles (2002) - *Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus*, München
- Khadduri, Majid (1962) – *War and Peace in the Law of Islam*, Baltimore
- Khalaf ,Samir (1991) – „Ties That Bind: Sectarian Loyalties and the Revival of Pluralism in Lebanon“, in *The Beirut Review*, No. 1, (Frühjahr), The Lebanese Center for Policy Studies, Beirut, S. 32-61
- Khalaf, Samir (1987) – *Lebanon's Predicament*, New York
- Khalaf, Samir (1997) – „From a Geography of Fear to a Culture of Tolerance: reflections on Protracted Strife and the Restoration of Civility in Lebanon“, in: Salem, Paul (Hrsg.), *Conflict Resolution in the Arab World*, Beirut, S. 354-383

- Khalaf, Samir (2003)– „On Roots and Routes: The Reassertion of Primordial Loyalties“, in: Hanf, Theodor/Salam, Nawaf (Hrsg.), *Lebanon in Limbo: Postwar Society and State in an Uncertain Regional Environment*, Baden-Baden, S. 107-141
- Khalifeh, Paul (2001) – « Le Hezbollah entre pragmatisme et idéologie », in *Cahiers de l'Orient*, 10/12 Nr. 64, Paris, S. 27-32
- Krämer, Gudrun (1994) – „The Integration of the Integrists: a comparative study of Egypt, Jordan and Tunisia“, in: Salamé, Ghassan (Hrsg.), *Democracy without democrats? The Renewal of Politics in the Muslim World*, London, S. 200-226
- Krayem, Hassan a – *The Lebanese Civil War in the Taif Agreement*, American University of Beirut (Download am 28.08.2004 – <http://ddc.aub.edu.lb/projects/pspa/conflict-resolution.html>),
- Krayem, Hassan b – *Political Parties and Electoral Systems in Lebanon and Israel: Interactive Reinforcement*, American University of Beirut (Download am 28.08.2004 – <http://ddc.aub.edu.lb/projects/pspa/krayem/krayem.html>)
- Kreidler, Corinna (1995) – „Schwerter zu Pflugscharen. Zur Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kombattantinnen und Kombattanten“, in: Matthies, Volker (Hrsg.), *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*, Bremen, S. 83-109
- Kühne, Wilfried (1998) – „Post-Conflict Peacebuilding: Aufgaben, Erfahrungen, Lehren und Empfehlungen für die Praxis“, in: Krumwiede, Heinrich-W./Waldmann, Peter (Hg.), *Bürgerkriege: Folgen und Regulierungsmöglichkeiten*, Baden-Baden, S. 96-107
- Kühne, Winfried (2000) – „Die Vereinten Nationen an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend“, in: Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (Hg.), *Die Weltpolitik im neuen Jahrtausend*, Bonn, S. 442-457
- Kumar, Krishna (1997) – *Rebuilding Societies After Civil War. Critical Roles for International Assistance*, Boulder/CO
- Kurbusi, Atif. A. (1999) – „Reconstructing the Economy of Lebanon“, in *Arab Studies Quarterly*, Jhrg. 21 (Winter) Nr. 1, S. 69-95
- Labaki, Boutros (2003) – „The Postwar Economy: a miracle that didn't happen“, in: Hanf, Theodor/ Salam, Nawaf (Hrsg.), *Lebanon in Limbo: Postwar Society and State in an Uncertain Regional Environment*, Baden-Baden, 2003, S. 181-196
- Lahoud, Emile (2001) – „Une Renaissance Libanaise“, in *Politique Internationale*, Jhrg. 92 (Sommer) Nr. 2, Paris, S. 45-32
- Leenders, Reinold (1999) – „Auf der Suche nach dem Staat: Korruption im Libanon“, in *INAMO*, 5 (Winter) 20, Berlin, S. 18-20
- Legrain, Jean-Francois (1997) – „HAMAS: Legitimate Heir of Palestinian Nationalism?“, in: Esposito, John (ed.), *Political Islam. Revolution, Radicalism or Reform?*, Boulder, S. 159-178
- Levitt, Matthew A – „Confronting Syrian support for terrorist groups“, in: *Middle East Intelligence Bulletin*, 2003
- Lewis, Bernard (1993) – „Islam and liberal democracy“, in *The Atlantic Monthly* (Februar 1993), S. 89-98
- Licklider, Roy (1993) – *Stopping the Killing. How Civil Wars End*, New York/London
- Lock, Peter (2003) – „Kriegsökonomien und Schattenglobalisierung“, in Ruf, Werner (Hrsg.), *Politische Ökonomie der Gewalt – Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg*, Opladen
- Maila, Joseph (1994) – „The Ta'if Accord: An Evaluation“, in: Collings, Deirdre, (Hrsg.), *Peace for Lebanon. From War to Reconstruction*, Boulder, CO & London, S. 31-44
- Mair, Stefan (2002) – *Die Globalisierung privater Gewalt. Kriegsherren, Rebellen, Terroristen und organisierte Kriminalität*, SWP-Studie 10, Berlin
- Maktabi, Rania (1999) – „The Lebanese Census of 1932 Revisited. Who Are the Lebanese?“, in *British Journal of Middle Eastern Studies*, Jhrg. 26, Nr. 2 (November), S. 219-241
- Matthies, Volker (1995) – „Der Transformationsprozeß vom Krieg zum Frieden – ein vernachlässigtes Forschungsfeld“, in: ders. (Hg.) – *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*, Bremen, S. 8-38

- Matthies, Volker (1997) – „Einleitung: Friedenserfahrungen und Friedensursachen“, in: ders. (Hrsg.) – *Der gelungene Frieden: Beispiele und Bedingungen erfolgreicher friedlicher Konfliktbearbeitung*, Bonn, S. 13-43
- Matthies, Volker (2002) – „Krisenprävention und Friedenskonsolidierung“, in: Ferdowski, Mir A: (Hrsg.) – *Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Bayerische Landeszentrale f. pol. Bildung, S. 125-145
- Merkel, Wolfgang (1997) – „Einleitung“, in: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.), *Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess*, Opladen, S. 9-22
- Metzger, Albrecht (2000) – *Der Himmel ist für Gott, der Staat für uns. Islamismus zwischen Gewalt und Demokratie*, Göttingen
- Miall, Hugh (Hg.)(1999) – *Contemporary Conflict Resolution. The Prevention, Management and Transformation of Deadly Conflict*, Cambridge
- Mouhazem, Haytham/Strindberg, Anders (2003) – „Syria and Iran: strained relations in a changed environment“, in *Jane's Intelligence Review*, 15 (Oktober) 10, Coulsdon, S. 46-69
- Münkler, Herfried (2003) – *Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion*, Weilerswist
- Münkler, Herfried (2004) – *Die neuen Kriege*, Hamburg
- Nasr, Salim (2003) – „The New Social Map“, in: Hanf, Theodor/Salam, Nawaf (Hrsg.), *Lebanon in Limbo: Postwar Society and State in an Uncertain Regional Environment*, Baden-Baden, S. 143-158
- Nasrallah, Fida – „The way ahead: Restoring the Lebanese State“, in: Shehadi, Nadim/Hollis, Rosemarie (Hrsg.), *Lebanon On Hold: Implications for Middle East Peace*, London, S. 85-88
- Nassif, Nicolas (2000) – « Les élections législatives de l'été 2000 », in *monde arabe Maghreb- Machrek*, Nr. 169, Juli –Sept., Paris, S. 116-123
- Norton, August Richard (1990) – „Lebanon: The Internal Conflict and the Iranian Connection“, in: Esposito, Juan (Hrsg.), *The Iranian Revolution. Its Global Impacts*, Miami, S. 116-137
- Norton, Augustus Richard (1986) – „Shi'ism and Social Protest in Lebanon“, in Cole, Juan/Keddie, Nikkie (Hrsg.), *Shi'ism and Social Protest*, New Haven/London, S. 156-178
- Norton, Augustus Richard (1991) – „Lebanon after Ta'if: is the civil war over?“, in *Middle East Journal*, 45, S. 457-473
- Norton, Augustus Richard (1993) – „(In)security zones in South Lebanon“, in *Journal of Palestine Studies*, Jhrg. 23 Nr.4, Berkeley/CA, S. 61-79
- Norton, Augustus Richard (1998)– „Hizballah: from radicalism to pragmatism?“, in *Middle East Policy* Jhrg. 5 (Januar) Nr. 4, Washington/DC, S. 147-158
- Norton, Augustus Richard/Schwedler, Jilian (1994) – „Swiss Soldiers, Ta'if Clocks, and Early Elections: Toward a Happy Ending?“, in: Collings, Deirdre, (Hrsg.), *Peace for Lebanon. From War to Reconstruction*, Boulder, CO & London, S. 45-65
- Norton, Richard Augustus (1987) – *Amal and the Shia. Struggle for the Soul of Lebanon*, Austin, TX
- Norton, Richard Augustus (1999) – *Hizballah of Lebanon: Extremist Ideals vs. Mundane Politics*, Council of Foreign Relations, New York
- Norton, Richard Augustus (2000) - „Hizballah and the Israeli withdrawal from Southern Lebanon“, in *Journal of Palestine Studies* . Jhrg. 30 (Herbst) 1/117, Berkeley/CA, S. 22-35
- Olmert, Joseph (1987) – „The Shi'a and the Lebanese State“, in Kramer, Martin (Hrsg.), *Shi'ism, Resistance, and Revolution*, Boulder, S. 189-202
- Osayam, Hayat Nabal (1997) – *The Shiite Leadership of South Lebanon: A Reconsideration*, unveröffentl. Masterthesis der American University of Beirut, September 1997
- Ottaway, Mariana/Lieven, Anatol (2022) – „Im Eilschritt zum modernen Staat?“, in *Der Überblick*, Heft 2, S. 67-71
- Peretz, Don (1994) – „Israel's Foreign Policy Objective in Lebanon: A Historical Overview“, in: Collings, Deidre (Hrsg.), *Peace for Lebanon. From War to Reconstruction*, Boulder, CO, S. 109-122

- Perthes, Volker (1994) – *Der Libanon nach dem Bürgerkrieg. Von Ta'if zum gesellschaftlichen Konsens?*, Baden-Baden
- Perthes, Volker (1997) – "Libanons Parlamentswahlen von 1996: die Akzeptanz des Faktischen", in *Orient*, Jhrg. 38 Nr. 2, Opladen, S. 311-336
- Perthes, Volker (1997) a – „Myths and Money: Four Years of Hariri and Lebanon's Preparation for a New Middle East“, in *Middle East Report*, Nr. 203, Vol. 27 No. 2
- Perthes, Volker (1997) b – „Vom Bürgerkrieg zur Normalität? Der Libanon versucht sich neu zu erfinden“, in: Matthies, Volker (Hg.), *Der gelungene Frieden: Beispiele und Bedingungen erfolgreicher Konfliktbearbeitung*, Bonn, S. 203-220
- Perthes, Volker (1998) c – „Libanon: „Regulierungsreife“ und Nachbürgerkriegskonflikte“, in: Krumwiede, Heinrich-W./Waldmann, Peter (Hg.), *Bürgerkriege: Folgen und Regulierungsmöglichkeiten*, Baden-Baden 1998, S. 157-169
- Perthes, Volker (1999) b – „Vom Harirismus zur Ära Lahoud: A Tale of Two Regimes“, in *INAMO*, 5 (Winter) 20, Berlin, S. 29-34
- Perthes, Volker (2000) – *Nach Israels Rückzug aus dem Libanon und Asads Tod: Chancen für eine positive Dynamik?*, SWP-aktuell No. 57/2000, Ebenhausen
- Perthes, Volker (2000) a – „Wege zum zivilen Frieden. Nachbürgerkriegssituationen im Vergleich“, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jhrg. 45. Heft 4, S. 445-455
- Perthes, Volker (2002) – *Geheime Gärten. Die neue arabische Welt*, Berlin
- Perthes, Volker (2002) a – „Einleitung: Die arabische Welt und Iran und ihre neuen politischen Eliten“, in: ders. (Hrsg.), *Elitenwandel in der arabischen Welt und Iran*, SWP-Studie 41, Berlin, S. 7-18
- Perthes, Volker (2002) b – „Naher und Mittlerer Osten – Unvollständige Regimebildung und die Suche nach regionaler Sicherheit, in: Ferdowsi, Mir A: (Hg.), *Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Bayerische Landeszentrale f. pol. Bildung, München 2002, S. 361-372
- Perthes, Volker (2003) – „Libanon: Stabilisierung durch Rekonstruktion des Staates“, in: Ferdowsi, Mir. A./ Matthies, Volker (Hg.), *Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften*, Bonn, S. 94-117
- Perthes, Volker (2003) a – *After the Iraq War: Repercussion in the Levante*, Working Paper presented to the GCSP/RAND Workshop on The Middle East in the Shadow of Afghanistan and Iraq, Genf 04.-06.05.2003 in Genf, SWP Berlin
- Peteet, Julie (2002) - „The Dilemma of Palestinians in Lebanon“, in: Kail, C. Ellis (Hrsg.), *Lebanon's Second Republic. Prospects for the Twenty-first Century*, University of Florida Press, S. 78-90
- Picard, Elizabeth (1993) – *The Lebanese Shi'a and Political Violence*, United Nations Research Institute for Social Development, o. O.
- Picard, Elizabeth (2000) – "The Political Economy of Civil War in Lebanon", in: Heydemann, Steven (Hrsg.) *War, Institutions and Social Change in the Middle East*, University of California Press, S. 292-322
- Picard, Elizabeth (2000) a – „Autorité de souveraineté de l'État à l'épreuve du Liban sud“, in *Monde arabe Maghreb Machrek*, Nr. 169 (Juli-Sept.), Paris, S. 32-42
- Ranstorp, Magnus (1994) – "Hizbollah's Command Leadership: Its Structure, Decision-Making and Relationship with Iranian Clergy and Institutions", in *Terrorism and Political Violence*, Jhrg. 6 (Herbst) Nr. 3, S. 303-339
- Ranstorp, Magnus (1997) – *Hizballah in Lebanon. The Politics of the Western Hostage Crisis*, London
- Reinkowski, Marius (1997) – "National identity in Lebanon since 1990", in *Orient*, Nr. 3, S. 493-515
- Reissner, Johannes (1993) – „Islamischer Fundamentalismus – Zur Tauglichkeit eines Begriffs bei Erklärung der heutigen islamischen Welt“, in Schwarz, Jürgen (Hrsg.), *Der politische Islam. Intentionen und Wirkungen*, Paderborn, S. 87 – 98
- Richter, Roland E. (1995) – "Rückkehr in die Heimat – Repatriierung und Reintegration von Flüchtlingen und Vertriebenen", in: Matthies, Volker (Hrsg.), *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*. Bremen, S. 128-146

- Rieck, Andreas (1998) – *Die Schiiten und der Kampf um den Libanon. Politische Chronik 1958-1988*, Hamburg, Mitteilungen des Deutschen Orient-Instituts Nr. 33
- Rieger, Brigitte (2002) – „Wohlfahrt ohne den Staat?“, in *INAMO*, Jhrg. 8 (Herbst) Nr. 31, Berlin, S. 22-25
- Rosiny, Stephan (1996) - *Islamismus bei den Schiiten im Libanon*, Berlin
- Rosiny, Stephan (1998) - „Schiitischer Islamismus und der Modernisierungsprozess im Nachkriegslibanon: Das Beispiel der Hizb Allah“; in *Beiruter Blätter* 5, Beirut, S. 51-56
- Rosiny, Stephan (1998) a – „Zwei Forschungsinstitute der schiitischen Islamischen Bewegung in Beirut“; in *Beiruter Blätter* 5, Beirut, S. 106-110
- Rosiny, Stephan (2001) - „As-Sayyid Hasan Nasrallah: Geistlicher mit Machtinstinkt“, in *Orient Journal*, Jhrg. 2 (Herbst) 2, Hamburg, S. 11
- Rosiny, Stephan (2001) – „The Tragedy of Fatima al-Zahra in the debate of two Shiite Theologians in Lebanon“, in: Brunner, Rainer/Ende, Werner (Hrsg.), *Twelver Shia in Modern Times. Religious Culture and Political History*, Leiden, et al., S. 207-219
- Rosiny, Stephan (2002) – “The Development of the Shia Community in Lebanon as Reflected in their Publishing Activities”, in *Beiruter Blätter* 8-9, Beirut, S. 124-130
- Rothberg, Robert (2003) – „Staatenbildung in Zeiten des Terrors“, in *Internationale Politik*, Jhrg. 58 Nr. 11, S. 1-10
- Rougier, Bernard (2000) – „Le 'destin mêlé' des Palestiniens et des Libanais au Liban“, in *monde arabe Maghreb- Machrek*, Nr. 169 (Juli-Sept), Paris, S. 43-54
- Rougier, Bernard (2000) – « Le Liban dix ans après la guerre », in *monde arabe Maghreb- Machrek*, Nr. 169 (Juli-Sept)., Paris, S. 3-5
- Roy, Olivier (1994) – *The Failure of Political Islam*, Cambridge, MA
- Rubin, Judith, *Anti-American Terrorism and the Middle East*, Oxford, S. 117 (in *Al-Bayan* February 17, 1987)
- Ruthven, Malise (2000) – *Der Islam. Eine kurze Einführung*, Stuttgart
- Saad-Ghorayeb, Amal (2002) - *Hizbu'llah: politics and religion*, London, Pluto Press
- Sachadena, Abdelaziz (1994) – “Activist Shi'ism in Iran, Iraq and Lebanon”, in: Marty, Martin/Appleby, Scott (ed.), *Accounting for Fundamentalisms: Character of Movements*, Chicago
- Salam, Nawaf (2003) – „Ta'if Revisited“, in: Hanf, Theodor/Salam, Nawaf (Hrsg.), *Lebanon in Limbo: Postwar Society and State in an Uncertain Regional Environment*, Baden-Baden, S. 37-51
- Salamé, Ghassan (1993) – « Beyond Lebanese Political Reform: A Reconciliation with Basic Values», in : *The Beirut Review*, Nr. 6 (Herbst), The Lebanese Center for Policy Studies, Beirut, S. 54-58
- Salamé, Ghassan (1994) – „Small is Pluralistic: democracy as an instrument for civil peace, in: ders.(Hrsg.), *Democracy without Democrats? The Renewal of Politics in the Muslim World*, London, S. 84-111
- Salem, Paul (1994) – „Reflections on Lebanon's Foreign Policy“, in: Collings, Deirdre, (Hrsg.), *Peace for Lebanon. From War to Reconstruction*, Boulder, CO & London, S. 69-82
- Salhani, Claude (2003) – „Syria at the Crossroads“, in *Middle East Policy* Jhrg.10 (Herbst) Nr. 3, S. 136-143
- Salibi, Kamal (1988) – *A House of Many Mansions. The History of Lebanon Reconsidered*, Berkeley
- Sartori, Giovanni (1977) – *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Vol. 1*, Cambridge
- Scheffler, Thomas (2003) – “Religious Communalism and Democratization: The Development of Electoral Law in Lebanon”, in *Orient*, Jhrg. 44 Nr. 1, Opladen, S. 15-37
- Schiff, Ze'ev/Ya'ari, Ehud (1984) – *Israel's Lebanon War*, New York
- Schneckener, Ulrich (2003) – *Selbstmordanschläge als Mittel asymmetrischer Kriegsführung*, SWP-Aktuell 27, Berlin
- Schulze, Kirsten E. (2001) – „Taking the Gun out of Politics: Conflict Transformation in Northern Ireland and Lebanon“, in: McGarry, John (Hrsg.) – *Northern Ireland and the Divided World*, Oxford, S. 253-272

- Schwarz, Jürgen (1993) – „Grundansichten und Wirkungen des politischen Islams“, in: ders. (Hrsg.), *Der politische Islam, Wirkungen und Intentionen*, Paderborn, et. al., 1993, S. 9-36
- Seale, Patrick (1988) – *Asad of Syria: The Struggle for the Middle East*, London
- Seale, Patrick (1996) - "The address is Syria", in: Hollis, Rosemary/Shehadi, Nadim (Hrsg.), *Lebanon On Hold: Implications for Middle East Peace*, London, S. 19-23
- Senghaas, Dieter (1995) – „Frieden als Zivilisierungsprojekt“, in: ders. (Hg.) – *Den Frieden denken*, Frankfurt/Main, S. 196-223
- Sherry, Virginia – “Disappearances: Syrian Impunity in Lebanon”, in *Middle East Report*, Nr. 203 (Frühjahr), S. 31-33
- Siegel, Evan (2001) – „The Politics of Shahid-e Jawid“, in: Brunner, Rainer/Ende, Werner (Hrsg.), *Twelver Shia in Modern Times. Religious Culture and Political History*, Leiden, et al., , S. 150-177
- Simon, Steven N./Stevenson, Jonathan (2001) – “Declawing the "party of god". Toward normalization in Lebanon”, in *World Policy Journal*, Jhrg. 18 (Sommer) Nr. 2, New York, S. 31-42
- Sobelman, Daniel (2001) – “Hizbullah lends its services to the Palestinian Intifada”, in *Jane's Intelligence Review*, 13 (November) 11, Coulsdon, S. 12-14
- Sobelman, Daniel (2003) – „Hizbullah infiltrates Israel“, in *Jane's Intelligence Review*, 15 (März) 4, Coulsdon, S. 26-27
- Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.) (1992) - *Agenda für den Frieden*, Bonn
- Strindberg, Anders (2003) - “Assessing the Hizbullah threat”, in *Jane's Intelligence Review*, 15 (März) 3, Coulsdon S. 24-27
- Strindberg, Anders (2004) – „Syria shifts policy as sanctions loom“, in *Jane's Intelligence Review* , 16 (Mai) 16, Coulsdon, S. 34-37
- Strindberg, Anders/Wärn, Mats (2003) – „Syria retains its ties with Hizbullah despite US pressure for change“, in *Jane's Intelligence Review*, 15 (Juni) 6, Coulsdon, S. 22-25
- Suleiman, Jaber – „The Current Political, Organizational, and Security Situation in the Palestinian Refugee camps of Lebanon, in *Journal of Palestine Studies*, Bd. 29 (Herbst) Nr. 1, S. 66-80
- Tetzlaff, Rainer (2003) - „Kein Abschied vom Leviathan. Thesen über De-Globalisierung, Regression, Staatszerfall und die Notwendigkeit zur politischen Zivilisierung des entfesselten Kapitalismus, in *epd-Entwicklungspolitik*, Nr. 1-2
- The Lebanese Center for Policy Studies (1996) – “U.N. Report on the Israeli Bombing in Qana”, *The Lebanon Report*, Nr. 3 (Sommer) 1996, Beirut, (<http://www.lcps-lebanon.org/pub/tlr/96/sum96/UN-Qana.html>)
- The Lebanese Center for Policy Studies (1996) a – “The Cost of Grapes of Wrath”, *The Lebanon Report*, Nr. 3 (Sommer) 1996, Beirut, ([http://www.lcps-lebanon.org/pub/tlr/96/sum96/grapes\\_wrath\\_cost.html](http://www.lcps-lebanon.org/pub/tlr/96/sum96/grapes_wrath_cost.html))
- The Lebanese Center for Policy Studies (1996) b – “Grapes of Wrath: Red Red Wine”, *The Lebanon Report*, Nr. 3 (Sommer) 1996, Beirut, ([http://www.lcps-lebanon.org/pub/tlr/96/sum96/grapes\\_wrath.html](http://www.lcps-lebanon.org/pub/tlr/96/sum96/grapes_wrath.html))
- Theodor/Salam, Nawaf (Hrsg.), *Lebanon in Limbo: Postwar Society and State in an Uncertain Regional Environment*, Baden-Baden, S. 53-74
- Thränert, Oliver (2003) – *Der Iran und die Verbreitung von ABC-Waffen*, SWP-Studie 30, Berlin
- Trendle, Giles (1996) - “Hizballah: Pragmatism and Popular Standing”, in: Hollis, Rosemary/Shehadi, Nadim (Hrsg.), *Lebanon On Hold: Implications for Middle East Peace*, London, S.63-71
- Usher, Graham (1997) – “Hizballah, Syria, and the Lebanese Elections”, in *Journal of Palestine Studies*, Jhrgs 26 (Winter) Nr. 2, S. 59-67
- van Crefeld, Martin (1998) – *Die Zukunft des Krieges*, München
- Vaziri, Haleh (1992) – “Iran's Involvement in Lebanon: polarization and radicalization of militant Islamic movements”, in *Journal of South Asian and Middle Eastern Studies*, Jhrg. 16 (Winter) Nr. 2, S. 1-16
- Venter, Al J. (1998) - „President Lahoud's Rise to Power“, in *Middle East Policy*, Jhrg. 6 (Oktober) Nr. 2, S. 174-182

- Voll, John Obert (1997) – „Relations among Islamist Groups“, in: Esposito, John (Hrsg.) - *Political Islam. Revolution, Radicalism or Reforms?*, Boulder, Colorado, S. 231-247
- Waldmann, Peter (1998) – „Bürgerkrieg – Annäherung an einen schwer faßbaren Begriff“, in: Krumwiede, Heinrich-W./Waldmann, Peter (Hrsg.), *Bürgerkriege: Folgen und Regulierungsmöglichkeiten*, Baden-Baden, S. 15-36
- Waldmann, Peter (1998) a – „Eigendynamik und Folgen von Bürgerkriegen“, in: Krumwiede, Heinrich-W./Waldmann, Peter (Hrsg.), *Bürgerkriege: Folgen und Regulierungsmöglichkeiten*, Baden-Baden, S. 108-132
- Wantchekon, Leonard (2004) – „The Paradox of „Warlord Democracy: A Theoretical Investigation“, in *American Political Science Review*, Jhrg. 98, Nr. 1 (Februar), S. 17- 33
- Wärn, Mats (1999) – „*Staying the Course*“: the „Lebanonisation“ of Hizbollah – *the integration of an Islamist movement into a pluralistic political system*, unveröffentl. Masterthesis im Fachbereich Politikwissenschaft, Universität von Stockholm, Mai 1999
- Wärn, Mats (2003) – „'Stressing the Probable, Postponing the Improbable': Hizballah in the Shadow of the Al-Aqsa Intifada“, in *Civil Wars*, Jhrg. 6 (Herbst) Nr. 3, S. 127-128
- Wiktorowicz, Quintan (2004) – „Conceptualizing Islamic Activism“, in *ISIM Newsletter* 14, Juni 2004, S. 34-35 (Download am 28.08.2004 - [www.isim.nl/files/newl\\_14.pdf](http://www.isim.nl/files/newl_14.pdf))
- Wimmer, Andreas/Schetter, Conrad (2002) – „Staatsbildung zuerst. Empfehlungen zum Wiederaufbau und zur Befriedung Afghanistans“, in *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jhrg. 43 Nr. 7, S. 212-214
- Wright, Robin (1985) – *Sacred Rage. The Crusade of Modern Islam*, New York
- Zartman, I. William (1991) – „Conflict and Resolution: Contest, Cost and Change“, in *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Nr. 518 (Nov), S. 11-22
- Zartman, I. William (1997) – „Political Islam: can it become a loyal opposition?“, in *Middle East Policy*, (Januar 1997) 518, S. 74-79